

Dieses Dokument besteht gemäß Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG (die "Prospektrichtlinie") aus zwei Basisprospekten: (i) dem Basisprospekt der EnBW Energie Baden-Württemberg AG für Nichtdividendenwerte im Sinne von Art. 22 Abs 6 Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 ("Nichtdividendenwerte") und (ii) dem Basisprospekt der EnBW International Finance B.V. für Nichtdividendenwerte (zusammen "Debt Issuance Programme Prospekt").

This document constitutes two base prospectuses for the purpose of article 5.4 of the Directive 2003/71/EC (the "Prospectus Directive"): (i) the base prospectus of EnBW Energie Baden-Württemberg AG in respect of non-equity securities within the meaning of Art. 22 para 6 no. 4 of the Commission Regulation (EC) No. 809/2004 of 29 April 2004 ("Non-Equity Securities") and (ii) the base prospectus of EnBW International Finance B.V. in respect of Non-Equity Securities (together, the "Debt Issuance Programme Prospectus").


EnBW Energie Baden-Württemberg AG

(Karlsruhe, Bundesrepublik Deutschland/Karlsruhe, Federal Republic of Germany)

als Emittentin und in Bezug auf Schuldverschreibungen, die von der
EnBW International Finance B.V. begeben werden, als Garantin

as Issuer and, in respect of Notes issued by
EnBW International Finance B.V., as Guarantor

EnBW International Finance B.V.

(Rotterdam, Die Niederlande/Rotterdam, The Netherlands)

als Emittentin/as Issuer

**Euro 5,000,000,000
Debt Issuance Programme**

Der Debt Issuance Programme Prospekt ist von der *Commission de Surveillance du Secteur Financier* (die "CSSF"), welche die nach dem Luxemburger Wertpapierprospektgesetz (*loi relative aux prospectus pour valeurs mobilières*) vom 10. Juli 2005 (das "Luxemburger Prospektgesetz"), das wiederum die Prospektrichtlinie umsetzt, zuständige Luxemburger Behörde ist, gebilligt worden.

Ein Antrag auf Zulassung zu der "Official List" der Luxemburger Wertpapierbörse ist für Schuldverschreibungen, die im Rahmen des Euro 5.000.000.000 Debt Issuance Programme (das "Programm") bis zu dessen Auslaufen 12 Monate nach dem Tag der Veröffentlichung dieses Prospekts zu begeben sind ("Schuldverschreibungen") bei der Luxemburger Wertpapierbörse gestellt worden, dort wurde ebenfalls die Zulassung zum Handel der Schuldverschreibungen am geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse ("Geregelter Markt der Luxemburger Wertpapierbörse"), welcher ein geregelter Markt im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente, welche die Richtlinie 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und 2000/12/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates ändert und die Richtlinie 93/22/EWG des Rates ersetzt, ist. Schuldverschreibungen, die im Rahmen des Programmes begeben werden, können auch an einer anderen Börse notiert und gehandelt oder überhaupt nicht notiert werden.

Die Zahlung sämtlicher in Bezug auf die von EnBW International Finance B.V. begebenen Schuldverschreibungen wird unbedingt und unwiderruflich von EnBW Energie Baden-Württemberg AG garantiert.

The Debt Issuance Programme Prospectus has been approved by the *Commission de Surveillance du Secteur Financier* (the "CSSF") which is the Luxembourg competent authority for the purposes of the approval of the Prospectus under the Luxembourg law on prospectuses for securities (*loi relative aux prospectus pour valeurs mobilières*) dated 10 July 2005 (the "Luxembourg Prospectus Law") transposing under Luxembourg law the Prospectus Directive.

Application has been made to the Luxembourg Stock Exchange for debt instruments (the "Notes") to be issued under the Euro 5,000,000,000 debt issuance programme (the "Programme") up to the expiry of 12 months after the date of publication hereof to be listed on the official list of the Luxembourg Stock Exchange (the "Official List") and admitted to trading on the Luxembourg Stock Exchange's regulated market (the "Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange"), which is the regulated market for the purposes of Directive 2004/39/EC on Markets in Financial Instruments amending Council Directives 85/61 I/EEC and 93/6/EEC and Directive 2000/12/EC of the European Parliament and of the Council and repealing Council Directive 93/22/EEC. Notes issued under the Programme may also be listed and traded on an alternative stock exchange or may not be listed at all.

The payments of all amounts due in respect of Notes issued by EnBW International Finance B.V. will be unconditionally and irrevocably guaranteed by EnBW Energie Baden-Württemberg AG.

Arrangeur/Arranger

Barclays Capital

Plazeure/Dealers

Barclays Capital

JPMorgan

Société Générale Corporate & Investment Banking

BNP PARIBAS

Landesbank Baden-Württemberg

The Royal Bank of Scotland

Dieser Debt Issuance Programme Prospekt ersetzt den Debt Issuance Programme Prospekt vom 19. April 2007.
This Debt Issuance Programme Prospectus replaces the Debt Issuance Programme Prospectus dated 19 April 2007.

VERANTWORTLICHKEIT

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (die “**EnBW AG**” oder die “**Garantin**”; zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften “**EnBW**” oder der “**EnBW Konzern**”) und die EnBW International Finance B.V. (die “**EnBW Finance**”) (einzelne jeweils eine “**Emittentin**” und zusammen die “**Emittentinnen**” genannt) sind allein verantwortlich für die in diesem Debt Issuance Programme Prospekt mitgeteilten Informationen.

Jede Emittentin erklärt hiermit, dass sie die im Verkehr erforderliche Sorgfalt walten ließ, um sicher zu stellen, dass die in diesem Debt Issuance Programme Prospekt enthaltenen Informationen, für die sie verantwortlich ist, nach bestem Wissen den Tatsachen entsprechen und keine bedeutungsrelevanten Lücken enthalten.

Dieser Debt Issuance Programme Prospekt sollte zusammen mit allen dazu erstellten Änderungen oder Ergänzungen und mit allen Dokumenten, die durch Bezugnahme Bestandteil des Debt Issuance Programme Prospekts werden, sowie — im Zusammenhang mit der Ausgabe einer Serie von Schuldverschreibungen (wie hierin definiert) — zusammen mit den entsprechenden Endgültigen Bedingungen (wie hierin definiert) gelesen und ausgelegt werden.

MITTEILUNG

Jede Emittentin und die Garantin haben gegenüber den auf dem Deckblatt aufgeführten Plazeuren (die “**Plazeure**”) bestätigt, dass der Debt Issuance Programme Prospekt in allen wesentlichen Punkten wahrheitsgemäß, zutreffend und nicht irreführend ist, dass die im Debt Issuance Programme Prospekt enthaltenen Meinungsäußerungen und Absichtserklärungen aufrichtig sind und auf begründeten Annahmen beruhen, dass in Bezug auf die einzelnen Emittentinnen und die Garantin keinerlei Sachverhalte vorliegen, deren Nichterwähnung den gesamten Debt Issuance Programme Prospekt, einzelne darin enthaltene Angaben, Meinungsäußerungen oder Absichtserklärungen in wesentlicher Hinsicht irreführend werden ließen, und dass alle angemessenen Nachforschungen angestellt wurden, um die Richtigkeit der vorstehenden Angaben zu überprüfen.

Jede Emittentin wird ihren jeweiligen Verpflichtungen aus der Richtlinie 2003/71/EG vom 4. November 2003 und Artikel 13 des Luxemburger Prospektgesetzes nachkommen, Nachträge zu diesem Prospekt oder einen neuen Prospekt zu verfassen, falls nach dem Datum dieses Debt Issuance Programme Prospekts bedeutsame neue Umstände, wesentliche Fehler oder wesentliche Ungenauigkeiten bezüglich der in diesen Debt Issuance Programme Prospekt aufgenommenen Informationen auftreten oder erkannt werden, die sich potentiell auf die Beurteilung der Schuldverschreibungen auswirken können.

Weder eine der Emittentinnen noch die Garantin haben irgendeiner Person gestattet, Auskünfte zu erteilen oder Zusicherungen zu machen, die nicht in diesem Debt Issuance Programme Prospekt, in sonstigen Dokumenten, die im Zusammenhang mit dem Programm vereinbart worden sind, in Angaben, die eine der Emittentinnen oder die Garantin gemacht hat oder in öffentlich zugänglichen Informationen, enthalten sind oder nicht mit deren Inhalt übereinstimmen. Sofern Auskünfte erteilt oder Zusicherungen gemacht wurden, sind sie nicht von den Emittentinnen, der Garantin, den Plazeuren oder einzelnen Plazeuren als genehmigt anzusehen.

Die Plazeure bzw. deren jeweilige verbundene Unternehmen geben keinerlei ausdrückliche oder stillschweigende Zusicherung oder Gewährleistung bzw. übernehmen keinerlei Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Debt Issuance Programme Prospekt enthaltenen Informationen.

Die Übergabe des Debt Issuance Programme Prospekts bzw. das Angebot, der Verkauf oder die Lieferung der Schuldverschreibungen bedeutet unter keinen Umständen, dass die im Debt Issuance Programme Prospekt enthaltenen Informationen auch nach dem Datum zutreffend sind, an dem der Debt Issuance Programme Prospekt veröffentlicht bzw. zuletzt geändert oder ergänzt wurde oder dass keine Verschlechterung der Finanzlage der Emittentinnen seit dem Datum des Debt Issuance Programme Prospekts, seit dem Datum der letzten Änderung oder Ergänzung des Debt Issuance Programme Prospekts oder seit dem Bilanzstichtag der aktuellen Rechnungsabschlüsse wobei die Rechnungsabschlüsse durch Bezugnahme als Bestandteil des Debt Issuance Programme Prospekts gelten, eingetreten ist und dass sonstige im Zusammenhang mit dem Programm zur Verfügung gestellten Informationen auch nach dem Datum ihrer Bereitstellung bzw. (sofern es sich um ein anderes Datum handelt) dem Datum auf dem Dokument, das die Informationen enthält, zum jeweiligen Zeitpunkt zutreffend sind.

Dieses Dokument darf nur dann weitergegeben bzw. dessen Weitergabe nur dann veranlasst werden, wenn Artikel 21 Absatz (1) des Financial Services and Markets Act 2000 (“**FSMA**”) keine Anwendung findet.

Die Schuldverschreibungen sind und werden nicht gemäß dem US-amerikanischen Securities Act von 1933 (in der jeweils geltenden Fassung) registriert. Die Schuldverschreibungen sind Inhaber-Schuldverschreibungen, die den Bestimmungen des US-Steuerrechts unterliegen. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen dürfen Schuldverschreibungen innerhalb der USA bzw. US-Personen nicht angeboten, verkauft oder geliefert werden. Vgl. **“Allgemeine Informationen — Verkaufsbeschränkungen”**.

Der Vertrieb dieses Debt Issuance Programme Prospekts und der jeweiligen Endgültigen Bedingungen sowie das Angebot, der Verkauf und die Lieferung von Schuldverschreibungen kann in bestimmten Ländern gesetzlich beschränkt sein. Personen, die in den Besitz dieses Debt Issuance Programme Prospekts oder von Endgültigen Bedingungen gelangen, sind von den Emittentinnen und den Plazeuren aufgefordert, sich selbst über solche Beschränkungen zu unterrichten und diese zu beachten. Wegen einer Darstellung bestimmter Beschränkungen betreffend Angebot, Verkauf oder Lieferung von Schuldverschreibungen und den Vertrieb dieses Debt Issuance Programme Prospekts oder von Endgültigen Bedingungen oder anderer Angebotsunterlagen hinsichtlich der Schuldverschreibungen wird auf den Abschnitt **“Allgemeine Informationen — Verkaufsbeschränkungen”** verwiesen.

Weder dieser Debt Issuance Programme Prospekt noch Endgültige Bedingungen dürfen zum Zweck eines Angebots oder einer Aufforderung in einem Land verwendet werden, in dem ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung nicht autorisiert ist, oder gegenüber einer Person, gegenüber welcher es unzulässig ist, ein derartiges Angebot oder eine derartige Aufforderung zu machen.

Weder dieser Debt Issuance Programme Prospekt noch Endgültige Bedingungen stellen ein Angebot oder eine Einladung dar, Schuldverschreibungen zu zeichnen oder zu erwerben. Debt Issuance Programme Prospekt und Endgültige Bedingungen sind auch nicht als Empfehlung der Emittentinnen, der Garantin oder eines Plazeurs an die Empfänger des Debt Issuance Programme Prospekts oder von Endgültigen Bedingungen zu betrachten, Schuldverschreibungen zu zeichnen oder zu erwerben. Bei jedem Empfänger des Debt Issuance Programme Prospekts oder von Endgültigen Bedingungen wird davon ausgegangen, dass er seine eigenen Nachforschungen und Bewertungen der (finanziellen oder anderweitigen) Lage der Emittentinnen und der Garantin vorgenommen hat.

IN ZUSAMMENHANG MIT DER EMISSION EINER ZIEHUNG VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN KANN ODER KÖNNEN DER ODER DIE (GEGEBENENFALLS) IN DEN GELTENDEN ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN ALS KURSSTABILISIERENDE MANAGER EINGESETZTE(N) PLAZEUR(E) (ODER IN DESSEN ODER DEREN AUFTRAG HANDELNDE PERSONEN) EINE ERHÖHTE ANZAHL AN SCHULDVERSCHREIBUNGEN ZUTEILEN ODER IN GRÖßEREM UMFANG ALS UNTER NORMALEN UMSTÄNDEN MAßNAHMEN ZUR STÜTZUNG DES KURSES ERGREIFEN. ES WIRD JEDOCH NICHT ZUGESICHERT, DASS DER ODER DIE KURSSTABILISIERENDE(N) MANAGER (ODER IN DESSEN ODER DEREN AUFTRAG HANDELNDE PERSONEN) STABILISIERENDE MAßNAHMEN ERGREIFEN WERDEN. STABILISIERENDE MAßNAHMEN KÖNNEN JEDERZEIT BEGONNEN WERDEN, NACHDEM DIE ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN IN ANGEMESSENER WEISE VERÖFFENTLICHT WURDEN UND KÖNNEN JEDERZEIT, MÜSSEN JEDOCH SPÄTESTENS DREIßIG TAGE NACH DEM TAG DER BEGEBUNG DER JEWELIGEN ZIEHUNG VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND SECHZIG TAGE NACH DEM TAG DER ZUTEILUNG DER MAßGEBLICHEN ZIEHUNG VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN BEendet WERDEN. JEDE STABILISIERENDE MAßNAHME ODER ERHÖHTE ZUTEILUNG MUSS IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT ALLEN ANWENDBAREN GESETZEN UND REGELUNGEN DURCH DEN ODER DIE KURSTABILISIERENDEN MANAGER (ODER IN DESSEN ODER DEREN AUFTRAG HANDELNDE PERSONEN) VORGENOMMEN WERDEN.

In diesem Debt Issuance Programme Prospekt bezeichnen **“€”**, **“EUR”** oder **“Euro”** die einheitliche Währung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen.

Der deutsche Text dieses Debt Issuance Programme Prospekts ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

RESPONSIBILITY STATEMENT

EnBW Energie Baden-Württemberg AG ("EnBW AG" or the "Guarantor", together with all consolidated subsidiaries "EnBW" or the "EnBW Group") and EnBW International Finance B.V. ("EnBW Finance") (each an "Issuer" and together the "Issuers") are solely responsible for the information given in this Debt Issuance Programme Prospectus. Each Issuer hereby declares that, having taken all reasonable care to ensure that such is the case, the information contained in this Debt Issuance Programme Prospectus for which it is responsible, is, to the best of its knowledge, in accordance with the facts and contains no omission likely to affect its import.

This Debt Issuance Programme Prospectus should be read and construed with any amendment or supplement thereto and with any other documents incorporated by reference and, in relation to any Series (as defined herein) of Notes, should be read and construed together with the relevant Final Terms (as defined herein).

NOTICE

Each Issuer and the Guarantor has confirmed to the dealers, set forth on the cover page (the "Dealers") that this Debt Issuance Programme Prospectus is true and accurate in all material respects and is not misleading; that any opinions and intentions expressed therein are honestly held and based on reasonable assumptions; that there are no other facts with respect to each Issuer and the Guarantor, the omission of which would make this Debt Issuance Programme Prospectus as a whole or any statement therein or opinions or intentions expressed therein misleading in any material respect; and that all reasonable enquiries have been made to verify the foregoing.

Each Issuer will comply with its respective obligations under the Directive 2003/71/EC of 4 November 2003 and article 13 of the Luxembourg Prospectus Law to prepare a supplement to this Debt Issuance Programme Prospectus or a new prospectus in the event that any significant new factor, material mistake or inaccuracy relating to the information included in this Debt Issuance Programme Prospectus which is capable of affecting the assessment of the Notes, arises or is noted after the date of this Debt Issuance Programme Prospectus.

No person has been authorized by any of the Issuers or the Guarantor to give any information or to make any representation not contained in or not consistent with this Debt Issuance Programme Prospectus or any other document entered into in relation to the Programme or any information supplied by any Issuer or the Guarantor or such other information as is in the public domain and, if given or made, such information or representation should not be relied upon as having been authorized by the Issuers, the Guarantor, the Dealers or any individual Dealer.

No representation or warranty is made or implied by the Dealers or any of their respective affiliates, and neither the Dealers nor any of their respective affiliates make any representation or warranty or accept any responsibility, as to the accuracy or completeness of the information contained in this Debt Issuance Programme Prospectus.

Neither the delivery of this Debt Issuance Programme Prospectus nor the offering, sale or delivery of any Note shall, in any circumstances, create any implication that the information contained in this Debt Issuance Programme Prospectus is true subsequent to the date upon which this Debt Issuance Programme Prospectus has been published or most recently amended or supplemented or that there has been no adverse change in the financial position of the Issuers since the date hereof or, as the case may be, the date upon which this Debt Issuance Programme Prospectus has been most recently amended or supplemented or the balance sheet date of the most recent financial statements which are deemed to be incorporated into this Debt Issuance Programme Prospectus by reference or that any other information supplied in connection with the Programme is correct at any time subsequent to the date on which it is supplied or, if different, the date indicated in the document containing the same.

This document may only be communicated or caused to be communicated in circumstances in which section 21(1) of the Financial Services and Markets Act 2000 ("FSMA") does not apply.

The Notes have not been and will not be registered under the United States Securities Act of 1933, as amended, and will include Notes in bearer form that are subject to U.S. tax law requirements. Subject to certain exceptions, Notes may not be offered, sold or delivered within the United States or to U.S. persons, see "**General Information — Selling Restrictions**".

The distribution of this Debt Issuance Programme Prospectus and the respective Final Terms as well as the offering, sale, and delivery of the Notes in certain jurisdictions may be restricted by law. Persons into whose possession this Debt Issuance Programme Prospectus or any Final Terms comes

are required by the Issuers and the Dealers to inform themselves about and to observe any such restrictions. For a description of certain restrictions on offers, sales and deliveries of Notes and on the distribution of this Debt Issuance Programme Prospectus or any Final Terms and other offering material relating to the Notes, see "**General Information — Selling Restrictions**".

Neither this Debt Issuance Programme Prospectus nor any Final Terms may be used for the purpose of an offer or solicitation by anyone in any jurisdiction in which such offer or solicitation is not authorized or to any person to whom it is unlawful to make such an offer or solicitation.

Neither this Debt Issuance Programme Prospectus nor the Final Terms constitutes an offer or an invitation to subscribe for or purchase any Notes and should not be considered as a recommendation by the Issuers, the Guarantor, or any Dealer that any recipient of this Debt Issuance Programme Prospectus or any Final Terms should subscribe for or purchase any Notes. Each recipient of this Debt Issuance Programme Prospectus or the Final Terms shall be taken to have made its own investigation and appraisal of the condition (financial or otherwise) of the Issuers and the Guarantor.

IN CONNECTION WITH THE ISSUE OF ANY TRANCHE OF NOTES, THE DEALER OR DEALERS (IF ANY) NAMED AS THE STABILISING MANAGER(S) (OR PERSONS ACTING ON BEHALF OF ANY STABILISING MANAGER(S)) IN THE APPLICABLE FINAL TERMS MAY OVER ALLOT NOTES OR EFFECT TRANSACTIONS WITH A VIEW TO SUPPORTING THE MARKET PRICE OF THE NOTES AT A LEVEL HIGHER THAN THAT WHICH MIGHT OTHERWISE PREVAIL. HOWEVER, THERE IS NO ASSURANCE THAT THE STABILISING MANAGER(S) (OR PERSONS ACTING ON BEHALF OF A STABILISING MANAGER) WILL UNDERTAKE STABILISATION ACTION. ANY STABILISATION ACTION MAY BEGIN ON OR AFTER THE DATE ON WHICH ADEQUATE PUBLIC DISCLOSURE OF THE TERMS OF THE OFFER OF THE RELEVANT TRANCHE OF NOTES IS MADE AND, IF BEGUN, MAY BE ENDED AT ANY TIME, BUT IT MUST END NO LATER THAN THE EARLIER OF 30 DAYS AFTER THE ISSUE DATE OF THE RELEVANT TRANCHE OF NOTES AND 60 DAYS AFTER THE DATE OF THE ALLOTMENT OF THE RELEVANT TRANCHE OF NOTES. ANY STABILISATION ACTION OR OVER-ALLOTMENT MUST BE CONDUCTED BY THE RELEVANT STABILISING MANAGER(S) (OR PERSON(S)) ACTING ON BEHALF OF ANY STABILISING MANAGER(S) IN ACCORDANCE WITH ALL APPLICABLE LAWS AND RULES.

In this Debt Issuance Programme Prospectus all references to "€", "EUR" or "euro" are to the single currency of the member states of the European Union participating in the third stage of European Economic and Monetary Union.

The German text of this Debt Issuance Programme Prospectus shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Allgemeine Beschreibung des Programms	8
Zusammenfassung des Debt Issuance Programme Prospekts	13
Risikofaktoren	37
Emissionsbedingungen (deutschsprachige Fassung)	54
Emissionsbedingungen (englischsprachige Fassung)	73
Muster — Garantie (deutschsprachige Fassung)	89
Muster — Garantie (unverbindliche englische Übersetzung)	94
Muster — Endgültige Bedingungen	99
Verwendung des Erlöses	121
Allgemeine Angaben zur EnBW Energie Baden-Württemberg AG	123
Allgemeine Angaben zur EnBW International Finance B.V.	145
Besteuerung	179
1. Bundesrepublik Deutschland	179
2. Die Niederlande	182
3. Luxemburg	183
4. EU-Zinsbesteuerungs-Richtlinie	183
Allgemeine Informationen	190
Verkaufsbeschränkungen	190
Genehmigung	194
Börsenzulassung	194
Durch Bezugnahme als Bestandteil aufgenommene Dokumente	194
Verfügbare Dokumente	195
Clearingsysteme	196
Namen und Adressen	203

TABLE OF CONTENTS

	Seite
General Description of the Programme	11
Summary of the Debt Issuance Programme Prospectus	26
Risk Factors	46
Terms and Conditions of the Notes (German Language Version)	54
Terms and Conditions of the Notes (English Language Version)	73
Form of Guarantee (German Version)	89
Form of Guarantee (Non-Binding English Translation)	94
Form of Final Terms	99
Use of Proceeds	122
General Information about EnBW Energie Baden-Württemberg AG	151
General Information about the EnBW International Finance B.V.	174
Taxation	185
1. Federal Republic of Germany	185
2. The Netherlands	187
3. Luxembourg	188
4. EU Savings Directive	189
General Information	197
Selling Restrictions	197
Authorisation	200
Listing and admission to trading of Notes	200
Documents Incorporated by Reference	201
Documents available	202
Clearing Systems	202
Names and Addresses	203

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

I. Allgemein

Im Rahmen dieses Debt Issuance Programms über EUR 5.000.000.000 können die EnBW AG und die EnBW Finance von Zeit zu Zeit Schuldverschreibungen (die **“Schuldverschreibungen”**) an eine oder mehrere der nachstehenden Plazeure ausgeben: Barclays Bank PLC, BNP PARIBAS, J.P. Morgan Securities Ltd., Landesbank Baden-Württemberg, Société Générale, The Royal Bank of Scotland plc und weitere im Rahmen dieses Programms von der Emittentin (oder den Emittentinnen) jeweils bestellte Plazeure; wobei die Bestellung für eine bestimmte Emission oder dauerhaft erfolgen kann (zusammen die **“Plazeure”**). Barclays Bank PLC handelt als Arrangeur in Zusammenhang mit dem Programm (der **“Arrangeur”**). Der maximale Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen, die sich zu einem beliebigen Zeitpunkt im Rahmen des Programms in Umlauf befinden, wird EUR 5.000.000.000 (oder den Gegenwert dieses Betrags in einer anderen Währung) nicht überschreiten. Die Emittentinnen können das Programmvolume jederzeit gemäß den Bestimmungen der Platzierungsvereinbarung (Dealer Agreement) erhöhen.

Schuldverschreibungen, die von der EnBW Finance begeben werden, werden von der EnBW AG garantiert (die **“Garantie”**). Die Garantie begründet eine unwiderrufliche, nicht nachrangige und nicht besicherte Verpflichtung der Garantin, die mit allen sonstigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen der Garantin im gleichen Rang steht.

Schuldverschreibungen können fortlaufend an einen oder mehrere Plazeure begeben werden. Schuldverschreibungen können im Wege eines öffentlichen Angebots oder einer Privatplatzierung, auf syndizierter oder nicht syndizierter Basis begeben werden. Die Art der Platzierung jeder einzelnen Ziehung (**“Ziehung”**) wird in den maßgeblichen endgültigen Bedingungen (den **“Endgültigen Bedingungen”**) angegeben.

Schuldverschreibungen können zu ihrem Nennbetrag, mit Auf- oder Abgeld begeben werden, wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Ein Antrag auf Zulassung zur Offiziellen Liste (“Official List”) und zum Handel von im Rahmen des Programms zu begebenden Schuldverschreibungen am geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse wurde gestellt. Das Programm sieht vor, dass Schuldverschreibungen an anderen oder zusätzlichen Börsen notiert werden können, wie zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) bezüglich einer Emission gegebenenfalls vereinbart. Im Rahmen des Programms können auch Schuldverschreibungen begeben werden, die an keiner Börse notiert werden.

Das Clearing der Schuldverschreibungen erfolgt durch ein oder mehrere Clearingsysteme, wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegeben. Zu diesen Systemen zählen die von Clearstream Banking AG, Clearstream Banking société anonyme und Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclearsystems (**“Euroclear”**), betriebenen Systeme.

Die Deutsche Bank Luxembourg S. A. wird als Listing Agent in Luxemburg und die Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Fiscal Agent tätig (der **“Fiscal Agent”**).

Die Deutsche Bank Luxembourg S. A. und andere Einrichtungen, wie jeweils in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegeben, werden als Zahlstellen (die **“Zahlstellen”**) im Rahmen des Programms tätig.

II. Vorgehensweise bei einer Emission

Allgemeines

Die betreffende Emittentin und der/die betreffende(n) Plazeur(e) vereinbaren die Emissionsbedingungen, die auf eine bestimmte Ziehung von Schuldverschreibungen Anwendung finden sollen (die **“Bedingungen”**). Diese Bedingungen ergeben sich aus den nachstehenden Emissionsbedingungen (die **“Emissionsbedingungen”**), die durch die in dem für die Schuldverschreibungen geltenden endgültigen Bedingungen (die **“Endgültigen Bedingungen”**) enthaltenen Angaben vervollständigt, abgeändert, ergänzt oder ersetzt werden. Die jeweiligen Endgültigen Bedingungen für eine Ziehung von Schuldverschreibungen bestimmen:

- ob es sich bei den Bedingungen um **nicht-konsolidierte Bedingungen** oder um **konsolidierte Bedingungen** handeln soll; und
- ob die Bedingungen in deutscher, in englischer oder in beiden Sprachen abgefasst sein sollen (und im letzteren Fall, ob die englischsprachige oder die deutschsprachige Fassung maßgeblich und verbindlich sein soll).

Bei der Frage, ob **nicht-konsolidierte** oder **konsolidierte Bedingungen** gelten sollen, geht die betreffende Emittentin davon aus, dass:

- **nicht-konsolidierte Bedingungen** im Allgemeinen für Schuldverschreibungen verwendet werden, die auf nicht syndizierter Basis platziert und berufsmäßigen Investoren angeboten werden;
- **konsolidierte Bedingungen** im Allgemeinen bei Schuldverschreibungen verwendet werden, die auf syndizierter Basis verkauft und vertrieben werden. **Konsolidierte Bedingungen** sind erforderlich, wenn die Schuldverschreibungen insgesamt oder teilweise öffentlich angeboten oder insgesamt oder teilweise an nicht-berufsmäßige Investoren vertrieben werden sollen.

Für die Frage, welche Sprache für die jeweiligen Bedingungen verbindlich und maßgeblich sein soll, geht die betreffende Emittentin davon aus, dass vorbehaltlich geltender Börsenbestimmungen oder Gesetzesvorschriften und sofern nichts Abweichendes zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) vereinbart wird, im allgemeinen folgendes gilt:

- bei Schuldverschreibungen, die auf syndizierter Basis verkauft und vertrieben werden, wird die deutschsprachige Fassung verbindlich und maßgeblich sein;
- bei Schuldverschreibungen, die insgesamt oder teilweise öffentlich zum Verkauf in der Bundesrepublik Deutschland angeboten werden, oder die insgesamt oder teilweise in der Bundesrepublik Deutschland an nicht-berufsmäßige Investoren vertrieben werden, wird die deutschsprachige Fassung verbindlich und maßgeblich sein. Für den Fall, dass bei einem öffentlichen Angebot oder Vertrieb an nicht-berufsmäßige Investoren die englische Sprache maßgeblich und verbindlich ist, ist bei den in diesem Debt Issuance Programme Prospekt angegebenen Geschäftsstellen des Fiscal Agent und der EnBW AG eine Übersetzung erhältlich.

Nicht-konsolidierte Bedingungen

Bestimmen die Endgültigen Bedingungen, dass für die Schuldverschreibungen **nicht-konsolidierte Bedingungen** gelten sollen, so bestimmen sich die jeweils geltenden Bedingungen aus den Angaben der Endgültigen Bedingungen sowie den Emissionsbedingungen. Die Bedingungen ergeben sich in diesem Fall wie folgt:

- die Leerstellen in den Emissionsbedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob sie tatsächlich durch diese Angaben ausgefüllt worden wären;
- sofern die Endgültigen Bedingungen die Änderung, Ergänzung oder Ersetzung bestimmter Emissionsbedingungen vorsieht, gelten die betreffenden Bestimmungen der Emissionsbedingungen als entsprechend geändert, ergänzt oder (vollständig oder teilweise) ersetzt;
- alternative oder wählbare Bestimmungen der Emissionsbedingungen, deren Anwendung in den Endgültigen Bedingungen nicht vorgesehen ist oder die gestrichen sind, gelten als in den Bedingungen nicht enthalten; und
- sämtliche Anweisungen und Erläuterungen in den Emissionsbedingungen, die in eckige Klammern gesetzt sind, sowie sämtliche Fußnoten und Anmerkungen in den Endgültigen Bedingungen gelten als in den Bedingungen nicht enthalten.

Im Falle von **nicht-konsolidierten Bedingungen** werden jeder die Schuldverschreibungen der betreffenden Serie verbreitenden Globalurkunde die Endgültigen Bedingungen und die Emissionsbedingungen beigefügt.

Konsolidierte Bedingungen

Bestimmen die Endgültigen Bedingungen, dass für die Schuldverschreibungen **konsolidierte Bedingungen** gelten sollen, so bestimmen sich die jeweils geltenden Bedingungen für diese Schuldverschreibungen wie folgt:

- sämtliche Leerstellen in allen anwendbaren Bestimmungen der Emissionsbedingungen werden gemäß den in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt und alle nicht-anwendbaren Bestimmungen der Emissionsbedingungen (einschließlich der Anweisungen und Erläuterungen in eckigen Klammern) werden gestrichen; und/oder
- die Emissionsbedingungen werden gemäß den in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben auf sonstige Art und Weise abgeändert, ergänzt oder (ganz oder teilweise) ersetzt.

Bestimmen die Endgültigen Bedingungen die Geltung **konsolidierter Bedingungen**, so bestehen die anwendbaren Bedingungen ausschließlich aus den **konsolidierten Bedingungen**. Die **konsolidierten Be-**

dingungen werden einer jeden die Schuldverschreibungen der betreffenden Serie verbriefenden Globalurkunde beigeheftet.

GENERAL DESCRIPTION OF THE PROGRAMME

I. General

Under this Euro 5,000,000,000 Debt Issuance Programme, EnBW AG and EnBW Finance may from time to time issue notes (the “**Notes**”) to one or more of the following Dealers: Barclays Bank PLC, BNP PARIBAS, J.P. Morgan Securities Ltd., Landesbank Baden-Württemberg, Société Générale, The Royal Bank of Scotland plc and any additional Dealer appointed under the Programme from time to time by the Issuer(s), which appointment may be for a specific issue or on an ongoing basis (together, the “**Dealers**”). Barclays Bank PLC acts as arranger in respect of the Programme (the “**Arranger**”). The maximum aggregate principal amount of the Notes outstanding at any one time under the Programme will not exceed Euro 5,000,000,000 (or its equivalent in any other currency). The Issuers may increase the amount of the Programme in accordance with the terms of the Dealer Agreement from time to time.

Notes issued by EnBW Finance will have the benefit of a Guarantee (the “**Guarantee**”) given by EnBW AG. The Guarantee constitutes an irrevocable, unsecured and unsubordinated obligation of the Guarantor ranking *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated obligations of the Guarantor.

Notes may be issued on a continuing basis to one or more of the Dealers. Notes may be distributed by way of public offer or private placements and, in each case, on a syndicated or non-syndicated basis. The method of distribution of each tranche (“**Tranche**”) will be stated in the relevant final terms (the “**Final Terms**”).

Notes may be issued at par or a discount to or a premium over par, as stated in the relevant Final Terms.

Application has been made to list on the Official List and trade Notes to be issued under the Programme on the Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange. The Programme provides that Notes may be listed on other or further stock exchanges, as may be agreed upon between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) in relation to each issue. Notes may further be issued under the Programme which will not be listed on any stock exchange.

Notes will be accepted for clearing through one or more Clearing Systems as specified in the applicable Final Terms. These systems will include those operated by Clearstream Banking AG, Clearstream Banking, société anonyme and Euroclear Bank S. A./N.V. as operator of the Euroclear system.

Deutsche Bank Luxembourg S. A. will act as Luxembourg Listing Agent and Deutsche Bank Aktiengesellschaft will act as fiscal agent (the “**Fiscal Agent**”).

Deutsche Bank Luxembourg S. A. and other institutions, all as indicated in the applicable Final Terms, will act as paying agents (the “**Paying Agents**”) under the Programme.

II. Issue Procedures

General

The relevant Issuer and the relevant Dealer(s) will agree on the terms and conditions applicable to each particular Tranche of Notes (the “**Conditions**”). The Conditions will be constituted by the Terms and Conditions of the Notes set forth below (the “**Terms and Conditions**”) as completed, modified, supplemented or replaced by the provisions of the final terms (the “**Final Terms**”). The Final Terms relating to each Tranche of Notes will specify:

- whether the Conditions are to be **Long-Form Conditions** or **Integrated Conditions** (each as described below); and
- whether the Conditions will be in the German language or the English language or both (and, if both, whether the German language version or the English language version is binding).

As to whether **Long-Form Conditions** or **Integrated Conditions** will apply, the relevant Issuer anticipates that:

- **Long-Form Conditions** will generally be used for Notes sold on a non-syndicated basis and which are offered to professional investors.
- **Integrated Conditions** will generally be used for Notes sold and distributed on a syndicated basis. **Integrated Conditions** will be required where the Notes are to be publicly offered, in whole or in part, or are to be distributed, in whole or in part, to non-professional investors.

As to the binding language of the respective Conditions, the relevant Issuer anticipates that, in general, subject to any stock exchange or legal requirements applicable from time to time, and unless otherwise agreed upon between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s):

- in the case of Notes sold and distributed on a syndicated basis, German will be the binding language.
- in the case of Notes publicly offered, in whole or in part, in the Federal Republic of Germany ("Germany"), or distributed, in whole or in part, to non-professional investors in Germany, German will be the binding language. If, in the event of such public offer or distribution to non-professional investors, however, English is chosen as the binding language, a German language translation of the Conditions will be available from the principal offices of the Fiscal Agent and EnBW AG, as specified on the back cover of this Debt Issuance Programme Prospectus.

Long-Form Conditions

If the Final Terms specify that **Long-Form Conditions** are to apply to the Notes, the provisions of the applicable Final Terms and the Terms and Conditions, taken together, shall constitute the Conditions. Such Conditions will be constituted as follows:

- the blanks in the provisions of the Terms and Conditions which are applicable to the Notes will be deemed to be completed by the information contained in the Final Terms as if such information was inserted in the blanks of such provisions;
- the Terms and Conditions will be modified, supplemented or replaced by the text of any provisions of the Final Terms modifying, supplementing or replacing, in whole or in part, the provisions of the Terms and Conditions;
- alternative or optional provisions of the Terms and Conditions as to which the corresponding provisions of the Final Terms are not completed or are deleted will be deemed to be deleted from the Conditions; and
- all instructions and explanatory notes set out in square brackets in the Terms and Conditions and any footnotes and explanatory text in the Final Terms will be deemed to be deleted from the Conditions.

Where **Long-Form Conditions** apply, each global note representing the Notes of the relevant Series will have the Final Terms and the Terms and Conditions attached.

Integrated Conditions

If the Final Terms specify that **Integrated Conditions** are to apply to the Notes, the Conditions in respect of such Notes will be constituted as follows:

- all of the blanks in all applicable provisions of the Terms and Conditions will be completed according to the information contained in the Final Terms and all non-applicable provisions of the Terms and Conditions (including the instructions and explanatory notes set out in square brackets) will be deleted; and/or
- the Terms and Conditions will be otherwise modified, supplemented or replaced, in whole or in part, according to the information set forth in the Final Terms.

Where **Integrated Conditions** apply, **the Integrated Condition** alone will constitute the Conditions. The **Integrated Conditions** will be attached to each global note representing Notes of the relevant Series.

ZUSAMMENFASSUNG DES DEBT ISSUANCE PROGRAMME PROSPEKTS

Der folgende Abschnitt stellt eine Zusammenfassung (die “**Zusammenfassung**”) der wichtigsten Eigenschaften und Risiken dar, die mit jeder Emittentin und den Schuldverschreibungen, die unter dem Programm begeben werden, verbunden sind. Diese Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Debt Issuance Programme Prospekt zu lesen. Eine Entscheidung über die Anlage in die Schuldverschreibungen sollte auf Grundlage des gesamten Debt Issuance Programme Prospekts, einschließlich der Dokumente, die durch Bezugnahme einbezogen sind, der Nachträge zu diesem Debt Issuance Programme Prospekt und der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, erfolgen. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der im Debt Issuance Programme Prospekt, einschließlich der Dokumente, die durch Bezugnahme einbezogen sind, der Ergänzungen des Debt Issuance Programme Prospekts und der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen, geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Debt Issuance Programme Prospekts, einschließlich der Dokumente, die durch Bezugnahme einbezogen sind, der Ergänzungen des Debt Issuance Programme Prospekts und den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen vor Prozessbeginn zu tragen haben. Diejenigen Personen, die die Zusammenfassung einschließlich einer Übersetzung davon vorgelegt und deren Meldung beantragt haben oder beantragen werden, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Debt Issuance Programme Prospekts gelesen wird.

Die folgende Beschreibung von bestimmten allgemeinen Merkmalen der Schuldverschreibungen, die unter dem Programm begeben werden, hat nicht den Anspruch der Vollständigkeit und ist aus dem übrigen Teil dieses Debt Issuance Programme Prospekts entnommen und wird durch den übrigen Teil dieses Debt Issuance Programme Prospekts und im Bezug auf die Emissionsbedingungen einer bestimmten Tranche von Schuldverschreibungen durch die anwendbaren Endgültigen Bedingungen beschränkt.

Emittentinnen:	EnBW Energie Baden-Württemberg AG (die “ EnBW AG ”) EnBW International Finance B.V. (die “ EnBW Finance ”)
Garantin:	EnBW AG, in Bezug auf Schuldverschreibungen ausgegeben von EnBW Finance (in dieser Eigenschaft, die “ Garantin ”).
Arrangeur:	Barclays Bank PLC
Plazeure:	Barclays Bank PLC BNP PARIBAS J.P. Morgan Securities Ltd. Landesbank Baden-Württemberg Société Générale The Royal Bank of Scotland plc
Fiscal Agent:	Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Zahlstellen:	Deutsche Bank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Luxembourg S.A. und jedes andere Institut, das in den betreffenden Endgültigen Bedingungen angeben ist.
Listing Agent:	Deutsche Bank Luxembourg S.A.
Währungsspezifische Beschränkungen:	Jede Emission von Schuldverschreibungen, die auf eine Währung lautet, für die bestimmte Gesetze, Verordnungen, Beschränkungen oder Anzeigepflichten gelten, wird nur unter Beachtung dieser Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Beschränkungen oder Anzeigepflichten begeben.
Programmvolumen:	Bis zu Euro 5.000.000.000 (oder dem Gegenwert in anderen Währungen) zu jeder Zeit ausstehend. Die Emittentinnen können das Programmvolumen jederzeit gemäß den Bestimmungen der Platzierungsvereinbarung (Dealer Agreement) erhöhen.

Platzierung:	Schuldverschreibungen werden auf syndizierter oder nicht-syndizierter Basis mittels öffentlichen Angebots oder als Privatplatzierung platziert. Die Art der Platzierung einer Tranche ist in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegeben.
Emissionsverfahren:	Die Schuldverschreibungen werden fortlaufend als Ziehungen (jeweils eine “ Ziehung ”) begeben, die jeweils aus in jeder Hinsicht identischen Schuldverschreibungen bestehen. Eine oder mehrere Ziehungen, die zusammengefasst werden und dann eine einheitliche Serie bilden sollen und in jeder Hinsicht bis auf das Ausgabedatum, den Zinslaufbeginn, den Ausgabepreis und das Datum für die erste Zinszahlung identisch sind, können eine einheitliche Serie von Schuldverschreibungen (eine “ Serie ”) bilden. Diese Serien dürfen auch weiter aufgestockt werden. Die besonderen Bedingungen für jede Ziehung (die, sofern nötig, mit zusätzlichen Bedingungen ergänzt werden können) werden in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben.
Genehmigung:	Jede Begebung von Schuldverschreibungen durch die EnBW AG bedarf der gesonderten Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat.
Ausgabepreis:	Schuldverschreibungen können zu ihrem Nennbetrag, mit Auf- oder Abgeld begeben werden, wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen bestimmt.
Währungen:	Vorbehaltlich gesetzlicher oder sonstiger Vorschriften, Beschränkungen und Anforderungen von Zentralbanken können Schuldverschreibungen in Euro und in jeder zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) sonst vereinbarten Währung oder Währungseinheit begeben werden.
Stückelungen:	Die Stückelung der Schuldverschreibungen entspricht den Vereinbarungen zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) und den Angaben in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, und zwar mit der Maßgabe, dass die Mindeststückelung von Schuldverschreibungen, die begeben werden, EUR 1.000 oder einem am Tag der Begebung diesem Betrag entsprechenden Betrag in einer anderen Währung und den jeweiligen Anforderungen der Zentralbank (oder einer vergleichbaren maßgeblichen Stelle) oder den auf die maßgebliche festgelegte Währung anwendbaren Gesetzen oder sonstiger Vorschriften entspricht.
Laufzeiten:	Die Laufzeiten der Schuldverschreibungen entsprechen den Vereinbarungen zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) und den Angaben in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, vorbehaltlich geltender Mindest- oder Höchstlaufzeiten, die von der maßgeblichen Zentralbank (oder einer vergleichbaren Stelle) oder aufgrund von auf die maßgebliche Emittentin oder die maßgebliche Währung anwendbaren Gesetze oder Rechtsvorschriften gefordert oder erlaubt sind.
Form der Schuldverschreibungen:	Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
	Schuldverschreibungen, auf die die U.S. Treasury Regulation § 1.163 – 5(c) (2) (i) (C) (die “ TEFRA C-Rules ”) anwendbar ist (“ TEFRA C-Schuldverschreibungen ”), werden stets durch eine auf den Inhaber lautende Dauerglobalurkunde ohne Zinsscheine (“ Dauerglobalurkunde ”) verbrieft, deren Nennbetrag dem Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen entspricht.

Schuldverschreibungen, auf die die U.S. Treasury Regulation § 1.163 – 5(c) (2) (i) (D) (die “**TEFRA D-Rules**”) anwendbar ist (“**TEFRA D-Schuldverschreibungen**”), werden anfänglich stets durch eine auf den Inhaber lautende vorläufige Globalurkunde ohne Zinsscheine (“**vorläufige Globalurkunde**”) verbrieft, die nicht früher als 40 Tage und nicht später als 180 Tage nach dem Abschluss der Platzierung der Schuldverschreibungen einer jeweiligen Ziehung gegen eine oder mehrere die Schuldverschreibungen verbrießende Dauerglobalurkunde(n) ausgetauscht wird. Der Austausch erfolgt nur gegen Nachweis des Nichtbestehens einer U.S.-Inhaberschaft (certification of non U.S. beneficial ownership), dessen Muster bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent erhältlich ist.

Schuldverschreibungen, auf die weder TEFRA C-Rules noch TEFRA D-Rules anwendbar sind, werden während ihrer gesamten Laufzeit durch eine Dauerglobalurkunde verbrieft.

Effektive auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

EZB-fähige Sicherheit:

Sofern nach anwendbaren Zentralbankvorschriften zur Anerkennung von Wertpapiere als Sicherheit durch die Europäische Zentralbank (“**EZB**”) erforderlich, können die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde am oder vor dem Begebungstag der Tranche entsprechend den Bestimmungen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen einer gemeinsamen Verwahrstelle (der “**Common Safekeeper**”) für Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg und Euroclear Bank S.A./N.V. Brüssel, als Betreiberin des Euroclear Systems, übergeben werden. Die Emissionsbedingungen können angepasst werden, wenn dies für die Einhaltung dieser Anforderungen erforderlich ist.

Diese Anforderung gilt nicht für Clearing durch Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main.

Beschreibung der Schuldverschreibungen:

Schuldverschreibungen können entweder zu einem festen oder variablen Zinssatz verzinslich, oder unverzinslich sein und zu einem festen Betrag oder unter Bezugnahme auf eine Formel rückzahlbar sein, wie zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) vereinbart und in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Festverzinsliche Schuldverschreibungen:

Festverzinsliche Schuldverschreibungen werden in der Weise gezahlt, wie zwischen der Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) vereinbart und in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen:

Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen werden auf der Grundlage der Vereinbarungen zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) und den Angaben der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, verzinst. Eine etwaige Marge bei variabler Verzinsung wird zwischen der betreffenden Emittentin und dem betreffenden Plazeur für jede Serie von Schuldverschreibungen vereinbart.

Für variabel verzinsliche Schuldverschreibungen sind die Zinsperioden ein, zwei, drei, sechs oder zwölf Monate oder ein solcher anderer Zeitraum, wie zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) vereinbart und in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Indexierte Schuldverschreibungen:

Zahlungen von Kapital auf Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Rückzahlung oder von Zinsen auf Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung (zusammen "indexierte Schuldverschreibungen") erfolgen unter Bezugnahme auf einen solchen Index oder eine solche Formel entsprechend den Vereinbarungen zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) und den Angaben in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen. Jede Emission von indexierten Schuldverschreibungen erfolgt unter Beachtung aller anwendbaren gesetzlichen und/oder behördlichen Vorschriften.

Andere für variabel verzinsliche Schuldverschreibungen und für Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung geltenden Bestimmungen:

Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung können mit einer Höchstverzinsung, Mindestverzinsung oder beidem versehen sein.

Wie vor der Emission von der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) festgelegt, erfolgt die Zinszahlung auf variabel verzinsliche Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit indexierter Verzinsung an Zinszahlungstagen, die in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen bestimmt sind oder gemäß diesem bestimmt werden und werden gemäß den Bestimmungen der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Doppelwährungs-Schuldverschreibungen:

Zahlungen (von Zinsen oder Kapital, sei es zum Rückzahlungstag oder zu einem anderen Zeitpunkt) auf Doppelwährungs-Schuldverschreibungen erfolgen in der Währung und auf der Grundlage der Wechselkurse, wie zwischen der Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) vereinbart und in den anwendbaren Endgültigen Bedingungen angegeben.

Nullkupon-Schuldverschreibungen:

Nullkupon-Schuldverschreibungen werden ohne periodische Zinszahlungen entweder mit einem Abschlag zu ihrem Nennbetrag oder aufgezinst angeboten und verkauft.

Andere Schuldverschreibungen:

Andere Arten von Schuldverschreibungen, zum Beispiel "Instalment Notes", "Credit Linked Notes" oder "Equity Linked Notes" oder Schuldverschreibungen mit einer anderen Struktur, können zu Bedingungen begeben werden, wie zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) vereinbart. Die für diese Schuldverschreibungen geltenden Bedingungen werden in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Rückzahlungen:

Die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen können bestimmen, dass die Schuldverschreibungen nicht vorzeitig zurückgezahlt werden können (es sei denn aus steuerlichen Gründen oder bei Vorliegen eines Kündigungsgrundes) oder dass sie nach Wahl der betreffenden Emittentin und/oder der Gläubiger durch Kündigung unter Einhaltung einer etwaigen Frist, die die Endgültigen Bedingungen bestimmen, gegenüber den Gläubigern beziehungsweise der betreffenden Emittentin zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Termin(en) zu einem bestimmten Preis und den dort vorgesehenen Bestimmungen vorzeitig zurückgezahlt werden können.

Soweit es die dann geltenden Gesetze oder Vorschriften nicht anderweitig erlauben, werden Schuldverschreibungen (einschließlich solcher, die auf Pfund Sterling lauten), deren Emissionserlös von der betreffenden Emittentin im Vereinigten Königreich empfangen werden soll, einen Rückzahlungsbetrag von

mindestens GBP 100.000 (oder dessen Gegenwert in anderen Währungen) vorsehen, es sei denn, die Schuldverschreibungen können nicht vor dem Ablauf von einem Jahr nach ihrem Begebungstag zurückgezahlt werden.

Steuern:

Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge an Kapital oder Zinsen sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in der Bundesrepublik Deutschland oder von oder in dem Staat in dem die betreffende Emittentin ihren Sitz hat oder im Falle von Zahlungen unter der Garantie, der Bundesrepublik Deutschland oder für deren oder dessen Rechnung oder von oder für Rechnung einer dort zur Steuererhebung ermächtigten Gebietskörperschaft oder Behörde in der Bundesrepublik Deutschland oder von oder in dem Staat in dem die betreffende Emittentin ihren Sitz hat oder im Falle von Zahlungen unter der Garantie, der Bundesrepublik Deutschland auferlegt oder erhoben werden ("Quellensteuern"), es sei denn, dieser Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin — vorbehaltlich der nach den Emissionsbedingungen bestimmten Ausnahmen — diejenigen zusätzlichen Beträge zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach Einbehalt oder Abzug dieser Quellensteuern denjenigen Beträgen an Kapital und Zinsen entsprechen, die die Gläubiger erhalten würden, hätte ein solcher Abzug oder Einbehalt nicht stattgefunden.

Vorzeitige Rückzahlung aus Steuergründen:

Die vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen aus steuerlichen Gründen ist gemäß § 5 der Emissionsbedingungen zulässig.

Status der Schuldverschreibungen:

Die Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der betreffenden Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind.

Garantie:

Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, werden von der EnBW AG garantiert (die "Garantie"). Die Garantie begründet eine unwiderrufliche, nicht nachrangige und nicht besicherte Verpflichtung der Garantin, die mit allen sonstigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen der Garantin im gleichen Rang steht.

Negativverpflichtung:

Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen und die Garantie werden eine Negativverpflichtung enthalten. Vgl. § 2 der Bedingungen — "Status — Negativverpflichtung" und Absatz (4) der Garantie.

Kündigungsgründe:

Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen sehen Kündigungsgründe vor, die die Gläubiger berechtigen, sofortige Rückzahlung der Schuldverschreibungen zu verlangen. Vgl. § 9 der Emissionsbedingungen — "Kündigung".

Cross Default-Klausel:

Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen sehen eine Cross Default-Klausel vor. Vgl. § 9 der Emissionsbedingungen — "Kündigung".

Rating:

Moody's Investors Service, Inc. und Standard & Poor's Ratings Services haben in Bezug auf das Programm die folgenden Ratings erteilt: A2 (stable outlook) in Bezug auf Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr und Prime-1 in Bezug auf Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von einem Jahr oder weniger bzw. A- (stable outlook) in Bezug auf

Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr und A-2 in Bezug auf Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von einem Jahr oder weniger.

Unter dem Programm begebene Schuldverschreibungen können ein Rating erhalten. Sofern eine Emission von Schuldverschreibungen ein Rating erhält, entspricht dieses Rating nicht notwendigerweise demjenigen des Programms, sofern vorhanden. Ein Rating eines Wertpapiers ist keine Empfehlung, ein Wertpapier zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten, und steht unter dem Vorbehalt der jederzeitigen Aussetzung, Verringerung oder Rücknahme durch die Rating-Agentur. Eine Aussetzung, Verschlechterung oder Rücknahme des den Schuldverschreibungen erteilten Ratings kann den Marktpreis der Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen.

Börsennotierung und Handelsaufnahme:

Die Notierung in der Official List und die Aufnahme des Handels an ihrem geregelten Markt für die unter dem Programm zu begebenden Schuldverschreibungen ist an der Luxemburger Wertpapierbörse beantragt worden.

Das Programm sieht vor, dass Schuldverschreibungen an anderen oder zusätzlichen Börsen notiert werden können, entsprechend den Vereinbarungen zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) für eine Emission. Unter dem Programm können auch Schuldverschreibungen begeben werden, die nicht an einer Börse notiert werden.

Anwendbares Recht:

Deutsches Recht

Verkaufsbeschränkungen:

Das Angebot und der Verkauf von Schuldverschreibungen sowie der Vertrieb von Angebotsunterlagen in dem Europäischen Wirtschaftsraum, den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Japan unterliegen besonderen Beschränkungen und außerdem solchen anderen Beschränkungen, die nach dem jeweils anwendbaren Recht im Zusammenhang mit dem Angebot und dem Verkauf einer bestimmten Ziehung von Schuldverschreibungen gelten.

Gerichtsstand:

Nicht-ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus den Schuldverschreibungen ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Frankfurt am Main.

Clearing und Abwicklung:

Das Clearing der Schuldverschreibungen erfolgt durch ein oder mehrere Clearingsysteme, wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegeben, und schließt die von Clearstream Banking AG, Clearstream Banking société anonyme und Euroclear Bank S.A./N.V., als Betreiber des Euroclearsystems ("Euroclear"), betriebenen Systeme ein.

Beschreibung der Emittentinnen:

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (nachfolgend auch "EnBW AG" oder die "Garantin" und gemeinsam mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften "EnBW" oder "der EnBW Konzern") ist die Muttergesellschaft des EnBW Konzerns, einer der großen deutschen vertikal integrierten, international tätigen Energiekonzerne, der zu den vier Unternehmen gehört, die in Deutschland das Übertragungsnetz betreiben. Die Aktivitäten des EnBW Konzerns in seinen drei Geschäftsfeldern Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen werden von der EnBW AG als operativ tätige Holding geführt. Das dominierende Geschäftsfeld Strom ist über die gesamte Wertschöpfungskette unterteilt in Erzeugung, Handel, Transport und Verteilung sowie Vertrieb von Energie. EnBW's Hauptmärkte sind Baden-Württemberg, Deutschland, der deutschsprachige Raum sowie

die Wachstumsmärkte in Mittel- Ost und Südosteuropa. Im Vergleich zu den großen Wettbewerbern der EnBW in Deutschland steht der Endkunde stärker im Mittelpunkt von EnBW's Tätigkeiten.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ging aus der Verschmelzung der beiden baden-württembergischen Verbundunternehmen Energie-Versorgung Schwaben AG und Badenwerk AG im Jahr 1997 hervor. Vorgänger der Badenwerk AG war die im Jahre 1921 gegründete Badische Elektrizitätsversorgungs AG. Die Energie-Versorgung Schwaben wurde 1939 als öffentlicher Versorgungsbetrieb für das Land Württemberg gegründet. Im Jahr 1973 wurden in die Badenwerk AG im Wege einer Kapitalerhöhung private Aktionäre aufgenommen und die Gesellschaft an der Börse notiert. Die Börsennotierung wurde mit der Verschmelzung der Badenwerk AG und der Energie-Versorgung Schwaben AG beibehalten. Die EnBW AG ist sowohl an der Frankfurter Wertpapierbörsen als auch an der Börse Stuttgart notiert.

Die EnBW AG hat ihren Sitz in Karlsruhe, Deutschland und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim unter der Nummer HRB 107956 eingetragen.

Organisationsstruktur

Die EnBW AG ist als Muttergesellschaft die Holding-Gesellschaft des EnBW Konzerns, der sich in eine Reihe von Unternehmensbereichen gliedert. Neben der Leitung des Konzerns stellt die EnBW AG als operative Holding für den EnBW-Konzern zentrale Dienstleistungen bereit, u. a. in den Bereichen Finanzen, Controlling sowie allgemeine Unternehmens-Dienstleistungen. Das wesentliche operative Geschäft des EnBW Konzerns ist in unmittelbaren Tochtergesellschaften gebündelt, deren Geschäftstätigkeit die EnBW AG durch einen strategischen Planungs- und Steuerungsprozess steuert und unterstützt. Die Holding übernimmt bei der Leitung der Tochtergesellschaften auch operative Aufgaben. Der Vorstand der EnBW AG formuliert die konzernweiten Strategien und ist für die Leitung und Steuerung des gesamten EnBW Konzerns verantwortlich.

Ausblick

Es haben sich seit dem 31. Dezember 2007 keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen in den Aussichten der EnBW AG ergeben.

Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane; Praktiken der Geschäftsführung

Entsprechend der gesetzlichen Systematik des deutschen Aktienrechts ist der Vorstand das Geschäftsführungsorgan und der Aufsichtsrat das Kontrollorgan der EnBW AG. Die Mitglieder beider Organe können über die Geschäftssadresse der EnBW AG kontaktiert werden: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Deutschland.

Bei keinem der Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats bestehen nach Kenntnis der EnBW AG Interessenkonflikte zwischen ihren Pflichten gegenüber der EnBW AG und ihren privaten Interessen oder sonstigen Pflichten.

Der Aufsichtsrat hat insgesamt sechs Ausschüsse eingerichtet, darunter auch einen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss befasst sich mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie der

erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss beschließt anstelle des Aufsichtsrats über die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer und legt die Prüfungsschwerpunkte sowie die Höhe des Prüferhonorars fest. Der Prüfungsausschuss bereitet außerdem die Aufsichtsratssitzung zum Jahres- und Konzernabschluss vor. Diesbezüglich hat er jedoch keine Beschlusskompetenz. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Der Vorsitz im Prüfungsausschuss wird weder vom Aufsichtsratvorsitzenden noch von einem ehemaligen Vorstandsmitglied der Gesellschaft geführt.

Nach pflichtgemäßer Prüfung verabschiedete der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2007 die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex gemäß § 161 AktG. Zuvor hatte der Vorstand in seiner Sitzung vom 20. November 2007 eine wortgleiche Erklärung abgegeben.

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 8. Dezember 2006 in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 14. Juli 2007 auch künftig uneingeschränkt entsprechen.

Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der EnBW AG

Historische Finanzinformationen

Auf den geprüften Konzernabschluss des EnBW Konzerns für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr sowie den entsprechenden Bestätigungsvermerk, die gemeinsam auf den Seiten 125-200 des EnBW Geschäftsberichts 2007 enthalten sind, wird hiermit Bezug genommen, wodurch der Konzernabschluss und der Bestätigungsvermerk Bestandteil dieses Prospekts werden.

Auf den geprüften Konzernabschluss des EnBW Konzerns für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr sowie den entsprechenden Bestätigungsvermerk, die gemeinsam auf den Seiten 109-176 des EnBW Geschäftsberichts (Finanzbericht) 2006 enthalten sind, wird hiermit Bezug genommen, wodurch der Konzernabschluss und der Bestätigungsvermerk Bestandteil dieses Prospekts werden.

Rechtsstreitigkeiten

Soweit in diesem Prospekt nicht anderweitig offen gelegt, gibt es keine staatlichen Verfahren bzw. Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich solcher Verfahren, die nach Kenntnis der EnBW AG noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) noch hat es derartige Verfahren in den letzten zwölf Monaten vor der Veröffentlichung dieses Prospekts gegeben, die sich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der EnBW AG oder des EnBW Konzerns erheblich auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Wesentliche Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition der EnBW AG

Soweit in diesem Prospekt nicht anderweitig offen gelegt, gab es seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres (31. Dezember 2007) keine wesentliche Veränderung der Handelsposition der EnBW AG.

Die EnBW International Finance B.V. (nachfolgend auch **“EnBW Finance”**) hat eine 3,125 % Anleihe in Höhe von 300 Millionen Schweizer Franken mit einer festen Laufzeit von fünf Jahren begeben, die durch eine unwiderrufliche, unbedingte Garantie der EnBW AG besichert ist. Ausgabetag war der 25. Februar 2008. Am 25. Februar 2008 wurde eine Anleihe über nominal 400 Millionen Schweizer Franken fällig.

Ansonsten haben sich keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage ergeben.

EnBW International Finance B.V.

Gemäß der Satzung der EnBW Finance sind die wichtigsten Aufgaben des Unternehmens:

- Beteiligung in jeglicher Form an sowie Gründung, Führung, Überwachung, Betrieb und Unterstützung von Unternehmen und Gesellschaften;
- die Finanzierung von Unternehmen und Gesellschaften;
- die Aufnahme und Vergabe von Krediten, die Beschaffung von Geldmitteln, einschließlich der Emission von Schuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Ausgabe von Schuldscheinen oder anderen Wertpapieren oder Schuldtiteln sowie der Abschluss von Verträgen im Zusammenhang hiermit.

Die derzeitige Tätigkeit der EnBW Finance beschränkt sich ausschließlich auf die Finanzierung des EnBW Konzerns. Schuldverschreibungen, die von der EnBW Finance begeben werden, werden von der EnBW AG garantiert. Die Garantie begründet eine unwiderrufliche, unbesicherte und nicht nachrangige Verpflichtung der Garantin, die mit allen sonstigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen der Garantin im Gleichrang steht.

Organisationsstruktur

EnBW Finance ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der EnBW AG und hat selbst keine Tochtergesellschaften.

Ausblick

Es hat seit dem 31. Dezember 2007 keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen in den Aussichten der EnBW Finance gegeben.

Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Bei keinem der Mitglieder des Geschäftsführung bestehen nach Kenntnis der EnBW AG Interessenkonflikte zwischen ihren Pflichten gegenüber der EnBW Finance und ihren privaten Interessen oder sonstigen Pflichten.

EnBW Finance ist eine Gesellschaft in privater Hand und unterliegt daher keinen öffentlichen Unternehmensführungsstandards.

Das Führungsgremium der EnBW Finance ist die Geschäftsführung. Diese kann unter der Geschäftsadresse der EnBW Finance kontaktiert werden: EnBW International Finance B.V., Schouwburgplein 30 – 34, 3012 CL Rotterdam; PO Box 21153, 3001 AD Rotterdam, Niederlande.

Es existiert kein Prüfungsausschuss.

Rechtsstreitigkeiten

Soweit nicht in diesem Prospekt anderweitig offen gelegt, gibt es keine staatlichen Verfahren bzw. Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich solcher Verfahren, die nach Kenntnis der EnBW Finance noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), noch hat es derartige Verfahren in den letzten zwölf Monaten vor der Veröffentlichung dieses Prospekts gegeben, die sich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der EnBW Finance oder des EnBW Konzerns erheblich auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Wesentliche Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition der EnBW Finance

Soweit nicht in diesem Prospekt anderweitig offen gelegt, gab es seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres (31. Dezember 2007) keine wesentliche Veränderung der Handelsposition der EnBW Finance.

Im Hinblick auf die am 25. Februar 2008 emittierte Anleihe der EnBW Finance in Höhe von 300 Mio. Schweizer Franken wird auf die Darstellung der wesentlichen Veränderung der Finanzlage bei der EnBW AG in diesem Prospekt verwiesen. Ferner hat die Hauptversammlung der EnBW Finance im Januar 2008 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 657.018 beschlossen. Ansonsten haben sich keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage ergeben.

Zusammenfassung der Risiko-Faktoren

Nachstehend erfolgt eine Zusammenfassung von Risikofaktoren, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben könnten und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen beeinträchtigen können sowie solcher Risikofaktoren, die für die Beurteilung des Marktwerts bzw. Marktrisikos der im Rahmen dieses Programms begebenen Schuldverschreibungen wesentlich sind. Potentielle Anleger sollten diese Risikofaktoren sowie sämtliche anderen Informationen in diesem Debt Issuance Prospekt berücksichtigen und mit ihren eigenen fachlichen Beratern Rücksprache halten, bevor sie sich für einen Kauf der im Rahmen des Programms begebenen Schuldverschreibungen entscheiden. Darüber hinaus sollten sich Anleger im Klaren sein, dass die Risiken gleichzeitig auftreten und sich dadurch in ihren Auswirkungen verstärken können.

Risiken im Hinblick auf die Schuldverschreibungen:

Die Schuldverschreibungen sind neue Wertpapiere, die möglicherweise nicht sehr breit gestreut sind und für die derzeit kein liquider Markt besteht.

Es gibt keine Sicherheit, dass sich künftig ein liquider Markt für die Schuldverschreibungen entwickelt oder ein liquider Markt künftig aufrechterhalten wird. Der Preis, für den die Inhaber die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit möglicherweise verkaufen können, könnte durch einen wesentlichen Abschlag gegenüber dem Ausgabepreis oder Kaufpreis gemindert sein, den der jeweilige Inhaber beim Erwerb der Schuldverschreibungen gezahlt hat.

Der Betrag, der auf das Kapital und/oder gegebenenfalls Zinsen durch die Emittentin zahlbar ist, könnte erheblich geringer als der Ausgabepreis oder gegebenenfalls der Kaufpreis sein, der durch den jeweiligen Inhaber gezahlt wurde. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die Emittentin überhaupt kein Kapital und/

oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen zahlt. Dies gilt insbesondere für Schuldverschreibungen, bei denen die Zahlung von Kapital und/oder Zinsen von verschiedenen Faktoren abhängt wie Indizes, Eigenkapitalvermögen oder anderen Vermögensteilen oder auf Beträge beschränkt ist, die die Emittentin von einer dritten Partei erhält; in solchen Fällen könnte der Inhaber seine gesamtes investiertes Kapital verlieren.

Jede Emittentin kann das Recht haben, alle ausstehenden Schuldverschreibungen zurückzuzahlen, wenn sie verpflichtet wäre, die auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge wegen Einbehalts oder Abzugs von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern zu erhöhen. Des Weiteren können Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin unter bestimmten anderen Umständen oder wegen des Eintritts eines Ereignisses, welches in den Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen festgelegt ist, rückzahlbar sein. Nach einer solchen vorzeitigen Rückzahlung könnte eine Wiederanlage des Rückzahlungsertrags in ein vergleichbares Wertpapier zu einem effektiven Zinssatz in gleicher Höhe wie der der Schuldverschreibungen nicht möglich sein.

Potenzielle Investoren müssen sich bewusst sein, dass eine Anlage in die Schuldverschreibungen mit Währungsrisiken verbunden sein kann und sollten entscheiden, ob eine Anlage in die Schuldverschreibungen ihren individuellen Interessen entspricht und unter Berücksichtigung ihrer individuellen Umstände angemessen ist.

Der Marktpreis und der Kurswert der Schuldverschreibungen werden unter anderem durch die Kreditwürdigkeit der jeweiligen Emittentin und eine Anzahl weiterer Faktoren beeinflusst, einschließlich, jedoch ohne Beschränkung hierauf, des Wertes des maßgeblichen Bezugsvermögens oder der Indizes, der Aussichten und Erwartungen des Marktes, des Marktzinses, der Renditen und der Restlaufzeit der Schuldverschreibungen.

Strukturierte Schuldverschreibungen, bei denen der Zins oder das Kapital durch einen oder mehrere Referenzvermögenswerte, -indizes oder -formeln bestimmt wird oder die Multiplikatoren oder andere Hebefaktoren oder (Zins-)Ober- oder (Zins-)Untergrenzen oder eine Kombination dieser Merkmale vorsehen, können volatiler sein und mit höheren Risiken verbunden sein als konventionelle Schuldverschreibungen.

Risiken in Bezug auf die Emittentinnen:

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Nachfolgend sind eine Reihe von Betriebs- oder Unternehmensfaktoren zusammengefasst, welche erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben könnten und die Fähigkeit der EnBW AG, ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern oder der Garantie nachzukommen, erheblich beeinträchtigen können. Zu diesen gehören u. A.:

Energiemarktrisiken

Das Konzernergebnis wird in großen Teilen von den Marktpreisen für Strom und Brennstoffe sowie Emissionszertifikate beeinflusst. Für die EnBW besteht das Risiko, dass eine Erhöhung der Brennstoffpreise auf der Beschaffungsseite nicht durch steigende Strompreise auf der Absatzseite ausgeglichen werden kann.

Darüber hinaus unterliegt die EnBW Energiemarktrisiken in Folge einer möglichen Divergenz von Beschaffungs- zu Absatzmarktpreisen in den Geschäftsfeldern Gas und Strom.

Technische Risiken

EnBW betreibt technologisch komplexe Produktionsanlagen mit entsprechenden Betriebsrisiken. Sachschäden können zu erheblichen Ertragsausfällen aufgrund ungeplanter Nichtverfügbarkeiten von Kraftwerken oder von Teilen des Strom-, Gas- oder Fernwärmeversorgungsnetzes des EnBW Konzerns führen.

Regulierungsrisiken

Ergebniseffekte sind auch durch den ständigen Wandel im politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld des EnBW Konzerns zu erwarten. Beispielsweise besteht bei den Transport- und Verteilnetzbetreibern des EnBW Konzerns wie in der Branche insgesamt eine hohe Planungsunsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Netznutzungsentgelte. Es ist erklärtes Ziel der Regulierungsbehörden, die Netznutzungsentgelte zu senken. Daraus können Ertragsrisiken entstehen.

Rechtliche Risiken

Der EnBW Konzern ist im Rahmen seiner gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in verschiedene Gerichtsprozesse involviert. Diese Prozesse könnten sich auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des EnBW Konzerns auswirken. Risiken bergen auch aufsichtsrechtliche Genehmigungsverfahren.

Nicht-technische Risiken – Atomenergie

In ihrer Eigenschaft als Betreiber von Kernkraftwerken ist EnBW verschiedenen Planungsunsicherheiten, Investitionsrisiken und unbestimmten Kosten ausgesetzt, weil unter anderem (i) die Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland weiter ungelöst bleibt, und (ii) Änderungen des kerntechnischen Regelwerks, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beabsichtigt, bei EnBW's Kernkraftwerken eine erhebliche Nachrüstung erforderlich machen könnte.

Neue Kraftwerke

Die Entscheidung für den Zubau von Kraftwerkskapazität birgt Investitionsrisiken, da wesentliche Rentabilitätsparameter nicht langfristig zuverlässig prognostiziert werden können.

Finanzmarktrisiken

Risiken ergeben sich auch aus den Wertveränderungen der Wertpapiere des Umlaufvermögens. Im Rahmen unseres Geschäfts sind wir unter anderem Risiken aus Zins-, Währungs-, Kredit- und Aktienkursänderungen ausgesetzt.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen

Können auslaufende Konzessionsverträge nicht verlängert werden, besteht das Risiko eines Ertrags- oder Vermögensschadens.

IT-Risiken

EnBW ist Risiken bei der Entwicklung, Implementierung und dem Einsatz von IT-Lösungen zur Unterstützung der Geschäftsprozesse ausgesetzt. Nichtverfügbarkeiten von Kernapplikationen und Systemen können eine negative Auswirkung auf den Geschäftserfolg haben.

Kreditrisiken

Die internationale wirtschaftliche Situation beeinflusst die Beziehungen zu Kunden, Handelspartnern und Lieferanten. Daher bestehen Kreditrisiken aus den potenziellen Ausfällen von Geschäftspartnern.

Liquiditätsrisiken

Falls im Prozess der Bereitstellung ausreichender Liquidität Störungen auftreten, besteht das Risiko, dass EnBW ihre finanziellen Verpflichtungen nicht rechtzeitig erfüllen kann.

Transaktionsrisiken

Derzeit sind keine erheblichen Transaktionsrisiken für EnBW erkennbar.

EnBW International Finance B.V.

Die EnBW International Finance B.V. hat derzeitig ausschließlich die Aufgabe die Finanzierung des EnBW Konzerns zu ermöglichen. Ihr Vermögen besteht vor allem aus Forderungen aus Darlehen an Konzerngesellschaften. EnBW Finance's fortlaufende Geschäftstätigkeit hängt von den Möglichkeiten der EnBW AG und anderer Konzerngesellschaften ab, ihren Zahlungsverpflichtungen aus diesen Darlehen nachzukommen.

Alle Schuldverschreibungen der EnBW International Finance B.V. werden von der EnBW AG garantiert. Die Garantie begründet eine unwiderrufliche, unbesicherte und nicht nachrangige Verpflichtung der Garantin, die mit allen sonstigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen der Garantin im gleichen Rang stehen. Diese Garantie ist in der Bundesrepublik Deutschland gerichtlich einklagbar.

Die Risikofaktoren der EnBW AG, als Garantin und Schuldnerin der EnBW International Finance B.V., sind wie oben angeführt beschrieben.

SUMMARY OF THE DEBT ISSUANCE PROGRAMME PROSPECTUS

The following constitutes the summary (the “**Summary**”) of the essential characteristics and risks associated with each Issuer and the Notes to be issued under the Programme. This Summary should be read as an introduction to this Debt Issuance Programme Prospectus. Any decision by an investor to invest in the Notes should be based on consideration of this Debt Issuance Programme Prospectus as a whole, including the documents incorporated by reference, any supplements thereto and the relevant Final Terms. Where a claim relating to the information contained in this Debt Issuance Programme Prospectus, including the documents incorporated by reference, any supplements thereto and the relevant Final Terms is brought before a court, the plaintiff investor might, under the national laws of the individual Member States of the European Economic Area, have to bear the costs of translating this Debt Issuance Programme Prospectus, including the documents incorporated by reference, any supplements thereto and the relevant Final Terms before the legal proceedings are initiated. Civil liability attaches to those persons who have tabled this Summary including any translation thereof, and have applied or will apply for its notification, but only if the Summary is misleading, inaccurate or inconsistent when read together with the other parts of this Debt Issuance Programme Prospectus.

The following description of certain general features of the Notes issued under the Programme does not purport to be complete and is taken from and qualified in its entirety by the remainder of this Debt Issuance Programme Prospectus and, in relation to the terms and conditions of any particular Tranche of Notes, the applicable Final Terms.

Issuers:	EnBW Energie Baden-Württemberg AG (“ EnBW AG ”) EnBW International Finance B.V. (“ EnBW Finance ”)
Guarantor:	EnBW AG, in respect of Notes issued by EnBW Finance (in such capacity, the “ Guarantor ”)
Arranger:	Barclays Bank PLC
Dealers:	Barclays Bank PLC BNP PARIBAS J.P. Morgan Securities Ltd. Landesbank Baden-Württemberg Société Générale The Royal Bank of Scotland plc
Fiscal Agent:	Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Paying Agents:	Deutsche Bank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Luxembourg S.A. and other institutions, all as indicated in the applicable Final Terms.
Listing Agent:	Deutsche Bank Luxembourg S.A.
Regulatory Matters:	Any Tranche of Notes denominated in a currency in respect of which particular laws, regulations, restrictions and reporting requirements apply will only be issued in circumstances which comply with such laws, regulations, restrictions and reporting requirements from time to time.
Programme Amount:	Up to Euro 5,000,000,000 (or its equivalent in other currencies) outstanding at any time. The Issuers may increase the amount of the Programme in accordance with the terms of the Dealer Agreement from time to time.
Distribution:	Notes may be distributed by way of public or private placements and, in each case, on a syndicated or non-syndicated basis. The method of distribution of each Tranche will be stated in the relevant Final Terms.
Method of Issue:	Notes will be issued on a continuous basis in Tranches (each a “ Tranche ”), each Tranche consisting of Notes which are identical in

all respects. One or more Tranches, which are expressed to be consolidated and forming a single series and identical in all respects, but having different issue dates, interest commencement dates, issue prices and dates for first interest payments may form a Series (“**Series**”) of Notes. Further Notes may be issued as Part of existing Series. The specific terms of each Tranche (which will be supplemented, where necessary, with supplemental terms and conditions) will be set forth in the applicable Final Terms.

Approval:

Each Tranche of Notes issued by EnBW AG must be approved by resolutions of the Management Board and Supervisory Board of EnBW AG.

Issue Price:

Notes may be issued at par or a discount to or a premium over par, as stated in the relevant Final Terms.

Specified Currencies:

Subject to any applicable legal or regulatory restrictions, and requirements of relevant central banks, Notes may be issued in Euro or any other currency or currency unit agreed to by the relevant Issuer and the relevant Dealer(s).

Denominations of Notes:

Notes will be issued in such denominations as may be agreed to between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) and as indicated in the applicable Final Terms save that the minimum denomination of the Notes issued will be Euro 1,000 or an amount in any other currency which is at least equal in amount on the issue date and, further, such as may be allowed or required from time to time by the relevant central bank (or equivalent body) or any laws or regulations applicable to the relevant Specified Currency.

Maturities:

Such maturities as may be agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) and as indicated in the applicable Final Terms, subject to such minimum or maximum maturities as may be allowed or required from time to time by the relevant central bank (or equivalent body) or any laws or regulations applicable to the relevant Issuer or the relevant Specified Currency.

Form of Notes:

Notes will be issued in bearer form only.

Notes to which U.S. Treasury Regulation § 1.163 – 5(c) (2) (i) (C) (the “**TEFRA C Rules**”) applies (“**TEFRA C Notes**”) will be represented by a permanent global Note in bearer form, without interest coupons, in a principal amount equal to the aggregate principal amount of such Notes (“**Permanent Global Note**”).

Notes to which U.S. Treasury Regulation § 1.163 – 5 (c) (2) (i) (D) (the “**TEFRA D Rules**”) applies (“**TEFRA D Notes**”) will be represented initially by a Temporary Global Note (“**Temporary Global Note**”) which will be exchanged for Notes represented by one or more Permanent Global Note(s), in each case not earlier than 40 days and not later than 180 days after the completion of distribution of the Notes comprising the relevant Tranche upon certification of non U.S.-beneficial ownership in the form available from time to time at the specified office of the Fiscal Agent.

Notes to which neither the TEFRA C Rules nor the TEFRA D Rules apply will be represented by a Permanent Global Note.

Notes in definitive form and interest coupons will not be issued.

ECB-eligible Security

If so required by applicable central bank guidelines relating to the eligibility as security by the European Central Bank ("ECB") the Temporary Global Note and the Permanent Global Note may, as stated in the applicable Final Terms, be delivered on or prior to the issue date of the Tranche to a common safekeeper (the "**Common Safekeeper**") for Clearstream Banking société anonyme and Euroclear Bank S.A./N.V., as operator of the Euroclear system. The Terms and Conditions of the Notes may be amended if necessary to comply with such requirements.

Such requirements are not applicable for clearing by Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, Germany

Description of Notes:

Notes may be either interest bearing at fixed or variable rates or non-interest bearing, with principal repayable at a fixed amount or by reference to a formula as may be agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) as specified in the applicable Final Terms.

Fixed Rate Notes:

Notes for which the interest rate is fixed will be payable on such basis as may be agreed between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s), as specified in the applicable Final Terms.

Floating Rate Notes:

Notes for which the interest rate is variable will bear interest on such basis as may be agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s), as specified in the applicable Final Terms. The Margin, if any, relating to such variable rate will be agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) for each Series of Floating Rate Notes.

Interest periods for Floating Rate Notes will be one, two, three, six or twelve months or such other period(s) as may be agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s), as specified in the applicable Final Terms.

Index Linked Notes:

Payments of principal in respect of Index Linked Redemption Amount Notes or of interest in respect of Index Linked Interest Notes (together "**Index Linked Notes**") will be calculated by reference to such index and/or formula as the relevant Issuer and the relevant Dealer may agree on as indicated in the applicable Final Terms. Each issue of Index Linked Notes will be made in compliance with all applicable legal and/or regulatory requirements.

Floating Rate Notes and Index Linked Interest Notes may also have a maximum interest rate, a minimum interest rate or both.

Interest on Floating Rate Notes and Index Linked Interest Notes in respect of each Interest Period, as selected prior to issue by the relevant Issuer and the relevant Dealer(s), will be payable on such Interest Payment Dates specified in, or determined pursuant to, the applicable Final Terms and will be calculated as specified in the applicable Final Terms.

Dual Currency Notes:

Payments (whether in respect of principal or interest and whether at maturity or otherwise) in respect of Dual Currency Notes will be made in such currencies, and based on such rates of exchange, as the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) may agree upon, as specified in the applicable Final Terms.

Zero Coupon Notes:

Zero Coupon Notes will be offered and sold either at a discount to their principal amount or on an accumulated basis, in each case without periodic payments of interest.

Other Notes:

Notes may be of any other type, such as Instalment Notes, Credit Linked Notes, Equity Linked Notes, or may have any other structure, all upon terms agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) and as specified in the applicable Final Terms.

Redemption:

The applicable Final Terms will indicate either that the Notes cannot be redeemed prior to their stated maturity (except for taxation reasons or upon the occurrence of an Event of Default) or that such Notes will be redeemable at the option of the relevant Issuer and/or the Holders upon giving notice within the notice period (if any) specified in the applicable Final Terms to the Holders or the relevant Issuer, as the case may be, on a date or dates specified prior to such stated maturity and at a price or prices and on such terms as indicated in the applicable Final Terms.

Unless otherwise permitted by laws and regulations in force at the time, Notes (including Notes denominated in Sterling) in respect of which the issue proceeds are to be accepted by the relevant Issuer in the United Kingdom will have a minimum redemption amount of GBP 100,000 (or its equivalent in other currencies), unless such Notes may not be redeemed until on or after the first anniversary of their date of issue.

Taxation:

Principal and interest shall be payable without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes, duties, or governmental charges of any nature whatsoever imposed, levied, or collected by or on behalf of the Federal Republic of Germany, or by or on behalf of the country where the relevant Issuer is domiciled and, in the case of payments under the Guarantee, the Federal Republic of Germany, or by or on behalf of any political subdivision or authority therein having power to tax (together "**Withholding Taxes**"), unless such withholding or deduction is required by law. In such event, the relevant Issuer will, subject to the exceptions set out in the Terms and Conditions, pay such additional amounts as shall be necessary in order that the net amounts received by the Holders of the Notes after such withholding or deduction shall equal the respective amounts of principal and interest which would otherwise have been receivable in respect of the Notes in the absence of such withholding or deduction.

Early Redemption for Taxation Reasons:

Early redemption for taxation reasons will be permitted as provided in § 5 of the Terms and Conditions of the Notes.

Status of the Notes:

The Notes will constitute unsecured and unsubordinated obligations of the relevant Issuer ranking *pari passu* among themselves and *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated obligations of the relevant Issuer.

Guarantee:

Notes issued by EnBW Finance will have the benefit of a Guarantee (the "**Guarantee**") given by EnBW AG. The Guarantee constitutes an irrevocable, unsecured and unsubordinated obligation of the Guarantor ranking *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated obligations of the Guarantor.

Negative Pledge:

The Notes and the Guarantee will contain a negative pledge, see § 2 of the Terms and Conditions of the Notes — "**Status, Negative Pledge**" and paragraph (4) of the Guarantee.

Events of Default:

The Notes will provide for events of default entitling Holders to demand immediate redemption of the Notes, see § 9 of the Terms and Conditions of the Notes — "**Events of Default**".

Cross Default:

The Terms and Conditions of the Notes will provide for a cross default, see § 9 of the Terms and Conditions of the Notes — "**Events of Default**".

Rating:

Moody's Investors Service, Inc. and Standard & Poor's Ratings Services have assigned the following ratings in connection with the Programme: A2 (stable outlook) in respect of Notes with a maturity of more than one year, Prime-1 in respect of Notes with a maturity of

one year or less and A- (stable outlook) in respect of Notes with a maturity of more than one year, A-2 in respect of Notes with a maturity of one year or less, respectively.

Notes issued pursuant to the Programme may be rated or unrated. Where an issue of Notes is rated, its rating will not necessarily be the same as the rating applicable to the Programme, if any. A security rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be subject to suspension, reduction or withdrawal at any time by the assigning rating agency. A suspension, reduction or withdrawal of the rating assigned to the Notes may adversely affect the market price of the Notes.

Listing and Admission to Trading:

Application has been made to listing on the Official List and to admission to trading regarding the Notes to be issued under the Programme on the Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange.

The Programme provides that Notes may be listed on other or further stock exchanges, as may be agreed on between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) in relation to each issue. Notes may further be issued under the Programme which will not be listed on any stock exchange.

Governing Law:

German law.

Selling Restrictions:

There will be specific restrictions on the offer and sale of Notes and the distribution of offering materials in the European Economic Area, the United States of America, the United Kingdom, The Netherlands, Japan, and such other restrictions as may be required under applicable law in connection with the offering and sale of a particular Tranche of Notes.

Jurisdiction:

Non-exclusive place of jurisdiction for any legal proceedings arising under the Notes is Frankfurt am Main, Germany.

Clearance and Settlement:

Notes will be accepted for clearing through one or more Clearing Systems as specified in the applicable Final Terms. These systems will include those operated by Clearstream Banking AG, Clearstream Banking société anonyme and Euroclear Bank S.A./N.V. as operator of the Euroclear system.

Description of the Issuers:

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

EnBW Energie Baden-Württemberg AG (hereinafter also referred to as “**EnBW AG**” or the “**Guarantor**” or the “**Issuer**” and together with its consolidated subsidiaries “**EnBW**” or the “**EnBW Group**”) is the parent company of the EnBW Group, being one of the big German, vertically integrated, internationally operating energy groups, which is one of the four companies operating the power grid in Germany. The activities of the EnBW Group in its three business segments of electricity, natural gas as well as energy and environmental services are run by the EnBW AG as an operative holding. The dominating business segment of electricity is subdivided across the entire value chain into generation, trading, transportation and distribution as well as energy sales. EnBW’s principle markets are Baden-Württemberg, Germany, the German-speaking region as well as the growth markets in Central, East and Southeastern Europe. Compared to the big competitors of EnBW in Germany, EnBW’s activities have a stronger focus on the end consumer.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG emerged from the 1997 merger of the two Baden-Württemberg based transmission system operators Energie-Versorgung Schwaben AG and Badenwerk AG. The predecessor of the Badenwerk AG was the Badische

Elektrizitätsversorgungs AG which was founded in 1921. The Energie-Versorgung Schwaben was founded in 1939 as a public utility for the state of Württemberg. In 1973, private shareholders were included in the Badenwerk AG by way of a capital increase and the company was listed on the stock exchange. The listing on the stock exchange was maintained with the merger of the Badenwerk AG and the Energie-Versorgung Schwaben AG. The EnBW AG is listed both on the Frankfurt Stock Exchange and the Stuttgart Stock Exchange.

The EnBW AG has its registered office in Karlsruhe, Germany and is registered in the commercial register of the local court Mannheim under the number HRB 107956.

Organizational structure

The EnBW AG, as the parent company, is the holding company of the EnBW Group which is composed of a number of divisions. In addition to the management of the Group, the EnBW AG, as the operational holding for the EnBW Group, provides central services, such as in the areas of finances, controlling and general corporate services. The principle operational business of the EnBW Group is bundled in direct subsidiaries, whereby the EnBW AG controls and supports their business activities through a strategic planning and control process. The holding also assumes operative tasks with the management of the subsidiaries. The management board of EnBW AG is responsible for the group-wide strategies as well as the management and control of the entire EnBW Group.

Outlook

There has been no material adverse change in the prospects of EnBW AG since 31 December 2007.

Management and supervisory bodies; management practices.

According to the legal systematics of the German stock corporation law, the management board is the management body and the supervisory board the controlling body of EnBW AG. The members of both bodies can be contacted via the business address of EnBW AG: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Germany.

EnBW AG is not aware of any conflicts of interest or the conflicts of interests for any of the members of the management board and the supervisory board of the EnBW AG between their duties to EnBW AG and their private interests or other commitments.

The supervisory board has set up a total of six committees including an audit committee. The audit committee deals with issues of accounting, risk management, and compliance as well as the necessary independence of the auditor. It is the audit committee rather than the supervisory board that decides the issuing of an audit assignment to the auditor as well as on the amount of the auditor's fee. The audit committee also prepares the supervisory board meeting for the consolidated and unconsolidated financial statements. In this regard, however, it has no authority to make decisions. The chairman of the audit committee possesses special knowledge and experience regarding accounting principles and internal control procedures. Neither the chairman of the supervisory body nor a former member of the company's management board holds the chairmanship of the audit committee.

Following an obligatory examination, the supervisory board issued the compliance declaration with the German Corporate Governance Code according to Section 161 of the German Stock Corporation Act

(*Aktiengesetz*) in its meeting on 6 December 2007. The management board had issued an identical declaration in its meeting on 20 November 2007.

The management board and the supervisory board of EnBW AG made the following declaration in accordance with Section 161 of the German Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*):

Since the last compliance declaration of 8 December 2006, the EnBW Energie Baden-Württemberg AG has fully complied with the recommendations made by the Government Commission on the German Corporate Governance Code as amended and which were announced in the electronic Federal Gazette (*elektronischer Bundesanzeiger*) and it will continue to fully comply with the recommendations as amended on 14 July 2007.

Financial information on net assets, financial position and results of operations of EnBW AG

Historical financial information

The audited consolidated financial statements of the EnBW Group for the business year ending on 31 December 2007, as well as the corresponding audit opinion, which are both included on pages 125 – 200 of the EnBW Annual Report 2007 are referred to here, whereby the consolidated financial statements and the audit opinion will be part of this Debt Issuance Programme Prospectus.

The audited consolidated financial statements of the EnBW Group for the business year ending on 31 December 2006 as well as the corresponding audit opinion, which together are contained on pages 109-176 of the EnBW Annual Report 2006 (Financial Report), are referred to here, whereby the consolidated financial statements and the audit opinion will be part of this Debt Issuance Programme Prospectus.

Legal disputes

Unless otherwise set forth in this Debt Issuance Programme Prospectus, there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which EnBW AG is aware) nor have there been such proceedings in the last twelve months prior to the publication of this Debt Issuance Programme Prospectus which may have, or have had most recently significant effects on the financial position or the profitability of EnBW AG or the EnBW Group.

Significant changes in the financial or trading position of EnBW AG

Unless otherwise set forth in this Debt Issuance Programme Prospectus, there has been no significant change in the trading position of EnBW AG since the end of the last business year (31 December 2007).

EnBW International Finance B.V. (hereinafter also referred to as “**EnBW Finance**” or the “**Issuer**” and together with EnBW AG the “**Issuers**”) has issued 3.125 % bonds in the amount of 300 million Swiss Francs with a fixed maturity of five years and which is collateralized by an irrevocable guarantee of the EnBW AG. The date of issue was 25 February 2008. On 25 February 2008, bonds of a nominal 400 million Swiss Francs became mature.

Otherwise, there have been no significant changes to the financial position.

EnBW International Finance B.V.

According to the Articles of Association of the EnBW Finance the most important tasks of the company are:

- Participation of any kind in as well as founding, management, supervision, operation, and support of companies and corporations;
- The financing of companies and corporations;
- The borrowing and the granting of loans, the raising of capital including the issuance of bonds, convertible bonds, the issuance of debt obligations or other securities or debt certificates as well as the conclusion of contracts associated with it.

The current activity of the EnBW Finance is limited exclusively to the financing of the EnBW Group. Bonds that have been issued by EnBW Finance are guaranteed by the EnBW AG. The guarantee constitutes an irrevocable, unsecured, and non-subordinated obligation of the guarantor, ranking *pari passu* with all other unsecured and non-subordinated obligations of the guarantor.

Organizational structure

EnBW Finance is a 100 % subsidiary of the EnBW AG and has no subsidiaries itself.

Outlook

There has been no material adverse change in the prospects of EnBW Finance since 31 December 2007.

Management and supervisory bodies; management practices

EnBW AG is not aware of any conflicts of interest of the members of the management board between their respective obligations to EnBW Finance and their respective private interests or other obligations.

EnBW Finance is a privately owned company and thus not subject to public company management standards.

The executive committee of EnBW Finance is the management board. It can be contacted via the business address of EnBW Finance: EnBW International Finance B.V., Schouwburgplein 30 – 34, 3012 CL Rotterdam; PO Box 21153, 3001 AD Rotterdam, Netherlands.

There is no audit committee.

Legal disputes

Unless otherwise set forth in this Debt Issuance Programme Prospectus, there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which EnBW Finance is aware) nor have there been such proceedings in the last twelve months prior to the publication of this Debt Issuance Programme Prospectus which may have, or have had most recently significant effects on the financial position or the profitability of EnBW Finance or the EnBW Group.

Significant changes of the financial position or trading position of the EnBW Finance

Unless otherwise set forth in this Debt Issuance Programme Prospectus, there has been no significant change in the trading position of EnBW Finance since the end of the last business year (31 December 2007).

With regard to the EnBW bonds issued on 25 February 2008 in the amount of 300 million Swiss francs, it is referred to the presentation of the significant changes of the financial position of the EnBW AG section in this Debt Issuance Programme Prospectus. Furthermore, the General Meeting of Shareholders of EnBW Finance has decided in January 2008 to distribute a dividend in the amount of EUR 657,018. Otherwise, there have been no significant changes to the financial position.

Summary of the risk factors

The following is a summary of risk factors that could have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations and can affect the ability of the Issuers to fulfill their obligations under the Notes as well as such risk factors that are essential for the evaluation of the market value and/or market risk of the Notes issued within the scope of this Programme. Potential investors should consider these risk factors as well as all other information in this Debt Issuance Programme Prospectus and consult with their own experts before deciding to buy Notes that are issued within the scope of this programme. In addition, investors should be aware of the fact that risks can occur simultaneously and that their effects might therefore be intensified.

Risks in regard to the Notes:

The Notes are new securities that are possibly not very widely spread and for which there is currently no liquid market.

There is no guarantee that a liquid market will develop or be maintained for the Notes in the future. The price for which the holder might possibly sell the Notes prior to maturity could be decreased by a significant amount compared to the issue price or purchase price which the individual holder paid for at the time of the acquisition of the Notes.

The amount which is payable by the Issuer on the capital and/or possible interest might be considerably lower than the issue price, or, as the case may be, the purchase price that was paid by the respective holder. It can also not be ruled out that the Issuer will pay no capital and/or interest on the Notes at all. This applies especially to Notes for which payment of capital and/or interest depends on several factors such as indices, net equity, or other asset items, or where payment is limited to amounts that the Issuer receives from a third party; in such cases the holder might lose his entire invested capital.

Each Issuer has the right to repay all outstanding Notes if he would be obligated to increase the amounts payable on the Notes due to the deduction or discount of or the owing of current and future taxes. In addition, Notes may be refundable at the Issuer's option under certain other circumstances or because of an event which is defined in the issuance conditions for Notes. After such an advance payment, a reinvestment of the refund in a comparable security with an effective rate of interest in the same amount as the Notes may not be possible.

Potential investors must be aware of the foreign exchange risks associated with investment in the Notes and they should decide whether an investment in the Notes would suit their individual interests and whether it is appropriate in consideration of their individual circumstances.

The market price and the market value of the Notes are influenced, among other things, by the credit standing of the respective Issuer and by a number of other factors including but not limited to the

value of the relevant reference assets or the indices, the outlook and expectation of the markets, interest on the market, the rate of returns, and the remaining time to maturity of the Notes.

Structured Notes, for which the interest or the capital is determined by one or several reference asset values, indices, or formulas, or which provide for multipliers or other leverage factors or interest rate caps or floor or a combination of these characteristics may be more volatile and associated with more risks than conventional Notes.

Risks in regard to the Issuers:

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

The following lists a number of operational or corporate factors which could have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of EnBW AG and can considerably affect the ability of EnBW AG to fulfill its obligations under the Notes towards the investors or the guarantee. These include, among other things:

Energy market risks

The Group results are largely influenced by the market prices for electricity and fuels as well as emission certificates. EnBW carries the risk that an increase of the fuel prices on the supply side can not be compensated for by increasing electricity prices on the market side. Furthermore, EnBW is subject to energy market risks as a result of a possible divergence of supply and market prices in the gas and electricity business areas.

Technical risks

EnBW operates technologically complex production plants with the corresponding operational risks. Property damage can result in a considerable loss of revenue due to unplanned unavailabilities of power plants or parts of EnBW's electricity, natural gas, or district heating grid.

Regulatory risks

Effects on the results are also expected due to constant changes in the political, legal, and social environment of the EnBW Group. For example, there is a high uncertainty in the planning for transmission and distribution grid operators the EnBW Group, as generally in the sector with regard to the development of the system usage fees, since the German Federal Network Agency intends to reduce the system usage fees. This could result in income risks.

Legal risks

Within the scope of its usual business activities, the EnBW Group is involved in several court proceedings. These proceedings might affect the economic and financial situation of the EnBW Group. Regulatory licensing processes also involve risks.

Non-technical risks – nuclear power

In its capacity as operator of nuclear power plants, the EnBW is exposed to different planning uncertainties, investment risks, and undetermined costs, because, among other things: (i) the issue of final storage of nuclear waste in Germany still remains unsolved and (ii) changes to nuclear regulations, which the Federal Ministry for the Environment, Natural Conservation and Nuclear Safety is planning, might require a substantial refitting of EnBW's nuclear power plants.

New power plants

The decision to expand the power plant capacity involves investment risks as important profitability parameters can not be reliably predicted for the long run.

Financial market risks

Risks result from the changes in the value of securities of the current assets. Within the scope of our business, we are exposed to risks from fluctuations in interest rates, currency rates, credit rates, and stock prices.

Reconclusion of concessional contracts

There is a risk of a loss of revenue or economic loss due to expiring concessional contracts.

IT risks

EnBW is exposed to risks in connection with the development, implementation and application of IT solutions supporting business processes. Non-availabilities of core applications and systems may have a negative effect on the business success.

Credit risks

The international economic situation influences the relationship to customers, trading partners, and suppliers. Therefore, credit risks arise from potential failures of business partners.

Liquidity risks

In case of disturbances in providing sufficient liquidity, there is the risk that EnBW can not fulfill its financial obligations in due time.

Transaction risks

Currently, considerable transaction risks can not be identified for EnBW.

EnBW International Finance B.V.

EnBW International Finance B.V. (hereinafter also referred to as "**EnBW Finance**") has currently the sole task of facilitating the financing of the EnBW Group. Its assets mainly consist of receivables from loans to group companies. EnBW Finance's continuous business activities depend on the ability of EnBW AG and other group companies to meet the payment obligations from these loans.

All bonds issued by EnBW International Finance B.V. are guaranteed by the EnBW AG. The guarantee constitutes an irrevocable, unsecured, and non-subordinated obligation of the guarantor, which is ranking *pari passu* to all other unsecured and non-subordinated obligations of the Guarantor. This guarantee is legally enforceable in the Federal Republic of Germany.

The risk factors of the EnBW AG, as guarantor and debtor of EnBW International Finance B.V., are described above.

Potentielle Anleger sollten den gesamten Debt Issuance Programme Prospekt lesen. Wörter und Begriffe, die in den “Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen” oder den “Emissionsbedingungen der Pfandbriefe” nachstehend oder anderswo in diesem Debt Issuance Programme Prospekt definiert sind, haben in diesem Abschnitt die selbe Bedeutung. Investitionen in die Schuldverschreibungen bringen gewisse Risiken mit sich. Potentielle Anleger sollten unter anderem die folgenden Punkte berücksichtigen:

I. Risikofaktoren bezüglich der Schuldverschreibungen

Nachstehend erfolgt eine Darlegung der Risikofaktoren, die für die Beurteilung des Marktrisikos wesentlich sind, das mit den im Rahmen des Programms begebenen Schuldverschreibungen verbunden ist. Potentielle Anleger sollten diese Risikofaktoren berücksichtigen, bevor sie sich für einen Kauf der im Rahmen des Programms begebenen Schuldverschreibungen entscheiden.

Potentielle Anleger sollten sämtliche Informationen in dem Debt Issuance Programme Prospekt berücksichtigen und mit ihren eigenen fachlichen Beratern Rücksprache halten, wenn sie dies für erforderlich ansehen. Darüber hinaus sollten Anleger sich darüber im Klaren sein, dass einzelne oder mehrere der genannten Risiken gleichzeitig auftreten und sich dadurch, gegebenenfalls auch zusammen mit anderen Umständen, in ihren Auswirkungen verstärken können. Die nachfolgend beschriebenen Risiken könnten sich rückblickend als nicht abschließend herausstellen. Die Reihenfolge, in der die Risiken beschrieben sind, stellt weder eine Aussage über die Eintrittswahrscheinlichkeit noch über die Schwere bzw. Bedeutung der einzelnen Risiken dar.

Im Hinblick auf Schuldverschreibungen, bei denen aufgrund ihrer besonderen Struktur eine gesonderte Beschreibung von Risikofaktoren erforderlich ist, erfolgt eine Beschreibung von Risikofaktoren, die über die nachstehend genannten hinausgehen, in den Endgültigen Bedingungen für die jeweiligen Schuldverschreibungen.

Währungsrisiken/Doppelwährungs-Schuldverschreibungen

Potentielle Anleger in Schuldverschreibungen sollten sich im Klaren darüber sein, dass eine Anlage in die Schuldverschreibungen Wechselkursrisiken mit sich bringen kann.

Wenn eine Schuldverschreibung auf eine ausländische Währung lautet oder es sich um eine Doppelwährungs-Schuldverschreibung handelt, besteht für den Gläubiger das Risiko von Währungsschwankungen, wodurch die Rendite einer solchen Schuldverschreibung beeinflusst werden kann. Außerdem kann im Falle von Equity Linked Notes das Referenzvermögen auf eine andere Währung als die Abrechnungswährung für die Schuldverschreibungen oder die Währung des Heimatlandes des Käufers lauten.

Beispielsweise wird eine Änderung des Werts einer ausländischen Währung gegenüber dem Euro eine entsprechende Änderung des Werts einer Schuldverschreibung zur Folge haben, die auf eine andere Währung als Euro lautet. Wenn der maßgebliche Wechselkurs fällt und der Wert des Euro dementsprechend steigt, fällt der Kurs der Schuldverschreibung, wenn er in Euro angegeben wird.

Liquiditätsrisiko

Im Rahmen des Programms begebene Schuldverschreibungen sind neue Wertpapiere, die gegebenenfalls nicht weiträumig vertrieben werden und für die gegenwärtig kein aktiver Handelsplatz besteht. Wenn die Schuldverschreibungen nach ihrer Erstausgabe gehandelt werden, erfolgt dies möglicherweise mit einem Abschlag gegenüber ihrem Erstausgabepreis, in Abhängigkeit von üblichen Zinssätzen, dem Markt für vergleichbare Wertpapiere, der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Situation der jeweiligen Emittentin. Obwohl ein Antrag auf Zulassung und Handel von im Rahmen des Programms zu begebenden Schuldverschreibungen an der auf der von der Europäischen Kommission herausgegebenen Liste regulierter Märkte geführten Luxemburger Börse (Regulierter Markt “Bourse de Luxembourg”) gestellt werden kann, wird nicht zugesichert, dass diese Zulassung erfolgt, dass eine bestimmte Ziehung von Schuldverschreibungen zugelassen wird, oder dass sich ein aktiver Handel entwickelt. Dementsprechend erfolgt keinerlei Zusicherung hinsichtlich der Entwicklung oder Liquidität eines Handelsmarkts für eine Tranche von Schuldverschreibungen. Folglich muss ein Käufer von Schuldverschreibungen bereit sein, die Schuldverschreibungen bis zum Fälligkeitstag oder bis zur Rückzahlung bei Endfälligkeit der Schuldverschreibungen zu halten.

Risiko vorzeitiger Rückzahlung

Sofern hinsichtlich einer bestimmten Ziehung von Schuldverschreibungen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen nicht abweichend geregelt, kann die Emittentin sämtliche in Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen gemäß den einschlägigen Endgültigen Bedingungen zurück zahlen, falls die jeweilige Emittentin aufgrund eines Einbehalts oder Abzugs von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art, die von oder in der Bundesrepublik Deutschland oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer dort zur Steuererhebung ermächtigten Gebietskörperschaft oder Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder abgezogen werden, verpflichtet ist, die im Hinblick auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge zu erhöhen. Darüber hinaus kann die Emittentin, falls hinsichtlich einer bestimmten Ziehung von Schuldverschreibungen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen geregelt ist, dass diese nach Wahl der jeweiligen Emittentin unter bestimmten anderen Umständen zurückgezahlt werden können, die Schuldverschreibungen wahlweise zurückzahlen, wenn die üblichen Zinssätze relativ niedrig sind, oder gegebenenfalls die Schuldverschreibungen bei Eintritt eines in den geltenden Endgültigen Bedingungen näher beschriebenen Ereignisses vorzeitig zurücknehmen (Grund für eine vorzeitige Rücknahme). Unter solchen Umständen kann ein Anleger den Rückzahlungsbetrag möglicherweise nicht erneut in ein vergleichbares Wertpapier mit einem effektiven Zinssatz anlegen, der der Höhe nach dem der betreffenden Schuldverschreibungen entspricht.

Marktpreisänderungsrisiko

Der Marktwert der Schuldverschreibungen wird von der Kreditwürdigkeit der Emittentin und einer Anzahl weiterer Faktoren beeinflusst, darunter Marktzins und Renditesatz und verbleibende Laufzeit bis zum Fälligkeitstag. Der Marktwert von indexierten Schuldverschreibungen und Equity Linked Notes kann außerdem vom Wert des Index oder des Referenzvermögens, von ihrer Volatilität, vom Dividendsatz des Referenzvermögens oder der Dividende der in den Index aufgenommenen Wertpapiere sowie den Finanzergebnissen und Aussichten der Emittentin des Referenzvermögens oder eines in den Index aufgenommenen Wertpapiers beeinflusst werden.

Der Wert der Schuldverschreibungen, des Referenzvermögens oder des Index hängt von einer Reihe miteinander in Wechselbeziehung stehender Faktoren ab, einschließlich ökonomischer, wirtschaftlicher und politischer Ereignisse in Deutschland oder anderswo, darunter Faktoren, die Kapitalmärkte allgemein und die Börsen beeinflussen, an denen die Schuldverschreibungen, das Referenzvermögen, die in den Index aufgenommenen Wertpapiere oder der Index gehandelt werden. Der Preis, zu dem ein Gläubiger die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit verkaufen kann, kann gegebenenfalls erheblich unter dem Ausgabepreis oder dem von dem Betreffenden gezahlten Kaufpreis liegen.

Anleger in Index Linked Notes oder Equity Linked Notes sollten sich bewusst sein, dass sich aus den bisherigen Marktpreisen für das Referenzvermögen oder für den Index in der Vergangenheit die zukünftige Performance des Referenzvermögens oder des Index für die Laufzeit von Schuldverschreibungen nicht ableiten lässt.

Mit einem erheblichen Auf- oder Abgeld begebene Schuldverschreibungen

Der Marktwert von Wertpapieren, die mit einem erheblichen Auf- oder Abgeld gegenüber ihrem Nennbetrag begeben werden, ist anfälliger für Zinsschwankungen als dies bei konventionellen verzinslichen Wertpapieren der Fall ist. Grundsätzlich ist die Kursvolatilität im Vergleich zu konventionellen verzinslichen Wertpapieren mit vergleichbarer Laufzeit um so größer, je länger die Restlaufzeit der Wertpapiere ist.

Risiken in Zusammenhang mit (Zins-)Obergrenzen

Wenn ein Zinssatz und/oder Rückzahlungsbetrag für eine Emission von Schuldverschreibungen nicht feststeht, sondern gemäß der in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen dargestellten Struktur der Schuldverschreibungen ermittelt wird, kann für diese Emissionen eine Obergrenze festgelegt werden. Die Wirkung einer Obergrenze besteht darin, dass der Zinssatz und/oder Rückzahlungsbetrag niemals die von vornehmest festgelegte Obergrenze übersteigt, so dass der Gläubiger jenseits dieser Grenze von tatsächlichen positiven Entwicklungen nicht profitieren kann. Die Rendite könnte darum deutlich unter der Rendite vergleichbar strukturierter Schuldverschreibungen ohne Obergrenze liegen.

Risiko möglicher Interessenkonflikte in Bezug auf einen Basiswert

Jede Emittentin, jeder Plazeur und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen begeben nicht nur Schuldverschreibungen, sondern haben auch andere Geschäftsbereiche, die selbstständig Geschäfte mit Unternehmen vornehmen, die möglicherweise Teile von Basiswerten sind (beispielsweise in Form von Index, Aktie oder Korb (verschiedener Werte)). Es lässt sich nicht völlig ausschließen, dass Entscheidungen, die von diesen selbstständigen Geschäftsbereichen getroffen werden, positive oder negative Auswirkungen auf die Basiswerte haben.

Allgemeine Risiken bezüglich strukturierter Schuldverschreibungen

Grundsätzlich kann eine Anlage in Schuldverschreibungen, bei denen das Aufgeld und/oder der Zins und/oder der Kapitalbetrag anhand des Werts einer oder mehrerer Währungen oder Waren, eines oder mehrerer Zinssätze oder anderer Indizes oder einer oder mehrerer Formeln ermittelt wird, erhebliche Risiken mit sich bringen, die mit vergleichbaren Anlagen in konventionelle Schuldverschreibungen nicht verbunden sind. Dazu zählt das Risiko, dass der Gläubiger solcher Schuldverschreibungen gar keine Zinsen erhält, oder dass der Zinssatz unter dem für konventionelle Schuldverschreibungen zu zahlenden Zins liegt, und/oder dass der Anleger und Gläubiger solcher Schuldverschreibungen das in die Schuldverschreibungen eingebrachte Kapital vollständig oder in erheblichen Teilen verlieren könnte. Darüber hinaus sollten Anleger sich bewusst sein, dass der Marktpreis solcher Schuldverschreibungen (je nach Volatilität der jeweiligen Währung oder Ware, oder des jeweiligen Zinssatzes oder anderen Indizes oder der jeweiligen anderen Formel) äußerst volatil sein kann.

Weder aus dem gegenwärtigen noch aus dem vergangenen Wert der jeweiligen Währungen, Waren, Zinssätze, Indizes oder Formeln lässt sich die künftige Performance dieser Währungen, Waren, Zinssätze, Indizes oder Formeln während der Laufzeit von Schuldverschreibungen ableiten.

Festverzinsliche Schuldverschreibungen

Für einen Gläubiger einer festverzinslichen Schuldverschreibung besteht das Risiko, dass die Preise der Schuldverschreibungen infolge von Änderungen des Marktzinssatzes fallen. Während der Nominalzinssatz einer festverzinslichen Schuldverschreibung, wie in den jeweils geltenden Endgültigen Bedingungen angegeben, während des gesamten Bestehens solcher Schuldverschreibungen feststeht, ändert sich der aktuelle Zinssatz auf dem Kapitalmarkt ("**Marktzinssatz**") typischerweise täglich. Mit dem Marktzinssatz ändert sich auch der Preis einer festverzinslichen Schuldverschreibung, allerdings in entgegengesetzter Richtung. Wenn der Marktzinssatz steigt, fällt der Preis einer festverzinslichen Schuldverschreibung typischerweise, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa dem Marktzinssatz entspricht. Wenn der Marktzinssatz fällt, steigt der Preis einer festverzinslichen Schuldverschreibung typischerweise, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa dem Marktzinssatz entspricht. Wenn der Gläubiger von festverzinslichen Schuldverschreibungen diese bis zur Fälligkeit hält, sind Änderungen des Marktzinssatzes für ihn irrelevant, da die Schuldverschreibungen zu einem festgelegten Rückzahlungsbetrag, üblicherweise dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen, zurückgezahlt werden.

Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

Bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung kann es sich um volatile Anlagen handeln. Für einen Gläubiger einer variabel verzinslichen Schuldverschreibung besteht das Risiko von Zinsniveauschwankungen und ungewissen Zinserträgen. Zinsniveauschwankungen machen es unmöglich, die Profitabilität variabel verzinslicher Schuldverschreibungen im Voraus zu bestimmen.

Wenn sie so strukturiert sind, dass sie Multiplikatoren oder andere Hebelfaktoren oder Zinsober- oder Zinsuntergrenzen oder eine Kombination dieser oder ähnlicher Merkmale beinhalten, kann ihr Marktwert eine höhere Volatilität aufweisen als der von konventionellen Schuldverschreibungen ohne solche Merkmale. Wenn der zu entrichtende Zins in Verbindung mit einem Multiplikator, der größer als eins ist, oder in Verbindung mit einem anderen Hebelfaktor ermittelt wird, werden die Auswirkungen von geänderten Zinssätzen auf die zu entrichtenden Zinsen verstärkt.

Invers/umgekehrt variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

Für invers variabel verzinsliche Schuldverschreibungen (auch "umgekehrt variabel verzinsliche Schuldverschreibungen") gilt ein Zinssatz, der aus der Differenz zwischen einem Festzinssatz und einem Referenzzinssatz für variabel verzinsliche Schuldverschreibungen wie dem Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR) oder dem London Interbank Offered Rate (LIBOR) ermittelt wird, was bedeutet, dass die mit solchen Schuldverschreibungen erzielten Zinserträge fallen, wenn der Referenzzinssatz steigt.

Typischerweise weist der Marktwert von invers variabel verzinslichen Schuldverschreibungen eine höhere Volatilität auf als der anderer, konventionellerer, variabel verzinslicher Schuldverschreibungen mit dem selben Referenzzinssatz (und ansonsten vergleichbaren Bedingungen). Invers variabel verzinsliche Schuldverschreibungen sind volatiler, da eine Erhöhung des Referenzzinssatzes nicht nur zu einer Senkung der auf die Schuldverschreibungen anfallenden Zinsen führt, sondern gegebenenfalls auch einen Anstieg der üblichen Zinssätze wiederspiegeln kann, was den Marktwert solcher Schuldverschreibungen möglicherweise weiter beeinträchtigt.

Fest bis variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

Bei fest bis variabel verzinslichen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin festverzinsliche Schuldverschreibungen in variabel verzinsliche oder variabel verzinsliche Schuldverschreibungen in fest verzinsliche umgewandelt werden. Dass die Emittentin die Verzinsung ändern kann, hat Einfluss auf den Sekundärmarkt und den Marktwert der Schuldverschreibungen, da zu erwarten ist, dass die Emittentin die Verzinsung ändert, wenn dies wahrscheinlich zu einer Reduzierung der Gesamtfinanzierungskosten führt. Wenn die Emittentin eine fest verzinsliche Schuldverschreibung in eine variabel verzinsliche umwandelt, ist die Marge bei den fest bis variabel verzinslichen Schuldverschreibungen gegebenenfalls weniger günstig als die übliche Marge bei vergleichbaren variabel verzinslichen Schuldverschreibungen mit dem selben Referenzzinssatz. Außerdem kann die neue variable Verzinsung jederzeit geringer ausfallen als der für vergleichbare andere Schuldverschreibungen zu zahlende Zinssatz. Wenn die Emittentin eine variabel verzinsliche Schuldverschreibung in eine fest verzinsliche umwandelt, kann der feste Zinssatz niedriger ausfallen als der zu dem entsprechenden Zeitpunkt auf ihre Schuldverschreibungen üblicherweise zu zahlende Zinssatz.

Nullkupon-Schuldverschreibungen

Bei Nullkupon-Schuldverschreibungen fallen keine laufenden Zinsen an, sondern sie werden mit einem Abschlag gegenüber ihrem Nennbetrag begeben. Anstelle wiederkehrender Zinszahlungen stellt die Differenz zwischen dem Rückzahlungspreis und dem Ausgabepreis die Zinseinkünfte bis zur Fälligkeit dar und spiegelt den Marktzinssatz wieder. Für einen Gläubiger einer Nullkupon-Schuldverschreibung besteht das Risiko, dass der Kurs einer solchen Schuldverschreibung infolge von Änderungen des Marktzinssatzes fällt. Kurse von Nullkupon-Schuldverschreibungen weisen eine höhere Volatilität auf als Kurse von festverzinslichen Schuldverschreibungen und sie reagieren wahrscheinlich in einem größeren Maß auf Änderungen des Marktzinssatzes als verzinsliche Schuldverschreibungen mit einer ähnlichen Laufzeit.

Indexierte Schuldverschreibungen

Indexierte Schuldverschreibungen sind Schuldverschreibungen, bei denen Rückzahlungsbeträge und/oder zu entrichtende Zinsen nicht von vorne herein festgelegt sind, sondern bei denen Zahlungen auf das Kapital und/oder Zinszahlungen von der Performance eines Index abhängen, der selbst erheblichen Kredit-, Zinsänderungs- oder sonstigen Risiken unterliegen kann. Der Betrag, der durch die Emittentin auf das Kapital und/oder gegebenenfalls als Zinsen zahlbar ist, könnte erheblich unter dem Ausgabepreis, oder gegebenenfalls dem Kaufpreis liegen, den der Gläubiger investiert hat, und er könnte sogar bei Null liegen; in diesem Fall könnte der Gläubiger seine gesamte Anlage verlieren.

Indexierte Schuldverschreibungen werden von den Index-Sponsoren oder dem jeweiligen Lizenzgeber des Index in keiner Weise finanziert, begeben, verkauft oder beworben; und der Index-Sponsor oder Lizenzgeber gibt keine ausdrückliche oder konkludente Zusicherung oder Gewährleistung ab, was die Ergebnisse angeht, die bei Verwendung des Index erzielt werden, und/oder, was den Indexstand zu einem bestimmten Zeitpunkt betrifft. Jeder Index wird von dem jeweiligen Index-Sponsor oder Lizenzgeber festgelegt, zusammengestellt und berechnet, ohne Berücksichtigung der Emittentin oder der Schuldverschreibungen. Keiner der Index-Sponsoren oder Lizenzgeber übernimmt eine Haftung dafür, oder war beteiligt, als festgelegt wurde, zu welchem Zeitpunkt, zu welchem Kurs oder in welcher Anzahl die Schuldverschreibungen begeben werden oder bei der Festlegung oder Berechnung der Gleichung, mit der die Schuldverschreibungen in bar abgerechnet werden. Keiner der Index-Sponsoren oder Lizenzgeber ist verpflichtet oder haftet in Zusammenhang mit der Verwaltung, Vermarktung oder dem Handel der Schuldverschreibungen. Der Index-Sponsor oder Lizenzgeber des Index haftet nicht für Anpassung des Index, die eine Berechnungsstelle vornimmt.

Equity Linked Notes

Equity Linked Notes sind Schuldverschreibungen, bei denen Rückzahlungsbeträge und/oder zu entrichtende Zinsen nicht von vorne herein festgelegt sind. Die Beträge hängen vom Marktwert (eines oder mehrerer) bestimmter Referenzvermögenswerte ab. Dementsprechend könnten Rückzahlungsbeträge erheblich unter dem Ausgabepreis oder gegebenenfalls unter dem Kaufpreis liegen, den der Gläubiger investiert hat.

Wenn das jeweilige Referenzvermögen anstelle einer Barzahlung zu liefern ist, kann der Wert solcher Wertpapiere auch erheblich unter dem Ausgabepreis oder gegebenenfalls unter dem Kaufpreis liegen, den der Gläubiger investiert hat, und er könnte sogar bei Null liegen; in diesem Fall könnte der Gläubiger seine gesamte Anlage verlieren.

Equity Linked Notes werden von den Emittenten des Referenzvermögens in keiner Weise finanziert, begeben, verkauft oder beworben; und diese Emittenten geben keine ausdrückliche oder konkludente Zusicherung oder Gewährleistung ab, was die zukünftige Performance des Referenzvermögens angeht. Außerdem geht der Emittent des Referenzvermögens keine Verpflichtung ein, die Interessen der Emittentin oder der Gläubiger aus irgendeinem Grund zu berücksichtigen. Der Emittent des Referenzvermögens erhält keinen Anteil an den Erträgen aus dem hiermit erfolgenden Angebot der Schuldverschreibungen und übernimmt keine Haftung und war nicht beteiligt, als festgelegt wurde, zu welchem Zeitpunkt, zu welchem Kurs oder in welcher Anzahl die Schuldverschreibungen begeben werden.

Credit Linked Notes

Beim Kauf von Credit Linked Notes besteht für Anleger ein doppeltes Kreditrisiko bezüglich der Emittentinnen und bezüglich der Bezugsgesellschaften und ihrer Verbindlichkeiten. Wie in den einschlägigen Endgültigen Bedingungen näher ausgeführt werden wird, können die Credit Linked Notes mit der Performance und Kreditwürdigkeit einer oder mehrerer Bezugsgesellschaften und ihrer Verbindlichkeiten verknüpft werden. Eine Anlage in derartige Credit Linked Notes ist spekulativ und volatil und bringt ein hohes Maß an Risiko mit sich. Unter bestimmten Umständen ist es möglich, dass die Credit Linked Notes keine Zinsen mehr bringen und dass Gläubiger der Credit Linked Notes bei Rückzahlung ihre ursprüngliche Anlage nicht oder nur anteilig zurückerhalten.

Bei Credit Linked Notes, bei denen Lieferung des Referenzwerts vereinbart ist, können Gläubiger anstelle des Kapitalbetrags bestimmte Verbindlichkeiten der Bezugsgesellschaften erhalten, deren Marktwert gegebenenfalls erheblich unter der ursprünglichen Anlage des Gläubigers liegen kann. Anleger werden gebeten, zu beachten, dass sie gegebenenfalls zur Annahme dieser Verbindlichkeiten verpflichtet sind, und sollten bei Kauf der Credit Linked Notes prüfen, ob sie rechtlich in der Lage sind, solche Verbindlichkeiten anzunehmen. Die Verbindlichkeiten können auf eine andere Währung als die Währung der Credit Linked Notes lauten, und der Rückzahlungsbetrag bezüglich einer Credit Linked Note wird durch einen Wertverlust einer solchen Währung gegenüber der Währung der Credit Linked Notes beeinträchtigt. Steuern oder Übertragungskosten, die bezüglich der Lieferung solcher Verbindlichkeiten gegebenenfalls zu zahlen sind, gehen zulasten des Gläubigers.

Weder die Emittentinnen noch ihre verbundenen Unternehmen geben irgendwelche Zusicherungen oder Gewährleistungen bezüglich der Bezugsgesellschaften ab, insbesondere nicht zu deren Kreditwürdigkeit zum Zeitpunkt der Ausgabe der Credit Linked Notes oder zu einem späteren Zeitpunkt. Jeder potentielle Anleger sollte sich selbst über die Beschaffenheit und die finanzielle Situation anderer Parteien informieren, die an der Emission beteiligt sind, darunter jede Bezugsgesellschaft.

Aus der Anlage in die Schuldverschreibungen resultiert kein Recht auf Information durch den Emittenten des Referenzvermögens, zur Ausübung von Stimmrechten oder auf Ausschüttungen aus dem Referenzvermögen.

Eignung

Potentielle Anleger sollten prüfen, ob eine Anlage in die Schuldverschreibungen angesichts ihrer jeweiligen Umstände zweckmäßig ist, und sollten mit ihren Rechts-, Wirtschafts- und Steuerberatern Rücksprache halten, um zu klären, welche Folgen eine Anlage in die Schuldverschreibungen hätte und um sich ein eigenes Bild von der Anlage zu machen.

Eine Anlage in die Schuldverschreibungen ist nur für Anleger geeignet,

- (i) die über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen, um die Chancen und Risiken einer Anlage in die Schuldverschreibungen abzuschätzen,

- (ii) die in der Lage sind, das mit einer Anlage in Schuldverschreibungen verbundene wirtschaftliche Risiko auf unbestimmte Zeit zu tragen;
- (iii) die die Schuldverschreibungen auf eigene Rechnung zu Anlagezwecken, nicht zum Zwecke des Weiterverkaufs, des Vertriebs oder einer anderweitigen Verfügung erwerben (vorbehaltlich geltendem Recht, das verlangt, dass dem Anleger die Verfügungsgewalt über sein Vermögen zustehen muss); und
- (iv) denen klar ist, dass eine Übertragung der Schuldverschreibungen gegebenenfalls für einen erheblichen Zeitraum oder sogar überhaupt nicht möglich sein wird.

Weitere Risiken, die mit einer bestimmten Struktur einer Ziehung in Verbindung stehen, können in den Endgültigen Bedingungen beschrieben werden, die für die jeweilige Ziehung gelten.

II. Risikofaktoren bezüglich der Emittentinnen

Nachstehend erfolgt eine Beschreibung der Risikofaktoren, die die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen beeinträchtigen können. Potentielle Anleger sollten diese Risikofaktoren sorgfältig lesen und abwägen, bevor sie sich für einen Kauf der im Rahmen des Programms begebenen Schuldverschreibungen entscheiden.

Potentielle Anleger sollten sämtliche Informationen in dem Debt Issuance Programme Prospekt berücksichtigen und mit ihren eigenen fachlichen Beratern Rücksprache halten. Darüber hinaus sollten Anleger sich darüber im Klaren sein, dass mehrere der genannten Risiken gleichzeitig auftreten und sich dadurch, gegebenenfalls auch zusammen mit anderen Umständen, in ihren Auswirkungen verstärken können. Die Reihenfolge, in der die Risiken beschrieben sind, stellt weder eine Aussage über deren Eintrittswahrscheinlichkeit noch über die Schwere bzw. Bedeutung der einzelnen Risiken dar. Weitere Risiken, die der EnBW AG derzeit nicht bekannt sind, könnten ebenfalls die Geschäftstätigkeit des EnBW Konzerns und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen beeinträchtigen. Aufgrund des Eintritts jedes einzelnen der nachfolgend beschriebenen Risiken könnten Anleger ihr eingesetztes Kapital ganz oder teilweise verlieren.

Risikofaktoren der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Die folgende Beschreibung beinhaltet eine Offenlegung von Risikofaktoren, welche die Fähigkeit der EnBW AG zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen und der Garantie beeinträchtigen können. Potenzielle Investoren sollten diese Risikofaktoren in Betracht ziehen, bevor sie sich zum Kauf von Schuldverschreibungen, die im Rahmen des Programms begeben werden, entscheiden.

Die folgenden Angaben sind nicht erschöpfend. Potenzielle Investoren sollten vor der Entscheidung für eine Investition alle in diesem Prospekt enthaltenen Angaben sorgfältig prüfen und berücksichtigen sowie mit ihren eigenen Beratern abstimmen, wenn sie dies für notwendig erachten. Außerdem müssen potenzielle Anleger berücksichtigen, dass die beschriebenen Risiken sich kumulieren und dadurch verstärken können.

Zur Zeit sind keine Risiken erkennbar, weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtrisikoposition des EnBW Konzerns, welche den Fortbestand der EnBW AG oder des EnBW Konzerns gefährden könnten. Dennoch gibt es eine Reihe von geschäftlichen und betrieblichen Faktoren, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern erheblich nachteilig beeinflussen könnten. Hierzu gehören:

Energiemarktrisiken

Bei seinen Strom- und Gasgeschäften ist der EnBW Konzern den durch die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte in Deutschland und Europa hervorgerufenen Preis- und Absatzrisiken ausgesetzt. Da die Erzeugung von Strom durch die Kraftwerke des EnBW Konzerns ein wesentliches Element des Geschäftsmodells ist, wirken sich die Marktpreise für Strom und Brennstoffe (einschl. Steinkohle und Gas) in hohem Maße auf die Nettoerlöse der Gruppe aus. Weiter ansteigende Brennstoffpreise können das Betriebsergebnis und somit die finanzielle Situation des EnBW Konzerns wesentlich und nachteilig beeinflussen, insbesondere wenn höhere Brennstoffpreise nicht weitergegeben werden können. Entsprechendes gilt auch für CO₂-Zertifikate (EUA), soweit sie erworben werden müssen. Es besteht auch ein Risiko in Bezug auf fallende Strompreise, die nicht durch niedrigere Brennstoffpreise ausgeglichen werden können. In der Beschaffung und dem Verkauf von Gas für Weiterverteiler und Endverbraucher ist der EnBW Konzern ebenfalls Marktpreisrisiken ausgesetzt. Die Realisierung solcher Risiken könnte

erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Technische Risiken

Der EnBW Konzern betreibt technisch komplexe Anlagen mit den entsprechenden Betriebsrisiken, z. B. können nicht geplante Ausfallzeiten in den Kraftwerken des EnBW Konzerns oder in Teilen des Strom-, Gas- oder Fernwärmeversorgungsnetzes des EnBW Konzerns auftreten. Daraus resultierend besteht das Risiko von Ertragsausfällen. EnBW's Aktivitäten sind auch Gegenstand umweltrechtlicher Verpflichtungen und der damit verbundenen Risiken. Des Weiteren unterliegt der Betrieb des EnBW Konzerns saisonalen und wetterabhängigen Schwankungen, die das Unternehmen dem Risiko einer schwankenden Nachfrage in Abhängigkeit von den Entwicklungen des Wetters aussetzen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Regulierungsrisiken

Der EnBW Konzern ist einem ständigen Wechsel im politischen, rechtlichen und sozialen Umfeld, in dem EnBW geschäftlich tätig ist, ausgesetzt; dies kann sich auf das Ergebnis des EnBW Konzerns auswirken. Für das Jahr 2007 wurden für alle Konzerngesellschaften und deren Beteiligungen durch Bundes- und Landesbehörden Bescheide zur Genehmigung von Netznutzungsentgelten im Strom- und Gasbereich erteilt. Im Jahr 2008 sollen im Rahmen einer regulatorischen Kostenprüfung weitere Bescheide für Konzerngesellschaften und deren Beteiligungen erteilt werden. Ab 2009 greift die Anreizregulierung zur Bestimmung der Netzentgelte. Der rechtliche Rahmen eröffnet bei diesen Regulierungsmaßnahmen an einigen Stellen noch zu füllende Interpretationsspielräume. Abhängig davon, welche Interpretationen und Berechnungsmethoden sich durchsetzen, können sich die Erlöse aus Netznutzungsentgelten vermindern.

Durch die Ausgestaltung verschiedener Ausschreibungsverfahren werden die Transportnetzbetreiber in steigendem Umfang Marktisiken ausgesetzt. Infolgedessen besteht für Betreiber von Transport- und Verteilnetzen, des EnBW Konzerns, wie in der Branche insgesamt eine erhöhte Planungsunsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Netznutzungsentgelte. Es ist erklärtes Ziel der Regulierungsbehörde, die Nutzungsentgelte zu senken. Daraus können sich Ertragsrisiken ergeben.

Die Realisierung eines oder mehrerer dieser Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Rechtliche Risiken

Für den EnBW Konzern ergeben sich rechtliche Risiken aus der Gesetzgebung, wie etwa aus der Ende 2007 umgesetzten Kartellrechtsnovelle, der gesetzlichen und behördlichen Regulierung sowie aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und anderen Geschäftspartnern.

Der EnBW Konzern ist im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit an verschiedenen Gerichtsverfahren beteiligt. Diese Verfahren können sich auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des EnBW Konzerns auswirken.

Die Realisierung einzelner oder mehrerer rechtlicher Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Weitere Informationen im Zusammenhang mit rechtlichen Risiken finden Sie im separaten Unterabschnitt "Rechtsstreitigkeiten" innerhalb des Abschnitts "Allgemeine Angaben zur EnBW Energie Baden-Württemberg AG".

Entsorgung von radioaktiven Abfällen

Die Frage nach einer Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland ist nicht abschließend gelöst. Es bestehen einige Planungsunsicherheiten in dieser Hinsicht. Die derzeit nicht abschätzbaren Kosten für die Erkundung von Lagerstätten müssen gemäß der Verordnung über Vorausleistungen für die Einrichtungen von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle (End-

lager VIV) die kernkraftnutzenden Unternehmen wie EnBW tragen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Änderungen des Regelwerks des Kerntechnischen Ausschusses (KTA)

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit plant Änderungen des Regelwerks des Kerntechnischen Ausschusses. Dies könnte erhebliche Modernisierungsmaßnahmen und -kosten für alle deutschen Kernkraftwerke, einschließlich der von EnBW betriebenen Kernkraftwerke, zur Folge haben und könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Neue Kraftwerke

Der EnBW Konzern hat sich entschieden, neue konventionelle Kraftwerkskapazitäten zu schaffen. Zusammen mit bereits laufenden Kraftwerksprojekten ergeben sich hier Investitionsrisiken, da es nicht möglich ist, die wesentlichen Rentabilitätsparameter, z. B. Rohmaterialpreise und Stromabsatzpreise, für die Nutzungsdauer der Kraftwerke zu prognostizieren. Die Realisierung von Investitionsrisiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Finanzmarktrisiken

Der EnBW Konzern unterliegt im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Finanzmarktrisiken wie Zins- und Währungsrisiken, Kreditrisiken, Risiken aus Aktienpreisschwankungen sowie Wertänderungen der Wertpapiere des Umlaufvermögens. Die Realisierung solcher Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen

In den kommenden Jahren wird im Versorgungsgebiet des EnBW Konzerns eine große Anzahl von Konzessionsverträgen neu verhandelt. Bei Verlust einer Konzession besteht das Risiko, dass der EnBW Konzern das zugehörige Verteilnetz unter Ertrags- oder Sachzeitwert verkaufen muss und dadurch den direkten Kundenkontakt verliert. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

IT-Risiken

Informations- und Kommunikationstechnologien sind ein wichtiger Bestandteil der Produktions- und Geschäftsprozesse des EnBW Konzerns geworden. Innovative und effiziente IT-Systeme sind ein Schlüsselfaktor für den Erfolg des EnBW Konzerns. Aus diesem Grund haben die Sicherheit und Verfügbarkeit des verwendeten IT-Netzwerks und der eingesetzten IT-Anwendungen eine besondere Bedeutung. EnBW ist bei der Entwicklung, Implementierung und Anwendung von IT-Lösungen, die für eine Unterstützung der Geschäftsprozesse konzipiert sind, IT-Risiken ausgesetzt. Die Realisierung von IT-Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Kreditrisiken

Die internationale wirtschaftliche Situation beeinflusst die Beziehungen zu Kunden, Handelspartnern und Lieferanten. Der EnBW Konzern ist daher Risiken aus Ausfall von Kunden oder Geschäftspartnern durch Zahlungsunfähigkeit ausgesetzt. Der Ausfall von Kunden oder Geschäftspartnern könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Liquiditätsrisiken

Risiken entstehen bei dem Prozess der Sicherstellung, dass ausreichende Liquidität verfügbar ist, um die finanziellen Verpflichtungen des EnBW Konzerns rechtzeitig zu erfüllen. Der EnBW Konzern ist abhängig von ausreichenden freien Kreditlinien bei Banken und liquiden Mitteln, um seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der EnBW Konzern nicht über ausreichende Liquidität verfügen, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Transaktionsrisiken

Soweit der EnBW Konzern in der Zukunft verstärkt Akquisitionen tätigen oder Joint Ventures eingehen würde, wäre er den üblichen, hieraus resultierenden Risiken ausgesetzt.

Gesamtrisiko

Es besteht ein Risiko für EnBW aufgrund eines härteren Wettbewerbs auf dem Energiemarkt. Darüber hinaus ergeben sich Risiken basierend auf regulatorischen Unsicherheiten. Da das Hauptaugenmerk der EnBW beständig auf den Hauptgeschäftsfeldern Strom, Gas und Energie- und Umweltdienstleistungen liegt, konzentrieren sich die für die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der EnBW relevanten Risiken auf diese Bereiche. Eine Verschärfung des Wettbewerbs könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des EnBW Konzerns haben und die Fähigkeit der Emittentinnen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern wesentlich beeinträchtigen.

Risikofaktoren der EnBW International Finance B.V.

Nachstehend erfolgt eine Beschreibung von Risikofaktoren, welche die Fähigkeit der EnBW Finance zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen beeinträchtigen können. Potenzielle Investoren sollten diese Risikofaktoren sorgfältig lesen und abwägen, bevor sie sich zum Kauf von Schuldverschreibungen, die im Rahmen des Programms begeben werden, entscheiden.

Die folgenden Angaben sind nicht erschöpfend. Potenzielle Investoren sollten vor der Entscheidung für eine Investition alle in diesem Prospekt enthaltenen Angaben sorgfältig prüfen und berücksichtigen sowie mit ihren eigenen Beratern abstimmen, wenn sie dies für notwendig erachten. Außerdem müssen potenzielle Anleger berücksichtigen, dass die beschriebenen Risiken sich kumulieren und dadurch verstärken können.

Die EnBW Finance hat derzeitig ausschließlich die Aufgabe, die Finanzierung des EnBW Konzerns zu ermöglichen. Ihr Vermögen besteht vor allem aus Forderungen aus Darlehen an Konzerngesellschaften.

Die fortlaufende Geschäftstätigkeit der EnBW Finance hängt von der Fähigkeit der EnBW AG und anderer Konzerngesellschaften des EnBW Konzerns ab, ihren Zahlungsverpflichtungen aus den Darlehen, die ihnen von der EnBW Finance gewährt wurden, nachzukommen. Sollten einzelne oder alle Gesellschafter des EnBW Konzerns ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber der EnBW Finance nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen, könnte dies die Fähigkeit der EnBW Finance zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber dem Anleger erheblich beeinträchtigen.

Alle Schuldverschreibungen (einschließlich der nach diesem Debt Issuance Programme begebenen), die von der EnBW Finance begeben werden, genießen den Vorteil einer seitens der EnBW AG erteilten Garantie. Die Garantie stellt eine unwiderrufliche, unbesicherte und nicht nachrangige Verpflichtung seitens der Garantin dar, die mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen der Garantin im gleichen Rang steht und in der Bundesrepublik Deutschland gerichtlich einklagbar ist.

Einzelheiten zu den Risikofaktoren der EnBW AG als Garantin und Schuldnerin der EnBW Finance sind in dem separaten Abschnitt oben beschrieben.

RISK FACTORS

Potential investors should read the entire Debt Issuance Programme Prospectus. Words and terms that are defined in the “Terms and conditions of the Notes” or the “Terms and conditions of the Pfandbriefe” below or elsewhere in this Debt Issuance Programme Prospectus pose certain risks. Potential investors should, among other things, consider the following:

I. Risk factors with regard to Notes

Below is a description of the risk factors that are material for the assessment of the market risk associated with the Notes issued within the scope of the Programme. Potential investors should consider these risks before deciding upon the purchase of Notes issued under the Programme.

Potential investors should consider all information in the Debt Issuance Programme Prospectus and consult with their own professional advisors should they deem it necessary. In addition, investors should bear in mind that several of the described risks can occur simultaneously and thus have, possibly together with other circumstances, a stronger impact. The risks described below may retroactively turn out not to be complete. The order in which the risks are described neither indicates the probability of neither their occurrence nor the gravity or significance of the individual risks.

With regard to Notes that require a separate description of risk factors due to their special structure, additional risk factors will be described in the Final Terms for such Notes.

Currency risks/Dual currency Notes

Potential investors should bear in mind that an investment in Notes involves currency risks.

If a note is denominated in a foreign currency or if it is a dual currency note, the Holder carries the risk of currency rate fluctuations, which can influence the rate of return for such a Note. In case of Equity Linked Notes, the reference asset can be denominated in a currency other than the currency of the buyer's home country.

For example, a change in value of a foreign currency against the euro will result in a corresponding change of value of a note that is denominated in a currency other than the euro. If the underlying exchange rate drops and if the value of the euro rises accordingly, the market value of the Note given in euro will drop.

Liquidity risk

Notes issued within the scope of the program are new securities which are also not widely distributed and for which there is currently no active trading market. If the Notes are traded after their initial issuance, they may trade with a discount to the initial issue price, depending on the prevailing interest rates, the market for comparable securities, the general economic situation, and the financial situation of the respective Issuer. Even though it is possible to make an application for the admission and trade of Notes to be issued within the scope of the program at the Luxemburg stock exchange (regulated market “Bourse de Luxembourg”) appearing on the list of regulated markets issued by the European Commission, it is not guaranteed that an admission will take place, that a particular tranche of Notes will be admitted, or that an active trading market will develop. Accordingly, there is no assurance whatsoever in regard to the development or liquidity of any trading market for any particular tranche of Notes. A buyer of a Note must therefore be prepared to retain the Notes until the day of maturity or final redemption.

Risk of early redemption

Unless otherwise specified in the relevant Final Terms in regard to a certain tranche of Notes, the Issuer may redeem all outstanding Notes in accordance with the relevant Final Terms, if the respective Issuer is obligated to increase the amounts payable in respect to the Notes due to withholding or deduction or on account of, any current or future taxes or any other dues imposed, levied, collected, or withheld by or on behalf of the Federal Republic of Germany or for its account or from or for the account of an area municipality authorized to raise taxes or an agency in the Federal Republic of Germany. In addition, the Issuer – if it is so specified in the respective Final Terms in regard to a certain tranche of Notes that these can be redeemed at the respective Issuer's option in certain circumstances – may optionally choose to redeem the Notes if the prevailing interest rates are relatively low or, if applicable, to redeem the Notes early in case of an event

described in more detail in the applicable Final Terms (reason for an early redemption). In such circumstances, the investor might possibly not be able to reinvest the redemption proceeds in a comparable security at an effective interest rate as high as that of the relevant Notes.

Risk of change in market value

The market value of the Notes is influenced by the credit rating of the Issuer and a number of other factors including market interest and rate of return and the remaining time until the day of maturity. The market value of Index Linked Notes and Equity Linked Notes can also be influenced by the value of the index or the reference asset, its volatility, the dividend rate on the reference asset, or the dividend on securities included in the index, as well as the financial results and the outlook of the Issuer of the reference asset or a security included in the index.

The value of the Notes, the reference asset, or the index depends on a number of interacting factors, including economic and political events in Germany or elsewhere, factors affecting the capital markets in general and the stock exchanges on which the Notes, the reference asset, the securities included in the index or the index are traded. The price at which a Holder can sell the Notes prior to maturity might be considerably below the issue price or the purchase price paid by such Holder.

Investors in Index Linked Notes or Equity Linked Notes should bear in mind that the historical performance of the reference asset or the index is not an indication for the future performance of the reference asset or the index.

Notes issued at a considerable premium or discount

The market value of securities which are issued at a considerable premium or discount from their nominal value are more susceptible to interest rate fluctuations than is the case with conventional interest-bearing securities. Basically, the longer the remaining time to maturity is, the greater the price volatility compared to conventional interest-bearing securities.

Risks in connection with caps on interest

If an interest rate and/or redemption amount of an issue of Notes is not fixed but determined according to the structure of the Notes as described in the relevant Final Terms of the Notes, a cap can be established. The effect of cap is such that the interest and/or the redemption amount will never rise above the predetermined cap, so that the Holder will not be able to benefit from an actual positive development beyond this cap. The rate of return could thus be considerably lower than the rate of return of similarly structured Notes without a cap.

Risk of possible conflicts of interest relating to an underlying asset

Each Issuer, each securities investor and any of the companies associated with these entities not only issue Notes but also have other business areas that independently do business with companies that might be part of an underlying asset (for example in the form of an index, a single stock, or basket (different securities)). It can not be completely ruled out that decisions made by those independent business areas have positive or negative effects on the underlying asset.

General risks relating to structured Notes

Basically, an investment in Notes on which the premium and/or the interest and/or the principal amount is established on the basis of the value of one or several currencies or commodities, one or several interest rates, or other indices, or one or several formulas may involve considerable risks that are not associated with similar investments in conventional Notes. These include the risk that the Holder of such Notes will not receive any interest or that the interest rate will be less than the interest to be paid on conventional Notes and/or that the investor and Holder of such Notes may lose the capital invested in the Notes completely or in a substantial amount. In addition, investors should bear in mind that the market value of such Notes (depending on the volatility of the respective currency or commodity or the respective interest rate or other indices or the respective other formula) can be extremely volatile.

The future performance of these currencies, products, interest rates, indices, or formulas during the maturing of Notes can neither be deduced from the current nor the past value of the respective currencies, products, interest rates, indices or formulas.

Notes with fixed interest rates

The Holder of a fixed interest Note carries the risk that the prices of the Notes can fall as a result of changes in the interest rate of the market. While the nominal interest rate of a Note with a fixed interest, as specified in the applicable Final Terms, is fixed for the entire duration of such Notes, the current interest rate on the capital market ("market interest rate") typically changes on a daily basis. As the market interest rate changes, the price of a Note with a fixed interest rate also changes – but in the opposite direction. If the market interest rate increases, the price of a Note with a fixed interest rate typically falls until the rate of return of these Notes approximately equals the market interest rate. If the Holder of a Note with a fixed interest rate holds them until maturity, changes of the market interest rate will be irrelevant as the Notes will be redeemed at a fixed redemption amount, which is normally the nominal amount of such Notes.

Notes with floating interest rates

Notes with a floating interest rate can be a volatile investment. A Holder of a Note with a floating interest carries the risk of interest fluctuations and uncertain interest earnings. Interest fluctuations make it impossible to determine the profitability of Notes with floating interest rates in advance.

If they are structured to include multipliers or other leverage factors or caps or floors, or a combination of those or other similar characteristics, their market value may be more volatile than conventional Notes without such characteristics. If the interest to be paid is determined in conjunction with a multiplier greater than one or in connection with some other leverage factor, the effects of changes in the interest on interest to be paid will be magnified.

Inverse/Reverse floating rate Notes

The interest rate for inverse floating rate Notes is determined as the difference between a fixed interest rate and a reference floating interest rate such as the Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR) or the London Interbank Offered Rate (LIBOR), which means that the interest earnings on such Notes fall if the reference interest rate increases. The market value of inverse floating rate Notes are typically more volatile than other, more conventional Notes with floating interest based on the same reference interest rate (and otherwise comparable conditions). Inverse floating rate Notes are more volatile as an increase in the reference interest rate not only leads to a decrease of the interest payable but, if so, can also reflect an increase in prevailing interest rates, which might further affect the market value of such Notes.

Notes with fixed to floating interest rates

In the case of Notes with fixed to floating interest rates, the Issuer may choose to convert from Notes with fixed interest rates to Notes with floating interest rates or Notes with floating interest rates to Notes with fixed interest rates. Because the Issuer is able to convert, the interest rate will influence the secondary market and the market value of the Notes as the Issuer can be expected to convert the interest rate when it is likely to lead to a reduction of the overall financing costs. If the Issuer converts a Note from a fixed interest rate to a Note with a floating interest rate, the spread on the Notes with fixed to floating interest rates will be less favorable than the prevailing spread on comparable Notes with floating interest rates based on the same reference interest rate. In addition, the new floating rate may turn out to be lower than the interest rates payable on other comparable Notes at any time. If the Issuer converts a Note from a floating interest rate to a Note with a fixed interest rate, the fixed interest rate may turn out lower than the prevailing interest rate payable on his Note at the corresponding point in time.

Zero-coupon Notes

There is no interest on zero-coupon Notes but they are issued at a discount from their nominal value. Instead of periodical interest payments it is the difference between the redemption price and the issue price that constitutes the interest earnings until maturity and that reflects the market interest rate. The Holder of a zero-coupon note carries the risk that the price of such a Note falls as a result of changes in the market interest rate. Zero-coupon Notes are more volatile than Notes with fixed interest rates and they are likely to react more strongly to changes in the market interest rate than interest-bearing Notes with a similar maturity.

Index Linked Notes

Indexed Linked Notes are Notes for which the redemption amounts and/or interests payments are not determined prior, but for which payments on the capital and/or interest payments depend on the performance of an index which itself can be subject to considerable risks of changes in interest or other risks. Redemption amounts might be considerably less than the issue price or, if so, the purchase price invested by the Holder and it may even be zero in which case the Holder might lose his entire investment.

Indexed Notes are not in any way financed, issued, sold, or promoted by the index sponsors or the respective licensor of the index; and the index sponsor or the licensor will give no assurance or guarantee, explicit or implied, as to the results in reference to the future performance of the reference asset. Each index is determined, composed, and calculated by its respective index sponsor or licensor without considering the Issuer or Notes. None of the index sponsors or licensors assumes the responsibility or was involved when the timing of, the prices for, or quantities of the Notes were determined or in the determination or calculation of the equation by which the Notes are settled into cash. None of the index sponsors are obligated or liable in connection with the administration, marketing, or trading of the Notes. The index sponsor or licensor of the index is not liable for the adjustment of the index carried out by an agency.

Equity Linked Notes

Equity Linked Notes are Notes for which redemption amounts and/or interests to be paid are not determined prior. The amounts will depend on the market value of (one or several) certain reference assets. Accordingly, redemption amounts may be considerably less than the issue price, or, as the case may be, less than the purchase price invested by the Holder.

If the relevant reference assets are to be delivered in place of cash redemptions, then the value of such securities may also be considerably less than the issue price, or, as the case may be, less than the purchase price invested by the Holder and it may even be zero in which case the Holder might lose his entire investment.

Equity Linked Notes are in no way financed, issued, sold, or promoted by the Issuers of the reference asset; and these Issuers give no assurance or guarantee, explicit or implied, as to the future performance of the reference asset. In addition, the Issuer of the reference asset does not assume any responsibility to consider the interests of the Issuer or those of the Holder for whatever reason. The Issuer of the reference asset will not receive any of the proceeds of the offering of the Notes and assumes no liability for and has not been involved in the timing, pricing, or the quantities of the Notes.

Credit Linked Notes

When buying Credit Linked Notes, the investor carries a credit risk in regard to both the Issuers and the reference entities and their obligations. As it will be described in more detail in the Final Terms, the Credit Linked Notes can be linked to the performance and credit rating of one or several reference entities and their obligations. An investment in such Credit Linked Notes is speculative and volatile and carries considerable risks. Under certain circumstances the Credit Linked Notes may pay no more interest and the Holders of the Credit Linked Notes may not retrieve their original investment in whole or in part.

With Credit Linked Notes for which delivery of the reference value has been agreed on, Holders can receive certain obligations of the reference entities instead of the principle amount and whose market value, if applicable, may be considerably less than the original investment of such a Holder. Investors are asked to bear in mind that they are, as the case may be, obligated to accept these obligations and should ensure that they are legally in a position to accept such obligations when buying the Credit Linked Notes. The obligations may be denominated in a currency other than the currency of the Credit Linked Notes and the redemption amount in regard to a Credit Linked Note will be affected by any loss in value of such a currency compared to the currency of the Credit Linked Notes. Any taxes or transfer costs payable in regard to the delivery of such obligations will be for the account of the Holder.

Neither the Issuers nor any of their affiliated companies give any assurances or guarantees in regard to the reference entities, especially not on their credit rating at the time of issue of the Credit Linked Notes or at any time later. Each potential investor should inform himself about the nature and the financial situation of other parties involved in the issue, including each reference entity.

The investment in the Notes does not result in the right to receive information from the Issuer of the reference asset, to execute voting rights, or to receive distributions on the reference asset.

Suitability

Potential investors should consider whether an investment in the Notes is appropriate in their respective circumstances and should consult with their legal, business, and tax advisors to determine the consequences of an investment in the Notes and to get their own idea about the investment.

An investment in the Notes is only suitable for investors who

- (i) possess the required knowledge and experience in financial and business matters to evaluate the chances and risks of an investment in Notes;
- (ii) are in a position to carry the economic risks associated with an investment in Notes for an indefinite period of time;
- (iii) acquire the Notes for their own account to invest and not for the purpose of a resale, distribution, or other disposition (subject to applicable law requiring that investor is entitled to the power of disposition over his capital); and
- (iv) knows that the Notes may possibly not be transferred for a considerable period of time, if at all.

Further risks pertaining to a certain structure of a tranche of Notes may be described in the Final Terms applicable to the respective tranche.

II. Risk factors with regard to the Issuers

The following is a description of the risk factors, which may affect the ability of the Issuers to fulfill their obligations under the Notes. Potential investors should carefully read and consider these risk factors before deciding upon the purchase of the Notes issued within the scope of the Programme.

Potential investors should consider all information provided in the Debt Issuance Programme Prospectus and consult their own experts. In addition, the investors should bear in mind that several of the mentioned risks may occur simultaneously and that their implication can, possibly together with other circumstances, thus be intensified. The order in which the risks are described does neither represent a conclusion about their probability of occurrence nor the gravity or significance of the individual risks. Further risks which are currently unknown to the EnBW AG may also affect the business activities of the EnBW Group and the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes. Due to the occurrence of each individual risk described in the following, investors could lose their invested capital in whole or in part.

Risk factors of the EnBW Energie Baden-Württemberg AG

The following description includes a disclosure of risk factors which may affect the ability of the EnBW AG to fulfill their obligations arising from the Notes and the guarantee. Potential investors should consider these risk factors before deciding on the purchase of Notes issued within the scope of the Programme.

The following information is not exhaustive. Potential investors should carefully verify and consider all information contained in this Debt Issuance Programme Prospectus prior to a decision on an investment and they should consult with their own advisors, if they deem it necessary. In addition, potential investors must take into consideration that the described risks may accumulate and thus intensify.

Currently, no risks can be identified, neither from individual risks nor from the total risk position of the EnBW Group, which could put at risk the continued existence of the EnBW AG or EnBW Group. However, there are a number of business and operational factors which could have a material adverse effect on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group. These include the following:

Energy market risks

With its electricity and natural gas businesses, the EnBW Group is exposed to the pricing and merchandising risks caused by the liberalization of the electricity and natural gas markets in Germany and Europe. Since the generation of electricity by EnBW's power plants is an important element of the business model, the market prices for electricity and fuel (including hard coal and natural gas) substantially influence the net proceeds of the group. Further increases in fuel prices may substantially and effectively influence the operating income and thus the financial situation of the

EnBW Group, especially when higher fuel prices can not be passed on. The same also applies to the CO₂-Certificates (EUA), as far as they have to be acquired. There is also a risk in regard to falling electricity prices that can not be compensated for with lower fuel prices. In regard to the acquisition and the sale of natural gas for distributors and end consumers, the EnBW is also exposed to market price risks. Such risks could result in a material adverse effect on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and can considerably affect the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising under the Notes towards the investors.

Technical risks

The EnBW Group operates technically complex plants with the corresponding operating risks, e. g. unplanned downtimes can occur in the power plants of the EnBW Group or in parts of the electricity, gas, or district heating grid of the EnBW Group. As a result of this, there is the risk of income loss. EnBW's activities are also subject to environmental law obligations and the risks associated with them. Furthermore, the operation of the EnBW Group is subject to seasonal and weather-dependent fluctuations, which expose the company to the risk of a fluctuating demand that depends on the development of the weather. This could result in a material adverse effect on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and have considerable negative effects on the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Regulatory risks

The EnBW Group is exposed to a constant change in the political, legal, and social environment in which it is engaged in business; this may have an effect on the results of the EnBW Group. In 2007, notifications of approval of system usage fees in the electricity and natural gas domain were issued by the federal and state authorities for all group companies and their affiliates. In 2008, more notifications will be issued for the group companies and their affiliates within the scope of regulatory cost verification. From 2009 on, an incentive-based regulation will be in effect for the system usage fees. The legal framework leaves some legal space open to interpretation which is still to be filled in some places. Depending on which interpretations and calculation methods will prevail, the proceeds from the system usage fees may be reduced.

Due to the design of several bidding processes, the transmission system operators are increasingly exposed to market risks. As a result of this, there is an increased planning uncertainty for the operators of transmission and distribution systems of the EnBW Group as generally in the sector with regard to the development of the system usage fees. The German Federal Network Agency intends to reduce the system usage fees. This could result in income risks.

The realization of one or several of these risks may adversely affect the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and it may affect the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the obligations towards the investors.

Legal risks

The EnBW Group is exposed to legal risks arising from new legislation, such as the amendment of the German anti-trust law, statutory and official regulation as well as from contractual relationships to clients and other business partners.

The EnBW Group is involved in several court proceedings within the scope of its usual business activities. These proceedings may affect the economic and financial situation of the EnBW Group.

The realization of individual or several legal risks may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising under the Notes towards the investors.

You will find further information in connection with legal risks in the separate subsection "Legal Disputes" within the section "General information on EnBW Energie Baden-Württemberg AG".

Disposal of radioactive waste

The issue of a final storage of radioactive waste in Germany has not yet been settled. There are several planning uncertainties in this respect. The costs for the exploration of deposits, which can currently not be assessed, must be borne by companies using nuclear power such as EnBW according to the ordinance on advance payments for the setup of federal plants for securing and storing radioactive waste (final storage VIV). This may have material adverse effects on the net assets,

financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Changes of the regulatory body of the Nuclear Safety Standards Committee (KTA)

The Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, and Nuclear Safety is planning changes for the regulatory body of the nuclear safety standard committee. This may result in considerable modernization measures and costs for all German nuclear power plants, including the power plants operated by EnBW and may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

New power plants

The EnBW Group has decided to create new conventional power plant capacities. Together with current power plant projects, this will result in investment risks, since it is not possible to forecast the important profitability parameters, e.g. prices for raw material and electricity merchandising prices for the service life of the power plants. The realization of investment risks may have material adverse effects on the net assets, financial position, and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Financial market risks

Within the scope of the usual business activities, the EnBW Group is subject to financial market risks such as interest, currency, credit risks, risks due to share price fluctuations, as well as changes in value of the securities of the current assets. The realization of such risks may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Reconclusion of concessional contracts

In the coming years, a large number of concessional contracts will be renegotiated for the area of supply of the EnBW Group. In the case of the loss of a concession, there is the risk that the EnBW Group must sell the associated distribution network below the profitability or current market value, thereby losing the direct customer contact. This may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

IT risks

Information and communication technology have become an important part of the production and business processes of the EnBW Group. Innovative and efficient IT systems are a key factor for the success of the EnBW Group. For this reason, the security and availability of in-use IT network and IT applications are of special importance. EnBW is exposed to IT risks in connection with the development, implementation, and application of IT solutions, which are designed to support the business processes. The realization of IT risks may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Credit risks

The international economic situation influences the relationships to customers, trading partners and suppliers. The EnBW Group is consequently exposed to risks arising from customer's and business partner's inability to pay. The shortfall of customers or business partners may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Liquidity risks

Risks arise in the process of securing sufficient liquidity in order to fulfill the financial obligations of the EnBW Group in due time. The EnBW Group depends on sufficiently available credit lines granted by banks and liquid funds in order to meet its financial obligations. In case the EnBW Group does

not have sufficient liquidity available, it may have material adverse effects on the net assets, financial position, and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising from the Notes towards the investors.

Transaction risks

In case of increased acquisition activities or more joint ventures in the future, the EnBW Group would be exposed to the usual risks resulting from this.

Total risk

There is a risk for the EnBW resulting from a stronger competition on the energy market. In addition, there are risks based on regulatory uncertainties. Since the main focus of EnBW continuously lies on the main business field of electricity, natural gas, and energy as well as environmental services, the risks relevant to the net assets, financial position and results of operations of the EnBW are concentrated in these areas. An intensification of the competition may have material adverse effects on the net assets, financial position and results of operations of the EnBW Group and may considerably impair the ability of the Issuers to fulfill their obligations arising under the Notes towards the investors.

Risk factors of EnBW International Finance B.V.

The following is a description of risk factors that may impair the ability of EnBW Finance to fulfill its obligations arising from the Notes. Potential investors should carefully read and consider these risk factors before deciding to buy Notes issued under the programme.

The following information is not exhaustive. Potential investors should carefully investigate and consider all information provided in this Debt Issuance Programme Prospectus as well as consult their own advisors, if they so deem necessary. In addition, potential investors must consider that the described risks could accumulate and thus intensify.

EnBW Finance has currently the sole task of ensuring the financing of the EnBW Group. Its assets mainly consist of receivables from loans to group companies.

The ongoing business activities of EnBW Finance depend on the ability of the EnBW AG and other group companies to fulfill their payment obligations arising from the loans granted to them by EnBW Finance. If individual or all members of the EnBW Group were unable to fulfill their payment obligations to EnBW Finance or were not able to do so in due time, this may considerably impair the ability of the EnBW Finance to fulfill its obligations arising from the Notes towards the investors.

All Notes (including those issued according to this Debt Issuance Programme), which are issued by EnBW Finance, enjoy the advantage of a guarantee granted by the EnBW AG. The guarantee constitutes an irrevocable, unsecured, and non-subordinated obligation on the part of the Guarantor, ranking *pari passu* with all other unsecured and non-subordinate obligations of the Guarantor and which is legally enforceable in the Federal Republic of Germany.

Details concerning the risk factors of the EnBW AG as the guarantor and debtor of EnBW Finance are described in a separate section above.

TERMS AND CONDITIONS OF THE NOTES
GERMAN LANGUAGE VERSION
(DEUTSCHE FASSUNG DER EMISSIONSBEDINGUNGEN)

Diese Serie von Schuldverschreibungen wird gemäß einem Fiscal Agency Agreement vom 18. April 2008 (das “**Agency Agreement**”) zwischen der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (“**EnBW AG**”), der EnBW International Finance B.V. (“**EnBW Finance**”) (einzelne jeweils die “**Emittentin**” und zusammen die “**Emittentinnen**”) und der Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Fiscal Agent (der “**Fiscal Agent**”, wobei dieser Begriff jeden Nachfolger des Fiscal Agent gemäß dem Agency Agreement einschließt) und den anderen darin genannten Parteien begeben. Kopien des Agency Agreement können kostenlos bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent und bei den bezeichneten Geschäftsstellen einer jeden Zahlstelle sowie bei der Hauptgeschäftsstelle einer jeden Emittentin bezogen werden. **[Im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** Die Schuldverschreibungen sind mit einer unbedingten und unwiderruflichen Garantie der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (die “**Garantin**”) versehen.]

[Im Falle von nicht-konsolidierten Bedingungen einfügen: [Die Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen gelten für diese Schuldverschreibungen so, wie sie durch die Angaben der beigefügten endgültigen Bestimmungen (die “**Endgültigen Bestimmungen**”) vervollständigt, geändert, ergänzt oder ganz oder teilweise ersetzt werden. Die Leerstellen in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären; sofern die Endgültigen Bedingungen die Änderung, Ergänzung oder (vollständige oder teilweise) Ersetzung bestimmter Emissionsbedingungen vorsehen, gelten die betreffenden Bestimmungen der Emissionsbedingungen als entsprechend geändert, ergänzt oder ersetzt; alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen, deren Entsprechungen in den Endgültigen Bedingungen nicht ausgefüllt oder die gestrichen sind, gelten als aus diesen Emissionsbedingungen gestrichen; sämtliche auf die Schuldverschreibungen nicht anwendbaren Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen (einschließlich der Anweisungen, Anmerkungen und der Texte in eckigen Klammern) gelten als aus diesen Emissionsbedingungen gestrichen, so dass die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen Geltung erhalten. Kopien der Endgültigen Bedingungen sind kostenlos bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent und bei den bezeichneten Geschäftsstellen einer jeden Zahlstelle sowie bei der Hauptgeschäftsstelle jeder Emittentin erhältlich; bei nicht an einer Börse notierten Schuldverschreibungen sind Kopien der betreffenden Endgültigen Bedingungen allerdings ausschließlich für die Gläubiger solcher Schuldverschreibungen erhältlich.]

§1 WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, DEFINITIONEN

- (1) **Währung; Stückelung.** Diese Serie von Schuldverschreibungen (die “**Schuldverschreibungen**”) der **[Emittentin einfügen]** (die “**Emittentin**”) wird in **[festgelegte Währung einfügen]** (die “**festgelegte Währung**”) im Gesamtnennbetrag von **[Gesamtnennbetrag einfügen]** (in Worten: **[Gesamtnennbetrag in Worten einfügen]**) in einer Stückelung von **[festgelegte Stückelung einfügen]** (die “**festgelegte Stückelung**”) begeben.
- (2) **Form.** Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- [Im Falle von Schuldverschreibungen, die durch eine Dauerglobalurkunde verbrieft sind, einfügen:** (3) **Dauerglobalurkunde.** Die Schuldverschreibungen sind durch eine Dauerglobalurkunde (die “**Dauerglobalurkunde**”) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin und ist von dem Fiscal Agent oder in dessen Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.]
- [Im Falle von Schuldverschreibungen, die anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, einfügen:** (3) **Vorläufige Globalurkunde — Austausch.**
 - (a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die “**vorläufige Globalurkunde**”) ohne Zinsscheine verbrieft. Die vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in den festgelegten Stückelungen, die durch eine Dauerglobalurkunde (die “**Dauerglobalurkunde**”) ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. **[Im Fall von Euroclear und CBL und wenn die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:** Die Einzelheiten eines solchen Austausches werden in die Aufzeichnungen der ICSD (wie nachstehend definiert) aufgenommen.] Die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde tragen jeweils die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin und sind jeweils von dem Fiscal Agent oder in dessen Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

- (b) Die vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der “**Austauschtag**”) gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Begebung der Schuldverschreibungen liegt. Der Austauschtag wird nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Begebung liegen. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Solange die Schuldverschreibungen durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, werden Zinszahlungen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen vorgenommen. Eine gesonderte Bescheinigung ist für jede solche Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Begebung der Schuldverschreibungen eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese vorläufige Globalurkunde gemäß Absatz (b) dieses §1 Absatz (3) auszutauschen. Schuldverschreibungen, die im Austausch für die vorläufige Globalurkunde geliefert werden, dürfen nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in §4 Absatz 4 definiert) geliefert werden.]
- (4) *Clearingsystem*. Die Dauerglobalurkunde wird solange von einem oder im Namen eines Clearingsystems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. “[**Clearingsystem**] bedeutet [bei mehr als einem **Clearingsystem** einfügen: jeweils] folgendes: [Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main] [Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg] [Euroclear Bank S.A./ N.V. Brüssel, als Betreiberin des Euroclear Systems (“**Euroclear**”)] [,] [und] [**anderes Clearingsystem angeben**] sowie jeder Funktionsnachfolger. [CBL und Euroclear werden jeweils als “**International Central Securities Depository**” oder “**ICSD**” und zusammen als “**ICSDs**” bezeichnet].

Im Fall von Euroclear und CBL und wenn die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden in Form einer New Global Note “**NGN**” ausgegeben und von einem Common Safekeeper im Namen beider ICSDs verwahrt. Der Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die [vorläufige Globalurkunde bzw. die] Dauerglobalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen und eine zu diesen Zwecken von einem ICSD jeweils ausgestellte Bestätigung mit dem Nennbetrag der so verbrieften Schuldverschreibungen ist zu jedem Zeitpunkt ein schlüssiger Nachweis über den Inhalt des Registers des jeweiligen ICSD.

Bei Rückzahlung oder einer Zinszahlung bezüglich der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen bzw. bei Kauf und Entwertung der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen werden die Einzelheiten über Rückzahlung und Zahlung bzw. Kauf und Löschung bezüglich der Globalurkunden pro rata in die Unterlagen der ICSDs eingetragen und nach dieser Eintragung vom Nennbetrag der in die Register der ICSDs aufgenommenen und durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen der Gesamtnennbetrag der zurückgekauften bzw. gekauften und entwerteten Schuldverschreibungen abgezogen. Für das technische Verfahren der ICSDs im Fall der Ausübung einer vorzeitigen Rückzahlung nach Wahl der Emittentin hinsichtlich einer teilweisen Rückzahlung wird der entstehende Rückzahlungsbetrag entweder als reduzierter Nennbetrag oder als Poolfaktor nach Ermessen der ICSDs in das Register der ICSDs aufgenommen.

- (5) *Gläubiger von Schuldverschreibungen*. “[**Gläubiger**] bedeutet jeder Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen vergleichbaren Rechts an den Schuldverschreibungen.

§2 STATUS, NEGATIVVERPFLICHTUNG

[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: UND GARANTIE]

- (1) *Status*. Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

(2) *Negativverpflichtung.*

- [a)] Die Emittentin verpflichtet sich, solange die Schuldverschreibungen noch ausstehen (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, an dem Kapital und Zinsen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Vermögen weder ganz noch teilweise mit Grundpfandrechten, Pfandrechten oder sonstigen dinglichen Sicherungsrechten (zusammen, die **“dinglichen Sicherheiten”**) zur Besicherung gegenwärtiger oder zukünftiger Kapitalmarktverbindlichkeiten (wie nachfolgend definiert) der Emittentin oder eines Dritten zu belasten, es sei denn, dass die Schuldverschreibungen gleichzeitig und in gleichem Rang anteilig an dieser Sicherheit teilnehmen oder den Gläubigern eine andere Sicherheit, die von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als gleichrangige Sicherheit anerkannt wird, bestellt wird. Dies gilt nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten eines Unternehmens bestellt ist, das mit der Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: oder der Garantin]** verschmolzen oder von der Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: oder der Garantin]** erworben worden ist und diese dingliche Sicherheit zum Zeitpunkt der Verschmelzung oder des Erwerbs schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wurde zum Zwecke der Finanzierung der Verschmelzung oder des Erwerbs begründet oder nach der Verschmelzung oder dem Erwerb in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses §2 Absatz (2) [(a)] gilt ebenfalls nicht für dingliche Sicherheiten zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten, die zum Zweck der Finanzierung, Teil- oder Refinanzierung der Kosten des Erwerbs, der Errichtung oder Entwicklung eines Projekts eingegangen werden, vorausgesetzt dass (i) die Gläubiger einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit auf das dem Projekt zuzurechnende Vermögen (einschließlich der Anteile an Projektgesellschaften) und in Übereinstimmung mit der Marktpfaxis abgegebene marktübliche Garantien als Rückzahlungsquelle beschränkt sind und (ii) die Sicherungsrechte ausschließlich an diesem Vermögen bestellt werden. Jede nach diesem Absatz (2) zu leistende Sicherheit kann auch zugunsten einer Person bestellt werden, die insoweit als Treuhänder (wie nachfolgend definiert) der Gläubiger handelt.
- [b)] Solange Schuldverschreibungen noch ausstehen (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge an Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), verpflichtet sich die Emittentin weiter sicherzustellen — soweit ihr dies nach ihrem billigen Urteil rechtlich möglich ist — dass ihre wesentlichen Tochtergesellschaften (wie nachfolgend definiert) ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Vermögen weder ganz noch teilweise mit dinglichen Sicherheiten zur Besicherung gegenwärtiger oder zukünftiger Kapitalmarktverbindlichkeiten (wie nachfolgend definiert) der jeweiligen wesentlichen Tochtergesellschaft oder eines Dritten belasten. Dies gilt nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten einer Tochtergesellschaft bestellt ist, die während der Laufzeit von im Rahmen dieses Programms begebenen Schuldverschreibungen wesentliche Tochtergesellschaft wird und diese dingliche Sicherheit zu diesem Zeitpunkt schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wird in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses § 2 Absatz 2 (b) gilt ferner nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten eines Unternehmens bestellt ist, das mit der wesentlichen Tochtergesellschaft verschmolzen oder von der wesentlichen Tochtergesellschaft erworben worden ist und diese dingliche Sicherheit zum Zeitpunkt der Verschmelzung oder des Erwerbs schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wurde zum Zwecke der Finanzierung der Verschmelzung oder des Erwerbs eingeräumt oder nach der Verschmelzung oder dem Erwerb in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses §2 Absatz 2 (b) gilt ebenfalls nicht für dingliche Sicherheiten zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten, die zum Zweck der Finanzierung, Teil- oder Refinanzierung der Kosten des Erwerbs, der Errichtung oder Entwicklung eines Projekts eingegangen werden, vorausgesetzt, dass (i) die Gläubiger einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit auf das dem Projekt zuzurechnende Vermögen (einschließlich der Anteile an Projektgesellschaften) und in Übereinstimmung mit der Marktpfaxis abgegebene marktübliche Garantien als Rückzahlungsquelle beschränkt sind und (ii) die Sicherungsrechte ausschließlich an diesem Vermögen bestellt werden. Jede nach diesem Absatz (2) (b) zu leistende Sicherheit kann auch zugunsten einer Person bestellt werden, die insoweit als Treuhänder (wie nachfolgend definiert) der Gläubiger handelt.]

Im Fall von
Schuldver-
schreibungen,
die von der
EnBW AG
begeben werden,
einfügen:

[3] *Garantie.*

- (a) Die EnBW AG hat am 28. Januar 2002 gegenüber der Deutsche Bank Aktiengesellschaft die unbedingte und unwiderrufliche Garantie (die "**Garantie**") zugunsten der Gläubiger für die ordnungsgemäße und pünktliche Zahlung von Kapital und Zinsen und allen anderen zu zahlenden Beträgen unter den Schuldverschreibungen übernommen. Die Garantie stellt einen Vertrag zugunsten der Gläubiger als begünstigte Dritte im Sinne des §328 (1) BGB dar, der jedem Gläubiger das Recht gibt, Erfüllung der in der Garantie übernommenen Verpflichtungen unmittelbar von der Garantin zu verlangen und diese Verpflichtungen unmittelbar gegen die Garantin durchzusetzen. Kopien der Garantie können kostenlos bei der Hauptgeschäftsstelle der Garantin und bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent bezogen werden.
- (b) Die Garantin hat sich in der Garantie verpflichtet, solange von ihr oder der Emittentin im Rahmen dieses Programms begebene Schuldverschreibungen noch ausstehen (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge an Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Vermögen weder ganz noch teilweise mit dinglichen Sicherheiten zur Besicherung gegenwärtiger oder zukünftiger Kapitalmarktverbindlichkeiten (wie nachfolgend definiert) der Garantin oder eines Dritten zu belasten, es sei denn, dass die Schuldverschreibungen gleichzeitig und in gleichem Rang anteilig an dieser Sicherheit teilnehmen oder den Gläubigern eine andere Sicherheit, die von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als gleichwertige Sicherheit anerkannt wird, bestellt wird. Dies gilt nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten eines Unternehmens bestellt ist, das mit der Garantin verschmolzen oder von der Garantin erworben worden ist und diese dingliche Sicherheit zum Zeitpunkt der Verschmelzung oder des Erwerbs schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wurde zum Zwecke der Finanzierung der Verschmelzung oder des Erwerbs begründet oder nach der Verschmelzung oder dem Erwerb in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses §2 Absatz 3 (b) gilt ebenfalls nicht für dingliche Sicherheiten zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten, die zum Zweck der Finanzierung, Teil- oder Refinanzierung der Kosten des Erwerbs, der Errichtung oder Entwicklung eines Projekts eingegangen werden, vorausgesetzt dass (i) die Gläubiger einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit auf das dem Projekt zuzurechnende Vermögen (einschließlich der Anteile an Projektgesellschaften) und in Übereinstimmung mit der Marktpaxis abgegebene marktübliche Garantien als Rückzahlungsquelle beschränkt sind und (ii) die Sicherungsrechte ausschließlich an diesem Vermögen bestellt werden. Jede nach diesem Absatz (3) (b) zu leistende Sicherheit kann auch zugunsten einer Person bestellt werden, die insoweit als Treuhänder (wie nachfolgend definiert) der Gläubiger handelt.
- (c) In der Garantie hat sich die Garantin weiter verpflichtet, solange von ihr oder der Emittentin im Rahmen dieses Programms begebene Schuldverschreibungen noch ausstehen (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge an Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), sicherzustellen — soweit ihr dies nach ihrem billigen Urteil rechtlich möglich ist — dass ihre wesentlichen Tochtergesellschaften (wie nachfolgend definiert) ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Vermögen weder ganz noch teilweise mit dinglichen Sicherheiten zur Besicherung gegenwärtiger oder zukünftiger Kapitalmarktverbindlichkeiten (wie nachfolgend definiert) der jeweiligen wesentlichen Tochtergesellschaft oder eines Dritten belasten. Dies gilt nicht, insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten einer Tochtergesellschaft bestellt ist, die während der Laufzeit von im Rahmen dieses Programms begebenen Schuldverschreibungen wesentliche Tochtergesellschaft wird und diese dingliche Sicherheit zu diesem Zeitpunkt schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wird in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses §2 Absatz 3 (c) gilt ferner nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten eines Unternehmens bestellt ist, das mit der wesentlichen Tochtergesellschaft verschmolzen oder von der wesentlichen Tochtergesellschaft erworben worden ist und diese dingliche Sicherheit zum Zeitpunkt der Verschmelzung oder des Erwerbs schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wurde zum Zwecke der Finanzierung der Verschmelzung oder des Erwerbs begründet oder nach der Verschmelzung oder dem Erwerb in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses §2 Absatz 3 (c) gilt ebenfalls nicht für die Belastung mit Sicherungsrechten zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten, die zum Zweck der Finanzierung, Teil- oder Refinanzierung der Kosten des Erwerbs, der Errichtung oder Entwicklung eines Projekts eingegangen werden, vorausgesetzt, dass (i) die Gläubiger einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit auf das Projekt zuzurechnende Vermögen (einschließlich

der Anteile an Projektgesellschaften) und in Übereinstimmung mit der Marktpraxis abgegebene marktübliche Garantien als Rückzahlungsquelle beschränkt sind und (ii) die Sicherungsrechte ausschließlich an diesem Vermögen bestellt werden. Jede nach diesem Absatz (3) (c) zu leistende Sicherheit kann auch zugunsten einer Person bestellt werden, die insoweit als Treuhänder (wie nachfolgend definiert) der Gläubiger handelt.]

[4)] *Kapitalmarktverbindlichkeiten, Wesentliche Tochtergesellschaften und Treuhänder*

- (a) "**Kapitalmarktverbindlichkeiten**" im Sinne dieser Emissionsbedingungen ist jede gegenwärtige oder zukünftige Verbindlichkeit zur Rückzahlung aufgenommener Geldbeträge, die durch Schuldverschreibungen oder sonstige Wertpapiere, die an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt notiert oder gehandelt werden oder hinsichtlich derer ein solcher Handel beabsichtigt ist, verbrieft, verkörpert oder dokumentiert sind sowie jede Garantie oder sonstige Gewährleistung einer solchen Verbindlichkeit; und
- (b) "**Wesentliche Tochtergesellschaft**" im Sinne dieser Emissionsbedingungen ist jedes Unternehmen, das im jeweils letzten Konzernabschluss der **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen: Emittentin] [im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: Garantin]** vollkonsolidiert wurde und (i) dessen Umsatz gemäß seines geprüften, nicht konsolidierten Jahresabschlusses (bzw. wenn die betreffende Tochtergesellschaft selbst konsolidierte Jahresabschlüsse erstellt, deren konsolidierter Umsatz gemäß ihres geprüften, konsolidierten Jahresabschlusses), der für die Zwecke des jeweils letzten geprüften Konzernabschlusses der **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen: Emittentin] [im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: Garantin]** benutzt wurde, mindestens fünf Prozent des Gesamtumsatzes der **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen: Emittentin] [im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: Garantin]** und deren Konzerngesellschaften betragen hat, wie aus dem jeweils letzten geprüften, Konzernabschluss ersichtlich ist und (ii) dessen Bilanzsumme gemäß seines geprüften, nicht konsolidierten Jahresabschlusses (bzw. wenn die betreffende Tochtergesellschaft selbst konsolidierte Jahresabschlüsse erstellt, deren konsolidierte Bilanzsumme gemäß ihres geprüften, konsolidierten Jahresabschlusses), der für die Zwecke des jeweils letzten geprüften, Konzernabschlusses der **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen: Emittentin] [im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: Garantin]** benutzt wurde, mindestens fünf Prozent der konsolidierten Bilanzsumme der **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen: Emittentin] [im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: Garantin]** und deren Konzernabschlüsse betragen hat, wie es aus dem jeweils letzten geprüften Konzernabschluss ersichtlich ist. Die folgenden Gesellschaften sind keine wesentlichen Tochtergesellschaften im Sinne dieses Absatzes: (i) EnBW Beteiligungen AG, früher Salamander AG; und (ii) U-plus Umweltservice AG.
- (c) Im Sinne dieser Emissionsbedingungen bedeutet "**Treuhänder**" eine Bank, Finanzinstitut oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von anerkanntem internationalem Ruf, die als Treuhänder für die Gläubiger tätig wird und von der Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: und der Garantin]** mit Zustimmung des Fiscal Agent ernannt wurde.

§3 ZINSEN

- Im Falle von fest verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:
- [1) *Zinssatz und Zinszahlungstage*. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag verzinst, und zwar vom **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in §5 Absatz (1) definiert) (ausschließlich) mit jährlich **[Zinssatz einfügen]%**. Die Zinsen sind nachträglich am **[Festzinstermin(e) einfügen]** eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen]** **[sofern der erste Zinszahlungstag nicht der erste Jahrestag des Verzinsungsbeginns ist, einfügen: und beläuft sich auf [die anfänglichen Bruchteilzinsbeträge je festgelegte Stückelung einfügen].]** **[Sofern der Fälligkeitstag kein Festzinstermin ist, einfügen: Die Zinsen für den Zeitraum vom [den letzten dem Fälligkeitstag vorausgehenden Festzinstermin einfügen] (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) belaufen sich auf [die abschließenden Bruchteilzinsbeträge je festgelegte Stückelung einfügen].]**

(2) **Auflaufende Zinsen.** Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, endet die Verzinsung der Schuldverschreibungen nicht am Tag der Fälligkeit, sondern erst zu dem Zeitpunkt, an dem Kapital und Zinsen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen dem Clearingsystem zur Verfügung gestellt worden sind. Die Verzinsung des ausstehenden Nennbetrages vom Tag der Fälligkeit an (einschließlich) bis zum Tag der Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) erfolgt zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen.

(3) **Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen.** Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachfolgend definiert). **[Falls die festgelegte Währung Euro ist, und falls Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist, einfügen:** Die Anzahl der Zinszahlungstage im Kalenderjahr (jeweils ein "Feststellungstermin") beträgt **[Anzahl der regulären Zinszahlungstage im Kalenderjahr einfügen.]**

[1] **Zinszahlungstage.**

(a) Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) verzinst. Zinsen auf die Schuldverschreibungen sind an jedem Zinszahlungstag zahlbar.

(b) "**Zinszahlungstag**" bedeutet

[im Falle von festgelegten Zinszahlungstagen einfügen: jeder [festgelegte Zinszahlungstage einfügen].]

[im Falle von festgelegten Zinsperioden einfügen: (soweit diese Emissionsbedingungen keine abweichenden Bestimmungen vorsehen) jeweils der Tag, der **[Zahl einfügen]** [Wochen] **[Monate]** **[andere festgelegte Zeiträume einfügen]** nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstages, nach dem Verzinsungsbeginn liegt.]

(c) Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie nachfolgend definiert) ist, so wird der Zinszahlungstag

[bei Anwendung der modifizierten folgender Geschäftstag-Konvention einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorhergehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der FRN-Konvention einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorhergehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, der **[Zahl einfügen]** Monate] **[andere festgelegte Zeiträume einfügen]** nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.]

[bei Anwendung der folgender Geschäftstag-Konvention einfügen: auf den nachfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[bei Anwendung der vorhergegangener Geschäftstag-Konvention einfügen: auf den unmittelbar vorhergehenden Geschäftstag vorgezogen.]

(d) In diesem §3 bezeichnet "**Geschäftstag**" **[falls die festgelegte Währung nicht Euro ist, einfügen:** einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem Geschäftsbanken allgemein für Geschäfte in **[sämtliche relevanten Finanzzentren einfügen]** geöffnet sind und Devisenmärkte Zahlungen in **[sämtliche relevanten Finanzzentren einfügen]** abwickeln] **[falls die festgelegte Währung Euro ist, einfügen:** einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag) an dem das Clearingsystem sowie alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System ("TARGET" oder "TARGET 2") betriebsbereit sind, um die betreffende Zahlung abzuwickeln].

(2) **Zinssatz.** **[Bei Bildschirmfeststellung einfügen:** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie nachfolgend definiert) ist, sofern nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt wird, der Angebotssatz (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode, der auf der Bildschirmseite am Zinsfestlegungstag (wie nachfolgend definiert) gegen 11.00 Uhr ([Londoner] [Brüsseler] Ortszeit) angezeigt wird **[im Falle einer Marge einfügen:** [zuzüglich] [abzüglich] der Marge (wie nachfolgend definiert)], wobei alle Festlegungen durch die Berechnungsstelle (wie nachfolgend definiert) erfolgen.

"Zinsperiode" bezeichnet jeweils den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) bzw. von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum jeweils darauffolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

"Zinsfestlegungstag" bezeichnet den **[falls die Festlegung am ersten Tag der Zinsperiode erfolgt, einfügen: [ersten] [Londoner] [TARGET] [zutreffende andere Bezugnahmen einfügen]** Geschäftstag **[falls die Festlegung nicht am ersten Tag der Zinsperiode erfolgt, einfügen: [zweiten] [zutreffende andere Zahl von Tagen einfügen] [Londoner] [TARGET] [zutreffende andere Bezugnahmen einfügen]** Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode. **["[Londoner] [zutreffenden anderen Ort einfügen]" Geschäftstag]** bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem Geschäftsbanken in **[London]** **[zutreffenden anderen Ort einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Sortengeschäfte) geöffnet sind.] **["TARGET-Geschäftstag"]** bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Trans-European Automated Real- time Gross Settlement Express Transfer System ("TARGET" oder "TARGET2") betriebsbereit ist.]

[Im Falle einer Marge einfügen: Die "Marge" beträgt []% per annum.]

"Bildschirmseite" bedeutet **[Bildschirmseite einfügen].**

[Falls der Gebrauch einer anderen Basis zur Bestimmung eines Referenzsatzes vereinbart wird, werden vollständige Einzelheiten dieser Basis in den anwendbaren Endgültigen Bedingungen ausgeführt sein.]

Sollte zu der genannten Zeit die maßgebliche Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen oder wird kein Angebotssatz angezeigt, wird die Berechnungsstelle von den Referenzbanken (wie nachfolgend definiert) deren jeweilige Angebotssätze (jeweils als Prozentsatz per annum ausgedrückt) für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode gegenüber führenden Banken im **[Londoner] [zutreffenden anderen Ort einfügen]** Interbanken-Markt **[in der Euro-Zone]** um ca. 11.00 Uhr (**[Brüsseler] [Londoner]** Ortszeit) am Zinsfestlegungstag anfordern. Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist der Zinssatz für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste ein **[falls der Referenzsatz EURIBOR ist, einfügen: Tausendstel Prozent, wobei 0,0005] [falls der Referenzsatz nicht EURIBOR ist, einfügen: Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005]** aufgerundet wird) dieser Angebotssätze **[im Falle einer Marge einfügen: [zuzüglich] [abzüglich] der Marge]**, wobei alle Festlegungen durch die Berechnungsstelle erfolgen.

Falls an einem Zinsfestlegungstag nur eine oder keine der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche im vorstehenden Absatz beschriebenen Angebotssätze nennt, ist der Zinssatz für die betreffende Zinsperiode der Satz per annum, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste ein **[falls der Referenzsatz EURIBOR ist, einfügen: Tausendstel Prozent, wobei 0,0005] [falls der Referenzsatz nicht EURIBOR ist, einfügen: Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005]** aufgerundet wird) der Angebotssätze ermittelt, die die Referenzbanken bzw. zwei oder mehrere von ihnen der Berechnungsstelle auf deren Anfrage als den jeweiligen Satz nennen, zu dem ihnen um ca. 11.00 Uhr (**[Brüsseler] [Londoner]** Ortszeit) an dem betreffenden Zinsfestlegungstag Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode von führenden Banken im **[Londoner]** Interbanken- Markt **[in der Euro-Zone]** angeboten werden **[im Falle einer Marge einfügen: [zuzüglich] [abzüglich] der Marge]**; falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, soll der Zinssatz für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die eine oder mehrere Banken (die nach Ansicht der Berechnungsstelle und der Emittentin für diesen Zweck geeignet sind) der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an dem betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken im **[Londoner]** Interbanken-Markt **[in der Euro-Zone]** nennen (bzw. den diese Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen) **[im Falle einer Marge einfügen: [zuzüglich] [abzüglich] der Marge]**.

Für den Fall, dass der Zinssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist der Zinssatz der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze auf der Bildschirmseite, wie vorstehend beschrieben, an dem letzten Tag vor dem Zinsfestlegungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden **[im Falle einer Marge einfügen: [zuzüglich] [abzüglich] der Marge** (wobei jedoch, falls für die relevante Zinsperiode eine andere Marge als für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode gilt, die relevante Marge an die Stelle der Marge für die vorhergehende Zinsperiode tritt).]

"Referenzbanken" bezeichnet [falls in den Endgültigen Bedingungen keine anderen Referenzbanken bestimmt werden, einfügen: diejenigen Niederlassungen von vier derjenigen Banken, deren Angebotssätze zur Ermittlung des maßgeblichen Angebotssatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der maßgeblichen Bildschirmseite angezeigt wurde.] [Falls in den Endgültigen Bedingungen andere Referenzbanken bestimmt werden, sind sie hier einzufügen].

[Im Fall des Interbankenmarktes in der Euro-Zone einfügen: "Euro-Zone" bezeichnet das Gebiet derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gemäß dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (unterzeichnet in Rom am 25. März 1957), geändert durch den Vertrag über die Europäische Union (unterzeichnet in Maastricht am 7. Februar 1992) und den Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997, in seiner jeweiligen Fassung, eine einheitliche Währung eingeführt haben oder jeweils eingeführt haben werden.]

[Wenn der Referenzsatz ein anderer als EURIBOR oder LIBOR ist, sind die entsprechenden Einzelheiten anstelle der Bestimmungen dieses Absatzes 2 einzufügen]

[Sofern ISDA-Feststellung gelten soll, sind die entsprechenden Bestimmungen einzufügen und die von der International Swap and Derivatives Association, Inc. ("ISDA") veröffentlichten 2000 ISDA-Definitionen oder 2006 ISDA Definitionen diesen Emissionsbedingungen als Anlage beizufügen]

[Sofern eine andere Methode der Feststellung/Indexierung anwendbar ist, sind die entsprechenden Einzelheiten anstelle der Bestimmungen dieses Absatzes 2 einzufügen]

[Falls ein Mindest- und/oder Höchstzinssatz gilt, einfügen:

(3) [Mindest-] [und] [Höchst-] Zinssatz.

[Falls ein Mindestzinssatz gilt einfügen: Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als [Mindestzinssatz einfügen], so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode [Mindestzinssatz einfügen].]

[Falls ein Höchstzinssatz gilt: Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als [Höchstzinssatz einfügen], so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode [Höchstzinssatz einfügen].]

(4) *Zinsbetrag*. Die Berechnungsstelle wird zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist, den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Zinsbetrag in Bezug auf jede festgelegte Stückelung (der "Zinsbetrag") für die entsprechende Zinsperiode berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie nachfolgend definiert) auf jede festgelegte Stückelung angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.

(5) *Mitteilung von Zinssatz und Zinsbetrag*. Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz, der Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag der Emittentin [im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: und der Garantin] sowie den Gläubigern gemäß §12 baldmöglichst, aber keinesfalls später als am neunten auf die Berechnung jeweils folgenden [Londoner] [TARGET] [zutreffende andere Bezugnahme einfügen] Geschäftstag (wie in §3 Absatz 2 definiert) sowie jeder Börse, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, baldmöglichst nach der Bestimmung, aber keinesfalls später als am ersten Tag der jeweiligen Zinsperiode mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich geändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind, sowie den Gläubigern gemäß §12 mitgeteilt.

(6) *Verbindlichkeit der Festsetzungen*. Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses §3 gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger bindend.

(7) *Auflaufende Zinsen*. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, endet die Verzinsung der Schuldverschreibungen nicht am Fälligkeitstag, sondern erst zu dem Zeitpunkt, an dem Kapital und Zinsen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen

dem Clearingsystem zur Verfügung gestellt worden sind. Die Verzinsung des ausstehenden Nennbetrages vom Tag der Fälligkeit an (einschließlich) bis zum Tag der Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) erfolgt zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen.

- Im Falle von abgezinsten Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:
- [1) **Keine periodischen Zinszahlungen.** Es erfolgen während der Laufzeit keine periodischen Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.
 - [2) **Auflaufende Zinsen.** Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zu dem Zeitpunkt, an dem Kapital und Zinsen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen dem Clearingsystem zur Verfügung gestellt worden sind (ausschließlich) Zinsen zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen an.]

[Im Fall von anderen strukturierten variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, einschließlich Inverse Floater und Festzins/variabel verzinsliche Schuldverschreibungen, anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Fall von Doppelwährungs-Schuldverschreibungen anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Fall von Raten-Schuldverschreibungen anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]
[Im Fall von Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Falle von Equity Linked Interest Notes anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Fall von Credit Linked Interest Notes anwendbare Bestimmungen hier einfügen]

[Im Fall von anders strukturierten verzinslichen Schuldverschreibungen anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

- [•] **Zinstagequotient.** "Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung von Zinsbeträgen für einen beliebigen Zeitraum (der "Zinsberechnungszeitraum"):

[Im Falle von Actual/365 oder Actual/Actual einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes, dividiert durch 366, und (B) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 365).]

Im Falle von abgezinsten Nullkupon- Schuldverschreibungen einfügen:

[Im Falle von festverzinslichen Schuldverschreibungen, falls die festgelegte Währung Euro ist und Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist, einfügen:

- (i) wenn der Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie in §3 (3) angegeben) in einem Kalenderjahr; oder
- (ii) wenn der Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, die Summe (A) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie in §3 (3) angegeben) in einem Kalenderjahr und (B) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie in §3 (3) angegeben) in einem Kalenderjahr.

"Feststellungsperiode" ist die Periode ab einem Feststellungstermin (einschließlich desselben) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich desselben).]

[im Falle von Actual/365 (Fixed) einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365.]

[im Falle von Actual/360 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.]

[im Falle von 30/360, 360/360 oder Bond Basis einfügen: die Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu je 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den 31. Tag eines Monates, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, in welchem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[im Falle von 30E/360 oder Eurobond Basis einfügen: die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360 (dabei ist die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit 12 Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln, und zwar ohne Berücksichtigung des Datums des ersten oder letzten Tages des Zinsberechnungszeitraumes, es sei denn, dass im Falle einer am Fälligkeitstag endenden Zinsperiode der Fälligkeitstag der letzte Tag des Monats Februar ist, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

§4 ZAHLUNGEN

- (1) [(a)] *Zahlungen auf Kapital.* Zahlungen von Kapital auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe des nachstehenden Absatzes 2 an das Clearingsystem oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearingsystems gegen Vorlage und Einreichung der Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle einer der Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten.
- [(b)] *Zahlung von Zinsen.* Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von Absatz 2 an das Clearingsystem oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearingsystems gegen Vorlage der Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle einer der Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten.
- [**Im Falle von Zinszahlungen auf eine vorläufige Globalurkunde einfügen:** Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von Absatz 2 an das Clearingsystem oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearingsystems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß §1 Absatz 3(b).]]
- (2) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in **[festgelegte Währung einfügen]** **[bei Doppelwährungsanleihen entsprechende Währungen/Wechselkursformeln einfügen]**.
- (3) *Erfüllung.* Die Emittentin **[Im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen]** bzw. die Garantin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearingsystem oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.
- (4) *Vereinigte Staaten.* Für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen bezeichnet "Vereinigte Staaten" die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und Northern Mariana Islands).
- (5) *Zahltag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag am jeweiligen Geschäftsort. Der Gläubiger ist nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.

Für diese Zwecke bezeichnet "Zahltag" einen Tag, **[bei nicht auf Euro lautenden Schuldverschreibungen, einfügen]**: der ein Tag (außer einem Samstag oder Sonntag) ist, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in **[sämtliche relevanten Finanzzentren angeben]** abwickeln] **[bei auf Euro lautenden Schuldverschreibungen, einfügen]**: der ein Tag (außer einem

Im Falle von Schuldverschreibungen, die keine Nullkupon-Schuldverschreibungen sind, einfügen:

Samstag oder Sonntag) ist, an dem das Clearingsystem sowie alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System ("TARGET" oder "TARGET 2") betriebsbereit sind, um die betreffenden Zahlungen weiterzuleiten.]

- (6) *Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.* Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; **[falls die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen aus anderen als steuerlichen Gründen vorzeitig zurückzuzahlen, einfügen:** den Wahl-Rückzahlungsbetrag (Call) der Schuldverschreibungen;] **[falls der Gläubiger ein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:** den Wahl- Rückzahlungsbetrag (Put) der Schuldverschreibungen;] sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge. Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Zinsen auf die Schuldverschreibungen sollen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß §7 zahlbaren zusätzlichen Beträge einschließen.
- (7) *Hinterlegung von Kapital und Zinsen.* Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Zins- oder Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die diesbezüglichen Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

§5 RÜCKZAHLUNG

- (1) *Rückzahlung bei Endfälligkeit.* Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag am **[im Falle eines festgelegten Fälligkeitstages, Fälligkeitstag einfügen]** **[im Falle eines Rückzahlungsmonats einfügen:** in den **[Rückzahlungsmonat und -jahr einfügen]** fallenden Zinszahlungstag] (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt. Der Rückzahlungsbetrag entspricht **[falls die Schuldverschreibungen zu ihrem Nennbetrag zurückgezahlt werden einfügen:** dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen] **[ansonsten den Rückzahlungsbetrag für die jeweilige Stückelung/ den Index und/oder die Formel, auf dessen/deren Grundlage der Rückzahlungsbetrag zu berechnen ist, einfügen].**
- (2) *Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.* Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen durch Erklärung gegenüber dem Fiscal Agent und gemäß §12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachfolgend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden, falls die Emittentin **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen:** der Bundesrepublik Deutschland] **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** der Bundesrepublik Deutschland oder der Niederlande] oder deren politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt, diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) **[im Falle von Schuldverschreibungen, die nicht Nullkupon- Schuldverschreibungen sind, einfügen:** am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in §3 Absatz 1 definiert)] **[im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:** bei Fälligkeit oder im Fall des Kauf oder Tauschs einer Schuldverschreibung] zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen (wie in §7 dieser Bedingungen definiert) verpflichtet sein wird und diese Verpflichtung nicht durch das Ergreifen zumutbarer, der Emittentin **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder der Garantin] zur Verfügung stehender Maßnahmen vermieden werden kann.

Eine solche Kündigung darf allerdings nicht (i) früher als 90 Tage vor dem frühestmöglichen Termin erfolgen, an dem die Emittentin **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] verpflichtet wäre, solche zusätzlichen Beträge zu zahlen, falls eine Zahlung auf die Schuldverschreibungen dann fällig sein würde, oder (ii) erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erklärt wird, die Verpflichtung zur Zah-

lung von zusätzlichen Beträgen nicht mehr wirksam ist. **[Bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:** Der für die Rückzahlung festgelegte Termin muss ein Zinszahlungstag sein.]

Eine solche Kündigung hat gemäß §12 zu erfolgen. Sie ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umständen darlegt.

I [(3) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.

- (a) Die Emittentin kann, nachdem sie gemäß Absatz (b) gekündigt hat, die Schuldverschreibungen insgesamt oder teilweise am/an den Wahl-Rückzahlungstag(en) (Call) zum/zu den Wahl-Rückzahlungsbetrag/beträgen (Call), wie nachfolgend angegeben, nebst etwaigen bis zum Wahl-Rückzahlungstag (Call) (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen. **[Bei Geltung eines Mindestrückzahlungsbetrages oder eines erhöhten Rückzahlungsbetrages einfügen:** Eine solche Rückzahlung muss in Höhe eines Nennbetrages von **[mindestens Mindestrückzahlungsbetrag einfügen]** **[erhöhter Rückzahlungsbetrag]** erfolgen.]

Wahl-Rückzahlungstag(e) (Call)	Wahl-Rückzahlungsbetrag/beträge (Call)
[Wahl-Rückzahlungstag(e) einfügen]	[Wahl-Rückzahlungsbetrag/beträge einfügen]
[]	[]
[]	[]

[Falls der Gläubiger ein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen: Der Emittentin steht dieses Wahlrecht nicht in Bezug auf eine Schuldverschreibung zu, deren Rückzahlung bereits der Gläubiger in Ausübung seines Wahlrechts nach Absatz 4 dieses §5 verlangt hat.]

- (b) Die Kündigung ist den Gläubigern der Schuldverschreibungen durch die Emittentin gemäß §12 bekanntzugeben. Sie muss die folgenden Angaben enthalten:

- (i) die zurückzuzahlende Serie von Schuldverschreibungen;
(ii) eine Erklärung, ob diese Serie ganz oder teilweise zurückgezahlt wird und im letzteren Fall den Gesamtnennbetrag der zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen;

Falls die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zurückzuzahlen, einfügen:

- (iii) den Wahl-Rückzahlungstag (Call), der nicht weniger als **[Mindestkündigungsfrist einfügen]** und nicht mehr als **[Höchstkündigungsfrist einfügen]** Tage nach dem Tag der Kündigung durch die Emittentin gegenüber den Gläubigern liegen darf; und
(iv) den Wahl-Rückzahlungsbetrag (Call), zu dem die Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden.

- (c) Wenn die Schuldverschreibungen nur teilweise zurückgezahlt werden, werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen in Übereinstimmung mit den Regeln des betreffenden Clearingsystems ausgewählt.]

[[(4) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Gläubigers.

- (a) Die Emittentin hat eine Schuldverschreibung nach Ausübung des entsprechenden Wahlrechts durch den Gläubiger am/an den Wahl-Rückzahlungstag(en) (Put) zum/zu den Wahl-Rückzahlungsbetrag/beträgen (Put), wie nachfolgend angegeben nebst etwaigen bis zum Wahl-Rückzahlungstag (Put) (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahl-Rückzahlungstag(e) (Put)	Wahl-Rückzahlungsbetrag/beträge(s) (Put)
[Wahl-Rückzahlungstag(e) einfügen]	[Wahl-Rückzahlungsbetrag/beträge einfügen]
[]	[]
[]	[]

Dem Gläubiger steht dieses Wahlrecht nicht in Bezug auf eine Schuldverschreibung zu, deren Rückzahlung die Emittentin zuvor in Ausübung eines ihrer Wahlrechte nach diesem §5 verlangt hat.

- (b) Um dieses Wahlrecht auszuüben, hat der Gläubiger nicht weniger als **[Mindestkündigungsfrist einfügen]** und nicht mehr als **[Höchstkündigungsfrist einfügen]** Tage vor dem Wahl-Rückzahlungstag (Put), an dem die Rückzahlung gemäß der Ausübungserklärung (wie

Falls die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zurückzuzahlen, einfügen:

Falls der Gläubiger ein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

nachfolgend definiert) erfolgen soll, bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent während der normalen Geschäftszeiten eine ordnungsgemäß ausgefüllte Mitteilung zur vorzeitigen Rückzahlung (die “**Ausübungserklärung**”), wie sie bei den bezeichneten Geschäftsstellen des Fiscal Agent und der Zahlstelle erhältlich ist, zu hinterlegen. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) den Nennbetrag der Schuldverschreibungen, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die Wertpapier-Kenn-Nummer dieser Schuldverschreibungen (soweit vergeben). Die Ausübung des Wahlrechts kann nicht widerrufen werden. Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der Schuldverschreibungen an die Emittentin oder deren Order.]

Im Falle von
Schuldver-
schreibungen
(außer
Nullkupon-
Schuldver-
schreibungen)
einfügen:
Im Falle von
Nullkupon-
Schuldver-
schreibungen
einfügen:

[[(5)] Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag.

Für die Zwecke des Absatzes 2 dieses §5 und des §9, entspricht der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung dem Rückzahlungsbetrag.]

[[(5)] Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag.

Für die Zwecke des Absatzes 2 dieses §5 und des §9, berechnet sich der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung wie folgt:

- (a) Der vorzeitige Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung entspricht der Summe aus:
 - (i) **[Referenzpreis einfügen]** (der “**Referenzpreis**”), und
 - (ii) dem Produkt aus **[Emissionsrendite in Prozent einfügen]** (die “**Emissionsrendite**”) und dem Referenzpreis ab dem **[Tag der Begebung einfügen]** (einschließlich) bis zu dem vorgesehenen Rückzahlungstag (ausschließlich) oder (je nachdem) dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen fällig und rückzahlbar werden, wobei die Emissionsrendite jährlich kapitalisiert wird.

Wenn diese Berechnung für einen Zeitraum, der nicht vollen Jahren entspricht, durchzuführen ist, hat sie im Fall des nicht vollständigen Jahres (der “**Zinsberechnungszeitraum**”) auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie vorstehend in §3 definiert) zu erfolgen.

- (b) Falls die Emittentin den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit nicht zahlt, wird er wie vorstehend beschrieben berechnet, jedoch mit der Maßgabe, dass die Bezugnahmen in Unterabsatz (a)(ii) auf den für die Rückzahlung vorgesehenen Rückzahlungstag oder den Tag, an dem diese Schuldverschreibungen fällig und rückzahlbar werden, durch den Tag ersetzt werden, an dem die Rückzahlung erfolgt.]

[Im Fall von Doppelwährungs-Schuldverschreibungen anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Fall von Raten-Schuldverschreibungen anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Fall von Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Rückzahlung anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Falle von Equity Linked Redemption Notes anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

[Im Fall von Credit Linked Redemption Notes anwendbare Bestimmungen hier einfügen]

[Im Fall von Schuldverschreibungen mit anders strukturierter Rückzahlung anwendbare Bestimmungen hier einfügen.]

§6 DER FISCAL AGENT [,] [UND] DIE ZAHLSTELLE[N] [UND DIE BERECHNUNGSSTELLE]

- (1) Bestellung; bezeichnete Geschäftsstelle. Der anfänglich bestellte Fiscal Agent [und] [,] die anfänglich bestellte[n] Zahlstelle[n] [und die anfänglich bestellte Berechnungsstelle] und [deren] [ihre] bezeichnete[n] Geschäftsstelle[n] laute[t][t][n] wie folgt:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Corporate Trust & Agency Services
Grosse Gallusstrasse 10 – 14
60272 Frankfurt am Main

Zahlstelle[n]: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Corporate Trust & Agency Services
Grosse Gallusstrasse 10 – 14
60272 Frankfurt am Main
[Deutsche Bank Luxembourg SA
2 Boulevard Konrad Adenauer
1115 Luxembourg]

[Falls der Fiscal Agent als Berechnungsstelle bestellt werden soll, einfügen: Der Fiscal Agent handelt auch als Berechnungsstelle.]

[Falls eine Berechnungsstelle bestellt werden soll, die nicht der Fiscal Agent ist, einfügen: Die Berechnungsstelle und ihre anfängliche Geschäftsstelle lauten:

Berechnungsstelle: **[Namen und bezeichnete Geschäftsstelle einfügen]]**

Der Fiscal Agent [,] [und] die Zahlstelle[n] [und die Berechnungsstelle] [behält] [behalten] sich das Recht vor, jederzeit [seine] [ihre] bezeichnete[n] Geschäftsstelle[n] durch eine andere bezeichnete Geschäftsstelle in derselben Stadt zu ersetzen.

- (2) *Änderung der Bestellung oder Abberufung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung des Fiscal Agent oder einer Zahlstelle [oder der Berechnungsstelle] zu ändern oder zu beenden und einen anderen Fiscal Agent oder zusätzliche oder andere Zahlstellen [oder eine andere Berechnungsstelle] zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (i) einen Fiscal Agent unterhalten **[im Fall von Schuldverschreibungen, die an einer Börse notiert sind, einfügen: [,] [und]]** (ii) solange die Schuldverschreibungen an der **[Name der Börse]** notiert sind, eine Zahlstelle (die der Fiscal Agent sein kann) mit bezeichneter Geschäftsstelle in **[Sitz der Börse]** und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen] **[im Fall von Zahlungen in US-Dollar einfügen: [,] (iii)]** falls die Ergebnisse des Ministerrattreffens der Finanzminister der Europäischen Union vom 26.-27. November 2000 bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften rechtlich umgesetzt werden, eine Zahlstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, die nicht gemäß der diese Ergebnisse umsetzenden Richtlinie des Europäischen Rats 2003/48/EC oder jeder anderen Richtlinie oder gemäß eines Gesetzes, das eine solche Umsetzung bezweckt, zur Einbehaltung oder zum Abzug von Quellsteuern oder sonstigen Abzügen verpflichtet ist, sofern dies in irgendeinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union möglich ist, unterhalten [und] [(iv)] falls Zahlungen bei den oder durch die Geschäftsstellen aller Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten (wie unten definiert) aufgrund der Einführung von Devisenbeschränkungen oder ähnlichen Beschränkungen hinsichtlich der vollständigen Zahlung oder des Empfangs der entsprechenden Beträge in US-Dollar widerrechtlich oder tatsächlich ausgeschlossen werden, eine Zahlstelle mit bezeichneter Geschäftsstelle in New York City unterhalten] **[falls eine Berechnungsstelle bestellt werden soll, einfügen: [,] [und] (v)]** eine Berechnungsstelle **[falls die Berechnungsstelle eine bezeichnete Geschäftsstelle an einem vorgeschriebenen Ort zu unterhalten hat, einfügen: mit bezeichneter Geschäftsstelle in [vorgeschriebenen Ort einfügen]]** unterhalten]. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß §12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.
- (3) *Erfüllungsgehilfe(n) der Emittentin.* Der Fiscal Agent[,] [und] [die Zahlstelle[n]] [und die Berechnungsstelle] [handelt] [handeln] ausschließlich als Erfüllungsgehilfe[n] der Emittentin und [übernimmt] [übernehmen] keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen [ihm] [ihnen] und den Gläubigern begründet.

§7 STEUERN

Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: den Niederlanden oder]** der Bundesrepublik Deutschland oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer dort zur Steuererhebung ermächtigten Gebietskörperschaft oder Behörde in **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: den Niederlanden oder]** der Bundesrepublik Deutschland auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die **„zusätzlichen Beträge“**) zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen entsprechen, die ohne einen solchen Einbehalt oder Abzug von den Gläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlicher Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:

- (a) auf andere Weise als durch Einbehalt oder Abzug von zahlbaren Beträgen zu entrichten sind; oder

- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zu **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** den Niederlanden oder] der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** den Niederlanden oder] der Bundesrepublik Deutschland stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund der Richtlinie des Europäischen Rats 2003/48/EG oder jeder anderen Richtlinie, die die Schlussfolgerungen des Treffens des ECOFIN-Rates vom 26.- 27. November 2000 betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, umsetzt, oder aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift, die diese Richtlinie umsetzt oder befolgt oder erlassen wurde, um der Richtlinie zu entsprechen, von Zahlungen an eine natürliche Person einzubehalten oder abzuziehen sind; oder
- (d) aufgrund einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung von Kapital oder Zinsen oder, wenn dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß §12 wirksam wird; oder
- (e) von einer Zahlstelle abgezogen oder einbehalten werden, wenn eine andere Zahlstelle die Zahlung ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt hätte leisten können.

§8 VORLEGUNGSFRIST

Die in §801 Absatz 1 Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre verkürzt.

§9 KÜNDIGUNG

- (1) *Kündigungsgründe.* Jeder Gläubiger ist berechtigt, seine sämtlichen Forderungen aus den Schuldverschreibungen durch Kündigung gegenüber dem Fiscal Agent fällig zu stellen und die unverzügliche Rückzahlung zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in §5 beschrieben), zuzüglich etwaiger bis zum Tage der Rückzahlung aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls:
 - (a) die Emittentin auf die Schuldverschreibungen Kapital oder Zinsen nicht innerhalb von 30 Tagen nach dem betreffenden Fälligkeitstag zahlt; oder
 - [im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:]**
 - (b) die Garantin auf die Garantie Kapital oder Zinsen nicht innerhalb von 30 Tagen nach dem Fälligkeitstag zahlt; oder]
 - [c)] die Emittentin die ordnungsgemäße Erfüllung einer sonstigen Verpflichtung aus den Schuldverschreibungen **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:]** oder die Garantin die Erfüllung einer sonstigen Verpflichtung aus der Garantie] unterlässt und diese Unterlassung länger als 30 Tage andauert, nachdem der Fiscal Agent hierüber eine Benachrichtigung von einem Gläubiger erhalten hat; oder
 - [d)] die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:]** oder die Garantin] eine Zahlungsverpflichtung aus einer anderen Kapitalmarktverbindlichkeit (wie in §2 Absatz [(4)] definiert) oder aus einer Garantie oder Gewährleistung für eine solche Zahlungsverpflichtung aus einer anderen Kapitalmarktverbindlichkeit Dritter bei Fälligkeit nicht erfüllt und der Gesamtbetrag der bei Fälligkeit nicht erfüllten Verbindlichkeiten Euro 10.000.000 oder den Gegenwert in einer anderen Währung übersteigt und die Nichterfüllung länger als 30 Tage fortduert, nachdem der Fiscal Agent hierüber von einem Gläubiger eine Benachrichtigung erhalten hat, oder eine solche Zahlungsverpflichtung der Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:]** oder die Garantin] infolge Vorliegens der Nichterfüllung (wie auch immer beschrieben) oder Verstoßes durch die die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:]** oder die Garantin] gegen irgendwelche Bestimmungen einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit vorzeitig fällig werden kann oder eine dafür bestellte Sicherheit durchgesetzt wird; oder
 - [e)] die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:]** oder die Garantin] ihre Zahlungen einstellt; oder

- [(f)] die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] ihre Zahlungsunfähigkeit bekannt gibt; oder
- [(g)] die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] in Liquidation tritt, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit einer Verschmelzung, Konsolidierung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft oder im Zusammenhang mit einer Umwandlung, und diese andere oder neue Gesellschaft übernimmt alle Verpflichtungen, die die Emittentin **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** und der Garantie] eingegangen ist; oder
- [(h)] ein Gericht ein Insolvenzverfahren oder ein Vergleichsverfahren zur Abwendung der Insolvenz oder des Konkurses oder ein vergleichbares Verfahren über das Vermögen der Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder der Garantin] eröffnet, und ein solches Verfahren nicht innerhalb von 60 Tagen aufgehoben oder ausgesetzt worden ist, oder die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragt oder einleitet oder eine allgemeine Schuldenregelung zugunsten ihrer Gläubiger anbietet oder trifft oder ein Dritter ein Insolvenzverfahren gegen die Emittentin **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** oder die Garantin] beantragt und ein solches Verfahren nicht innerhalb einer Frist von 60 Tagen aufgehoben oder ausgesetzt worden ist[; oder]
- [(i)] die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** und/oder die Garantin] ihre Geschäftstätigkeit ganz oder überwiegend einstellt oder alle oder wesentliche Teile ihrer Vermögenswerte veräußert oder anderweitig abgibt, falls (i) dadurch der Wert ihres Vermögens wesentlich vermindert würde und (ii) es dadurch wahrscheinlich wird, dass die Emittentin **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** und/oder die Garantin] ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Gläubigern nicht mehr erfüllen kann[.]; oder]

[Im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:

- [(j)] die Garantie aus irgendeinem Grund ungültig wird oder nicht mehr rechtsverbindlich ist.]

Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

- (2) *Quorum.* In den Fällen des Absatzes 1 (c), (d) und/oder (i) wird eine Kündigung, sofern nicht bei deren Eingang zugleich eine der in Absatz 1 (a), (e) (f) oder (j) bezeichneten Kündigungsgründe vorliegt, erst wirksam, wenn bei dem Fiscal Agent Kündigungserklärungen von Gläubigern von Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von mindestens einem Zehntel des Gesamtnennbetrags der ausstehenden Schuldverschreibungen eingegangen sind.
- (3) *Benachrichtigung.* Eine Benachrichtigung oder Kündigung gemäß Absatz 1 hat in der Weise zu erfolgen, dass der Gläubiger dem Fiscal Agent eine schriftliche Erklärung per Bote oder durch eingeschriebenen Brief übersendet und dabei durch eine Bescheinigung seiner Depotbank (wie in §13 Absatz [(4)] definiert) nachweist, dass er im Zeitpunkt der Erklärung Inhaber der betreffenden Schuldverschreibungen ist; im Falle des Absatz 1 (c) sind der Erklärung auch die Beweise für die Nichterfüllung beizufügen.

§10 ERSETZUNG

- (1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger **[im Fall von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:** die EnBW AG oder] eine andere Gesellschaft, deren stimmberechtigte Anteile oder sonstiges Eigenkapital direkt oder indirekt zu 100 % von der EnBW AG gehalten werden, als Hauptschuldnerin für alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen (die "Nachfolgeschuldnerin") einzusetzen, sofern:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin in der Lage ist, sämtliche sich aus oder in dem Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenen Zahlungsverpflichtungen ohne die Notwendigkeit eines Einbehalts von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle zu erfüllen sowie die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen an den Fiscal Agent übertragen zu können;
- (b) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen übernimmt;
- (c) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet, jedem Gläubiger alle Steuern, Gebühren oder Abgaben zu erstatten, die ihm in Folge der Ersetzung durch die Nachfolgeschuldnerin auferlegt werden;
- (d) sichergestellt ist, dass sich die Verpflichtungen der **[im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW AG begeben werden, einfügen: Emittentin] [im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen: Garantin]** aus der Garantie auch auf die Schuldverschreibungen der Nachfolgeschuldnerin erstrecken; und
- (e) dem Fiscal Agent jeweils eine Bestätigung bezüglich der betroffenen Rechtsordnungen von anerkannten Rechtsanwälten vorgelegt wird, dass die Bestimmungen in den vorstehenden Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) erfüllt wurden.
- (2) *Bekanntmachung*. Jede Ersetzung ist gemäß §12 bekannt zu machen.
- (3) *Änderung von Bezugnahmen*. Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat. Des weiteren gilt im Fall einer Ersetzung folgendes:

- [(a) in §7 und §5 Absatz 2 gilt eine alternative Bezugnahme auf die Bundesrepublik Deutschland als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat);
- (b) in §9 Absatz 1(c) bis (g) gilt eine alternative Bezugnahme auf die Emittentin in ihrer Eigenschaft als Garantin als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin).]

[In §7 und §5 Absatz 2 gilt eine alternative Bezugnahme auf die Niederlande als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat).]

Im Fall einer Ersetzung folgt die Nachfolgeschuldnerin der Emittentin als Rechtsnachfolgerin nach, ersetzt diese und darf alle Rechte und Befugnisse der Emittentin aus den Schuldverschreibungen mit der gleichen Wirkung geltend machen, als wenn die Nachfolgeschuldnerin in diesen Emissionsbedingungen als Emittentin genannt worden wäre, und die Emittentin (bzw. die Gesellschaft, die zuvor die Verpflichtungen der Emittentin übernommen hat) wird von ihren Verpflichtungen als Schuldnerin aus den Schuldverschreibungen befreit.

§11 BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, ANKAUF UND ENTWERTUNG

- (1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen*. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) *Ankauf*. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei dem Fiscal Agent zwecks Entwertung eingereicht werden. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.
- (3) *Entwertung*. Sämtliche vollständig zurückgezahlten Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§12 MITTEILUNGEN

- (1) *Bekanntmachung*. Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind in einer Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in [Deutschland] [Großbritannien] [Luxemburg] [anderes Land **einfügen**], voraussichtlich [der Börsen- Zeitung] [der Financial Times] [Luxemburger Wort]

[**andere Zeitung mit allgemeiner Verbreitung einfügen**], zu veröffentlichen. Jede derartige Mitteilung gilt mit dem dritten Tag nach dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem dritten Tag nach dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

- (2) *Mitteilungen an das Clearingsystem.* Eine Zeitungsveröffentlichung nach vorstehendem Absatz 1 kann durch eine Mitteilung an das Clearingsystem zur Weiterleitung an die Gläubiger ersetzt werden, vorausgesetzt, dass in Fällen, in denen die Schuldverschreibungen an einer Börse notiert sind, die Regeln dieser Börse diese Form der Mitteilung zulassen. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearingsystem als den Gläubigern mitgeteilt. [**Im Fall von Schuldverschreibungen, die an der Luxemburger Börse notiert sind, einfügen:** Solange irgendwelche Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse notiert sind, sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen gemäß Absatz 1 bekanntzumachen.]

§13 ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

- (1) *Anwendbares Recht.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.
- (2) *Gerichtsstand.* Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren (“**Rechtsstreitigkeiten**”) ist das Landgericht Frankfurt am Main.
- [3) *Bestellung* von Zustellungsbevollmächtigten. Für etwaige Rechtsstreitigkeiten vor deutschen Gerichten bestellt die Emittentin die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Bundesrepublik Deutschland, zu ihrer Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland.]
- [4) *Gerichtliche Geltendmachung.* Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin [oder die Garantin] oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (i) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche (a) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält, (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und (c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Clearingsystem eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält und einen Bestätigungsvermerk des Clearingsystems trägt; (ii) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearingsystems oder des Verwahrers des Clearingsystems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre oder (iii) auf jede andere Weise, die im Lande der Geltendmachung prozessual zulässig ist. Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet “**Depotbank**” jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält und ein Konto beim Clearingsystem unterhält, einschließlich des Clearingsystems.

§14 SPRACHE

[Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

Diese Emissionsbedingungen sind in englischer Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die deutsche Sprache ist beigefügt. Der englische Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die deutsche Sprache ist unverbindlich.

Im Falle von Schuldverschreibungen, die von EnBW Finance begeben werden, einfügen:

Falls die Emissionsbedingungen in deutscher Sprache mit einer Übersetzung in die englische Sprache abgefasst sind, einfügen:

Falls die Emissionsbedingungen in englischer Sprache mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache abgefasst sind, einfügen:

Falls die
Emissions-
bedingungen
ausschließlich in
deutscher
Sprache abgefaßt
sind, einfügen:

Diese Emissionsbedingungen sind ausschließlich in deutscher Sprache abgefasst.

TERMS AND CONDITIONS OF THE NOTES (ENGLISH LANGUAGE VERSION)

This Series of Notes is issued pursuant to a Fiscal Agency Agreement dated as of 18 April 2008 (the “**Agency Agreement**”) between EnBW Energie Baden-Württemberg AG (“**EnBW**”), EnBW International Finance B.V. (“**EnBW Finance**”) (each an “**Issuer**” and together the “**Issuers**”) and Deutsche Bank Aktiengesellschaft as fiscal agent (the “**Fiscal Agent**”, which expression shall include any successor fiscal agent thereunder) and the other parties named therein. Copies of the Agency Agreement may be obtained free of charge at the specified office of the Fiscal Agent, at the specified office of any Paying Agent and at the principal office of each Issuer. [In the case of Notes issued by EnBW Finance insert: The Notes have the benefit of an unconditional and irrevocable guarantee by EnBW Energie Baden-Württemberg AG (the “**Guarantor**”).]

[The provisions of these Terms and Conditions apply to the Notes as completed, modified, supplemented or replaced, in whole or in part, by the terms of the final terms which is attached hereto (the “**Final Terms**”). The blanks in the provisions of these Terms and Conditions which are applicable to the Notes shall be deemed to be completed by the information contained in the Final Terms as if such information were inserted in the blanks of such provisions; any provisions of the Final Terms modifying, supplementing or replacing, in whole or in part, the provisions of these Terms and Conditions shall be deemed to so modify, supplement or replace the provisions of these Terms and Conditions; alternative or optional provisions of these Terms and Conditions as to which the corresponding provisions of the Final Terms are not completed or are deleted shall be deemed to be deleted from these Terms and Conditions; and all provisions of these Terms and Conditions which are inapplicable to the Notes (including instructions, explanatory notes and text set out in square brackets) shall be deemed to be deleted from these Terms and Conditions, as required to give effect to the terms of the Final Terms. Copies of the Final Terms may be obtained free of charge at the specified office of the Fiscal Agent and at the specified office of any Paying Agent and at the principal office of each Issuer provided that, in the case of Notes which are not listed on any stock exchange, copies of the relevant Final Terms will only be available to Holders of such Notes.]

§1 CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

- (1) *Currency; Denomination.* This Series of Notes (the “**Notes**”) of [insert Issuer] (the “**Issuer**”) is being issued in [insert Specified Currency] (the “**Specified Currency**”) in the aggregate principal amount of [insert aggregate principal amount] (in words: [insert aggregate principal amount in words]) in the denomination of [insert Specified Denomination] (the “**Specified Denomination**”).
- (2) *Form.* The Notes are being issued in bearer form.
- [3) *Permanent Global Note.* The Notes are represented by a permanent global note (the “**Permanent Global Note**”) without coupons. The Permanent Global Note shall be signed manually by two authorised signatories of the Issuer and shall be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent. Definitive Notes and interest coupons will not be issued.]
- [3) *Temporary Global Note — Exchange.*
- (a) The Notes are initially represented by a temporary global note (the “**Temporary Global Note**”) without coupons. The Temporary Global Note will be exchangeable for Notes in Specified Denominations represented by a permanent global note (the “**Permanent Global Note**”) without coupons. [In the case of Euroclear and CBL and if the Global Note is an NGN insert: The details of such exchange shall be entered in the records of the ICSD (as defined below).] The Temporary Global Note and the Permanent Global Note shall each be signed manually by two authorised signatories of the Issuer and shall each be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent. Definitive Notes and interest coupons will not be issued.
- (b) The Temporary Global Note shall be exchanged for the Permanent Global Note on a date (the “**Exchange Date**”) not later than 180 days after the date of issue of the Notes. The Exchange Date shall not be earlier than 40 days after the date of issue. Such exchange shall only be made upon delivery of certifications to the effect that the beneficial owner or owners of the Notes is not a U.S. person (other than certain financial institutions or certain persons holding Notes through such financial institutions). Payment of interest on Notes represented by a Temporary Global Note will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Notes will be treated as a request to exchange the

In the case of
Long-Form
Conditions insert:

In the case of
Notes which are
represented by a
Permanent
Global Note
insert:
In the case of
Notes which are
initially
represented by a
Temporary

Temporary Global Note pursuant to subparagraph (b) of this §1(3). Any Notes delivered in exchange for the Temporary Global Note shall be delivered only outside of the United States (as defined in §4 (4)).]

- (4) *Clearing System.* The Permanent Global Note will be kept in custody by or on behalf of the Clearing System until all obligations of the Issuer under the Notes have been satisfied. “**Clearing System**” means [if more than one **Clearing System** insert: each of] the following: [Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main,] [Clearstream Banking, société anonyme Luxembourg] [Euroclear Bank S.A./N.V. Brussels as operator of the Euroclear System (“**Euroclear**”)] [,] [and] [specify other **Clearing System**] and any successor in such capacity. [CBL and Euroclear each shall mean “International Central Securities Depository” or “ICDS” and together “ICSDs”)] [,] [and] specify other Clearing System].

[In the case of Euroclear and CBL and if the Global Note is an NGN insert:

The Notes are issued in new global note “**Holder**” form and are kept in custody by a common safekeeper on behalf of both ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both TCSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflects the amount of such customer’s interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount Notes represented by the [Temporary Global Note or the] Permanent Global Note [, as the case may be,] and, for these purposes, a statement issued by a ICSD stating the principal amount of the Notes so represented at any time shall be conclusive evidence of the records of the relevant ICSD at that time.

On any redemption or interest being made in respect of or purchase and cancellation of any of the Notes represented by the Global Note details of such redemption, payment or purchase, and cancellation (as the case may be) in respect of the Global Note shall be entered pro rata in the records of the ICSDs and, upon any such entry being made, the principal amount of the Notes recorded in the records of the ICSDs and represented by the Global Note shall be reduced by the aggregate principal amount of the Notes so redeemed or purchased and cancelled. For technical procedure of the ICSDs, in the case of the exercise of an Early Redemption at the option of the Issuer relating to a partial redemption the outstanding redemption amount will be reflected in the records of the ICSDs as either a nominal reduction or as a pool factor, at the discretion of the ICSDs.]

- (5) *Holder of Notes.* “**Holder**” means any holder of a proportionate co-ownership or other beneficial interest or right in the Notes.

§2 STATUS, NEGATIVE PLEDGE

[in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: AND GUARANTEE]

- (1) *Status.* The obligations under the Notes constitute unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer ranking *pari passu* among themselves and *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, unless such obligations are accorded priority under mandatory provisions of statutory law.

(2) *Negative Pledge*

[(a)] The Issuer undertakes so long as any Notes remain outstanding, but only up to the time all amounts of principal and interest have been placed at the disposal of the Fiscal Agent not to create or permit to subsist any mortgage, charge, pledge, lien or other encumbrance *in rem*, (together, “**encumbrances in rem**”), upon any or all of its present or future assets as security for any present or future Capital Market Indebtedness (as defined below) of the Issuer or any third party, unless the Notes at the same time share *pari passu* and *pro rata* in such security or unless such other security as may be approved by an independent accounting firm as being equivalent security has been made available to the Holders. This does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a company which has merged with the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: or the Guarantor], or which has been acquired by the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: or the Guarantor], **provided that** such encumbrance *in rem* was already in existence at the time of the merger or the acquisition, unless the encumbrance *in rem* was created for the purpose of financing the merger or the acquisition or was increased in amount or extended following the merger or the acquisition. Furthermore, sentence 1 of this §2 subparagraph (2) [(a)] does not apply to

encumbrances created to secure Capital Market Indebtedness, the purpose of which is to finance in whole or in part or to re-finance the acquisition, establishment or development of projects; **provided that** (i) the recourse of the holders of such Capital Market Indebtedness is limited to assets pertaining to such project (including any interests in project companies) and customary guarantees issued in accordance with market practice as the source of repayment; and (ii) the encumbrances are created exclusively upon these assets. Any security which is to be provided pursuant to this subparagraph 2 may, alternatively, also be provided to a Trustee (as defined below) for the Holders.

- In the case of Notes issued by EnBW AG, insert:
- [(b) So long as any Notes remain outstanding, but only up to the time all amounts of principal and interest have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, the Issuer further undertakes to procure to the extent legally possible in accordance with its bona fide judgement, that its Principal Subsidiaries (as defined below) will not create or permit to subsist any encumbrance *in rem* upon any or all of its present or future assets to secure any present or future Capital Market Indebtedness (as defined below) of the relevant Principal Subsidiary or any third party. This does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a subsidiary, which becomes Principal Subsidiary during the term of the Notes issued under the Programme, **provided that** such encumbrance was already in existence at this time, unless the encumbrance *in rem* was increased in amount or extended. Furthermore, sentence 1 of this §2 subparagraph (2) (b) does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a company which has merged with the Principal Subsidiary or which has been acquired by the Principal Subsidiary, **provided that** such encumbrance was already in existence at the time of the merger or the acquisition, unless the encumbrance *in rem* was created for the purpose of financing the merger or the acquisition or was increased in amount or extended following the merger or the acquisition. Finally, sentence 1 of this §2 subparagraph (2) (b) does not apply to encumbrances created to secure Capital Market Indebtedness, the purpose of which is to finance in whole or in part or to re-finance the acquisition, establishment or development of projects; **provided that** (i) the recourse of the holders of such Capital Market Indebtedness is limited to assets pertaining to such project (including any interests in project companies) and customary guarantees issued in accordance with market practice as the source of repayment; and (ii) the encumbrances are created exclusively upon these assets. Any security which is to be provided pursuant to this subparagraph 2 (b) may, alternatively, also be provided to a Trustee (as defined below) for the Holders.]

[(3) *Guarantee.*

- In the case of Notes issued by EnBW Finance insert:
- (a) EnBW AG on 28 January 2002 has unconditionally and irrevocably guaranteed (the "**Guarantee**") towards Deutsche Bank Aktiengesellschaft for the benefit of the Holders, the due and punctual payment of principal of, and interest on, and any other amounts payable under any Note. The Guarantee constitutes a contract for the benefit of the Holders from time to time as third party beneficiaries in accordance with §328(1) of the German Civil Code¹, giving rise to the right of each Holder to require performance of the Guarantee directly from the Guarantor and to enforce the Guarantee directly against the Guarantor. Copies of the Guarantee may be obtained free of charge at the principal office of the Guarantor and at the specified office of the Fiscal Agent.
- (b) The Guarantor has undertaken in the Guarantee so long as any Note of the Issuer or itself issued under the Programme remains outstanding, but only up to the time as principal and interest payable under or in respect of the Notes, have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, not to create or permit to subsist any encumbrance *in rem* upon any or all of its present or future assets as security for any present or future Capital Market Indebtedness (as defined below) of the Guarantor or any third party, unless the Notes at the same time share *pari passu* and *pro rata* in such security or unless such other security as may be approved by an independent accounting firm as being equivalent security has been made available to the Holders. This does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a company which has merged with the Guarantor or which has been acquired by the Guarantor,

¹ An English language translation of §328 (1) BGB (German Civil Code) reads as follows: "A contract may stipulate performance for the benefit of a third party, to the effect that the third party acquires the right directly to demand performance".

provided that such encumbrance *in rem* was already in existence at the time of the merger or the acquisition, unless the encumbrance *in rem* was created for the purpose of financing the merger or the acquisition or was increased in amount or extended following the merger or the acquisition. Furthermore, sentence 1 of this §2 subparagraph (3) (b) does also not apply to encumbrances created to secure Capital Market Indebtedness, the purpose of which is to finance in whole or in part or to re-finance the acquisition, establishment or development of projects; **provided that** (i) the recourse of the holders of such Capital Market Indebtedness is limited to assets pertaining to such project (including any interests in project companies) and customary guarantees issued in accordance with market practice as the source of repayment; and (ii) the encumbrances are created exclusively upon these assets. Any security which is to be provided pursuant to this subparagraph (3) may, alternatively, also be provided to a Trustee (as defined below) for the Holders.

- (c) In the Guarantee the Guarantor further undertakes to procure, so long as any Notes issued under the Programme remain outstanding but only up to the time all amounts of principal and interest have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, to the extent legally possible in accordance with its *bona fide* judgement, that its Principal Subsidiaries (as defined below) will not create or permit to subsist any encumbrances *in rem* upon any or all of its present or future assets to secure any present or future Capital Market Indebtedness of the relevant Principal Subsidiary or any third party. This does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a subsidiary, which becomes Principal Subsidiary during the term of the Notes issued under the Programme, **provided that** such encumbrance *in rem* was already in existence at this time, unless the encumbrance *in rem* was increased in amount or extended. Furthermore, sentence 1 of this §2 subparagraph (3) (c) does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a company which has merged with the Principal Subsidiary or which has been acquired by the Principal Subsidiary, **provided that** such encumbrance *in rem* was already in existence at the time of the merger or the acquisition, unless the encumbrance *in rem* was created for the purpose of financing the merger or the acquisition or was increased in amount or extended following the merger or the acquisition. Finally, the provision stated in sentence 1 of this §2 subparagraph (3) (c) does not apply to encumbrances created to secure Capital Market Indebtedness, the purpose of which is to finance in whole, in part or to re-finance the acquisition, establishment or development of projects; **provided that** (i) the recourse of the holders of such Capital Market Indebtedness is limited to assets pertaining to such project (including any interests in project companies) and customary guarantees issued in accordance with market practice as the source of repayment; and (ii) the encumbrances are created exclusively upon these assets. Any security which is to be provided pursuant to this subparagraph 2 (c) may, alternatively, also be provided to a Trustee (as defined below) for the Holders.]

[(4)] *Capital Market Indebtedness, Principal Subsidiaries and Trustee.*

- (a) For the purpose of these Terms and Conditions “**Capital Market Indebtedness**” shall mean any present or future obligation for the payment of borrowed money which is in the form of, or represented or evidenced by, bonds, or other instruments which are, or are intended to be, listed, quoted, dealt in or traded on any stock exchange or in any organised market and any guarantee or other indemnity in respect of such obligation.
- (b) For the purpose of these Terms and Conditions “**Principal Subsidiary**” shall mean any company which was consolidated in the latest group accounts of the [in the case of Notes issued by EnBW AG, insert: Issuer] [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: Guarantor] and (i) whose sales as shown in its audited, non-consolidated accounts (or where the subsidiary concerned itself prepares consolidated accounts, consolidated sales as shown in its audited, consolidated accounts) which have been used for the purposes of the latest audited, consolidated group accounts of the [in the case of Notes issued by EnBW AG, insert: Issuer] [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: Guarantor], amount to at least five per cent. of the overall Sales of the [in the case of Notes issued by EnBW AG, insert: Issuer] [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: Guarantor] and its consolidated subsidiaries, as shown in its latest audited, consolidated group accounts; and (ii) whose total assets as shown in its audited, non-consolidated accounts (or where the subsidiary concerned itself prepares consolidated accounts, consolidated total assets as shown in its audited, consolidated accounts) which have been

used for the purposes of the latest audited, consolidated group accounts of the [in the case of Notes issued by EnBW AG, insert: Issuer] [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: Guarantor], amount to at least five per cent. of the overall total assets of the [in the case of Notes issued by EnBW AG, insert: Issuer] [in the case of Notes issued by EnBW Finance, insert: Guarantor] and its consolidated subsidiaries, as shown in its latest audited, consolidated group accounts. The following companies are not Principal Subsidiaries within the meaning of this subparagraph: (i) EnBW Beteiligungen AG, formerly Salamander AG and (ii) U- plus Umweltservice AG.

- (c) For the purposes of these Terms and Conditions “**Trustee**” shall mean a bank, financial institution, or accounting firm of recognised international standing acting as trustee for the Holders, appointed by the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: and the Guarantor] with the consent of the Fiscal Agent.

§3 INTEREST

In the case of Fixed Rate Notes insert:

[1] (1) *Rate of Interest and Interest Payment Dates.* The Notes shall bear interest on their principal amount at the rate of [insert Rate of Interest] per cent. per annum from (and including) [insert Interest Commencement Date] to (but excluding) the Maturity Date (as defined in §5(1)). Interest shall be payable in arrear on [insert Fixed Interest Date or Dates] in each year (each such date, an “**Interest Payment Date**”). The first payment of interest shall be made on [insert First Interest Payment Date] [if First Interest Payment Date is not first anniversary of Interest Commencement Date insert: and will amount to [insert Initial Broken Amounts per Specified Denomination].] [If Maturity Date is not a Fixed Interest Date insert: Interest in respect of the period from (and including) [insert last Fixed Interest Date preceding the Maturity Date] to (but excluding) the Maturity Date will amount to [insert Final Broken Amounts per Specified Denomination].]

- (2) *Accrual of Interest.* If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue from (and including) the due date to (but excluding) such date as principal and interest on or in connection with the Notes has been placed at the disposal of the Clearing System at the default rate of interest established by law.
- (3) *Calculation of Interest for Partial Periods.* If interest is required to be calculated for a period of less than a full year, such interest shall be calculated on the basis of the Day Count Fraction (as defined below).] [If the Specified Currency is Euro and if Actual/Actual (ICMA) is applicable insert: The number of Interest Payment Dates per calendar year (each a “**Determination Date**”) is [insert number of regular Interest Payment Dates per calendar year].]

In the case of Floating Rate Notes insert:

[1] (1) *Interest Payment Dates.*

- (a) The Notes bear interest on their principal amount from (and including) [insert Interest Commencement Date] (the “**Interest Commencement Date**”) to but excluding the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to but excluding the next following Interest Payment Date. Interest on the Notes shall be payable on each Interest Payment Date.
- (b) “**Interest Payment Date**” means

[in the case of Specified Interest Payment Dates insert: each [insert Specified Interest Payment Dates].]

[in the case of Specified Interest Periods insert: each date which (except as otherwise provided in these Terms and Conditions) falls [insert number] [weeks] [months] [insert other specified periods] after the preceding Interest Payment Date or, in the case of the first Interest Payment Date, after the Interest Commencement Date.]

- (c) If any Interest Payment Date would otherwise fall on a day which is not a Business Day (as defined below), it shall be:
- [if Modified Following Business Day Convention insert: postponed to the next day which is a Business Day unless it would thereby fall into the next calendar month, in which event the Interest Payment Date shall be the immediately preceding Business Day.]

[if FRN Convention insert: postponed to the next day which is a Business Day unless it would thereby fall into the next calendar month, in which event (i) the Interest Payment Date shall be the immediately preceding Business Day and (ii) each subsequent Interest Payment Date shall be the last Business Day in the month which falls [insert number] [months] [insert other specified periods] after the preceding applicable Interest Payment Date.]

[if Following Business Day Convention insert: postponed to the next day which is a Business Day.]

[if Preceding Business Day Convention insert: the immediately preceding Business Day.]

(d) In this §3 “Business Day” means [if the Specified Currency is not Euro insert: a day which is a day (other than a Saturday or a Sunday) on which commercial banks are generally open for business in, and foreign exchange markets settle payments in [insert all relevant financial centres]] [if the Specified Currency is Euro insert: a day (other than a Saturday or Sunday) on which the Clearing System as well as all relevant parts of the Trans- European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System (“TARGET” or “TARGET2”) are operational to effect the relevant payment].

(2) *Rate of Interest.* [if Screen Rate Determination insert: The rate of interest (the “Rate of Interest”) for each Interest Period (as defined below) will, except as provided below, be the offered quotation (expressed as a percentage rate per annum) for deposits in the Specified Currency for that Interest Period which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. ([London] [Brussels] time) on the Interest Determination Date (as defined below) [if Margin insert: [plus] [minus] the Margin (as defined below)], all as determined by the Calculation Agent (as defined below).

“Interest Period” means each period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date and from each Interest Payment Date to the following Interest Payment Date.

“Interest Determination Date” means the [if same-day fixing applies, insert: first [London] [TARGET] [insert other relevant location] Business Day] [[if same-day fixing does not apply, insert: [second] [insert other applicable number of days] [London] [TARGET] [insert other relevant location] Business Day prior to the commencement] of the relevant Interest Period. [“[London] [insert other relevant location] Business Day means a day which is a day (other than a Saturday or Sunday) on which commercial banks are open for business (including dealings in foreign exchange and foreign currency) in [London] [insert other relevant location].] [“TARGET Business Day” means a day (other than a Saturday or Sunday) on which the (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System) (TARGET or TARGET2) is open.]

[If Margin insert: “Margin” means [●] per cent. per annum.]

“Screen Page” means [insert relevant Screen Page].

[If another basis for determining any reference rate is agreed upon, full details thereof will be set forth in the applicable Final Terms.]

If the Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Calculation Agent shall request each of the Reference Banks (as defined below) to provide the Calculation Agent with its offered quotation (expressed as a percentage rate per annum) for deposits in the Specified Currency for the relevant Interest Period to leading banks in the [London] interbank market [in the euro-zone] at approximately 11.00 a.m. ([Brussels] [London] time) on the Interest Determination Date. If two or more of the Reference Banks provide the Calculation Agent with such offered quotations, the Rate of Interest for such Interest Period shall be the arithmetic mean (rounded if necessary to the nearest one [if the Reference Rate is EURIBOR insert: thousandth of a percentage point, with 0.0005] [if the Reference Rate is not EURIBOR insert: hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005] being rounded upwards) of such offered quotations [if Margin insert: [plus] [minus] the Margin], all as determined by the Calculation Agent.

If on any Interest Determination Date only one or none of the Reference Banks provides the Calculation Agent with such offered quotations as provided in the preceding paragraph, the Rate of Interest for the relevant Interest Period shall be the rate per annum which the Calculation Agent determines as being the arithmetic mean (rounded if necessary to the nearest one [if the Reference Rate is EURIBOR insert: thousandth of a percentage point, with 0.0005] [if the Reference Rate is not EURIBOR insert: hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005] being rounded upwards) of the rates, as communicated to (and at the request of) the Calculation Agent by the Reference Banks or any two or more of them, at which such banks were offered, as at 11.00 a.m.

([London] [Brussels] time) on the relevant Interest Determination Date, deposits in the Specified Currency for the relevant Interest Period by leading banks in the [London] interbank market [in the euro-zone] [if Margin insert: [plus] [minus] the Margin] or, if fewer than two of the Reference Banks provide the Calculation Agent with such offered rates, the Rate of Interest for such Interest Period shall be the offered rate for deposits in the Specified Currency for the relevant Interest Period, or the arithmetic mean (rounded as provided above) of the offered rates for deposits in the Specified Currency for the relevant Interest Period, at which, on the relevant Interest Determination Date, any one or more banks (which bank or banks is or are in the opinion of the Calculation Agent and the Issuer suitable for such purpose) inform(s) the Calculation Agent it is or they are quoting to leading banks in the [London] interbank market [in the euro-zone] (or, as the case may be, the quotations of such bank or banks to the Calculation Agent) [if Margin insert: [plus] [minus] the Margin].

If the Rate of Interest cannot be determined in accordance with the foregoing provisions of this paragraph, the Rate of Interest shall be the offered quotation or the arithmetic mean of the offered quotations on the Screen Page, as described above, on the last day preceding the Interest Determination Date on which such quotations were offered [if Margin insert: [plus] [minus] the Margin] (though substituting, where a different Margin is to be applied to the relevant Interest Period from that which applied to the last preceding Interest Period, the Margin relating to the relevant Interest Period in place of the Margin relating to that last preceding Interest Period).

As used herein, “**Reference Banks**” means [if no other Reference Banks are specified in the Final Terms, insert: those offices of four of such banks whose offered rates were used to determine such quotation when such quotation last appeared on the Screen Page] [if other Reference Banks are specified in the Final Terms, insert names here].

[In the case of the interbank market in the euro-zone insert: “**Euro-Zone**” means the region comprised of those member states of the European Union that have adopted, or will have adopted from time to time, the single currency in accordance with the Treaty establishing the European Community (signed in Rome on 25 March 1957), as amended by the Treaty on European Union (signed in Maastricht on 7 February 1992) and the Amsterdam Treaty of 2 October 1997, as further amended from time to time.]

[If Reference Rate is other than EURIBOR or LIBOR, insert relevant details in lieu of the provisions of this paragraph (2)]

[If ISDA Determination applies insert the relevant provisions and attach the 2000 ISDA Definitions or 2006 ISDA Definitions published by the International Swap and Derivatives Association (“ISDA”)]

[If other method of determination/indexation applies, insert relevant details in lieu of the provisions of this paragraph (2)]

[If Minimum and/or Maximum Rate of Interest applies insert:

(3) [Minimum] [and] [Maximum] Rate of Interest.

[If Minimum Rate of Interest applies insert: If the Rate of Interest in respect of any Interest Period determined in accordance with the above provisions is less than [insert Minimum Rate of Interest], the Rate of Interest for such Interest Period shall be [insert Minimum Rate of Interest].]

[If Maximum Rate of Interest applies insert: If the Rate of Interest in respect of any Interest Period determined in accordance with the above provisions is greater than [insert Maximum Rate of Interest], the Rate of Interest for such Interest Period shall be [insert Maximum Rate of Interest].]

[4) *Interest Amount.* The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, calculate the amount of interest (the “**Interest Amount**”) payable on the Notes in respect of each Specified Denomination for the relevant Interest Period. Each Interest Amount shall be calculated by applying the Rate of Interest and the Day Count Fraction (as defined below) to each Specified Denomination and rounding the resultant figure to the nearest unit of the Specified Currency, with 0.5 of such unit being rounded upwards.

[5) *Notification of Rate of Interest and Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Rate of Interest, each Interest Amount for each Interest Period, each Interest Period and the relevant Interest Payment Date to be notified to the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: and the Guarantor] and to the Holders in accordance with §12 as soon as possible after their determination, but in no event later than the ninth [London] [TARGET] [insert other relevant reference] Business Day (as defined in §3(2)) thereafter and if required by the rules of any stock exchange on which the Notes are from time to time listed, to such stock exchange as soon as possible

after their determination, but in no event later than the first day of the relevant Interest Period. Each Interest Amount and Interest Payment Date so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any stock exchange on which the Notes are then listed and to the Holders in accordance with §12.

- [(6)] *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this §3 by the Calculation Agent shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Holders.
- [(7)] *Accrual of Interest.* If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue from (and including) the due date to (but excluding) such date as principal and interest on or in connection with the Notes has been placed at the disposal of the Clearing System at the default rate of interest established by law.]

- [(1)] *No Periodic Payments of Interest.* There will not be any periodic payments of interest on the Notes during their term.
- (2) *Accrual of Interest.* If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall accrue on the principal amount of the Notes from (and including) the due date to (but excluding) such date as principal and interest on or in connection with the Notes has been placed at the disposal of the Clearing System at the default rate of interest established by law.]

[In case of structured Floating Rate Notes including Inverse Floating Rate Notes and Fixed to Floating Rate Notes, set forth applicable provisions herein.]

[In the case of Dual Currency Notes, set forth applicable provisions herein.]

[In the case of Instalment Notes, set forth applicable provisions herein.]

[In the case of Index Linked Interest Notes, set forth applicable provisions herein.]

[In the case of Equity Linked Interest Notes, set forth applicable provisions herein.]

[In the case of Credit Linked Interest Notes, set forth applicable provisions herein.]

[In the case of other structured Interest Notes, set forth applicable provisions herein.]

- [[●]] *Day Count Fraction.* “Day Count Fraction” means with regard to the calculation of the amount of interest for any period of time (the “Calculation Period”):

[If Actual/365 or Actual/Actual insert: the actual number of days in the Calculation Period divided by 365 (or, if any portion of that Calculation Period falls in a leap year, the sum of (A) the actual number of days in that portion of the Calculation Period falling in a leap year divided by 366 and (B) the actual number of days in that portion of the Calculation Period falling in a non-leap year divided by 365).]

[In the case of Fixed Rate Notes, if the Specified Currency current is Euro and if Actual/Actual (ICMA) is applicable insert:

- (i) if the Calculation Period (from and including the first day of such period but excluding the last) is equal to or shorter than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the number of days in such Calculation Period (from and including the first day of such period but excluding the last) divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates (as specified in §3 (3)) that would occur in one calendar year; or
- (ii) if the Calculation Period is longer than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the sum of: (A) the number of days in such Calculation Period falling in the Determination Period in which the Calculation Period begins divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates (as specified in §3 (3)) and (B) the number of days in such Calculation Period falling in the next Determination Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates (as specified in §3 (3)) that would occur in one calendar year.

“Determination Period” means the period from (and including) a Determination Date to, (but excluding) the next Determination Date.]

In the case of
discounted Zero
Coupon Notes
insert:

if Actual/365 (Fixed) insert: the actual number of days in the Calculation Period divided by 365.]

[if Actual/360 insert: the actual number of days in the Calculation Period divided by 360.]

[if 30/360, 360/360 or Bond Basis insert: the number of days in the Calculation Period divided by 360, the number of days to be calculated on the basis of a year of 360 days with 12 30-day months (unless (A) the last day of the Calculation Period is the 31st day of a month but the first day of the Calculation Period is a day other than the 30th or 31st day of a month, in which case the month that includes that last day shall not be considered to be shortened to a 30-day month, or (B) the last day of the Calculation Period is the last day of the month of February in which case the month of February shall not be considered to be lengthened to a 30-day month).]

[if 30E/360 or Eurobond Basis: the number of days in the Calculation Period divided by 360 (the number of days to be calculated on the basis of a year of 360 days with 12 30-day months, without regard to the date of the first day or last day of the Calculation Period unless, in the case of the Final Calculation Period, the Maturity Date is the last day of the month of February, in which case the month of February shall not be considered to be lengthened to a 30-day month).]

§4 PAYMENTS

- (1) [(a)] *Payment of Principal.* Payment of principal in respect of Notes shall be made, subject to subparagraph (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and surrender of the Global Note at the specified office of any Paying Agent outside the United States.
- [(b)] *Payment of Interest.* Payment of interest on Notes shall be made, subject to subparagraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation of the Global Note at the specified office of any Paying Agent outside the United States.

[In the case of interest payable on a Temporary Global Note insert: Payment of interest on Notes represented by the Temporary Global Note shall be made, subject to subparagraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in §1(3)(b).]

- (2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Notes shall be made in [insert Specified Currency] [in the case of Dual Currency Notes **insert relevant currencies/ exchange rate formulas**].
- (3) *Discharge.* The Issuer **[In the case of Notes issued by EnBW Finance insert:** or, as the case may be, the Guarantor] shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System.
- (4) *United States.* For the purposes of these Terms and Conditions “United States” means the United States of America (including the States thereof and the District of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and Northern Mariana Islands).
- (5) *Payment Business Day.* If the date for payment of any amount in respect of any Note is not a Payment Business Day then the Holder shall not be entitled to payment until the next such day in the relevant place and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

For these purposes, “**Payment Business Day**” means any day which is **[in the case of Notes not denominated in Euro insert:** a day (other than a Saturday or a Sunday) on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments in **[insert all relevant financial centres]**] **[in the case of Notes denominated in Euro insert:** a day (other than a Saturday or a Sunday) on which the Clearing System as well as all relevant parts of the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System (“**TARGET**” or “**TARGET 2**”) are operational to forward the relevant payment].

- (6) *References to Principal and Interest.* References in these Terms and Conditions to principal in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable: the Final Redemption Amount of the Notes; the Early Redemption Amount of the Notes; **[if redeemable at the option of the Issuer for other than tax reasons insert:** the Call Redemption Amount of the Notes;] **[if redeemable at the option of the Holder insert:** the Put Redemption Amount of the Notes;]

In the case of
Notes other than
Zero Coupon
Notes insert:

any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Notes. References in these Terms and Conditions to interest in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable, any Additional Amounts which may be payable under §7.

- (7) *Deposit of Principal and Interest.* The Issuer may deposit with the local court (*Amtsgericht*) in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Holders within twelve months after the Maturity Date, even though such Holders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Holders against the Issuer shall cease.

§5 REDEMPTION

- (1) *Final Redemption.* Unless previously redeemed in whole or in part or purchased and cancelled, the Notes shall be redeemed at their Final Redemption Amount on [in the case of a specified Maturity Date insert such Maturity Date] [in the case of a Redemption Month insert: the Interest Payment Date falling in [insert Redemption Month and year]] (the "Maturity Date"). The Final Redemption Amount in respect of each Note shall be [if the Notes are redeemed at their principal amount insert: its principal amount] [otherwise insert Final Redemption Amount per denomination/index and/or formula by reference to which the Final Redemption Amount is to be calculated].
- (2) *Early Redemption for Reasons of Taxation.* If as a result of any change in, or amendment to, the laws or regulations of [in the case of Notes issued by EnBW AG insert: the Federal Republic of Germany] [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: the Federal Republic of Germany or The Netherlands] or any political subdivision or taxing authority thereto or therein affecting taxation or the obligation to pay duties of any kind, or any change in, or amendment to, an official interpretation or application of such laws or regulations, which amendment or change is effective on or after the date on which the last tranche of this series of Notes was issued, the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] is required to pay Additional Amounts (as defined in §7 herein) [in the case of Notes other than Zero Coupon Notes insert: on the next succeeding Interest Payment Date (as defined in §3(1))] [in the case of Zero Coupon Notes insert: at maturity or upon the sale or exchange of any Note], and this obligation cannot be avoided by the use of reasonable measures available to the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor, as the case may be], the Notes may be redeemed, in whole but not in part, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with §12 to the Holders, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest accrued to the date fixed for redemption.

However, no such notice of redemption may be given (i) earlier than 90 days prior to the earliest date on which the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] would be obligated to pay such Additional Amounts were a payment in respect of the Notes then due, or (ii) if at the time such notice is given, such obligation to pay such Additional Amounts does not remain in effect. [In the case of Floating Rate Notes insert: The date fixed for redemption must be an Interest Payment Date.]

Any such notice shall be given in accordance with §12. It shall be irrevocable, must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

If the Notes are subject to Early Redemption at the Option of the Issuer insert:

[(3)] Early Redemption at the Option of the Issuer.

- (a) The Issuer may, upon notice given in accordance with clause (b), redeem all or some only of the Notes on the Call Redemption Date(s) at the Call Redemption Amount(s) set forth below together with accrued interest, if any, to (but excluding) the Call Redemption Date. [if Minimum Redemption Amount or Higher Redemption Amount applies insert: Any such redemption must be of a principal amount equal to [at least [insert Minimum Redemption Amount]] [insert Higher Redemption Amount].

Call Redemption Date(s)
[insert Call Redemption Dates(s)]
[]
[]

Call Redemption Amount(s)
[insert Call Redemption Amount(s)]
[]
[]

[If Notes are subject to Early Redemption at the Option of the Holder insert: The Issuer may not exercise such option in respect of any Note which is the subject of the prior exercise by the Holder thereof of its option to require the redemption of such Note under subparagraph (4) of this §5.]

- (b) Notice of redemption shall be given by the Issuer to the Holders of the Notes in accordance with §12. Such notice shall specify:
- the Series of Notes subject to redemption;
 - whether such Series is to be redeemed in whole or in part only and, if in part only, the aggregate principal amount of the Notes which are to be redeemed;
- If Notes are subject to Early Redemption at the Option of the Issuer please insert:**
- the Call Redemption Date, which shall be not less than [insert Minimum Notice to Holders] nor more than [insert Maximum Notice to Holders] days after the date on which notice is given by the Issuer to the Holders; and
 - the Call Redemption Amount at which such Notes are to be redeemed.
- (c) In the case of a partial redemption of Notes, Notes to be redeemed shall be selected in accordance with the rules of the relevant Clearing System.]

[(4)] Early Redemption at the Option of a Holder.

- (a) The Issuer shall, at the option of the Holder of any Note, redeem such Note on the Put Redemption Date(s) at the Put Redemption Amount(s) set forth below together with accrued interest, if any, to (but excluding) the Put Redemption Date.

Put Redemption Date(s) [insert Put Redemption Dates(s)]	Put Redemption Amount(s) [insert Put Redemption Amount(s)]
[]	[]
[]	[]

The Holder may not exercise such option in respect of any Note which is the subject of the prior exercise by the Issuer of any of its options to redeem such Note under this §5.

- (b) In order to exercise such option, the Holder must, not less than [insert Minimum Notice to Issuer] nor more than [insert Maximum Notice to Issuer] days before the Put Redemption Date on which such redemption is required to be made as specified in the Put Notice (as defined below), submit during normal business hours at the specified office of the Fiscal Agent a duly completed early redemption notice ("Put Notice") in the form available from the specified offices of the Fiscal Agent and the Paying Agents. The Put Notice must specify (i) the principal amount of the Notes in respect of which such option is exercised, and (ii) the securities identification number of such Notes, if any. No option so exercised may be revoked or withdrawn. The Issuer shall only be required to redeem Notes in respect of which such option is exercised against delivery of such Notes to the Issuer or to its order.]

[(5)] Early Redemption Amount.

For purposes of subparagraph (2) of this §5 and §9, the Early Redemption Amount of a Note shall be its Final Redemption Amount.]

- (a) The Early Redemption Amount of a Note shall be an amount equal to the sum of:
- [insert Reference Price] (the "Reference Price"), and
 - the product of [insert Amortisation Yield in per cent.] (the "Amortisation Yield") and the Reference Price from (and including) [insert Issue Date] to (but excluding) the date fixed for redemption or (as the case may be) the date upon which the Notes become due and payable, whereby the Amortisation Yield shall be compounded annually.

Where such calculation is to be made for a period which is not a whole number of years, the calculation in respect of the period of less than a full year (the "Calculation Period") shall be made on the basis of the Day Count Fraction (as defined in §3).

- (b) If the Issuer fails to pay the Early Redemption Amount when due, such amount shall be calculated as provided herein, except that references in subparagraph (a)(ii) above to the date fixed for redemption or the date on which such Note becomes due and repayable shall refer to the date on which payment is made.]

If the Notes are subject to Early Redemption at the Option of the Holder

In the case of Notes other than Zero Coupon Notes insert:

[In the case of Dual Currency Notes, set forth applicable provisions herein.]
[In the case of Instalment Notes, set forth applicable provisions herein.]
[In the case of Index Linked Redemption Notes, set forth applicable provisions herein.]
[In the case of Equity Linked Redemption Notes, set forth applicable provisions herein.]
[In the case of Credit Linked Redemption Notes, set forth applicable provisions herein.]
[In the case of other structured Redemption Notes, set forth applicable provisions herein.]

§6 THE FISCAL AGENT [,] [AND] THE PAYING AGENT[S] [AND THE CALCULATION AGENT]

- (1) *Appointment; Specified Office.* The initial Fiscal Agent [,] [and] the initial Paying Agent[s] [and the initial Calculation Agent] and [its] [their] initial specified office[s] shall be:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Corporate Trust & Agency Services
Grosse Gallusstrasse 10 – 14
D60272 Frankfurt am Main

Paying Agent[s]: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Corporate Trust & Agency Services
Grosse Gallusstrasse 10 – 14
D60272 Frankfurt am Main
[Deutsche Bank Luxembourg SA
2 Boulevard Konrad Adenauer
L1115 Luxembourg]

[If the Fiscal Agent is to be appointed as Calculation Agent insert: The Fiscal Agent shall also act as Calculation Agent.]

[If a Calculation Agent other than the Fiscal Agent is to be appointed insert: The Calculation Agent and its initial specified office shall be:

Calculation Agent: [insert name and specified office]]

The Fiscal Agent [,] [and] the Paying Agent[s] [and the Calculation Agent] reserve[s] the right at any time to change [its] [their] specified office[s] to some other specified office in the same city.

- (2) *Variation or Termination of Appointment.* The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent or any Paying Agent [or the Calculation Agent] and to appoint another Fiscal Agent or additional or other Paying Agents [or another Calculation Agent]. The Issuer shall at all times maintain (i) a Fiscal Agent [in the case of Notes listed on a stock exchange insert: [,] [and] (ii) so long as the Notes are listed on the [name of Stock Exchange], a Paying Agent (which may be the Fiscal Agent) with a specified office in [location of Stock Exchange] and/or in such other place as may be required by the rules of such stock exchange] [in the case of payments in U.S. dollars insert: [,] (iii) if the conclusions of ECOFIN Council meeting of 26 – 27 November 2000 on the taxation of savings income are implemented, a Paying Agent in an EU member state, if any, that will not be obliged to withhold or deduct tax pursuant to the European Council Directive 2003/48/EC or any other Directive implementing such conclusions or any law implementing or complying with, or introduced to conform to, such Directive,[and] [(iv)] if payments at or through the offices of all Paying Agents outside the United States (as defined below) become illegal or are effectively precluded because of the imposition of exchange controls or similar restrictions on the full payment or receipt of such amounts in United States dollars, a Paying Agent with a specified office in New York City] [if any Calculation Agent is to be appointed insert: [,] [and] [(v)] a Calculation Agent [if Calculation Agent is required to maintain a Specified Office in a Required Location insert: with a specified office located in [insert Required Location]]]. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in the case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Holders in accordance with §12.
- (3) *Agent of the Issuer.* The Fiscal Agent [,] [and] the Paying Agent[s] [and the Calculation Agent] act[s] solely as the agent[s] of the Issuer and [does] [do] not assume any obligations towards or relationship of agency or trust for any Holder.

§7 TAXATION

All amounts payable in respect of the Notes shall be made without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes or duties of whatever nature imposed or levied by way of withholding or deduction by or in or for the account of [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: The Netherlands or] the Federal Republic of Germany or any political subdivision or any authority thereof or therein having power to tax unless such withholding or deduction is required by law. In such event, the Issuer will pay such additional amounts (the "Additional Amounts") as shall be necessary in order that the net amounts received by the Holders, after such withholding or deduction shall equal the respective amounts which would otherwise have been receivable in the absence of such withholding or deduction; except that no such Additional Amounts shall be payable on account of any taxes or duties which:

- (a) are payable otherwise than by withholding or deduction from amounts payable, or
- (b) are payable by reason of the Holder having, or having had, some personal or business connection with [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: The Netherlands or] the Federal Republic of Germany and not merely by reason of the fact that payments in respect of the Notes are, or for purposes of taxation are deemed to be, derived from sources in, or are secured in, [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: The Netherlands or] the Federal Republic of Germany, or
- (c) are withheld or deducted from a payment to an individual and are required to be made pursuant to the European Council Directive 2003/48/EC or any other Directive implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting of 26 – 27 November 2000 on the taxation of savings income or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to, such Directive, or
- (d) are payable by reason of a change in law that becomes effective more than 30 days after the relevant payment of principal or interest becomes due, or, if later, is duly provided for and notice thereof is published in accordance with §12, or
- (e) are deducted or withheld by a Paying Agent from a payment if the payment could have been made by another Paying Agent without such deduction or withholding.

§8 PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in §801 paragraph 1, sentence 1 BGB (German Civil Code) is reduced to ten years for the Notes.

§9 EVENTS OF DEFAULT

(1) *Events of default.* Each Holder shall be entitled to declare due and payable by notice to the Fiscal Agent its entire claims arising from the Notes and demand immediate redemption thereof at the Early Redemption Amount (as described in §5) together with accrued interest (if any) to the date of repayment, in the event that:

- (a) the Issuer fails to pay principal or interest under the Notes within 30 days from the relevant due date, or

[in the case of Notes issued by EnBW Finance insert:

- (b) the Guarantor fails to pay principal or interest under the Guarantee within 30 days from the relevant due date, or]

- [c] the Issuer fails to duly perform any other obligation arising from the Notes [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor fails to perform any other obligation arising from the Guarantee] and such failure continues for more than 30 days after the Fiscal Agent has received notice thereof from a Holder; or

- [d] the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] fails to fulfil any payment obligation, when due, arising from any Capital Market Indebtedness (as defined in §2 [(4)]) or from any guarantee or indemnity for a payment obligation arising from any Capital Market Indebtedness of a third party and the total amount unpaid exceeds Euro 10,000,000 or the equivalent in another currency and such default continues for more than 30 days after notice of such default is given to the Fiscal Agent by a Holder, or any such payment obligation of the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] becomes due prematurely by reason of the occurrence of an event of default (howsoever described) or non-compliance by the Issuer

- [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] with any of the terms of such Capital Markets Indebtedness, or a security provided for such payment obligation is enforced; or
- [(e)] the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] suspends its payments generally; or
 - [(f)] the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] announces its inability to meet its financial obligations; or
 - [(g)] the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] enters into liquidation except in connection with a merger, consolidation or other form of combination with another company or in connection with a reorganisation and such other or new company assumes all obligations undertaken by the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] under or in connection with the Notes [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: and the Guarantee]; or
 - [(h)] a court institutes insolvency proceedings or composition proceedings to avert insolvency or bankruptcy, or similar proceedings against the assets of the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] and such proceedings have not been discharged or stayed within 60 days, or the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] applies for institution of such proceedings in respect of its assets or offers or makes a general arrangement for the benefit of its creditors generally, or a third party applies for insolvency proceedings against the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: or the Guarantor] and such proceedings are not discharged or stayed within 60 days[; or]
 - [(i)] the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: and/or the Guarantor] ceases all or substantially all of its business operations or sells or disposes otherwise of all of its assets or a substantial part thereof **provided that** (i) thereby it diminishes considerably the value of its assets and **provided further that** (ii) for this reason it becomes likely that the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: and/or the Guarantor] will not fulfil its payment obligations vis-à-vis the Holders[; or].]

[In the case of Notes issued by EnBW Finance insert:

- [(j)] the Guarantee ceases to be valid and legally binding for any reason whatsoever.]

The right to declare Notes due shall terminate if the situation giving rise to it has been cured before the right is exercised.

- (2) *Quorum.* In the events specified in subparagraph (1) (c), (d) and/or (i), any notice declaring Notes due shall, unless at the time such notice is received any of the events specified in subparagraph (1) (a), (e), (f) or (j) entitling Holders to declare their Notes due has occurred, become effective only when the Fiscal Agent has received such notices from the Holders of at least one-tenth in principal amount of Notes then outstanding.
- (3) *Notice.* Any notice in accordance with subparagraph (1) shall be made by means of a written declaration delivered by hand or registered mail to the Fiscal Agent together with evidence by means of a certificate of the Holder's Custodian (as defined in §13 [(4)]) that such Holder, at the time of such written notice, is a holder of the relevant Notes, and in the case of default pursuant to subparagraph (1) (c), also together with evidence specifying such default.

§10 SUBSTITUTION

- (1) *Substitution.* The Issuer shall be entitled at any time, without the consent of the Holders, if no payment of principal or of interest on any of the Notes is in default, to substitute for the Issuer [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: EnBW AG or] any other company, 100 % of the voting shares or other equity interests of which are directly or indirectly owned by EnBW AG, as principal debtor in respect to all obligations arising from or in connection with the Notes (the "Substituted Debtor"), **provided that:**
 - (a) the Substituted Debtor is in a position to fulfil all payment obligations arising from or in connection with the Notes without the necessity of any taxes or duties being withheld at source and to transfer all amounts which are required therefor to the Fiscal Agent without any restrictions;

- (b) the Substituted Debtor assumes all obligations of the Issuer arising from or in connection with the Notes;
- (c) the Substituted Debtor undertakes to reimburse any Holder for such taxes, fees or duties which may be imposed upon it as a consequence of assumption of the obligations of the Issuer by the Substituted Debtor;
- (d) it is guaranteed that the obligations of the [in the case of Notes issued by EnBW AG insert: Issuer] [in the case of Notes issued by EnBW Finance insert: Guarantor] from the Guarantee apply also to the Notes of the Substituted Debtor; and
- (e) there shall have been delivered to the Fiscal Agent one opinion for each jurisdiction affected of lawyers of recognised standing to the effect that subparagraphs (a), (b), (c) and (d) above have been satisfied.
- (2) *Notice.* Notice of any such substitution shall be published in accordance with §12.
- (3) *Change of References.* In the event of any such substitution, any reference in these Terms and Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substituted Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substituted Debtor. Furthermore, in the event of such substitution the following shall apply:
- [(a) in §7 and §5(2) an alternative reference to the Federal Republic of Germany shall be deemed to have been included in addition to the reference according to the preceding sentence to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substituted Debtor;
- (b) in §9(1)(c) to (g) an alternative reference to the Issuer in its capacity as guarantor shall be deemed to have been included in addition to the reference to the Substituted Debtor.]
- [In §7 and §5(2) an alternative reference to The Netherlands shall be deemed to have been included in addition to the reference according to the preceding sentence to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substituted Debtor.]

In the case of
Notes issued by
EnBW AG insert:

In the case of
Notes issued by
EnBW Finance
insert:

In the event of any such substitution, the Substituted Debtor shall succeed to, and be substituted for, and may exercise every right and power of, the Issuer under the Notes with the same effect as if the Substituted Debtor had been named as the Issuer herein, and the Issuer (or any corporation which shall have previously assumed the obligations of the Issuer) shall be released from its liability as obligor under the Notes.

§11 FURTHER ISSUES, PURCHASES AND CANCELLATION

- (1) *Further Issues.* The Issuer may from time to time, without the consent of the Holders, issue further Notes having the same terms and conditions as the Notes in all respects (or in all respects except for the settlement date, interest commencement date and/or issue price) so as to form a single Series with the Notes.
- (2) *Purchases.* The Issuer may at any time purchase Notes in the open market or otherwise and at any price. Notes purchased by the Issuer may, at the option of the Issuer, be held, resold or surrendered to the Fiscal Agent for cancellation. If purchases are made by tender, tenders for such Notes must be made available to all Holders of such Notes alike.
- (3) *Cancellation.* All Notes redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

§12 NOTICES

- (1) *Publication.* All notices concerning the Notes shall be published in a leading daily newspaper having general circulation in [Germany] [the United Kingdom] [Luxembourg] [specify other location]. [This] [These] newspaper[s] [is] [are] expected to be the [Börsen-Zeitung] [Financial Times] [Luxemburger Wort] [insert other applicable newspaper having general circulation]. Any notice so given will be deemed to have been validly given on the third day following the date of such publication (or, if published more than once, on the third day following the date of the first such publication).
- (2) *Notification to Clearing System.* In lieu of publication in the newspapers set forth in subparagraph (1) above, the relevant notice may be delivered to the Clearing System, for communication by the Clearing System to the Holders, **provided that**, so long as any Notes are

listed on any stock exchange, the rules of such stock exchange permit such form of notice. Any such notice shall be deemed to have been given to the Holders on the seventh day after the day on which the said notice was given to the Clearing System. **[In the case of Notes which are listed on the Luxembourg Stock Exchange insert:** so long as any Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, all notices concerning the Notes shall be published in accordance with subparagraph (1).]

§13 APPLICABLE LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

- (1) *Applicable Law.* The Notes, as to form and content, and all rights and obligations of the Holders and the Issuer, shall be governed in every respect by German law.
- (2) *Submission to Jurisdiction.* The District Court (*Landgericht*) in Frankfurt am Main shall have non-exclusive jurisdiction for any action or other legal proceedings ("Proceedings") arising out of or in connection with the Notes.
- [(3) *Appointment of Authorised Agent.* For any Proceedings before German courts, the Issuer appoints EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Federal Republic of Germany as its authorised agent for service of process in Germany.]
- [(4) *Enforcement.* Any Holder of Notes may in any proceedings against the Issuer, [or the Guarantor] or to which such Holder and the Issuer [or the Guarantor] are parties, protect and enforce in his own name his rights arising under such Notes on the basis of (i) a statement issued by the Custodian with whom such Holder maintains a securities account in respect of the Notes (a) stating the full name and address of the Holder, (b) specifying the aggregate principal amount of Notes credited to such securities account on the date of such statement and (c) confirming that the Custodian has given written notice to the Clearing System containing the information pursuant to (a) and (b) which has been confirmed by the Clearing System (ii) a copy of the Note in global form certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depository of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the global note representing the Notes or (iii) any other means of proof permitted in legal proceedings in the country of enforcement. For purposes of the foregoing, "Custodian" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities custody business with which the Holder maintains a securities account in respect of the Notes and which maintains an account with the Clearing System, and includes the Clearing System.

§14 LANGUAGE

If the Conditions shall be in the German language with an English language translation insert:

[These Terms and Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.]

If the Conditions shall be in the English language with a German language translation insert:

[These Terms and Conditions are written in the English language and provided with German language translation. The English text shall be controlling and binding. The German language translation is provided for convenience only.]

If the Conditions shall be in the English language only insert:

[These Terms and Conditions are written in the English language only.]

In the case of Notes that are publicly offered, in whole or in part, in Germany or distributed, in whole or in part, to non-professional investors in Germany with English language Conditions insert:

[Eine deutsche Übersetzung der Emissionsbedingungen wird bei der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.]

GARANTIE
der
Energie Baden-Württemberg AG, Bundesrepublik Deutschland,
zugunsten der Gläubiger von Schuldverschreibungen
(die "Schuldverschreibungen"), die von der
EnBW International Finance B.V., Amersfoort, Niederlande,
im Rahmen des Debt Issuance Programms
(das "Programm") begeben werden

PRÄAMBEL

- (A) Die Energie Baden-Württemberg AG ("EnBW AG") und die EnBW International Finance B.V. ("EnBW Finance") beabsichtigen, von Zeit zu Zeit Schuldverschreibungen im Rahmen des Programms zu begeben, deren jeweils ausstehender Gesamtnennbetrag das von Zeit zu Zeit bestehende Programm-Limit nicht übersteigt.
- (B) Die Schuldverschreibungen unterliegen den Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen nach deutschem Recht (in der durch die anwendbaren Endgültigen Bedingungen jeweils geänderten, ergänzten oder modifizierten Fassung, die "Bedingungen").
- (C) Die Energie Baden-Württemberg AG (die "Garantin") beabsichtigt, mit dieser Garantie die ordnungsgemäße Zahlung von Kapital und Zinsen sowie von jeglichen sonstigen Beträgen zu garantieren, die aufgrund der von der EnBW Finance zu irgendeiner Zeit im Rahmen des Programms begebenen Schuldverschreibungen zu leisten sind.

HIERMIT WIRD FOLgendes VEREINBART:

1. Die Garantin übernimmt gegenüber den Gläubigern jeder einzelnen Schuldverschreibung (wobei dieser Begriff jede (vorläufige oder Dauer-) Globalurkunde, die Schuldverschreibungen verbrieft, einschließt) (jeweils ein "Gläubiger"), die jetzt oder zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Datum dieses Vertrages von der EnBW Finance im Rahmen des Programms begeben wird, die unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die ordnungsgemäße Zahlung bei Fälligkeit von Kapital und Zinsen auf die Schuldverschreibungen sowie von jeglichen sonstigen Beträgen, die in Übereinstimmung mit den Bedingungen auf Schuldverschreibungen zahlbar sind.
2. Diese Garantie begründet eine unbedingte und unwiderrufliche, nicht nachrangige und (vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 4 dieser Garantie) nicht besicherte Verpflichtung der Garantin, die mit allen sonstigen gegenwärtigen oder zukünftigen von Zeit zu Zeit ausstehenden nicht nachrangigen und nicht besicherten Verpflichtungen der Garantin wenigstens im gleichen Rang steht (soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen).
3. Sämtliche auf diese Garantie zu zahlenden Beträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in der Bundesrepublik Deutschland oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer dort zur Steuererhebung ermächtigten Gebietskörperschaft oder Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Garantin diejenigen zusätzlichen Beträge (die "zusätzlichen Beträge") zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen entsprechen, die ohne einen solchen Einbehalt oder Abzug von den Gläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlicher Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:
 - (a) auf andere Weise als durch Einbehalt oder Abzug von zahlbaren Beträgen zu entrichten sind; oder
 - (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zu der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in der Bundesrepublik Deutschland stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder

- (c) aufgrund einer Richtlinie der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, die die Schlussfolgerungen des Treffens des ECOFIN-Rates vom 26.-27. November 2000 umsetzt, oder aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift, die diese Richtlinie umsetzt oder befolgt oder erlassen wurde, um der Richtlinie zu entsprechen, von Zahlungen an eine natürliche Person einzubehalten oder abzuziehen sind; oder
 - (d) aufgrund einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung von Kapital oder Zinsen oder, wenn dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß den Bedingungen wirksam wird; oder
 - (e) von einer Zahlstelle abgezogen oder einbehalten werden, wenn eine andere Zahlstelle die Zahlung ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt hätte leisten können.
4. (a) solange von der Garantin oder der EnBW Finance im Rahmen des Programms begebene Schuldverschreibungen noch ausstehen (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge an Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), verpflichtet sich die Garantin, ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Vermögen weder ganz noch teilweise mit Grundpfandrechten, Pfandrechten oder sonstigen dinglichen Sicherungsrechten (zusammen, die **“dinglichen Sicherheiten”**) zur Besicherung gegenwärtiger oder zukünftiger Kapitalmarktverbindlichkeiten (wie nachfolgend definiert) der Garantin oder eines Dritten zu belasten, es sei denn, dass die Schuldverschreibungen gleichzeitig und in gleichem Rang anteilig an dieser Sicherheit teilnehmen oder den Gläubigern eine andere Sicherheit, die von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als gleichwertige Sicherheit anerkannt wird, bestellt wird. Dies gilt nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten eines Unternehmens bestellt ist, das mit der Garantin verschmolzen oder von der Garantin erworben worden ist und diese dingliche Sicherheit zum Zeitpunkt der Verschmelzung oder als Erwerbs schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wurde zum Zwecke der Finanzierung der Verschmelzung oder des Erwerbs begründet oder wird nach der Verschmelzung oder dem Erwerb in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses Absatz 4 (a) gilt ebenfalls nicht für dingliche Sicherheiten zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten, die zum Zweck der Finanzierung, Teil- oder Refinanzierung der Kosten des Erwerbs, der Errichtung oder Entwicklung eines Projekts eingegangen werden, vorausgesetzt dass (i) die Gläubiger einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit auf das dem Projekt zuzurechnende Vermögen (einschließlich der Anteile an Projektgesellschaften) und in Übereinstimmung mit der Marktpaxis abgegebene marktübliche Garantien als Rückzahlungsquelle beschränkt sind und (ii) die Sicherungsrechte ausschließlich an diesem Vermögen bestellt werden. Jede nach diesem Absatz zu leistende Sicherheit kann auch zugunsten einer Person bestellt werden, die insoweit als Treuhänder (wie nachfolgend definiert) der Gläubiger handelt.
- (b) solange von ihr oder der EnBW Finance im Rahmen dieses Programms begebene Schuldverschreibungen noch ausstehen (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge an Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), verpflichtet sich die Garantin weiter, sicherzustellen — soweit ihr dies nach ihrem billigen Urteil rechtlich möglich ist — dass ihre wesentlichen Tochtergesellschaften (wie nachfolgend definiert) ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Vermögen weder ganz noch teilweise mit dinglichen Sicherheiten zur Besicherung gegenwärtiger oder zukünftiger Kapitalmarktverbindlichkeiten (wie nachfolgend definiert) der jeweiligen wesentlichen Tochtergesellschaft oder eines Dritten belasten. Dies gilt nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten einer Tochtergesellschaft bestellt ist, die während der Laufzeit von im Rahmen dieses Programms begebenen Schuldverschreibungen wesentliche Tochtergesellschaft wird und diese dingliche Sicherheit zu diesem Zeitpunkt schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wird in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses Absatz 4 (b) gilt ferner nicht insoweit, als die dingliche Sicherheit für Kapitalmarktverbindlichkeiten eines Unternehmens bestellt ist, das mit der wesentlichen Tochtergesellschaft verschmolzen oder von der wesentlichen Tochtergesellschaft erworben worden ist und diese dingliche Sicherheit zum Zeitpunkt der Verschmelzung oder des Erwerbs schon bestanden hat, es sei denn die dingliche Sicherheit wurde zum Zwecke der Finanzierung der Verschmelzung oder des Erwerbs eingeräumt oder wird nach der Verschmelzung oder dem Erwerb in ihrem Umfang erweitert oder verlängert. Satz 1 dieses Absatz 4 (b) gilt ebenfalls nicht für dingliche Sicherheiten zur Besicherung von Kapitalmarktverbindlichkeiten, die

zum Zweck der Finanzierung, Teil- oder Refinanzierung der Kosten des Erwerbs, der Errichtung oder Entwicklung eines Projekts eingegangen werden, vorausgesetzt, dass (i) die Gläubiger einer solchen Kapitalmarktverbindlichkeit auf das Projekt zuzurechnende Vermögen (einschließlich der Anteile an Projektgesellschaften) und in Übereinstimmung mit der Marktpaxis abgegebene marktübliche Garantien als Rückzahlungsquelle beschränkt sind und (ii) die Sicherungsrechte ausschließlich an diesem Vermögen bestellt werden. Jede nach diesem Absatz 4 (b) zu leistende Sicherheit kann auch zugunsten einer Person bestellt werden, die insoweit als Treuhänder (wie nachfolgend definiert) der Gläubiger handelt.

- (c) Der Begriff "**Kapitalmarktverbindlichkeiten**" bedeutet jede gegenwärtige oder zukünftige Verbindlichkeit zur Rückzahlung aufgenommener Geldbeträge, die durch Schuldverschreibungen oder sonstige Wertpapiere, die an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt notiert oder gehandelt werden oder hinsichtlich derer ein solcher Handel beabsichtigt ist, verbrieft, verkörpert oder dokumentiert sind sowie jede Garantie oder sonstige Gewährleistung einer solchen Verbindlichkeit.
 - (d) Der Begriff "**Wesentliche Tochtergesellschaft**" bedeutet jedes Unternehmen, das im jeweils letzten Konzernabschluss der Garantin vollkonsolidiert wurde und (i) dessen Umsatz gemäß seines geprüften, nicht konsolidierten Jahresabschlusses (bzw. wenn die betreffende Tochtergesellschaft selbst konsolidierte Jahresabschlüsse erstellt, deren konsolidierter Umsatz gemäß ihres geprüften, konsolidierten Jahresabschlusses), der für die Zwecke des jeweils letzten geprüften konsolidierten Konzernabschlusses der Garantin benutzt wurde, mindestens fünf Prozent des Gesamtumsatzes der Garantin und deren konsolidierten Konzerngesellschaften betragen hat, wie aus dem jeweils letzten geprüften, konsolidierten Konzernabschluss ersichtlich ist und (ii) dessen Bilanzsumme gemäß seines geprüften, nicht konsolidierten Jahresabschlusses (bzw. wenn die betreffende Tochtergesellschaft selbst konsolidierte Jahresabschlüsse erstellt, deren konsolidierte Bilanzsumme gemäß ihres geprüften, konsolidierten Jahresabschlusses), der für die Zwecke des jeweils letzten geprüften, konsolidierten Konzernabschlusses der Garantin benutzt wurde, mindestens fünf Prozent der konsolidierten Bilanzsumme der Garantin und deren konsolidierten Konzerngesellschaften betragen hat, wie es aus dem jeweils letzten geprüften, konsolidierten Konzernabschluss ersichtlich ist. Die folgenden Gesellschaften sind keine wesentlichen Tochtergesellschaften im Sinne dieses Absatzes: (i) Salamander AG; (ii) U-plus Umweltservice AG; und (iii) APCOA Parking AG.
 - (e) Der Begriff "**Treuhänder**" bedeutet eine Bank, Finanzinstitut oder Wirtschaftsprüfungsgeellschaft von anerkanntem internationalem Ruf, die als Treuhänder für die Gläubiger tätig wird und von der Emittentin und der Garantin mit Zustimmung des Fiscal Agent ernannt wurde.
5. Die Verpflichtungen der Garantin aus dieser Garantie (i) sind selbständig und unabhängig von den Verpflichtungen der EnBW Finance aus den Schuldverschreibungen, (ii) bestehen ohne Rücksicht auf die Rechtmäßigkeit, Gültigkeit, Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit der Schuldverschreibungen und (iii) werden nicht durch irgendein Ereignis, eine Bedingung oder einen Umstand tatsächlicher oder rechtlicher Natur berührt, außer durch die volle, endgültige und unwiderrufliche Erfüllung jedweder in den Schuldverschreibungen ausdrücklich eingegangener Zahlungsverpflichtungen.
 6. Die Verpflichtungen der Garantin aus dieser Garantie erstrecken sich, ohne dass eine weitere Handlung durchgeführt werden oder ein weiterer Umstand entstehen muss, auf solche Verpflichtungen jeglicher nicht mit der Garantin identischen Nachfolgeschuldnerin, die infolge einer Schuldnerersetzung gemäß den anwendbaren Bestimmungen der Bedingungen in bezug auf jede Schuldverschreibung entstehen.
 7. Diese Garantie und alle hierin enthaltenen Vereinbarungen sind ein Vertrag zugunsten der Gläubiger der Schuldverschreibungen als begünstigte Dritte gemäß §328 Abs. 1 BGB und begründen das Recht eines jeden Gläubigers, die Erfüllung der hierin eingegangenen Verpflichtungen unmittelbar von der Garantin zu fordern und diese Verpflichtungen unmittelbar gegenüber der Garantin durchzusetzen.

Ein Gläubiger kann im Falle der Nichterfüllung von Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zur Durchsetzung dieser Garantie unmittelbar gegen die Garantin Klage erheben, ohne dass zunächst ein Verfahren gegen die EnBW Finance eingeleitet werden müsste.

8. Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, mit der die hierin enthaltenen Vereinbarungen getroffen werden, handelt als Fiscal Agent nicht als Beauftragte, Treuhänderin oder in einer ähnlichen Eigenschaft für die Gläubiger.
9. Die hierin verwendeten und nicht anders definierten Begriffe haben die ihnen in den Bedingungen zugewiesene Bedeutung.
10. Diese Garantie unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
11. Diese Garantie ist in deutscher Sprache abgefasst und in die englische Sprache übersetzt. Die deutschsprachige Fassung ist verbindlich und allein maßgeblich.
12. Das Original dieser Garantie wird der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ausgehändigt und von dieser verwahrt.
13. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten gegen die Garantin aus oder im Zusammenhang mit dieser Garantie ist Frankfurt am Main.
14. Jeder Gläubiger einer Schuldverschreibung kann in jedem Rechtsstreit gegen die Garantin und in jedem Rechtsstreit, in dem er und die Garantin Partei sind, seine aus dieser Garantie hervorgehenden Rechte auf der Grundlage einer von einer vertretungsberechtigten Person der Deutsche Bank Aktiengesellschaft beglaubigten Kopie dieser Garantie ohne Vorlage des Originals im eigenen Namen wahrnehmen und durchsetzen.

Karlsruhe, 28. Januar 2002
Energie Baden-Württemberg AG

Wir nehmen die Bestimmungen der vorstehenden Garantie an.

Frankfurt am Main, 28. Januar 2002
Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Erläuterung zur Garantie

Die Wesentlichen Tochtergesellschaften werden in Ziffer 4. (d) der Garantie definiert. Im letzten Satz dieser Ziffer werden die Salamander AG, die U-plus Umweltservice AG und die APCOA Parking AG ausdrücklich von dieser Definition ausgenommen.

Die Firma "Salamader AG" ist mittlerweile in "EnBW Beteiligungen AG" geändert worden und das Unternehmen APCOA Parking AG gehört nicht mehr zum EnBW Konzern.

Der wesentliche Geschäftsbetrieb der U-plus Umweltservice AG, bestehend insbesondere aus den wesentlichen Beteiligungen der Gesellschaft, wurde an ein Unternehmen der ALBA Gruppe verkauft.

Die Emissionsbedingen sind in Hinblick auf diese Änderungen angepasst worden. Einer Anpassung der Garantie bedarf es nicht.

GUARANTEE
(non-binding English translation)
of
Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, Federal Republic of Germany,
for the benefit of the holders of notes (the "Notes"),
issued by
EnBW International Finance B.V., Amersfoort, The Netherlands,
under the Debt Issuance Programme (the "Programme")

WHEREAS:

- (A) Energie Baden-Württemberg AG ("EnBW AG") and EnBW International Finance B.V. ("EnBW Finance") intend to issue Notes under the Programme from time to time, the outstanding aggregate nominal amount of which will not exceed the Programme Amount.
- (B) The Notes will be issued with Terms and Conditions under German law (as amended, supplemented or modified by the applicable Final Terms, the "Conditions").
- (C) Energie Baden-Württemberg AG (the "Guarantor") wishes to guarantee the due payment of principal and interest and any other amounts payable in respect of any and all Notes that may be issued by EnBW Finance under the Programme.

IT IS AGREED AS FOLLOWS:

- (1) The Guarantor unconditionally and irrevocably guarantees to the holder of each Note (which expression shall include any Temporary Global Note or Permanent Global Note representing Notes) (each a "Holder") issued by EnBW Finance now or at any time hereafter under the Programme, the due and punctual payment of the principal of, and interest on, the Notes and any other amounts which may be expressed to be payable under any Note, as and when the same shall become due, in accordance with the Conditions.
- (2) This Guarantee constitutes an irrevocable, unsecured (subject to paragraph (4) hereunder) and unsubordinated obligation of the Guarantor and ranks *pari passu* with all other present or future unsecured and unsubordinated obligations of the Guarantor outstanding from time to time, subject to any obligations preferred by law.
- (3) All amounts payable in respect of this Guarantee shall be made without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes or duties of whatever nature imposed or levied by way of withholding or deduction by or in or for the account of the Federal Republic of Germany or any political subdivision or any authority thereof or therein having power to tax unless such withholding or deduction is required by law. In such event, the Guarantor will pay such additional amounts (the "Additional Amounts") as shall be necessary in order that the net amounts received by the Holders, after such withholding or deduction shall equal the respective amounts which would otherwise have been receivable in the absence of such withholding or deduction; except that no such Additional Amounts shall be payable on account of any taxes or duties which:
 - (a) are payable otherwise than by withholding or deduction from amounts payable, or
 - (b) are payable by reason of the Holder having, or having had, some personal or business connection with the Federal Republic of Germany and not merely by reason of the fact that payments in respect of the Notes are, or for purposes of taxation are deemed to be, derived from sources in, or are secured in the Federal Republic of Germany, or
 - (c) are withheld or deducted from a payment to an individual and are required to be made pursuant to any European Union Directive on the taxation of savings implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting of 26 – 27 November 2000 or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to, such Directive, or
 - (d) are payable by reason of a change in law that becomes effective more than 30 days after the relevant payment of principal or interest becomes due, or, if later, is duly provided for and notice thereof is published in accordance with the Conditions, or
 - (e) are deducted or withheld by a Paying Agent from a payment if the payment could have been made by another Paying Agent without such deduction or withholding.

- (4) (a) so long as any Note of the Guarantor or EnBW Finance issued under the Programme remains outstanding, but only up to the time as principal and interest payable under or in respect of the Notes have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, the Guarantor has undertaken not to create or permit to subsist any mortgage, charge, pledge, lien or other encumbrance *in rem* (together, “**encumbrances in rem**”) upon any or all of its present or future assets as security for any present or future Capital Market Indebtedness (as defined below) of the Guarantor or any third party, unless the Notes at the same time share *pari passu* and *pro rata* in such security or unless such other security as may be approved by an independent accounting firm as being equivalent security has been made available to the Holders. This does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a company which has merged with the Guarantor or which has been acquired by the Guarantor, **provided that** such encumbrance was already in existence at the time of the merger or the acquisition, unless the encumbrance *in rem* was created for the purpose of financing the merger or the acquisition or was increased in amount or extended following the merger or the acquisition. Furthermore, sentence 1 of this paragraph (4) (a) does also not apply to encumbrances created to secure Capital Market Indebtedness, the purpose of which is to finance in whole or in part or to re-finance the acquisition, establishment or development of projects; **provided that** (i) the recourse of the holders of such Capital Market Indebtedness is limited to assets pertaining to such project (including any interests in project companies) and customary guarantees issued in accordance with market practice as the source of repayment; and (ii) the encumbrances are created exclusively upon these assets. Any security which is to be provided pursuant to this paragraph may, alternatively, also be provided to a Trustee (as defined below) for the Holders.
- (b) so long as any Notes remain outstanding but only up to the time all amounts of principal and interest have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, the Guarantor further undertakes to procure to the extent legally possible in accordance with its bona fide judgement, that its Principal Subsidiaries (as defined below) will not create or permit to subsist any encumbrances *in rem* upon any or all of its present or future assets to secure any present or future Capital Market Indebtedness (as defined below) of the relevant Principal Subsidiary or any third party. This does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a subsidiary, which becomes Principal Subsidiary during the term of the Notes, **provided that** such encumbrance was already in existence at this time, unless the encumbrance *in rem* was increased in amount or extended. Furthermore, sentence 1 of this paragraph (4) (b) does not apply to the extent any encumbrance *in rem* was created for any Capital Market Indebtedness of a company which has merged with the Principal Subsidiary or which has been acquired by the Principal Subsidiary, **provided that** such encumbrance was already in existence at the time of the merger or the acquisition, unless the encumbrance *in rem* was created for the purpose of financing the merger or the acquisition or was increased in amount or extended following the merger or the acquisition. Finally, the provision stated in sentence 1 of this paragraph (4) (b) does not apply to encumbrances created to secure Capital Market Indebtedness, the purpose of which is to finance in whole, in part or to re-finance the acquisition, establishment or development of projects; **provided that** (i) the recourse of the holders of such Capital Market Indebtedness is limited to assets pertaining to such project (including any interests in project companies) and customary guarantees issued in accordance with market practice as the source of repayment; and (ii) the encumbrances are created exclusively upon these assets. Any security which is to be provided pursuant to this paragraph 4(b) may, alternatively, also be provided to a Trustee (as defined below) for the Holders.
- (c) “**Capital Market Indebtedness**” shall mean any present or future obligation for the payment of borrowed money which is in the form of, or represented or evidenced by, bonds, or other instruments which are, or are intended to be, listed, quoted, dealt in or traded on any stock exchange or in any organised market and any guarantee or other indemnity in respect of such obligation.
- (d) “**Principal Subsidiary**” shall mean any company which was consolidated in the latest group accounts of the Guarantor and (i) whose sales as shown in its audited, non-consolidated accounts (or where the subsidiary concerned itself prepares consolidated

accounts, consolidated sales as shown in its audited, consolidated accounts) which have been used for the purposes of the latest audited, consolidated group accounts of the Guarantor, amount to at least five per cent. of the overall Sales of the Guarantor and its consolidated subsidiaries, as shown in its latest audited, consolidated group accounts; and (ii) whose total assets as shown in its audited, non-consolidated accounts (or where the subsidiary concerned itself prepares consolidated accounts, consolidated total assets as shown in its audited, consolidated accounts) which have been used for the purposes of the latest audited, consolidated group accounts of the Guarantor, amount to at least five per cent. of the overall total assets of the Guarantor and its consolidated subsidiaries, as shown in its latest audited, consolidated group accounts. The following companies are not Principal Subsidiaries within the meaning of this subparagraph: (i) Salamander AG; (ii) U-plus Umweltservice AG; and (iii) APCOA Parking AG.

- (e) "**Trustee**" shall mean a bank, financial institution, or accounting firm of recognised international standing acting as trustee for the Holders, appointed by the Issuer and the Guarantor with the consent of the Fiscal Agent.
 - (5) The obligations of the Guarantor under this Guarantee (i) shall be separate and independent from the obligations of EnBW Finance under the Notes, (ii) shall exist irrespective of the legality, validity and binding effect or enforceability of the Notes, and (iii) shall not be affected by any event, condition or circumstance of whatever nature, whether factual or legal, save the full, definitive and irrevocable satisfaction of any and all payment obligations expressed to be assumed under the Notes.
 - (6) The obligations of the Guarantor under this Guarantee shall, without any further act or thing being required to be done or to occur, extend to the obligations of any Substituted Debtor which is not the Guarantor arising in respect of any Note by virtue of a substitution pursuant to the Conditions.
 - (7) This Guarantee and all undertakings contained herein constitute a contract for the benefit of the Holders from time to time as third party beneficiaries pursuant to §328 (1) BGB (German Civil Code)². They give rise to the right of each such Holder to require performance of the obligations undertaken herein directly from the Guarantor, and to enforce such obligations directly against the Guarantor.
- Each Holder has the right in case of the non-performance of any payments on Notes under the Guarantee in order to prevail the Guarantee to file a suit directly against the Guarantor without the need to take prior proceedings against EnBW Finance.
- (8) Deutsche Bank Aktiengesellschaft which accepted this Guarantee, in its capacity as Fiscal Agent does not act in a relationship of agency or trust, a fiduciary or in any other similar capacity for the Holders.
 - (9) Terms used in this Guarantee and not otherwise defined herein shall have the meaning attributed to them in the Conditions.
 - (10) This Guarantee shall be governed by, and construed in accordance with, German law.
 - (11) This Guarantee is written in the German language and attached hereto is a non-binding English translation.
 - (12) The original version of this Guarantee shall be delivered to, and kept by, Deutsche Bank Aktiengesellschaft.
 - (13) Exclusive place of jurisdiction for all legal proceedings arising out of or in connection with this Guarantee against the Guarantor shall be Frankfurt am Main.
 - (14) On the basis of a copy of this Guarantee certified as being a true copy by a duly authorised officer of Deutsche Bank Aktiengesellschaft each Holder may protect and enforce in his own name his rights arising under this Guarantee in any legal proceedings against the Guarantor or to which such Holder and the Guarantor are parties, without the need for production of this Guarantee in such proceedings.

² An English language translation of §328 (1) BGB (German Civil Code) reads as follows: "A contract may stipulate performance for the benefit of a third party, to the effect that the third party acquires the right directly to demand performance".

Karlsruhe, 28 January 2002
Energie Baden-Württemberg AG

We accept the terms of the above Guarantee.

Frankfurt am Main, 28 January 2002
Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Explanation regarding the Guarantee

The Principal Subsidiaries are defined in number 4. (d) of the Guarantee. In the last sentence thereof the Salamander AG, the U-plus Umweltservice AG und the APCOA Parking AG are explicitly excluded from this definition.

The legal name of "Salamader AG" changed in the meantime to "EnBW Beteiligungen AG" and the company APCOA Parking AG is no more part of the EnBW Group.

The main business of U-plus Umweltservice AG, consisting especially of the fundamental subsidiaries of the company, was sold to an enterprise of the ALBA group.

The terms and conditions of the Notes have been adjusted with respect to these changes. An adjustment of the Guarantee is not necessary.

In case of Notes to be listed on any regulated market or publicly offered in one or more member states of the European Economic Area, the Final Terms of Notes issued by EnBW AG and EnBW Finance will be displayed in electronic form on the website of EnBW AG (www.enbw.com) and, if the Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, in addition on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu).

Falls Schuldverschreibungen, die an einem regulierten Markt notiert oder öffentlich in einem oder mehreren Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes werden, werden die Endgültigen Bedingungen von Schuldverschreibungen, die von der EnBW AG oder der EnBW Finance begeben werden, in elektronischer Form auf der Internetseite der EnBW AG (www.enbw.com) und, falls die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Wertpapierbörse notiert werden, zusätzlich auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörse (www.bourse.lu) angezeigt.

FORM OF FINAL TERMS (MUSTER – ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN)

[Date]

[Datum]

Final Terms

Endgültige Bedingungen

[Title of relevant Series of Notes]

[Bezeichnung der betreffenden Serie der Schuldverschreibungen]

issued pursuant to the
begeben aufgrund des

Euro 5,000,000,000

Debt Issuance Programme

of
der

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

and
und

EnBW International Finance B.V.

dated 18 April 2008

vom 18. April 2008

Issue Price: [] per cent.

Ausgabepreis: []%

Settlement Date: []¹

Tag der Begebung: []

Series No.: []

Serien Nr.: []

1 The Settlement Date is the date of payment and settlement of the Notes. In the case of free delivery, the Settlement Date is the delivery date.

Der Tag der Begebung ist der Tag, an dem die Schuldverschreibungen begeben und bezahlt werden. Bei freier Lieferung ist der Tag der Begebung der Tag der Lieferung.

These Final Terms are issued to give details of an issue of Notes under the Euro 5,000,000,000 Debt Issuance Programme of EnBW Energie Baden-Württemberg AG and EnBW International Finance B.V. (the "**Programme**"). Full information on EnBW AG and EnBW Finance and the offer of the Notes is only available on the basis of the combination of the Debt Issuance Programme Prospectus pertaining to the Programme dated 18 April 2008 (the "**Prospectus**") which constitutes a base prospectus for the purpose of the Prospectus Directive (Directive 2003/71/EC (the "Prospectus Directive")) and these Final Terms. The Prospectus and any supplement thereto are available for viewing in electronic form on the website of EnBW AG (www.enbw.com) and, if the Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, in addition on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu), and copies may be obtained from EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Federal Republic of Germany.

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten Angaben zur Emission von Schuldverschreibungen unter dem Euro 5.000.000.000 Debt Issuance Programme der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und der EnBW International Finance B.V. (das "**Programm**"). Vollständige Informationen über EnBW AG und EnBW Finance und das Angebot der Schuldverschreibungen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Debt Issuance Programme Prospekt vom 18. April 2008 über das Programm (der "**Prospekt**"), welcher ein Basisprospekt im Sinne der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EC (die "Prospektrichtlinie")) ist, zusammengenommen werden. Der Prospekt sowie jeder Nachtrag können in elektronischer Form auf der Internetseite des EnBW Konzerns (www.enbw.com) und, sofern die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Wertpapierbörsen notiert werden, auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörsen (www.bourse.lu) eingesehen werden. Kopien sind erhältlich bei der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Part I: Terms and Conditions

Teil I: Emissionsbedingungen

[In the case of Long-form Conditions, insert:

Im Fall von nicht konsolidierten Bedingungen einfügen:

This part I of the Final Terms is for the purpose of Article 5.4 of the Prospectus Directive to be read in conjunction with the Terms and Conditions of the Notes (the "**Terms and Conditions**") set forth in the Debt Issuance Programme Prospectus pertaining to the Programme dated 18 April 2008. Capitalised Terms not otherwise defined herein shall have the meanings specified in the Terms and Conditions.

*Dieser Teil I der Endgültigen Bedingungen ist im Sinne des Artikel 5.4 der Prospektrichtlinie in Verbindung mit den Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen (die "**Emissionsbedingungen**") zu lesen, die in der Fassung vom 18. April 2008 des Debt Issuance Programme Prospekts über das Programm enthalten sind. Begriffe, die in den Emissionsbedingungen definiert sind, haben, falls die Endgültigen Bedingungen nicht etwas anderes bestimmen, die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden.*

All references in these Final Terms to numbered Articles and sections are to Articles and sections of the Terms and Conditions.

Bezugnahmen in diesen Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen und Absätze beziehen sich auf die Paragraphen und Absätze der Emissionsbedingungen.

All provisions in the Terms and Conditions corresponding to items in these Final Terms which are either not selected or completed or which are deleted shall be deemed to be deleted from the terms and conditions applicable to the Notes (the "**Conditions**").

*Sämtliche Bestimmungen der Emissionsbedingungen, die sich auf Variablen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Emissionsbedingungen (die "**Bedingungen**") gestrichen.]*

[In the case of Integrated Conditions, insert:

Im Fall von konsolidierten Bedingungen einfügen:

The Integrated Conditions applicable to the Notes [and the [German][English] language translation thereof, if any,] are attached hereto. The Integrated Conditions shall take precedence over any conflicting term set forth in these Final Terms.

Die für die Schuldverschreibungen geltenden konsolidierten Bedingungen [und eine [deutschsprachige][englischsprachige] Übersetzung] sind diesen Endgültigen Bedingungen beigefügt. Die konsolidierten Bedingungen gehen etwaigen abweichenden Bestimmungen dieser Endgültigen Bedingungen vor.]

- 2 To be determined in consultation with the Issuer. It is anticipated that Long-Form Conditions will generally be used for Notes in bearer form sold on a non-syndicated basis and which are not publicly offered. Integrated Conditions will generally be used for Notes in bearer form sold and distributed on a syndicated basis. Integrated Conditions will be required where the Notes are to be publicly offered, in whole or in part, or to be distributed, in whole or in part, to non-professional investors.
Die Form der Bedingungen ist in Abstimmung mit der Emittentin festzulegen. Es ist vorgesehen, dass nicht-konsolidierte Bedingungen für Inhaberschuldverschreibungen verwendet werden, die auf nicht syndizierter Basis verkauft und die nicht öffentlich zum Verkauf angeboten werden. Konsolidierte Bedingungen werden in der Regel für Inhaberschuldverschreibungen verwendet, die auf syndizierter Basis verkauft und vertrieben werden. Konsolidierte Bedingungen sind erforderlich, wenn die Schuldverschreibungen insgesamt oder teilweise an nicht berufsmäßige oder gewerbliche Investoren verkauft werden.
- 3 To be determined in consultation with the Issuer. It is anticipated that, subject to any stock exchange or legal requirements applicable from time to time, and unless otherwise agreed, in the case of Notes in bearer form sold and distributed on a syndicated basis, German will be the controlling language. In the case of Notes in bearer form publicly offered, in whole or in part, in the Federal Republic of Germany, or distributed, in whole or in part, to non-professional investors in the Federal Republic of Germany, German will be the controlling language. If, in the event of such public offer or distribution to non-professional investors, however, English is chosen as the controlling language, a German language translation of the Conditions will be available from the principal office of EnBW Energie Baden-Württemberg AG.
In Abstimmung mit der Emittentin festzulegen. Es wird erwartet, dass vorbehaltlich geltender Börsen- oder anderer Bestimmungen und soweit nicht anders vereinbart, die deutsche Sprache für Inhaberschuldverschreibungen maßgeblich sein wird, die auf syndizierter Basis verkauft und vertrieben werden. Falls Inhaberschuldverschreibungen insgesamt oder teilweise öffentlich zum Verkauf in der Bundesrepublik Deutschland angeboten oder an nicht berufsmäßige oder gewerbliche Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft werden, wird die deutsche Sprache maßgeblich sein. Falls bei einem solchen öffentlichen Verkaufsangebot oder Verkauf an nicht berufsmäßige oder gewerbliche Investoren die englische Sprache als maßgeblich bestimmt wird, wird eine deutschsprachige Übersetzung der Bedingungen bei der Hauptgeschäftsstelle der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erhältlich sein.

Issuer []

Emittentin

Guarantor []

Garantin

Form of Conditions²

Form der Bedingungen

Long-Form
Nicht-konsolidierte Bedingungen

Integrated
Konsolidierte Bedingungen

Language of Conditions³

Sprache der Bedingungen

German only
ausschließlich Deutsch

English only
ausschließlich Englisch

English and German (English binding)
Englisch und Deutsch (englischer Text maßgeblich)

German and English (German binding)
Deutsch und Englisch (deutscher Text maßgeblich)

CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS (§ 1)
WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, DEFINITIONEN (§ 1)

Currency and Denomination

Währung und Stückelung

4 The minimum denomination of the Notes issued will be Euro 1,000 or an amount in any other currency which is at least equivalent on the issue date.

Die Mindeststückelung der Schuldverschreibungen, die begeben werden, ist Euro 1.000 oder ein am Tag der Begebung diesem Betrag mindestens entsprechender Betrag in einer anderen Währung.

5 Applicable only if Notes have an initial maturity of one year or less.

Nur anwendbar bei Schuldverschreibungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von einem Jahr oder weniger.

Specified Currency <i>Festgelegte Währung</i>	[]
Aggregate Principal Amount <i>Gesamtnennbetrag</i>	[]
Specified Denomination ⁴ <i>Festgelegte Stückelung</i>	[]
Minimum Principal Amount for Transfers (specify) <i>Mindestnennbetrag für Übertragungen (angeben)</i>	[]

New Global Note

New Global Note

[Yes/No]

[Ja/Nein]

TEFRA C

TEFRA C

Permanent Global Note

Dauerglobalurkunde

TEFRA D

TEFRA D

Temporary Global Note exchangeable for Permanent Global Note

Vorläufige Globalurkunde austauschbar gegen Dauerglobalurkunde

Neither TEFRA D nor TEFRA C⁵

Weder TEFRA D noch TEFRA C

Permanent Global Note

Dauerglobalurkunde

Certain Definitions

Definitionen

Clearing System

Clearingsystem

Clearstream Banking AG
Neue Börsenstraße 1
60487 Frankfurt am Main
Germany

Clearstream Banking, société anonyme
42 Avenue JF Kennedy
1855 Luxembourg
The Grand Duchy of Luxembourg

Euroclear Bank S.A./N.V., as Operator of the Euroclear System
1 Boulevard du Roi Albert II
1210 Brussels
Kingdom of Belgium
Euroclear Bank S.A./N.V., als Betreiberin des Euroclear System
1 Boulevard du Roi Albert II
1210 Brussels
Kingdom of Belgium

Other – specify
sonstige (angeben)

Calculation Agent

Berechnungsstelle

[Yes/No]

[Ja/Nein]

Fiscal Agent

- Other (specify) []
sonstige (angeben)

INTEREST (§ 3)

ZINSEN (§ 3)

- Fixed Rate Notes**

Festverzinsliche Schuldverschreibungen

Rate of Interest and Interest Payment Dates

Zinssatz und Zinszahlungstage

Rate of Interest [] per cent. per annum
Zinssatz []% per annum

Interest Commencement Date []
Verzinsungsbeginn

Fixed Interest Date(s) []
Festzinsterm(e)

First Interest Payment Date []
Erster Zinszahlungstag

Initial Broken Amount(s) (for the Specified Denomination) []
Anfängliche(r) Bruchteilzinsbetrag(-beträge)
(für die festgelegte Stückelung)

Fixed Interest Date preceding the Maturity Date []
Festzinsterm, der dem Fälligkeitstag vorangeht

Final Broken Amount(s) (per Specified Denomination) []
Abschließende(r) Bruchteilzinsbetrag(-beträge)
(für jede festgelegte Stückelung)

6 Insert regular Interest Dates ignoring Issue Date or Maturity Date in the case of a long or short first or last Coupon. N.B. only relevant where the Specified Currency is Euro and the Date Count Fraction is Actual/Actual (ICMA).
Einzusetzen sind die festen Zinstermine, wobei im Falle eines langen oder kurzen ersten oder letzten Kupons der Tag der Begebung bzw. der Fälligkeitstag nicht zu berücksichtigen sind; nur einschlägig, falls die festgelegte Währung Euro ist und der Zinstagquotient Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist.

Determination Date(s)⁶ [] in each year
Feststellungstermin(e) [] in jedem Jahr

Floating Rate Notes
Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

Interest Payment Dates
Zinszahlungstage

Interest Commencement Date []
Verzinsungsbeginn

Specified Interest Payment Dates []
Festgelegte Zinszahlungstage

Specified Interest Period(s) [] [weeks/months/other – specify]
Festgelegte Zinsperiode(n) [] [Wochen/Monate/andere – angeben]

Business Day Convention
Geschäftstagskonvention

- Modified Following Business Day Convention
Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention
- FRN Convention (specify period(s)) [] [months/other – specify]
FRN Konvention (Zeitraum angeben) [] [Monate/andere – angeben]
- Following Business Day Convention
Folgender-Geschäftstag-Konvention
- Preceding Business Day Convention
Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention

Relevant Financial Centres []
Relevante Finanzzentren

Adjustment of interest [yes/no]
Anpassung der Zinsen [ja/nein]

Rate of Interest
Zinssatz

- Screen Rate Determination
Bildschirmfeststellung
- EURIBOR ([11.00 a.m.] Brussels time/TARGET Business Day/
 Interbankmarket in the Euro-zone)
*EURIBOR ([11.00] Brüsseler Ortszeit/TARGET Geschäftstag/
 Interbankenmarkt in der Euro-Zone)*
Screen page []
Bildschirmseite

⁷ ISDA Determination should only be applied in the case of Notes permanently represented by a Global Note because the ISDA Agreement and the ISDA Definitions have to be attached to the relevant Notes.

ISDA-Feststellung sollte nur dann gewählt werden, wenn die betreffenden Schuldverschreibungen durch eine Dauerglobalurkunde verbrieft werden, weil das ISDA-Agreement und die ISDA Definitions den Schuldverschreibungen beizufügen sind.

- LIBOR (London time/London Business Day/London Interbank Market)
LIBOR (Londoner Ortszeit/Londoner Geschäftstag/Londoner **Interbankmarkt**)
Screen page []
Bildschirmseite
 - Other (specify) []
Sonstige (angeben)
 - Screen page []
Bildschirmseite
 - Other applicable rounding provision (specify) []
Andere anwendbare Rundungsbestimmung (angeben)
- Margin [] per cent. per annum
Marge []% per annum
- plus
plus
 - minus
minus
- Interest Determination Date []
Zinsfestlegungstag
- second Business Day prior to commencement of Interest Period
zweiter Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode
 - first day of each Interest Period
erster Tag der jeweiligen Zinsperiode
 - other (specify) []
sonstige (angeben)
- Reference Banks (if other than as specified in § 3(2)) (specify) []
Referenzbanken (sofern abweichend von § 3 Absatz 2) (angeben)
- ISDA Determination⁷** [specify details]
ISDA-Feststellung [**Details einfügen**]
- Other Method of Determination (insert details (including Margin, Interest Determination Date, Reference Banks, fall-back provisions)) []
Andere Methoden der Bestimmung (Einzelheiten angeben (einschließlich Marge, Zinsfestlegungstag, Referenzbanken, Ausweichbestimmungen))

Minimum and Maximum Rate of Interest**Mindest- und Höchstzinssatz**

Minimum Rate of Interest [] per cent. per annum
Mindestzinssatz []% per annum

Maximum Rate of Interest [] per cent. per annum
Höchstzinssatz []% per annum

Zero Coupon Notes

Nullkupon-Schuldverschreibungen**Accrual of Interest****Auflaufende Zinsen**

Amortisation Yield []
Emissionsrendite

Other structured Floating Rate Notes

[]

Sonstige strukturierte variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

(set forth details in full here (including fall back provisions,
if the relevant reference rate is not available))

(*Einzelheiten einfügen (einschließlich Ausweichbestimmungen,
wenn der maßgebliche Referenzsatz nicht verfügbar ist)*)

Dual Currency Notes

[]

Doppelwährungs-Schuldverschreibungen

(set forth details in full here (including exchange rate(s) or basis for
calculating exchange rate(s) to determine interest, a description of any market
disruption or settlement disruption events that affect the underlying and adjustment
rules with relation to events concerning the underlying))

(*Einzelheiten einfügen (einschließlich Wechselkurs(e) oder Grundlage für
die Berechnung des/der Wechselkurs(e) zur Bestimmung von Zinsbeträgen,
eine Beschreibung etwaiger Störungen des Marktes oder bei der Abrechnung,
die den Basiswert beeinflussen sowie Korrekturvorschriften in Bezug
auf Vorfälle, die den Basiswert beeinflussen)*)

Partly Paid Notes

[]

Teileingezahlte Schuldverschreibungen

(set forth details in full here (including amount of each instalment/

due dates for payment/consequences of failure to pay/interest rate))

(*Einzelheiten einfügen (einschließlich Höhe der Raten/
Ratenzahlungstermine/Konsequenzen bei Nicht-Zahlung/Zinssatz)*)

Instalment Notes

[]

Raten-Schuldverschreibungen

(set forth details in full here)

(*Einzelheiten einfügen*)

Index Linked Interest Notes

[]

Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung

(set forth details in full here, (including index/formula, basis for calculating
interest, a description of any market disruption or settlement disruption

events that affect the underlying and adjustment rules with relation to events concerning the underlying)
(*Einzelheiten einfügen, (einschließlich des Index/der Formel, der Grundlage für die Berechnung der Zinsbeträge, eine Beschreibung etwaiger Störungen des Marktes oder bei der Abrechnung, die den Basiswert beeinflussen sowie Korrekturvorschriften in Bezug auf Vorfälle, die den Basiswert beeinflussen)*)

Equity Linked Interest Notes

[]

Equity Linked Interest Notes

(set forth details in full (including basis for calculating interest and a description of any market disruption or settlement disruption events that affect the underlying and adjustment rules with relation to events concerning the underlying))

(*Einzelheiten einfügen (einschließlich der Grundlagen für die Berechnung der Zinsbeträge sowie eine Beschreibung etwaiger Störungen des Marktes oder bei der Abrechnung, die den Basiswert beeinflussen, sowie Korrekturvorschriften in Bezug auf Vorfälle, die den Basiswert beeinflussen)*)

Credit Linked Interest Notes

[]

Credit Linked Interest Notes

(set forth details in full (including basis for calculating interest and a description of the reference entity and its obligation))

(*Einzelheiten einfügen (einschließlich der Grundlagen für die Berechnung der Zinsbeträge sowie eine Beschreibung der Bezugsgesellschaft und ihrer Verpflichtungen)*)

Other structured Interest Rate Notes

[]

Anders strukturierte verzinsliche Schuldverschreibungen

(set forth details in full here (including fall back provisions, if the relevant reference rate is not available))

(*Einzelheiten einfügen (einschließlich Ausweichbestimmungen, wenn der maßgebliche Referenzsatz nicht verfügbar ist)*)

Day Count Fraction

Zinstagequotient

- Actual/365 (Actual/Actual)
- Actual/Actual (ICMA)
- Actual/365 (Fixed)
- Actual/360
- 30/360 or 360/360 (Bond Basis)
- 30E/360 (Eurobond Basis)
- Other

Sonstige

PAYMENTS (§ 4)

ZAHLUNGEN (§ 4)

Payment Business Day

Zahlungstag

- Relevant Financial Centre(s) (specify all)
Relevante Finanzzentren (alle angeben)

[]

REDEMPTION (§ 5)
RÜCKZAHLUNG (§ 5)

Final Redemption

Rückzahlung bei Endfälligkeit

Maturity Date []
Fälligkeitstag

Redemption Month []
Rückzahlungsmonat

Final Redemption Amount
Rückzahlungsbetrag

- Principal amount
Nennbetrag
- Final Redemption Amount (for the Specified Denomination)** []
Rückzahlungsbetrag (für die festgelegte Stückelung)

Early Redemption

Vorzeitige Rückzahlung

Early Redemption at the Option of the Issuer [Yes/No]
Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin [Ja/Nein]

Minimum Redemption Amount []
Mindestrückzahlungsbetrag

Higher Redemption Amount []
Höherer Rückzahlungsbetrag

Call Redemption Date(s) []
Wahlrückzahlungstag(e) (Call)

Call Redemption Amount(s) []
Wahlrückzahlungsbetrag/-beträge (Call)

Minimum Notice to Holders []
Mindestkündigungsfrist

Maximum Notice to Holders []
Höchstkündigungsfrist

Early Redemption at the Option of a Holder [Yes/No]
Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Gläubigers [Ja/Nein]

Put Redemption Date(s) []
Wahlrückzahlungstag(e) (Put)

Put Redemption Amount(s) []
Wahlrückzahlungsbetrag/-beträge (Put)

Minimum Notice to Issuer [] days
Mindestkündigungsfrist [] Tage

Maximum Notice to Issuer (never more than 60 days) [] days
Höchstkündigungsfrist (nie mehr als 60 Tage) [] Tage

8 Not to be completed if Fiscal Agent is to be appointed as Calculation Agent.
Nicht auszufüllen, falls Fiscal Agent als Berechnungsstelle bestellt werden soll.

Early Redemption Amount
Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag

Zero Coupon Notes:
Nullkupon-Schuldverschreibungen

Reference Price []
Referenzpreis

Dual Currency Notes []

Doppelwährungs-Schuldverschreibungen

(set forth details in full here (including exchange rate(s) or basis for calculating exchange rate(s) to determine principal/fall-back provisions))
(*Einzelheiten einfügen (einschließlich Wechselkurs(e) oder Grundlage für die Berechnung des/der Wechselkurs(e) zur Bestimmung von Kapitalbeträgen/Ausweichbestimmungen)*)

Partly Paid Notes []

Teileingezahlte Schuldverschreibungen

(set forth details in full here (including amount of each instalment/ due dates for payment/consequences of failure to pay/interest rate))
(*Einzelheiten einfügen (einschließlich Höhe der Raten/ Ratenzahlungstermine/Konsequenzen bei Nicht-Zahlung/Zinssatz)*)

Index Linked Redemption Notes []

Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Rückzahlung

(set forth details in full here or in an attachment)
(*Einzelheiten hier oder in einer Anlage einfügen*)

Equity Linked Redemption Notes []

Equity Linked Redemption Notes

(set forth details in full here or in an attachment)
(*Einzelheiten hier oder in einer Anlage einfügen*)

Credit Linked Redemption Notes []

Credit Linked Redemption Notes

(set forth details in full here or in an attachment)
(*Einzelheiten hier oder in einer Anlage einfügen*)

Other structured Redemption Notes []

Schuldverschreibungen mit anders strukturierter Rückzahlung

(set forth details in full here or in an attachment)
(*Einzelheiten hier oder in einer Anlage einfügen*)

AGENTS (§ 6)

Calculation Agent/specified office⁸ []
Berechnungsstelle/bezeichnete Geschäftsstelle

Required location of Calculation Agent (specify) []
Vorgeschriebener Ort für Berechnungsstelle (angeben)

Paying Agents []
Zahlstellen

- Deutsche Bank AG
- Deutsche Bank Luxembourg S.A.
- Additional Paying Agent(s)/specified office(s) []
Zahlstelle(n)/bezeichnete Geschäftsstelle(n)

NOTICES (§ 12)

MITTEILUNGEN (§ 12)

Place and medium of publication

Ort und Medium der Bekanntmachung

- Luxembourg (*Luxemburger Wort*)
Luxemburg (Luxemburger Wort)
- Germany (*Börsen-Zeitung*)
Deutschland (Börsen-Zeitung)
- United Kingdom (Financial Times)
Vereinigtes Königreich (Financial Times)
- Other (specify) []
sonstige (angeben)

Governing law

Anwendbares Recht

German law

Deutsches Recht

Part II: Other Information⁹

Teil II: Andere Angaben

Additional Risk Factors¹⁰

Zusätzliche Risikofaktoren

[specify details]

[*Einzelheiten einfügen*]

Interest of natural and legal persons involved in the issue/offer

Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

- Save as discussed in the Debt Issuance Programme Prospectus under "Interest and Legal Persons involved in the Issue/Offer", so far as the Issuer is aware, no person involved in the offer of the Notes has an interest material to the offer.

Mit Ausnahme der im Debt Issuance Programme Prospekt im Abschnitt "Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind" angesprochenen Interessen besteht bei den an der Emission beteiligten Personen nach Kenntnis der Emittentin kein wesentliches Interesse an dem Angebot.

- Other interest (specify)

Andere Interessen (angeben)

Reasons for the offer¹¹

Gründe für das Angebot

[specify details]

[*Einzelheiten einfügen*]

Estimated net proceeds¹²

Geschätzter Nettobetrag der Erträge

Estimated total expenses of the issue¹³

Geschätzte Gesamtkosten der Emission

9 There is no obligation to complete part II of the Final Terms in its entirety in case of Notes with a minimum denomination of at least EUR 50,000 or its equivalent in any other currency or, as the case may be, in case of Notes with a minimum transfer amount of at least EUR 50,000 or its equivalent in any other currency, provided that such Notes will not be traded on any regulated market or, where applicable, listed on any official list within the European Economic Area. To be completed in consultation with the Issuer on a case by case basis.

Es besteht keine Verpflichtung, Teil II der Endgültigen Bedingungen vollständig auszufüllen bei Schuldverschreibungen mit einer Mindeststückelung von EUR 50.000 oder dem Gegenwert in einer anderen Währung beziehungsweise bei Schuldverschreibungen mit einem Mindestübertragungswert von EUR 50.000 oder dem entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung, sofern diese Schuldverschreibungen nicht an einem geregelten Markt einer Börse des Europäischen Wirtschaftsraums gehandelt oder, wo erforderlich, zu einer offiziellen Liste zugelassen werden. Auszufüllen im Einzelfall in Absprache mit der Emittentin.

10 Include only product risk factors which are not covered under "Risk Factors" in the Debt Issuance Programme Prospectus Nur produktbezogene Risikofaktoren aufnehmen, die nicht bereits im Abschnitt "Risikofaktoren" des Debt Issuance Programme Prospekts aufgeführt sind.

11 See "Use of Proceeds" wording in the Debt Issuance Programme Prospectus. If reasons for the offer is different from making profit and /or hedging certain risks include those reasons here. Not to be completed in case of Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000 which are not derivative securities to which Annex XII of the Commission Regulation 809/2004 applies. Siehe "Verwendung des Erlöses" im Debt Issuance Programme Prospekt. Sofern die Gründe für das Angebot nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken bestehen, sind die Gründe hier anzugeben. Nicht auszufüllen bei Schuldverschreibungen mit einer festgelegten Stückelung von mindestens EUR 50.000, bei denen es sich nicht um derivative Wertpapiere handelt, auf die Anhang XII der Verordnung 809/2004 Anwendung findet.

12 If the Notes are derivative securities (i. e. if the final redemption amount may be less than 100 per cent of the principal amount) to which Annex XII of the Commission Regulation 809/2004 applies it is only necessary to include disclosure of estimated net proceeds where disclosure regarding reasons for the offer is included.

Sofern es sich um derivative Wertpapiere handelt (d. h. Wertpapiere, bei denen der Rückzahlungsbetrag geringer als 100 % des Nennbetrags der Wertpapiere sein kann), auf die Anhang XII der Verordnung 809/2004 Anwendung findet, ist der geschätzte Nettobetrag der Erlöse nur dann zu veröffentlichen, wenn Angaben zu den Gründen für das Angebot gemacht worden sind.

13 If the Notes are derivative securities to which Annex XII of the Commission Regulation 809/2004 applies it is only necessary to include disclosure of total expenses where disclosure regarding reasons for the offer is included.

Sofern es sich um derivative Wertpapiere handelt, auf die Anhang XII der Verordnung 809/2004 Anwendung findet, sind Angaben zu den geschätzten Gesamtkosten nur dann zu veröffentlichen, wenn Angaben zu den Gründen für das Angebot gemacht worden sind.

Securities Identification Numbers

Wertpapierkennnummern

ISIN Code

ISIN Code

Common Code

Common Code

German Securities Code

Wertpapierkennnummer (WKN)

Any other securities number

Sonstige Wertpapierkennnummer

New Global Note intended to be held in a manner which would allow Eurosystem eligibility:

[Not Applicable/Yes/No]

Note that the designation “Yes” simply means that the Notes are intended upon issue to be deposited with one of the ICSDs as common safekeeper and does not necessarily mean that the Note will be recognised as eligible collateral for Eurosystem monetary policy and intra-day credit operations by the Eurosystem either upon issue or at any or all times during their life. Such recognition will depend upon the ECB being satisfied that Eurosystem eligibility criteria have been met.]
[Include this text if “Yes” selected in which case the Notes must be issued in NGN form]”

Nicht Anwendbar [Ja/Nein]

[Zu beachten, dass die Beziehung “Ja” lediglich bedeutet, dass die Teilschuldverschreibungen nach Begebung bei einer der ICSDs als Common Safekeeper hinterlegt werden sollen. Es bedeutet nicht unbedingt, dass die Teilschuldverschreibungen nach Begebung oder während ihrer Existenz als geeignete Sicherheit im Sinne der Währungspolitik des Eurosystems und der taggleichen Überziehung (intra-day credit operations) des Eurosystems anerkannt werden. Eine solche Anerkennung wird von dem Urteil der EZB abhängen, dass die Kriterien für die Eurosystemfähigkeit erfüllt werden.] [Diesen Text einfügen, wenn “Ja” gewählt wird. Dann müssen die Teilschuldverschreibungen als NGN begeben werden.]

Yield¹⁴

Rendite

Yield

[]

Rendite

Method of calculating the yield¹⁵

Berechnungsmethode der Rendite

- ICMA method: The ICMA method determines the effective interest rate notes taking into account accrued interest on a daily basis.

14 Only applicable for Fixed Rate Notes.

Nur bei festverzinslichen Schuldverschreibungen anwendbar.

15 Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000.

Nicht erforderlich bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von mindestens EUR 50.000.

ICMA Methode: Die ICMA Methode ermittelt den effektiven Zinssatz von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen.

- Other method (specify)
Andere Methoden (angeben)
- Historic Interest Rates¹⁶**
Zinssätze der Vergangenheit

Details of historic [EURIBOR][EURO-LIBOR][LIBOR][OTHER] rates can be obtained from [insert relevant Screen Page]

Einzelheiten der Entwicklung der [EURIBOR][EURO-LIBOR][LIBOR][OTHER] Sätze in der Vergangenheit können abgerufen werden unter [relevante Bildschirmseite einfügen]

- Details relating to the Performance of the [Index][Formula][Other Variable].¹⁷**
Einzelheiten hinsichtlich der Entwicklung des [Index][der Formel][einer anderen Variablen].
[specify details here (including where information relating to past and future performance and volatility of the index/formula/other variable can be obtained)
[Einzelheiten hier angeben (einschließlich, wo Informationen über die vergangene und künftige Weiterentwicklung sowie die Volatilität des Index/der Formel/einer anderen Variablen eingeholt werden können)

Name of Index¹⁸

[]

Bezeichnung des Index

Description of index¹⁹/Details of where information about index can be obtained

[]

Indexbeschreibung²⁰/Angaben, wo Informationen zum Index zu finden sind

Description of interest rate²¹

[]

Beschreibung des Zinssatzes

Other equivalent information regarding the underlying (including, in the case of a basket of underlyings, a disclosure of the relevant weightings of each underlying in the basket, and in the case of securities as underlying, the name of the issuer and the ISIN of the security)²²

[]

Sonstige gleichwertige Informationen bezüglich des Basiswertes (einschließlich, im Falle eines Korbs von Basiswerten, die Angabe der entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswertes im Korb und, im Falle von Wertpapieren als Basiswert, der Name der Emittentin und die ISIN des Wertpapiers)

Comprehensive explanation of how the value of the Investment is affected by the underlying and the circumstances when risks are most evident²³

[insert details here]

16 Only applicable for Floating Rate Notes. Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000.
Nur bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen anwendbar. Nicht anwendbar auf Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von mindestens EUR 50.000.

17 Only applicable for Index Linked or other Variable Linked Notes.

Nur bei indexgebundenen und anderen an eine Variable gebundenen Schuldverschreibungen anwendbar.

18 Only applicable for Notes where the underlying is an index.

Nur bei Schuldverschreibungen anwendbar, denen ein Index als Basiswert zugrunde liegt.

19 Only applicable for Notes where the underlying is an index. In case the Index is composed by the Issuer.

Nur bei Schuldverschreibungen anwendbar, denen ein Index als Basiswert zugrunde liegt, sofern der Index von der Emittentin zusammengestellt wird.

20 Only applicable for Notes where the underlying is an Index, in case the index is not composed by the Issuer.

Nur bei Schuldverschreibungen anwendbar, denen ein Index als Basiswert zugrunde liegt, sofern der Index nicht von der Emittentin zusammengestellt wird.

21 Only applicable for Notes where the underlying is an Interest rate.

Nur bei Schuldverschreibungen anwendbar, denen ein Zinssatz als Basiswert zugrunde liegt.

22 Only applicable for Notes where the underlying is not an index.

Nur bei Schuldverschreibungen anwendbar, denen kein Index als Basiswert zugrunde liegt.

23 Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000 or a minimum transfer amount of at least EUR 50,000.

Nicht erforderlich bei Schuldverschreibungen mit einer festgelegten Stückelung von mindestens EUR 50.000 oder Schuldverschreibungen, die lediglich für mindestens EUR 50.000 pro Wertpapier erworben werden können.

Umfassende Erläuterung darüber, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basiswerts beeinflusst wird, insbesondere in den Fällen, in denen die Risiken offensichtlich sind

Market disruption or settlement disruption events that may affect the underlying²⁴

Störungen des Markts oder bei der Abrechnung, die den [Einzelheiten hier einfügen] Basiswert beeinflussen

Adjustment rules with relation to events concerning the underlying

Korrekturvorschriften in Bezug auf Vorfälle, die den Basiswert beeinflussen

Details Relating to the Performance of Rate(s) of Exchange and Explanation of Effect on Value of Investment and Associated Risks²⁵

Einzelheiten der Entwicklung des bzw. Wechselkurse und Erläuterung der Auswirkungen auf den Wert der Anlage sowie verbundene Risiken

[Einzelheiten hier einfügen]

[insert details here]

[Einzelheiten hier einfügen]

[insert details here]

[Einzelheiten hier einfügen]

[specify details here]

[Einzelheiten hier angeben]

Selling Restrictions

Verkaufsbeschränkungen

The Selling Restrictions set out in the Debt Issuance Programme Prospectus shall apply.

Es gelten die im Debt Issuance Programme Prospekt wiedergegebenen Verkaufbeschränkungen.

TEFRA C
TEFRA C

TEFRA D
TEFRA D

Neither TEFRA C nor TEFRA D
Weder TEFRA C noch TEFRA D

Additional Selling Restrictions (specify)

Zusätzliche Verkaufsbeschränkungen (angeben)

[None][insert details]

[Keine][[Einzelheiten einfügen]

24 To be completed only if applicable.

Nur falls anwendbar einzufügen.

25 Only applicable for Dual Currency Notes. Need to include details of where past and future performance and volatility of the relevant rate(s) can be obtained. In case of Notes with a Specified Denomination of less than EUR 50,000 need to include a clear and comprehensive explanation of how the value of the investment is affected by the underlying and the circumstances when the risks are most evident.

Nur bei Doppelwährungsschuldverschreibungen anwendbar. Angaben darüber erforderlich, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung und Volatilität der maßgeblichen Wechselkurse eingeholt werden können. Bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von weniger als EUR 50.000 ist eine klare und umfassende Erläuterung vorzunehmen, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basiswerts beeinflusst wird, insbesondere in Fällen, in denen die Risiken offensichtlich sind.

Taxation
Besteuerung

Information on taxes on the income from the notes withheld at source in respect of countries where the offer is being made or admission to trading is being sought²⁶

[None] [specify details]

Informationen über die an der Quelle einbehaltene Einkommensteuer auf die Schuldverschreibungen hinsichtlich der Länder in denen das Angebot unterbreitet oder die Zulassung zum Handel beantragt wird.

[keine] [Einzelheiten einfügen]

Restrictions on the free transferability of the Notes
Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Wertpapiere

[None] [specify details]

[keine] [Einzelheiten einfügen]

Terms and Conditions of the Offer²⁷

Bedingungen und Voraussetzungen für das Angebot

Conditions to which the offer is subject

Bedingungen, denen das Angebot unterliegt

Total amount of the issue/offer and description of the arrangements and time for announcing to the public the amount of the offer

Gesamtsumme der Emission/des Angebots und Beschreibung der Vereinbarungen und des Zeitpunkts für die Ankündigung des endgültigen Angebotsbetrags an das Publikum

Time period, including any possible amendments, during which the offer will be open
Frist – einschließlich etwaiger Änderungen – während der das Angebot vorliegt

Description of the application process

Beschreibung des Prozesses für die Umsetzung des Angebots

A description of the possibility to reduce subscriptions and the manner for refunding excess amount paid by applicants

Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und der Art und Weise der Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Zeichner

Details of the minimum and/or maximum amount of application, (whether in number of notes or aggregate amount to invest)

Einzelheiten zum Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung (entweder in Form der Anzahl der Schuldverschreibungen oder des aggregierten zu investierenden Betrags)

Method and time limits for paying up the notes and for delivery of the notes
Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung

Manner and date in which results of the offer are to be made public

Art und Weise und Termin, auf die bzw. an dem die Ergebnisse des Angebots offen zu legen sind

The procedure for the exercise of any right of pre-emption, the negotiability of subscription rights and the treatment of subscription rights not exercised.

Verfahren für die Ausübung eines etwaigen Vorzugsrechts, die Marktfähigkeit der Zeichnungsrechte und die Behandlung der nicht ausgeübten Zeichnungsrechte

26 Unless specified in the Debt Issuance Programme Prospectus. Only applicable for Notes with a Specific Denomination of less than EUR 50,000 per Notes.

Soweit nicht bereits im Debt Issuance Programme Prospekt beschrieben. Nur bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von weniger als EUR 50.000 anwendbar.

27 Items 5.1.1, 5.1.3 – 5.1.8, 5.2, 5.4.1 of Annex V and items 5.1.1, 5.1.3 – 5.1.6, 5.2, 5.4.1 of Annex XII of the Commission Regulation are in general not applicable. However, in respect of each issue of Notes with a Specified Denomination of less than EUR 50,000 (Annex V) and in case of derivative securities (Annex XII), the Issuer shall consider whether one of these items is applicable and, if so, specify the relevant details relating thereto.

Die Unterpunkte 5.1.1, 5.1.3 – 5.1.8, 5.2 und 5.4.1 von Anhang V sowie die Unterpunkte 5.1.1, 5.1.3 – 5.1.6, 5.2, 5.4.1 von Anhang XII der EG-Verordnung sind im Regelfall nicht anwendbar. Bei jeder Emission mit einer festgelegten Stückelung von weniger als EUR 50.000 (Anhang V) bzw. im Fall von derivativen Wertpapieren (Anhang XII) hat die Emittentin jedoch zu prüfen, ob einer der genannten Unterpunkte anwendbar ist, und falls ja, die entsprechenden Einzelheiten einzufügen.

Various categories of potential investors to which the notes are offered

Angabe der verschiedenen Kategorien der potentiellen Investoren, denen die Schuldverschreibungen angeboten werden

Process for notification to applicants of the amount allotted and indication whether dealing may begin before notification is made

Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags und Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist

Expected price at which the notes will be offered / method of determining the price and the process for its disclosure and mount of any expenses and taxes specifically charged to the subscriber or purchaser

Kurs, zu dem die Schuldverschreibungen angeboten werden / Methode, mittels derer der Angebotskurs festgelegt wird und Angaben zum Verfahren für die Offenlegung sowie der Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden.

Name and address of the co-ordinator(s) of the global offer and of single parts of the offer and, to the extent known to the Issuer or the offeror, or the placers in the various countries where the offer takes place.

Name und Anschrift des Koordinator/der Koordinatoren des globalen Angebots oder einzelner Teile des Angebots und – sofern dem Emittenten oder dem Bieter bekannt – Angaben zu den Plazeuren in den einzelnen Ländern des Angebots

Method of distribution
Vertriebsmethode

Non-syndicated

Nicht syndiziert

Syndicated

Syndiziert

Date of Subscription Agreement²⁸

[]

Datum des Übernahmevertrages

28 Only required for syndicated issues and Notes with a Specified Denomination of less than EUR 50,000.

Nur erforderlich bei syndizierten Ziehungen und Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von weniger als EUR 50.000.

Management Details including form of commitment²⁹

Einzelheiten bezüglich des Bankenkonsortiums einschließlich der Art der Übernahme

Dealer/Management Group (specify name(s) and address(es))

Plazeur/Bankenkonsortium (Name(n) und Adresse(n) angeben)

[]

firm commitment
feste Zusage

[]

no firm commitment/best efforts arrangements
Keine feste Zusage/zu den bestmöglichen Bedingungen

[]

Commissions³⁰

Provisionen

Management/Underwriting Commission (specify)

[]

Management- und Übernahmeprovision (angeben)

Selling Concession (specify)
Verkaufsprovision (angeben)

[]

Listing Commission (specify)
Börsenzulassungsprovision (angeben)

[]

Other (specify)
Andere (angeben)

[]

Stabilising Dealer/Manager

Kursstabilisierender Dealer/Manager

[insert details][None]

[*Einzelheiten einfügen*][keiner]

Admission to Trading and Dealing Arrangements

Zulassung zum Handel und Handelsregeln

Listing(s)

[Yes][No]

Börsenzulassung(en)

[Ja][Nein]

Luxembourg Stock Exchange
Luxemburger Börse

[]

Other (insert details)
Sonstige (Einzelheiten einfügen)

29 Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000.

Nicht erforderlich bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von mindestens EUR 50.000.

30 Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000.

Nicht erforderlich bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von mindestens EUR 50.000.

Expected Date of admission³¹

Erwarteter Termin der Zulassung

Estimate of the total expenses related to admission to trading³²

Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel

Regulated markets or equivalent markets on which, to the knowledge of the Issuer, notes of the same class of the notes to be offered or admitted to trading are already admitted to trading.³³

Angabe geregelter oder gleichwertiger Märkte, auf denen nach Kenntnis der Emittentin Schuldverschreibungen der gleichen Wertpapierkategorie, die zum Handel angeboten oder zugelassen werden sollen, bereits zu Handel zugelassen sind.

Luxembourg

Luxemburg

Regulated Market "Bourse de Luxembourg"

Geregelter Markt "Bourse de Luxembourg"

Other (insert details)

Sonstige (Einzelheiten einfügen)

[]

Name and address of the entities which have commitment to act as intermediaries in secondary trading, providing liquidity through bid and offer rates and description of the main terms of their commitment³⁴

Name und Anschrift der Institute, die aufgrund einer festen Zusage als Intermediäre im Sekundärhandel tätig sind und Liquidität mittels Geld- und Briefkursen erwirtschaften, und Beschreibung der Hauptbedingungen der Zusagevereinbarung

[not applicable] [specify details]

[nicht anwendbar] [Einzelheiten einfügen]

Rating³⁵

Rating

[]

Other relevant terms and conditions (specify)

Andere relevante Bestimmungen (einfügen)

[]

31 To be completed only, if known.

Nur auszufüllen, sofern bekannt.

32 Only required for syndicated issues and Notes with a Specified Denomination of less than EUR 50,000.

Nur erforderlich bei syndizierten Ziehungen und Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von weniger als EUR 50.000.

33 Only to be completed in case of an increase. In case of a fungible issue, need to indicate that the original notes are already admitted to trading. Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000.

Nur auszufüllen im Falle einer Aufstockung. Im Falle einer Aufstockung, die mit einer vorangegangenen Emission fungible ist, ist die Angabe erforderlich, dass die ursprünglichen Schuldverschreibungen bereits zum Handel zugelassen sind. Nicht erforderlich bei Schuldverschreibungen mit einer festgelegten Stückelung von mindestens EUR 50.000.

34 Not required for Notes with a Specified Denomination of at least EUR 50,000.

Nicht erforderlich bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von mindestens EUR 50.000.

35 Do not complete, if the Notes are not rated on an individual basis. In case of Notes with a Specified Denomination of less than EUR 50,000, need to include a brief explanation of the meaning of the ratings if this has been previously published by the rating provider.

Nicht auszufüllen, wenn kein Einzelrating für die Schuldverschreibungen vorliegt. Bei Schuldverschreibungen mit einer Stückelung von weniger als EUR 50.000, kurze Erläuterung der Bedeutung des Ratings, wenn dieses unlängst von der Ratingagentur erstellt wurde.

Issuer provides post issuance information³⁶

Veröffentlichung von Informationen nach erfolgter Emission durch die Emittentin

Yes []
Ja

No []
Nein

[Listing:³⁷

[Börsenzulassung:

The above Final Terms comprise the details required to list this issue of Notes (as from **[insert Issue Date for the Notes]**) pursuant to the Euro 5,000,000,000 Debt Issuance Programme of EnBW Energie Baden-Württemberg AG and EnBW International Finance B.V.

Die vorstehenden Endgültigen Bedingungen enthalten die Angaben, die für die Zulassung dieser Emission von Schuldverschreibungen unter dem Euro 5.000.000.000,- Debt Issuance Programme der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und der EnBW International Finance B.V. (ab dem [Tag der Begebung der Schuldverschreibungen einfügen]) erforderlich sind.]

RESPONSIBILITY VERANTWORTLICHKEIT

The Issuer *[and the Guarantor]* accept[s] responsibility for the information contained in the Final Terms as set out in the Responsibility Statement on page 2 of the Debt Issuance Programme Prospectus, provided that, with respect to any information included herein and specified to be sourced from a third party (i) the Issuer confirms and accepts responsibility that any such information has been accurately reproduced and as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information available to it from such third party, no facts have been omitted, the omission of which would render the reproduced information inaccurate or misleading and (ii) the Issuer has not independently verified any such information and accepts no responsibility for the accuracy thereof.

Die Emittentin [und die Garantin] übernimmt [übernehmen] die Verantwortung für die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen, wie in der Erklärung zur Verantwortlichkeit auf Seite 2 des Debt Issuance Programme Prospekts bestimmt. Hinsichtlich der hierin enthaltenen und als solche gekennzeichneten Informationen von Seiten Dritter gilt Folgendes: (i) Die Emittentin bestätigt und übernimmt die Verantwortung dafür, dass diese Informationen zutreffend wiedergegeben worden sind und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von diesen Dritten zur Verfügung gestellten Informationen ableiten konnte – wurden keine Fakten weggelassen, die die reproduzierten Informationen unzutreffend oder irreführend gestalten würden; (ii) die Emittentin hat diese Informationen nicht selbstständig überprüft und übernimmt keine Verantwortung für ihre Richtigkeit.

[EnBW Energie Baden-Württemberg AG] [EnBW International Finance B.V.]

(as Issuer)

(als Emittentin)

36 Only applicable in case of derivative securities to which Annex XII of the Commission Regulation applies.

Nur bei derivativen Schuldverschreibungen anwendbar, auf die Annex XII der EG-Verordnung Anwendung findet.

37 Include only in the version of the Final Terms which is submitted to the relevant stock exchange in the case of Notes to be listed on such stock exchange.

Nur in derjenigen Fassung der Endgültigen Bedingungen einzufügen, die der betreffenden Börse, bei der die Schuldverschreibungen zugelassen werden sollen, vorgelegt wird.

VERWENDUNG DES ERLÖSES

Der Erlös aus jeder Emission der von EnBW AG begebenen Schuldverschreibungen wird für allgemeine Geschäftszwecke der Emittentin verwendet. Der Erlös aus jeder Emission der von EnBW Finance begebenen Schuldverschreibungen wird nur für Darlehen an oder Investitionen in Gesellschaften verwendet, die dem EnBW Konzern angehören.

USE OF PROCEEDS

The proceeds from every issuance of debt securities issued by EnBW AG are used for general business purposes. The proceeds from every issuance of debt securities issued by EnBW Finance are used only for loans to, or investments in, businesses, belonging to EnBW Group.

ALLGEMEINE ANGABEN ZUR ENBW ENERGIE BADEN-WÜRTTEMBERG AG

Allgemeine Informationen über die EnBW AG

Die EnBW AG wurde im Januar 1997 nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland im Wege der Verschmelzung der beiden baden-württembergischen Verbundunternehmen Energie-Versorgung Schwaben AG und Badenwerk AG als Aktiengesellschaft gegründet. Vorgänger der Badenwerk AG war die 1921 gegründete Badische Elektrizitätsversorgungs AG. Die Energie-Versorgung Schwaben wurde 1939 als öffentliche Versorgungsgesellschaft für das Land Württemberg gegründet. Im Jahr 1973 wurden im Wege einer Kapitalerhöhung private Aktionäre in die Badenwerk AG aufgenommen, und die Gesellschaft wurde an der Börse eingeführt. Die Börsennotierung wurde nach der Verschmelzung von Badenwerk AG und Energie-Versorgung Schwaben AG beibehalten. EnBW AG ist sowohl an der Frankfurter Wertpapierbörse (Regulierter Markt, General Standard) als auch an der Stuttgarter Börse notiert.

Die EnBW AG hat ihren Sitz in der Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Deutschland (Telefon +49 (0)721 6300). Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim unter der Nummer HRB 107956 eingetragen.

Die Firma der EnBW AG lautet "EnBW Energie Baden-Württemberg AG". Es werden auch Geschäfte unter dem kommerziellen Namen "EnBW" getätigt.

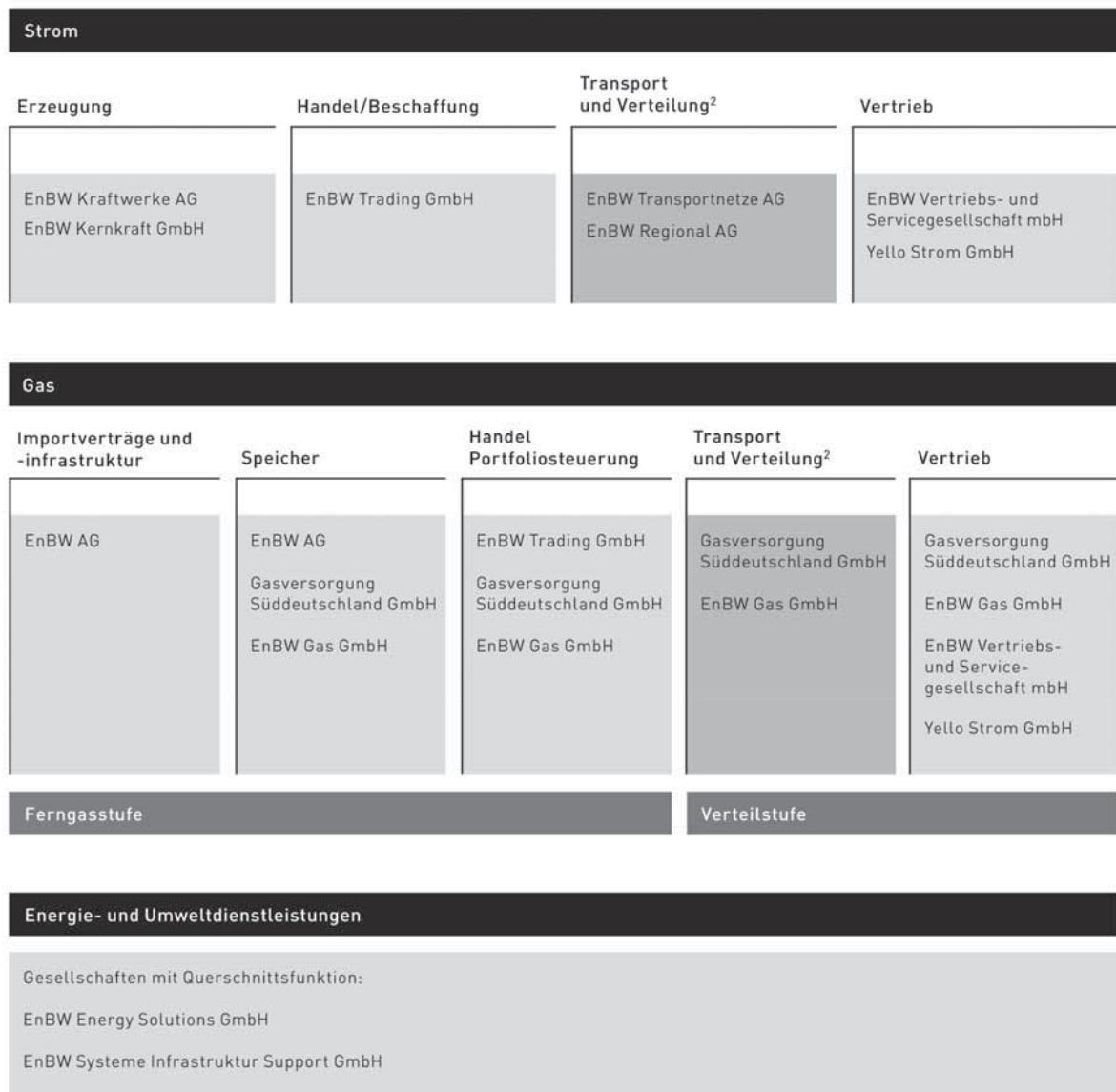
Geschäftsübersicht – Haupttätigkeitsbereiche und wichtigste Märkte

Der EnBW Konzern ist einer der großen deutschen vertikal integrierten, international tätigen Energiekonzerne und eines von vier Unternehmen, die in Deutschland das Übertragungsnetz betreiben. Die Aktivitäten des EnBW Konzerns werden durch eine operative Holding geführt und sind in drei Geschäftsfelder aufgeteilt: Strom, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen. Das Kern-Geschäftsfeld Strom ist entlang der gesamten Wertschöpfungskette unterteilt in Erzeugung, Handel, Transport, Verteilung und Vertrieb. Die wichtigsten Märkte des EnBW Konzerns sind: Baden-Württemberg, Deutschland, der deutschsprachige Raum sowie Mittel-, Ost- und Südost-Europa.

Organisationsstruktur

Die EnBW AG ist die Holdinggesellschaft des EnBW Konzerns. Neben der Leitung des Konzerns übernimmt die EnBW AG als operative Holding zentrale Unternehmensaufgaben im EnBW Konzern, einschließlich der Finanzierung, Controlling-Aufgaben und allgemeinen unternehmerischen Aufgaben. Die grundlegenden Tätigkeiten des EnBW Konzerns sind in unmittelbaren Tochterunternehmen zusammengefasst, deren geschäftliche Aktivitäten von der EnBW AG durch strategische Planung und Richtlinien unterstützt und gesteuert werden. Der Vorstand der EnBW AG formuliert konzernübergreifende Strategien und ist für die Verwaltung und Führung des gesamten EnBW Konzerns verantwortlich. Die Unternehmensbereiche sind funktional organisiert und das Unternehmen vertikal integriert.

EnBW Konzern¹



¹ Die Grafik zeigt die Kerngesellschaften der EnBW.

² Die netzbetreibenden Gesellschaften sind entsprechend den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt.

Geschäftsfeld Strom

Das Geschäftsfeld Strom ist entlang der Wertschöpfungskette in die Bereiche Stromerzeugung, -handel, -transport und -vertrieb gegliedert. Die in Stuttgart ansässige EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH vertreibt Energieprodukte und -dienstleistungen und ist darüber hinaus auch für die Energiebereitstellung, Logistik, Messung, Abrechnung sowie für die Customer-Care Aktivitäten verantwortlich. Die in Köln ansässige Yello Strom GmbH ("Yello") vertreibt bundesweit Strom an Privatkunden und Gewerbeleuten. Beide Vertriebsgesellschaften werden ganz überwiegend durch die Handelsgesellschaft des EnBW Konzerns, die EnBW Trading GmbH, beliefert. Neben der Deckung des Kundenbedarfs ist diese Gesellschaft für Einsatz und Vermarktung der maßgeblich in der EnBW Kraftwerke AG gebündelten Eigenerzeugungskapazität, die Beschaffung von Brennstoffen inklusive CO₂ für Kraftwerke und das aktive Management der Mengen- und Preisrisiken des EnBW Konzerns im Kerngeschäft Energie zuständig. Zu den Erzeugungskapazitäten der EnBW Kraftwerke AG gehören neben den eigenen auch teileigene Kraftwerke sowie langfristige kraftwerksbezogene Bezugsverträge. Der EnBW Konzern betreibt in erster Linie Kern-, Kohle-, Wasser- und Gaskraftwerke. Die EnBW

Transportnetze AG betreibt das Höchstspannungsnetz des EnBW Konzerns (220 kV und 380 kV). Die EnBW Regional AG betreibt die Verteilnetze in den Spannungsbereichen 0,4 kV, 20 kV und 110 kV. Die Netzbetreiber garantieren einen transparenten und gleichmäßigen Marktzugang aller Marktteilnehmer.

Im Geschäftsjahr 2007 erreichte der EnBW Konzern einen Stromabsatz von insgesamt 139,5 Mrd. kWh (+16,8% gegenüber dem Vorjahr). Die Steigerung des Absatzes resultiert insbesondere aus den Bereichen Handel und Industriekunden. Zur Deckung des Stromabsatzes verfügt der EnBW Konzern über ein Erzeugungsportfolio von ca. 14.950 MW an installierter, elektrischer Leistung. Der EnBW Konzern zählt damit zu den bedeutendsten Stromerzeugern in Deutschland.

Stromerzeugung – EnBW Kraftwerke AG – Die Eigenerzeugung von Strom ist für den EnBW Konzern eine wichtige Voraussetzung, um seinen Kunden weiterhin eine zuverlässige Versorgung zu marktfähigen Preisen anbieten zu können. Der Großteil der Stromerzeugungskapazitäten, Kraftwerksbeteiligungen und kraftwerksbezogenen Strombezugsverträge des EnBW Konzerns ist in der EnBW Kraftwerke AG zusammengefasst. Die Gesellschaft ist zuständig für Planung, Bau, Betrieb, Instandhaltung und technische Optimierung der Kraftwerkskapazitäten des EnBW Konzerns. Neben der Bereitstellung von Strom produziert die Gesellschaft Fernwärme, die im Restmüllheizkraftwerk Stuttgart-Münster auch aus der thermischen Abfallbehandlung gewonnen wird.

Energiehandel – EnBW Trading GmbH – der EnBW Konzern erkannte schon früh die Bedeutung von Risikomanagement und demzufolge Stromhandelsgeschäften auf einem liberalisierten Energiemarkt und gründete Ende 1997 seine eigene Stromhandelsgesellschaft, die heutige EnBW Trading GmbH, die 1998 ihre Geschäfte aufnahm. Die EnBW Trading GmbH nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

- Aktives Management der Mengen- und Preisrisiken des EnBW Konzerns im Geschäftsfeld Strom
- Vermarktung der von der EnBW Kraftwerke AG erzeugten Energie und europaweite Deckung des Kundenbedarfs
- Beschaffung von Brennstoffen inkl. CO₂ für die Kraftwerke

Um diese Aufgaben zu erfüllen und zusätzliche Gewinne für die Gruppe durch den Eigenhandel zu erwirtschaften, handelt die EnBW Trading GmbH mit Partnern in Deutschland und Europa sowie an nationalen und internationalen Strombörsen.

Stromvertrieb – Durch eine differenzierte Marktbearbeitung im Rahmen einer Mehrmarkenstrategie hat sich der Vertrieb des EnBW Konzerns eine gute Position im Wettbewerb geschaffen. Jede Marke des Konzerns hat eine klar definierte Rolle und einen eigenständigen Auftritt. Die Strategien der Marken sind konsequent aufeinander abgestimmt.

Die EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH beliefert und betreut alle Kunden im Netzgebiet des EnBW Konzerns sowie Industriekunden deutschlandweit. Der Erfolg der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft basiert auf einer konsequenten Kundenorientierung einerseits sowie auf einer kundenwertorientierten Vertriebsstrategie andererseits. Unter beiden Gesichtspunkten wurden Energieprodukte und Abwicklungsprozesse in den vergangenen Jahren ständig weiterentwickelt. Mittelständische Unternehmen und Filialkunden werden bundesweit unter der Marke "Watt" betreut.

Die Yello vertreibt bundesweit Strom und die Telekommunikationsdienstleistung "YelloTel" an Privat- und Gewerbekunden und bietet die "Kundenkarte Gewerbe" an. Seit September 2007 bietet Yello auch Strom in Schweden an und ist damit international. Laut der Langzeitstudie "Kundenmonitor Deutschland" des Marktforschungsunternehmens Servicebarometer AG aus dem Jahr 2007 wurde Yello im Bereich Kundenzufriedenheit im Bereich Strom Testsieger. Im Hinblick auf Kundenanzahl, Kundenzufriedenheit und Markenbekanntheit steht Yello nach wie vor an der Spitze der deutschen Energieversorger. In 2007 ist Yello um knapp 200.000 Kunden gewachsen.

Außerhalb des Stammgebietes Baden-Württemberg ist der EnBW Konzern im Geschäftsfeld Strom zudem über ihre Tochterunternehmen ENSO Strom AG in Ostdeutschland und über die Stadtwerke Düsseldorf AG in Nordrhein-Westfalen aktiv.

Stromtransport und -verteilung – Der Anteil des EnBW Konzerns am deutschen Übertragungsnetz beträgt ca. 10 % gemessen an der Leitungslänge. Der EnBW Konzern betreibt sein Netzgeschäft in Baden-Württemberg in zwei Gesellschaften getrennt nach Spannungsebenen. Das Verteilnetz mit den Spannungsebenen 0,4 kV, 20 kV und 110 kV wird von der EnBW Regional AG betrieben. Das Höchstspannungsnetz mit den Spannungsbereichen 220 kV und 380 kV wird von der EnBW Transportnetze AG betrieben. Beide Gesellschaften haben ihren Sitz in Stuttgart. Die Leitungen (Freileitungen und Kabel) werden im Allgemeinen auf Grundstücken Dritter errichtet, deren Nutzung entweder

auf der Grundlage von Dienstbarkeiten und/oder (insbesondere für die Verteilungsnetze auf kommunalem Grundbesitz) von Konzessionsverträgen gesichert wird.

Geschäftsfeld Gas

Gas bildet aufgrund des erwarteten Zusammenwachsens von Strom- und Gaswirtschaft das zweite Standbein des EnBW Konzerns. Das Geschäftsfeld Gas des EnBW Konzerns gliedert sich in die Ferngasstufe und die Verteilstufe.

Ferngasstufe

Die Ferngasstufe beinhaltet die Funktionen Import, Speicherung, Handel und Portfoliosteuerung. Auf der Ferngasebene sind im EnBW Konzern im Wesentlichen die EnBW AG, die Gasversorgung Süddeutschland GmbH und die EnBW Trading GmbH tätig.

Die EnBW AG hat im letzten Jahr damit begonnen, das Gasgeschäft auf der Ferngasebene gezielt auszubauen. Der Abschluss von Importverträgen und der Ausbau von Speicherkapazitäten stehen dabei im Mittelpunkt unserer Bestrebungen. So unterzeichnete die EnBW AG im Mai 2007 eine Vereinbarung, die dem EnBW Konzern langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen zur unterirdischen Gaspeicherung in der Region Etzel (Niedersachsen) einräumt. Einen Monat später unterzeichneten die EnBW AG und 4Gas ein Memorandum of Understanding über den Aufbau einer strategischen Partnerschaft beim LNG-Terminalprojekt Lion Gas in Rotterdam. Darin geht es um Kapazitätsrechte und eine Kapitalbeteiligung.

Die Gasversorgung Süddeutschland GmbH ("**GVS**") ist ein 50/50-Joint Venture der EnBW AG und der italienischen Eni S.p.A. ("**Eni**"). Die Eni ist nach Einschätzung der Garantin bezogen auf den Umsatz eine der weltweit größten Öl- und Gasexploratoren und Gasimporteure. Durch die Bündelung der Stärken des EnBW Konzerns in den Bereichen Vertrieb und regionale Präsenz mit den besonderen Kompetenzen der Eni in der Gasbeschaffung entstand eine starke Allianz. Unter dem Dach des Konsortiums EnBW/Eni partizipiert GVS als eigenständiges integriertes Unternehmen am Gasmarkt – von der Beschaffung über den Transport bis hin zur Belieferung von Industriekunden und Stadtwerken – im Stammgebiet Baden-Württemberg und darüber hinaus.

Die GVS ist nach Einschätzung der Garantin eines der größten deutschen Unternehmen im Ferngasgeschäft und beliefert ungefähr 750 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg sowie ferner Kunden im Vorarlberg (Österreich), in Liechtenstein und in der östlichen Schweiz über ihr rund 1.900 km langes Hochdrucknetz. Im Geschäftsjahr 2007 erwirtschaftete GVS einen Gesamtumsatz von ca. 1,7 Milliarden Euro bei einem Absatz ca. 61 Millionen kWh.

Verteilstufe

Die Verteilstufe umfasst neben dem Transport und der Verteilung auch Marketing und Vertrieb von Erdgas.

Der EnBW Konzern deckt diesen Bereich in seinem Heimatmarkt Baden-Württemberg im Wesentlichen durch die EnBW Gas GmbH, die auch als mittelbare Holdinggesellschaft für die Beteiligungen an den operativen regionalen Unternehmen Erdgas Südwest GmbH, Gasversorgung Pforzheim Land GmbH und Gasversorgung Dornstadt GmbH dient, und die EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG ("**ODR**") ab. Insgesamt beliefern die EnBW Gas GmbH und die ODR nach eigener Einschätzung rund 300.000 Kunden über ein Netz von mehr als 7.600 Kilometern.

Die EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH trägt als Dienstleisterin für die EnBW Gas GmbH wesentlich zu den Vertriebstätigkeiten für Privat-, Industrie und Weiterverteilerkunden bei.

Im Oktober 2007 startete Yello in den Gasmarkt und bietet in den Pilotmärkten Essen und Nürnberg ein völlig innovatives und einzigartiges Produkt an: günstiges Gas in Kombination mit einem Online-Gassparzähler.

Außerhalb des Stammgebietes Baden-Württemberg ist der EnBW Konzern im Geschäftsfeld Gas über ihre Tochterunternehmen ENSO Erdgas GmbH in Ostdeutschland und über die Stadtwerke Düsseldorf AG in Nordrhein-Westfalen aktiv.

Die ENSO Erdgas GmbH beschafft und vertreibt Erdgas zur Versorgung ihrer nach eigener Einschätzung rund 99.000 Kunden in Ost Sachsen und beliefert sie durch ihr eigenes über 5.000 km langes Verteilnetz.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG versorgt über ihr rund 1.464 km langes Gasverteilnetz rund 120.000 Privatkunden sowie über 600 Großkunden mit Erdgas. Damit ist die Gesellschaft eines der größten kommunalen Gasversorgungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen sind die Bereiche thermische und nicht thermische Entsorgung, Wasser sowie energienahe und sonstige Dienstleistungen enthalten. Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich durch die Veräußerung der U-plus Gruppe.

Mit dem Verkauf des Sammel-, Transport- und Sortiergeschäfts der U-plus Gruppe und der Schließung der beiden mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA) in Heilbronn und in Buchen 2007 liegt der Fokus des EnBW Konzerns noch deutlicher auf den Geschäftsfeldern Strom und Gas. Innerhalb des Entsorgungsbereichs konzentriert sich der EnBW Konzern jetzt auf das Handling und die anlagenintensive Entsorgung von Abfall in thermischen Abfallbehandlungsanlagen. Diese Anlagen dienen einerseits der Entsorgung von Hausmüll, vor allem kommunaler Kunden, und andererseits der Strom- und Wärmeerzeugung.

Die T-plus GmbH hat bis zur Jahresmitte 2007 in eigenen mechanisch-biologischen Anlagen sowie ganzjährig in konzerneigenen und konzernfremden thermischen Anlagen innerhalb und außerhalb von Baden-Württemberg die Hausmüll- und Restabfälle von rd. 3 Mio. Einwohnern aus Baden-Württemberg entsorgt; bezogen auf die Tonnage der kommunalen Abfälle zur Beseitigung hält sie hier einen Marktanteil von rund 30 %. Künftig wird sich die T-plus GmbH im Wesentlichen mit der Absteuerung und der thermischen Entsorgung ihrer kontrahierten Abfallmengen sowie mit der Aqüise neuer Abfallgeschäftsfelder zur thermischen Entsorgung im Rahmen ihrer vertraglich gebundenen Entsorgungskontingente beschäftigen.

Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind:

Titel, Name und Funktion im Unternehmen sowie (1) Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw. (2) in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Hans-Peter Villis

(Mitglied und Vorsitzender des Vorstands seit 1. Oktober 2007, Chief Executive Officer, Mandatsliste ab Amtsbeginn)

- (1) EVN AG (seit 17. Januar 2008)
Stadtwerke Düsseldorf AG (seit 16. November 2007, Vorsitzender seit 12. Dezember 2007)

Pierre Lederer

(Mitglied und seit 1. Oktober 2007 stellv. Vorsitzender des Vorstands, Chief Operating Officer)

- (1) Deutsche Steinkohle AG (bis 30. November 2007)
EnBW Kernkraft GmbH (vom 14. März bis 16. November 2007)
EnBW Kraftwerke AG (Vorsitzender vom 7. März bis 25. November 2007)
EnBW Regional AG (Vorsitzender)
EnBW Transportnetze AG (Vorsitzender)
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (bis 31. Mai 2007)
Energiedienst AG

- (2) EnBW Energy Solutions GmbH
EnBW Gas GmbH (Vorsitzender)
EnBW Trading GmbH (Vorsitzender)
Energiedienst Holding AG
Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Vorsitzender)

Dr. Bernhard Beck LL.M.

(Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektor, Chief Human Resources and Information Officer)

- (1) DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH
EnBW Beteiligungen AG (Vorsitzender seit 16. November 2007)
EnBW Kraftwerke AG
EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (Vorsitzender)

- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
 Energiedienst AG
 ENSO Strom AG
 GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG
 SOMENTEC Software AG (Vorsitzender)
 Stadtwerke Düsseldorf AG
- (2) BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
 EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH (Vorsitzender)
 EnBW Trading GmbH (seit 28. Februar 2007)
 Energiedienst Holding AG
 ENSO Energie Sachsen Ost GmbH
 Gasversorgung Süddeutschland GmbH
 TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH (Vorsitzender)
 Teweratio GmbH (Vorsitzender)

Dr. Christian Holzherr*

(Mitglied des Vorstands, Chief Financial Officer)

- (1) EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
 (2) EnBW Trading GmbH

Dr. h. c. Detlef Schmidt

(Mitglied des Vorstands, Chief Marketing and Sales Officer)

- (1) EnBW Regional AG
 EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (Vorsitzender)
 ENSO Strom AG (Vorsitzender)
 GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Vorsitzender)
 Stadtwerke Düsseldorf AG
- (2) EnBW Energy Solutions GmbH
 EnBW Trading GmbH
 ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (Vorsitzender)
 ENSO Erdgas GmbH
 SüdBest GmbH (Vorsitzender)
 VfB Stuttgart 1893 e. V.

Dr. Hans-Josef Zimmer

(Mitglied des Vorstands und Chief Technical Officer seit 1. Oktober 2007, Mandatsliste ab Amtsbeginn)

- (1) EnBW Kernkraft GmbH (seit 16. Oktober 2007, Vorsitzender seit 17. November 2007)
 EnBW Kraftwerke AG (seit 21. November 2007, Vorsitzender seit 26. November 2007)
- (2) Easy Toll Systems SA (bis 19. November 2007)
 Gesellschaft für Nuklear-Service mbH

* Per Ad-hoc-Mitteilung nach § 15 Wertpapierhandelsgesetz vom 10. März 2008 hat die EnBW AG mitgeteilt, dass Herr Dr. Holzherr das Unternehmen zum 30. April 2008 verlässt. Das Finanzressort wird nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Holzherr zunächst von Herrn Villis in Personalunion mit übernommen.

Bei keinem der vorgenannten Mitglieder des Vorstands bestehen nach Kenntnis der EnBW AG Interessenkonflikte zwischen ihren Pflichten gegenüber der EnBW AG und ihren privaten Interessen oder sonstigen Pflichten.

Die Mitglieder des Vorstands können über die Geschäftssadresse der EnBW AG kontaktiert werden:
 Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

Titel und Name sowie (1) Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw. (2) in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Dr. Claus Dieter Hoffmann	(Vorsitzender)
	(1) Bauerfeind AG Jowat AG (bis 30. Juni 2007)
	(2) De Boer Holding NV ING Group NV
Dietrich Herd*	(stellvertretender Vorsitzender)
	(1) EnBW Kernkraft GmbH EnBW Kraftwerke AG
	(2) BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts
Prof. Joachim Bitterlich	(2) DEKRA e.V. Veolia Propreté SA Veolia Transport SA
Marc Boudier	(2) Aar et Tessin SA d'Electricité Atel Holding AG, vormals Motor-Columbus AG EDF Belgium SA (Vorsitzender) EDF International SA EDF Peninsula Ibérica SLU (Vorsitzender) Edison spa Transalpina di Energia SRL
Dr. Daniel Camus	(1) Morphosys AG (2) Dalkia Holding SA EDF Energy plc (Vorsitzender) EDF International SA (Vorsitzender) Edison spa Transalpina di Energia SRL Valeo SA
Dirk Gaerte	(1) Hohenzollerische Landesbahn AG (2) Flugplatz Mengen-Hohentengen GmbH (Vorsitzender) Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender) Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH (Vorsitzender) Regionales Technologie- und Innovationszentrum Pfullendorf GmbH Verkehrsverbund Neckar-Donau (Naldo) GmbH Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal
Josef Götz*	(1) EnBW Regional AG (2) Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung
Reiner Koch*	(1) Stadtwerke Düsseldorf AG (seit 19. Juli 2007)
Marianne Kugler-Wendt*	(1) Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG (seit 5. September 2007) EnBW Kernkraft GmbH EnBW Kraftwerke AG SLK-Kliniken Heilbronn GmbH (2) Heilbronner Versorgungs GmbH Kreissparkasse Heilbronn, Anstalt des öffentlichen Rechts (stellvertretendes Mitglied) Stadtwerke Heilbronn GmbH
Wolfgang Lang*	(1) EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (2) EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Management- entwicklung mbH TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmän- nische Leistungen mbH Teweratio GmbH

- Gérard Roth** (2) Elektrownia Rybnik SA (seit 19. März 2007)
- Klaus Schörnich*** (1) AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH (bis 5. Dezember 2007)
Stadtwerke Düsseldorf AG
- Heinz Seiffert** (1) EnBW Regional AG (bis 26. April 2007)
Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
Sparkasse Ulm, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- (2) ADK GmbH für Gesundheit und Soziales (Vorsitzender, seit 26. November 2007)
Donau-Iller-Nahverkehrs-GmbH (Vorsitzender bis 13. November 2007)
Fernwärme Ulm GmbH
Genossenschaft für Wohnungsbau Oberland eG
Kreisbau GmbH Alb-Donau (Vorsitzender)
Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (Vorsitzender bis 31. Dezember 2007)
- Gerhard Stratthaus** (1) Badische Staatsbrauerei Rothaus AG (Vorsitzender)
- (2) Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts
Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Vorsitzender)
- Werner Vorderwülbecke*** (1) EnBW Kraftwerke AG (seit 31. August 2007)
EnBW Regional AG
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
LBBW Immobilien GmbH
- Christoph Walther*** (1) ENSO Strom AG
- (2) ENSO Energie Sachsen Ost GmbH
- Dietmar Weber*** (1) EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- (2) EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH
- Kurt Widmaier** (2) Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (Vorsitzender bis 31. Dezember 2007)
Kreissparkasse Ravensburg (Vorsitzender)
Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts
Oberschwaben Klinik gGmbH (Vorsitzender)
Ravensburger Entsorgungsanlagen GmbH (Vorsitzender)
WIR-Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg GmbH (Vorsitzender)
Zentrum für Psychiatrie Weissenau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (Vorsitzender)
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- Dr.-Ing. Gérard Wolf** (2) Dalkia International SA
Dalkia SA (seit 25. Mai 2007)
EDF International SA (seit 9. Januar 2007)

EDF Trading Limited (seit 4. Juli 2007)
Edison spa
Transalpina di Energia SRL

Dr. Bernd-Michael Zinow*

(1) EnBW Transportnetze AG (seit 16. Januar 2008)

* Arbeitnehmervertreter

Bei keinem der vorgenannten Mitglieder des Aufsichtsrats bestehen nach Kenntnis der EnBW AG Interessenkonflikte zwischen ihren Pflichten gegenüber der EnBW AG und ihren privaten Interessen oder sonstigen Pflichten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats können über die Geschäftssadresse der EnBW AG kontaktiert werden: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Deutschland.

Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane, Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex

Entsprechend der gesetzlichen Systematik des deutschen Aktienrechts ist der Vorstand das Geschäftsführungsorgan und der Aufsichtsrat das Kontrollorgan der EnBW AG. Die Mitglieder beider Organe können über die Geschäftssadresse der EnBW AG kontaktiert werden: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Deutschland.

Der Aufsichtsrat hat sechs Ausschüsse eingerichtet. Neben dem Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz gibt es einen Ausschuss für Vorstandangelegenheiten, einen Finanz- und Investitionsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und einen Ad-hoc-Ausschuss zur Prüfung von Organhaftungsansprüchen gegen frühere Organmitglieder.

Der Aufsichtsrat hat Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance und der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers an den Prüfungsausschuss delegiert. Der Prüfungsausschuss beschließt anstelle des Aufsichtsrats über die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und über das Honorar des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss bereitet außerdem die Aufsichtsratssitzung zum Jahres- und Konzernabschluss vor. Diesbezüglich hat der Prüfungsausschuss jedoch keine Entscheidungskompetenzen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren.

Mitglieder des Prüfungsausschusses sind:

- 1) Dr. Daniel Camus (Vorsitzender)
- 2) Marc Boudier
- 3) Marianne Kugler-Wendt
- 4) Wolfgang Lang
- 5) Heinz Seiffert
- 6) Christoph Walther
- 7) Dietmar Weber
- 8) Kurt Widmaier

Nach pflichtgemäßer Prüfung verabschiedete der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2007 die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex gemäß § 161 Aktiengesetz. Zuvor hatte der Vorstand in seiner Sitzung vom 20. November 2007 eine wortgleiche Erklärung abgegeben.

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 8. Dezember 2006 in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 14. Juli 2007 auch künftig uneingeschränkt entsprechen.

Aktionärsstruktur

Nach Kenntnis der EnBW AG hatte die EnBW AG zum 31. Dezember 2007 folgende Aktionäre:

	Dezember 2007
Electricité de France International S.A. (" EDF International ")	45,01 %
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (" OEW ")	45,01 %
Badische Energieaktionärs-Vereinigung (" BEV ")	2,59 %
EnBW Energie-Baden-Württemberg AG	2,30 %
Streubesitz	1,79 %
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau (" G.S.D. ")	1,28 %
Landeselektrizitätsverband Württemberg (" LEVW ")	0,54 %
Neckarelektrizitäts-Verband (" NEV ")	0,48 %
Weitere kommunale Aktionäre	1,00 %

Die Electricité de France S.A. ("**EDF**"), die über ihre Beteiligungsgesellschaft EDF International mittelbar an der EnBW AG beteiligt ist, hat unter dem Datum vom 19. April 2007 das Referenzdokument 2006 für die französische Finanzmarktaufsicht veröffentlicht, in dem die Finanzmärkte über zwischen EDF und OEW getroffene Vereinbarungen informiert wurden. Danach haben sich die beiden EnBW-Hauptaktionäre EDF und OEW in einer Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 über die Innehabung sowie Koordinierung der Ausübung der Rechte und der Einflussmöglichkeiten als Aktionäre verständigt, bei der es sich um einen sogenannten "Pool-Vertrag" handelt. Diese Vereinbarung regelt umfassend das Verhältnis zwischen den beiden Parteien als Großaktionäre der EnBW AG. Danach werden EDF und OEW ihre Stimmrechte aus ihren Aktien einheitlich nach vorausgehender Beratung in einem von ihnen eingerichteten Aktionärsausschuss ausüben.

Die gemeinsame Ausübung von Aktionärsrechten durch EDF und OEW führt zur Ausübung einer gemeinsamen Kontrolle über die EnBW AG. Infolgedessen ist die EnBW AG abhängiges Unternehmen im Sinne des Aktiengesetzes mit dem Konsortium EDF/OEW als herrschendem Unternehmen.

Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der EnBW AG

Historische Finanzdaten

Die Konzernabschlüsse der EnBW AG zum 31. Dezember 2006 und 31. Dezember 2007 wurden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzenden nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt und nach § 317 HGB unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung und damit auch unter Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) geprüft.

Der Konzernabschluss der EnBW AG für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr und der Bestätigungsvermerk, die im EnBW Geschäftsbericht 2007 auf den Seiten 125–200 enthalten sind, werden durch Bezugnahme Bestandteil dieses Prospektes.

Der Konzernabschluss der EnBW AG für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr und der Bestätigungsvermerk, die im EnBW Geschäftsbericht (Finanzbericht) 2006 auf den Seiten 109–176 enthalten sind, werden durch Bezugnahme Bestandteil dieses Prospektes.

Die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart hat die Konzernabschlüsse der EnBW AG einschließlich der Konzernlageberichte, die mit den Lageberichten der Gesellschaft zusammengefasst wurden, für die am 31. Dezember 2006 und am 31. Dezember 2007 endenden Geschäftsjahre geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Investitionen/Desinvestitionen

Im Geschäftsjahr 2007 setzte der EnBW Konzern 816,1 Mio. € (Vorjahr: 630,1 Mio. €) für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen bei den fortzuführenden Aktivitäten ein.

Rund 69,7 % der Investitionen entfielen auf das Geschäftsfeld Strom. Die Investitionsschwerpunkte lagen hier im Ausbau der Kraftwerke und Verteilungsanlagen. Dabei entfielen auf die beispielhaften Großprojekte Neubau Laufwasserkraftwerk in Rheinfelden 58,8 Mio. €, Neubau Steinkohlekraftwerk RDK8 in Karlsruhe 34,3 Mio. €, Neubau Müllverbrennungskessel in Stuttgart-Münster 19,4 Mio. €,

Restrukturierung der Höchstspannungsnetze 18,4 Mio. € und Neubau EnBW City in Stuttgart 55,2 Mio. €.

Die EnBW AG erwarb in 2007 von der Thüga AG Anteile an der Erdgas Südwest GmbH ("**ESW**"), der ENSO Energie Sachsen Ost GmbH ("**ENSO**") und der GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärme-service GmbH & Co. KG ("**GSWK**"). Mit dem Anteilserwerb erhöhte sich der von der EnBW AG mittelbar gehaltene Anteil an der ESW von 51 % auf 79 %, an der ENSO von 50,4 % auf 64,8 % und an der GSWK von 23,5 % auf 100 %. Mit der Aufstockung ihrer Anteile stärkt der EnBW Konzern seine Position in den für ihn wichtigen Märkten Baden-Württemberg und Ostsachsen. Die Anteilserwerbe wurden aus dem Free Cashflow finanziert.

Die EnBW AG verkaufte in 2007 ihre Anteile an der U-plus Gruppe an das Berliner Entsorgungsunternehmen ALBA AG.

Im Rahmen der Planung plant der EnBW Konzern mittelfristige Investitionen in Höhe von 7,6 Mrd. €. Ein Großteil dieser Summe soll für Wachstumsinvestitionen verwendet werden. Rund 4,6 Mrd. € entfallen auf Sachinvestitionen, 3 Mrd. € auf Finanzinvestitionen.

Finanzziele und künftige Rahmenbedingungen machen vor allem im Erzeugungsbereich verstärkte Investitionen notwendig. Durch den Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten soll sich der Anteil auf dem Markt zugekaufter Stromvolumina verringern und sich damit auch die Handelsposition des EnBW Konzerns weiter verbessern. Den Wegfall der Kernenergiakapazitäten wird der EnBW Konzern zu großen Teilen durch fossile Kraftwerke ersetzen müssen. Um den spezifischen CO₂-Ausstoß niedrig zu halten, plant der EnBW Konzern, den Anteil der erneuerbaren Energien auszubauen. Der Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten wird sowohl in Baden-Württemberg als auch in anderen deutschen Bundesländern sowie im europäischen Ausland inklusive Süd- und Mittelosteuropa, zum Beispiel in der Türkei erfolgen.

EnBW und die Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Werk Stade beabsichtigen partnerschaftlich ein integriertes Energiekonzept für den Standort Stade zu entwickeln. Die Kooperation beinhaltet die Entwicklung, den Bau und den Betrieb einer in den Chemiestandort integrierten Energieversorgung, bestehend aus der Kombination eines hochmodernen Steinkohlekraftwerks und eines Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks mit insgesamt über 1.000 MW Leistung.

Von erheblicher strategischer Bedeutung für den EnBW Konzern sind Investitionen zur Stärkung des Gasgeschäfts. Hier setzt der EnBW Konzern auf den Ausbau und die Stärkung des Midstream-Geschäfts. Mit 4GAS wurde ein Memorandum of Understanding über eine Kapitalbeteiligung sowie Nutzungsrechte am LionGas-LNG-Terminal im Hafen von Rotterdam geschlossen.

Darüber hinaus wird der EnBW Konzern auch künftig seiner Verantwortung für die Versorgungssicherheit durch kontinuierliche Investitionen in die Stromnetze gerecht werden.

Wesentliche Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition der EnBW AG

Es haben sich seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres (31. Dezember 2007) keine wesentlichen Veränderungen der Handelsposition der EnBW AG ergeben.

Die EnBW International Finance B.V. hat eine 3,125 % Anleihe in Höhe von 300 Millionen Schweizer Franken mit einer festen Laufzeit von fünf Jahren begeben, die durch eine unwiderrufliche, unbedingte Garantie der EnBW AG besichert ist. Ausgabetag war der 25. Februar 2008. Am 25. Februar 2008 wurde eine Anleihe über nominal 400 Millionen Schweizer Franken fällig.

Ansonsten haben sich keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage ergeben.

Trendinformationen

Es haben sich seit dem 31. Dezember 2007 keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen in den Aussichten der EnBW AG ergeben.

Abschlussprüfer

Seit dem Geschäftsjahr 2004 ist die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, ("**Ernst & Young**") der Abschlussprüfer der EnBW AG. Die Adresse der Stuttgarter Niederlassung ist Mittlerer Pfad 15, 70499 Stuttgart. Ernst & Young ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer, Rauchstrasse 26, 10787 Berlin.

Ausgewählte Finanzdaten

Am 31. Dezember 2007 und am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahre:

Bilanz des EnBW-Konzerns zum 31. Dezember 2007

Mio. € ¹	31.12.2007	31.12.2006
Aktiva		
Langfristige Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	1.636,4	1.661,2
Sachanlagen	11.416,2	11.336,1
Investment Properties	87,7	115,1
At equity bewertete Unternehmen	1.856,5	1.758,6
Übrige finanzielle Vermögenswerte	5.734,4	6.031,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	372,6	334,3
Ertragsteuererstattungsansprüche	253,8	256,6
Sonstige langfristige Vermögenswerte	179,8	148,5
Latente Steuern	6,0	38,9
	21.543,4	21.681,0
Kurzfristige Vermögenswerte		
Vorratsvermögen	732,7	612,3
Finanzielle Vermögenswerte	727,6	274,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.108,7	2.245,7
Ertragsteuererstattungsansprüche	255,1	186,0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	1.725,6	1.178,5
Flüssige Mittel	1.317,8	1.932,3
	6.867,5	6.428,8
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte nicht fortzuführender Aktivitäten		
	3,4	38,5
	6.870,9	6.467,3
	28.414,3	28.148,3
Passiva		
Eigenkapital		
Anteile des Konzerns		
Gezeichnetes Kapital	640,0	640,0
Kapitalrücklage	22,2	22,2
Gewinnrücklagen	3.787,7	2.702,1
Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3	49,6	7,3
Eigene Aktien	-204,1	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen	756,0	395,4
	5.051,4	3.562,9
Anteile anderer Gesellschafter		
	950,3	929,5
	6.001,7	4.492,4
Langfristige Schulden		
Rückstellungen ²	8.989,1	8.865,8
Latente Steuern	1.616,8	2.000,0
Finanzverbindlichkeiten	3.364,2	3.883,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.127,0	2.126,0
	16.097,1	16.875,6
Kurzfristige Schulden		
Rückstellungen ²	1.131,3	1.306,3
Finanzverbindlichkeiten	588,3	1.226,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.323,3	2.164,6
Ertragsteuerverbindlichkeiten	6,3	126,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.258,4	1.853,3
	6.307,6	6.677,3
Schulden nicht fortzuführender Aktivitäten		
	7,9	103,0
	6.315,5	6.780,3
	28.414,3	28.148,3

1 Vorjahreszahlen angepasst

2 Davon lang- und kurzfristige Ertragsteuerrückstellungen insgesamt: 229,9 Mio. € (Vorjahr: 339,4 Mio. €)

Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

Mio. € ¹	2007	2006
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Erdgassteuer	15.740,7	14.054,8
Strom- und Erdgassteuer	-1.028,5	-1.195,3
Umsatzerlöse	14.712,2	12.859,5
Bestandsveränderung	1,5	10,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	51,9	41,8
Sonstige betriebliche Erträge	987,9	836,5
Materialaufwand	-10.943,9	-9.045,3
Personalaufwand	-1.476,2	-1.367,7
Abschreibungen	-777,2	-822,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-997,0	-1.061,1
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	1.559,2	1.451,2
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	158,9	161,5
Übriges Beteiligungsergebnis	113,3	49,6
Finanzerträge	397,9	374,8
Finanzaufwendungen	-856,4	-847,0
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.372,9	1.190,1
Ertragsteuern	43,2	-75,4
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten²	1.416,1	1.114,7
Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten	97,9	6,0
Konzernüberschuss	1.514,0	1.120,7
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(149,9)	(118,9)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(1.364,1)	(1.001,8)
Aktien im Umlauf (Mio. Stück), gewichtet	244,257	244,232
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten (€)³	5,18	4,07
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss (€)³	5,58	4,10

1 Vorjahreszahlen angepasst

2 Davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG: 1.266,2 Mio. € (Vorjahr: 995,0 Mio. €)

3 Verwässert und unverwässert; bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG

Cashflow-Rechnung des EnBW-Konzerns vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

Mio. € ¹	2007	2006
1. Operativer Bereich		
EBITDA	2.336,4	2.273,8
EBITDA der nicht fortzuführenden Aktivitäten	131,5	25,1
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	-256,1	-303,5
Ergebnis aus Anlagenabgängen	-24,0	-27,3
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-69,4	-69,1
Funds From Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung	2.118,4	1.899,0
Veränderung des Working Capital und der kurzfristigen Rückstellungen	131,8	-245,4
Gezahlte Ertragsteuern	-691,5	-187,0
Operating Cashflow	1.558,7	1.466,6
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(33,8)	(11,9)
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-816,9	-630,1
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	30,2	105,2
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	81,2	85,4
Auszahlungen aus dem Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-190,5	-387,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	74,1	50,5
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte	-588,1	-594,1
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	551,4	458,1
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdispositionen	27,9	-30,4
Erhaltene Zinsen	311,6	254,8
Erhaltene Dividenden	137,5	127,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-381,6	-560,4
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(72,4)	(46,2)
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen	-403,2	-291,0
Gezahlte Dividenden	-359,0	-285,9
Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	0,0	14,4
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	303,6	604,4
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-1.322,9	-435,8
Kapitalherabsetzung für Anteile anderer Gesellschafter	-5,1	-5,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.786,6	-399,0
davon nicht fortzuführende Aktivitäten	(2,6)	(2,9)
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-609,5	507,2
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	-5,0	-1,3
Veränderung der flüssigen Mittel	-614,5	505,9
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	1.932,3	1.426,4
Flüssige Mittel am Ende der Periode	1.317,8	1.932,3

1 Vorjahreszahlen angepasst

Konsolidierte Kennzahlen des EnBW-Konzerns

EnBW-Konzern ¹		2007	2006	Veränderung in %
Umsatz				
Strom	Mio. €	11.539,7	9.509,0	+21,4
Gas	Mio. €	2.479,3	2.757,9	-10,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	Mio. €	693,2	592,6	+17,0
Außenumsatz gesamt	Mio. €	14.712,2	12.859,5	+14,4
EBITDA (Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit vor Abschreibungen)	Mio. €	2.336,4	2.273,8	+2,8
EBIT (Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit)	Mio. €	1.559,2	1.451,2	+7,4
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	Mio. €	1.416,1	1.114,7	+27,0
Konzernüberschuss ²	Mio. €	1.364,1	1.001,8	+36,2
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ²	€	5,58	4,10	+36,1
Operating Cashflow	Mio. €	1.558,7	1.466,6	+6,3
Nettofinanzschulden ³	Mio. €	2.972,3	3.592,8	-17,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen ⁴	Mio. €	816,1	630,1	+29,5

Energieabsatz des EnBW-Konzerns		2007	2006	Veränderung in %
Strom	Mrd. kWh	139,5	119,4	+16,8
Gas	Mrd. kWh	75,2	83,5	-9,9

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns ⁵		2007	2006	Veränderung in %
Mitarbeiter im Durchschnitt	Anzahl	20.499	20.259	+1,2

1 Vorjahreszahlen angepasst.

2 Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

3 Siehe sonstige Angaben im Anhang zum Konzernabschluss für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr (EnBW Geschäftsbericht 2007, Seite 195).

4 Aus fortzuführenden Aktivitäten.

5 Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.

Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Rechtsstreitigkeiten

Soweit in diesem Debt Issuance Programme Prospekt nicht anderweitig offen gelegt, gibt es keine staatlichen Verfahren bzw. Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich solcher Verfahren, die nach Kenntnis der EnBW AG noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), noch hat es derartige Verfahren in den letzten zwölf Monaten vor der Veröffentlichung dieses Debt Issuance Programme Prospekts gegeben, die sich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der EnBW AG oder des EnBW Konzerns erheblich auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Naturgemäß sind die EnBW AG und ihre Konzernunternehmen an zahlreichen Gerichts- und Schiedsverfahren beteiligt. Die wichtigsten sind nachfolgend aufgeführt.

Zivilrechtliche Rechtsstreitigkeiten

Im Anschluss an die Verschmelzung der seinerzeitigen Badenwerk AG mit der Energie-Versorgung Schwaben AG im Jahr 1997 wurde vor dem Landgericht Mannheim von mehreren Aktionären der Badenwerk AG ein Spruchverfahren zu Überprüfung der für die Verschmelzung festgelegten Wandlungsrelationen und Verbesserung derselben mittels einer baren Nachzahlung angestrengt. Die zuständige Kammer für Handelssachen hat mit Beschluss vom 2. März 2006 die gestellten Anträge auf Verbesserung des Umtauschverhältnisses durch Beschluss vollumfänglich zurückgewiesen, nachdem der gerichtlich bestellte Gutachter ebenso entschieden hatte. Gegen diesen Beschluss haben einige der seinerzeitigen Antragsteller zwischenzeitlich Beschwerde eingeleitet und begründet. Die EnBW AG hat hierzu Ende November 2006 Stellung genommen, ein Verhandlungs- oder Verkündungstermin steht noch nicht fest.

Nach Eintragung des Squeeze-out Beschlusses in das Handelsregister der Neckarwerke Stuttgart AG ("NWS") haben im Juni 2003 mehrere Aktionäre ein Spruchverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit der Barabfindung beim Landgericht Stuttgart eingeleitet. Falls das Gericht eine höhere Barabfindung festsetzen würde, wäre davon nur der frühere Streubesitz der NWS AG (ca. 0,45 % der Aktien der NWS AG) begünstigt. Der vom Gericht bestellte Gutachter hat nunmehr sein Gutachten im Dezember 2007 dem Gericht vorgelegt. Es wurde Mitte Januar 2008 den Beteiligten zur Stellungnahme bis Mitte April 2008 übersandt.

Nach Eintragung des Squeeze-out Beschlusses in das Handelsregister der Salamander AG (heute EnBW Beteiligungen AG) haben seit Februar 2003 mehrere ehemalige Aktionäre ein Spruchverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit der Barabfindung beim Landgericht Stuttgart eingeleitet. Falls das Gericht eine höhere Barabfindung festsetzen würde, wäre davon der frühere Streubesitz der Salamander AG (ca. 4,5 % der Aktien der Salamander AG) begünstigt. Der vom Gericht bestellte Gutachter hat im Juli 2007 sein Gutachten erstattet. Der Gutachter hat festgestellt, dass nach bisherigen Prüfungen keine Erkenntnisse bestehen, die Wertrelation anzupassen. Allerdings hat der Gutachter darauf hingewiesen, dass sich ggf. aus dem ebenfalls anhängigen Spruchstellenverfahren APCOA Parking ("APCOA") – zu dem er ebenfalls als gerichtlicher Gutachter bestellt wurde – Ausstrahlungswirkungen für dieses Verfahren ergeben könnten. Hierzu wird der Gutachter nach Abschluss seiner Gutachtenstätigkeit in Sachen APCOA ergänzend Stellung nehmen.

Nach Eintragung des Gewinnabführungsvertrages zwischen der Salamander AG (heute EnBW Beteiligungen AG) und der APCOA am 24. Oktober 2002 in das Handelsregister der APCOA ist dieser rückwirkend zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten. In diesem Vertrag hat sich die Salamander AG verpflichtet, von außenstehenden Aktionären gegen eine Barabfindung Aktien der APCOA zu erwerben. Mehrere ehemalige Aktionäre haben ein Spruchverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit der Barabfindung beim Landgericht Stuttgart eingeleitet. Falls das Gericht eine höhere Barabfindung festsetzen würde, wäre davon der frühere Streubesitz der APCOA (ca. 1,8 % der Aktien der APCOA) begünstigt. Der vom Gericht bestellte Gutachter hat Einsicht in die Unterlagen der APCOA genommen. Bis wann der Gutachter sein Bewertungsgutachten erstellt, kann nicht verlässlich abgeschätzt werden.

Nach Eintragung des Squeeze-out Beschlusses in das Handelsregister der Energiedienst AG haben seit Februar 2003 mehrere ehemalige Aktionäre ein Spruchstellenverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit der Barabfindung beim Landgericht Mannheim eingeleitet. Falls das Gericht eine höhere Barabfindung festsetzen würde, wäre davon nur der restliche Streubesitz der Energiedienst AG (ca. 2,61 % der Aktien der Energiedienst AG) begünstigt. Der Gutachter wurde am 28. April 2004 vom Gericht bestellt. Kenntnisse über den Stand der Arbeiten liegen uns nicht vor. Streitwert, Länge und Ausgang des Verfahrens sind ungewiss.

Im Juni 2006 hat die EnBW AG, vertreten durch den Aufsichtsrat, im Zusammenhang mit der Überschreitung des Aufsichtsratsbeschlusses zum Erwerb der Stadtwerke Düsseldorf AG Feststellungsklage

wegen Organhaftungsansprüchen gegen ein früheres Vorstandsmitglied der EnBW AG erhoben, auf die der Beklagte und die Klägerin wechselseitig mehrfach erwidert haben. Ein erster Gerichtstermin hat keine neuen Erkenntnisse gebracht.

Die EnBW AG hat am 25. Mai 2005 Zahlungsklage gegen einen Mitaktionär der AGIV Real Estate Aktiengesellschaft (“**AGIV**”) in Höhe von knapp 9 Mio. € mit der Begründung erhoben, dass der Mitaktionär zur Ausübung einer Option zum Kauf der Aktien der EnBW AG an AGIV verpflichtet war. Gegen das stattgebende Urteil 1. Instanz hat der Beklagte Berufung eingelegt, die Berufung wurde jedoch durch Urteil vom 22. November 2007 zurückgewiesen. Gegen die Nichtzulassung der Revision hat der Mitaktionär Beschwerde eingelegt.

Anfang Mai 2004 hat die Thermoselect S.A. im “Projekt Ansbach” Klage gegen die TAE Thermische Abfallentsorgung Ansbach GmbH (100 % Beteiligung EnBW AG) (“**TAE**”) erhoben. Thermoselect S.A. verlangt restlichen Werklohn in Höhe von 34,3 Mio. € und stützt diesen Anspruch auf eine am 31. Juli 2003 erklärte Kündigung des Werkvertrages. Darüber hinaus macht Thermoselect S.A. einen Anspruch auf Ersatz von Mehrkosten in Höhe von 8,7 Mio. € geltend. TAE hält die Kündigung und den Anspruch auf Ersatz von Mehrkosten für unberechtigt und hat im April 2004 – nach Ablauf einer im Mai 2003 gesetzten Frist für den Fertigbau der Anlage – den Rücktritt vom Werkvertrag erklärt. TAE hat – gestützt auf den im April erklärten Vertragsrücktritt – Widerklage gegen Thermoselect S.A. erhoben. TAE verlangt von Thermoselect S.A. Zahlung von 29 Mio. € (Rückzahlung von Werklohn und Vertragsstrafe), die Räumung des Anlagengrundstücks und die Rückgabe einer Bürgschaft über 31,5 Mio. €. Das Landgericht Ansbach hat die Klage der Thermoselect S.A. durch Urteil vom 13. April 2007 abgewiesen und der Widerklage der TAE in vollem Umfang stattgegeben. Thermoselect S.A. hat Berufung eingelegt und die Klage auf insgesamt 48,3 Mio. € erweitert.

Thermoselect S.A. hat im Mai 2004 eine Feststellungsklage beim Landgericht Karlsruhe eingereicht. Thermoselect S.A. begeht die Feststellung, dass die EnBW AG dem Grunde nach zur Zahlung von Schadenersatz verpflichtet ist. Thermoselect S.A. stützt ihren Schadenersatzanspruch auf angebliche Pflichtverletzungen der EnBW AG in den verschiedenen Rechtsverhältnissen mit Thermoselect S.A., die zu einer Zerstörung der Geschäftschancen der Klägerin geführt hätten. EnBW ist der Klage entgegengetreten. Am 23. Februar 2006 hat Thermoselect S.A. die Klage geändert und verlangt Zahlung von 209,9 Mio. €. Die EnBW AG ist auch der geänderten Klage entgegengetreten. Das Landgericht Karlsruhe hat die Klage der Thermoselect S.A. am 30. Juni 2006 abgewiesen. Die Gegenseite hat am 3. August 2006 Berufung eingelegt und die Klage auf 580,9 Mio. € erhöht. Mit Urteil des OLG Karlsruhe vom 27. November 2007 wurde die Berufung der Gegenseite zurückgewiesen. Der Rechtsstreit ist gegenwärtig beim Bundesgerichtshof (BGH) anhängig (Nichtzulassungsbeschwerde der Thermoselect S.A.).

Die EnBW AG hat am 29. Oktober 2004 Klage auf Wandelung des Werkvertrages über die Thermoselect-Anlage Karlsruhe gegen Thermoselect S.A. erhoben. Die EnBW AG verlangt Rückzahlung des Werklohns nebst Zinsen (rund 145 Mio. €) und Rückbau der Anlage. Das Landgericht Karlsruhe hat die Klage der EnBW AG am 24. Februar 2006 abgewiesen. Das OLG Karlsruhe hat die Berufung der EnBW AG durch Urteil vom 5. Juni 2007 mit der Begründung zurückgewiesen, dass das ordentliche Gericht für die Klage nicht zuständig ist, weil die Parteien eine den geltend gemachten Anspruch erfassende Schiedsabrede getroffen haben. Das hierdurch notwendige Schiedsverfahren hat die EnBW AG bereits eingeleitet.

Die EnBW AG hat am 29. Juli 2005 Klage auf Zahlung von 25,5 Mio. € gegen Herrn Günter Kiss vor dem Bezirksgericht Zürich erhoben. In Höhe des Klagebetrags hatte Badenwerk AG im Jahr 1995 eine Kaufpreisanzahlung für Aktien geleistet, die sie von Herrn Kiss erworben hatte. Die Anzahlung ist zurück zu erstatten, nachdem die EnBW AG im März 2005 den Rücktritt vom Aktienkaufvertrag erklärt hatte. Hilfsweise begeht die EnBW AG die Feststellung, dass ein im Juli 2004 erstellter Bericht über die Ermittlung des Unternehmenswerts der Thermoselect AG nicht verwertbar ist. G. Kiss hat am 14. Dezember 2005 Widerklage erhoben. G. Kiss verlangt in der Widerklage die gerichtliche Ermittlung des Kaufpreises (hilfsweise: Zahlung eines Kaufpreises in Höhe von 131,6 Mio. €).

Die ARGE Holzmann-Hochtief hat gegen die EnBW AG im Juli 2001 Klage auf Zahlung von Werklohn erhoben. Die Klage betrifft Bauleistungen, welche die ARGE für das Thermoselect-Projekt Karlsruhe erbracht hat. Die EnBW AG hat die Zahlung des eingeklagten Werklohns verweigert, da sie der Auffassung ist, dass die Bauleistung schwerwiegende Mängel aufgewiesen hat. Das wirtschaftliche Risiko beträgt rund 7,2 Mio. €.

Das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (“**BADV**”) hat gegenüber der EnBW Beteiligungen AG angekündigt, dass es beabsichtigt, dem Antrag der Conference on Jewish Material

Claims against Germany Inc. (JCC) statzugeben und einen Bescheid erlassen wird, in welchem dem JCC der bei der Veräußerung des ehemaligen Grundstücks der Salamander AG in Leipzig, Peterstraße 16, erzielte Erlös in Höhe des Bruchteils von 1/2 zuerkannt wird. Der Wert des auszukehrenden Veräußerungserlöses liegt bei ca. 2,3 Mio. €. Gegen diesen Bescheid hat die EnBW Beteiligungen AG am 15. Februar 2008 Klage beim Verwaltungsgericht Leipzig erhoben.

Bei Energiedienst AG ("ED") gibt es rund 3500 Beitreibungsfälle mit einer Forderungssumme von 3,5 Mio. €. In zwanzig Fällen ist ein Gerichtsverfahren anhängig. Der durchschnittliche Wert beläuft sich auf 1.000 €.

Am 19. Oktober 2005 haben 166 Normsonderkunden beim LG Dresden Klage gegen ENSO Erdgas GmbH eingereicht (Streitwert: 50.000,00 €).

Mit ihrer Klage beantragen die Kläger festzustellen, dass die jeweils zwischen den Klägern und der ENSO Erdgas GmbH bestehenden Gasversorgungsverträge über den 1. Oktober 2004 hinaus unverändert zu den ab dem 1. Oktober 2004 geltenden Preisen fortbestehen.

Das Landgericht Dresden gab mit Urteil vom 30. Juni 2006 (10 O 3613/05) der Klage aus Gründen der Intransparenz der vertraglichen Preisanpassungsklausel (§ 307 Abs. 1 BGB) statt.

Gegen das Urteil des Landgericht Dresden legte ENSO Erdgas GmbH fristwährend Berufung ein. Das OLG Dresden wies mit Urteil vom 11. Dezember 2006 (U 1426/06Kart) die Berufung zurück. Zwar wies das OLG darauf hin, dass die Preisanpassungsklausel AGB-rechtlich nicht zu beanstanden ist, da unter dem Aspekt der marktbeherrschenden Stellung des Gasversorgungsunternehmens an die Transparenz der Preisanpassungsklausel nicht so hohe Anforderungen gestellt werden könnten. Das OLG forderte allerdings die in der Klausel fehlende Transparenz im materiell-rechtlichen Gestaltungsakt, nämlich dem jeweiligen Preiserhöhungsschreiben, nachzuholen. Dieser Forderung haben die Anschreiben der ENSO Erdgas GmbH betreffend jeweilige Preiserhöhung nach Auffassung des OLG nicht genügt.

Gegen das Urteil des OLG legte ENSO Erdgas GmbH Revision beim BGH (KZR 2/07) ein (Streitwert: 30.000,00 €). Die mündliche Verhandlung fand vor dem Kartellsenat des BGH am 4. März 2008 statt. Wir gehen davon aus, dass die anstehende Entscheidung des BGH zur Frage der Rechtmäßigkeit der Preisanpassung dem Grunde sowie der Höhe nach bundesweit in der Gasbranche von Bedeutung sein wird – diese Art Preisanpassungsklauseln wurden bundesweit angewendet.

Am 5. Juli 2006 hat die statt-werk GmbH Klage beim Landgericht Dresden gegen ENSO Strom AG eingereicht. Die Klage wurde ENSO Strom AG am 19. Juli 2006 zugestellt. Gegenstand der Klage ist zum einen die Geltendmachung eines Rückforderungsanspruches wegen vermeintlicher Überzahlung von Netznutzungsentgelt in Höhe von 765.954,98 €, den die Klägerin mit einer Gegenüberstellung der Zahlungen, die vertragsgemäß an ENSO Strom AG hätten geleistet werden müssen, mit den Beträgen, die tatsächlich an ENSO Strom AG geleistet wurden, begründet. Mit dem weiteren Anspruch (ca. 1,1 Mio. €) begeht die Klägerin festzustellen, dass das von ENSO Strom AG gegenüber ares Energie-direkt GmbH festgesetzte und abgerechnete Netznutzungsentgelt im streitgegenständlichen Zeitraum nicht der Billigkeit entsprach. Hilfsweise begeht die Klägerin die Verurteilung der ENSO Strom AG zur Zahlung dieses überschließenden nicht der Billigkeit entsprechenden Betrages, hilfsweise das Entgelt für die Netznutzung für den Zeitraum Oktober 2000 bis Dezember 2002 nach billigem Ermessen zu bestimmen. Den vorläufigen Streitwert beziffert die Klägerin mit 1.830.671,48 €. Die Klageerwiderung wurde beim Landgericht Dresden am 13. Oktober 2006 eingereicht. Der 2. Termin zur mündlichen Verhandlung findet voraussichtlich Mitte April 2008 statt.

Am 4. Dezember 2006 hat die EnBW Gas GmbH Beschwerde gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur (Kürzung der Entgelte für Netzzugang um rund 16 %) eingelegt. Das Verfahren ruht zur Zeit im Hinblick auf die Entscheidung in dem anhängigen Verfahren Vattenfall, in dem eine grundsätzliche Klärung von Fragen zur Kalkulation der Entgelte für den Netzzugang nach § 23a Energiewirtschaftsgesetz zu erwarten ist.

Am 4. Dezember 2006 hat die Gasversorgung Süddeutschland GmbH Beschwerde gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur (Kürzung der Entgelte für Netzzugang um rund 15 %) eingelegt. Das Verfahren ruht zurzeit im Hinblick auf die Entscheidung in dem anhängigen Verfahren Vattenfall, in dem eine grundsätzliche Klärung von Fragen zur Kalkulation der Entgelte für den Netzzugang nach § 23a Energiewirtschaftsgesetz zu erwarten ist.

Die Fa. Klein Abwasser- und Schlammtchnik GmbH i.l. ("Klein") in Niederfischbach verpflichtete sich mit Werkvertrag vom 04./15. Februar 2005 zur Planung, Lieferung und Montage einer Klärschlamm-trocknungsanlage für das Heizkraftwerk Heilbronn der EnBW Kraftwerke AG ("KWG").

Nachdem Klein vorhandene Mängel nicht beseitigen und keinen abnahmefähigen Zustand der Anlage herbeiführen konnte, hat die KWG Klein erklärt, die Anlage nunmehr durch ein Drittunternehmen fertig stellen zu lassen und die Kosten im Wege des Schadensersatzes ersetzt zu verlangen. Die Schadensersatzansprüche der KWG sind durch insolvenzfeste Bürgschaften abgesichert. Gleichzeitig hat die KWG Klein aufgefordert, die bestehenden Mängel anzuerkennen und einen Vorschuss auf die Mängelbeseitigungskosten zu zahlen. Dem ist Klein nicht nachgekommen. Die KWG beabsichtigt nunmehr, zur Vermeidung weiterer Folgeschäden aus dem Nichtbetrieb der Klärschlammtröcknungsanlage diese kurzfristig durch ein Drittunternehmen in den vertragsgemäßen Zustand versetzen zu lassen. Hierdurch können Beweismittel verloren gehen, die wiederum Voraussetzung für die Leistungen der Bürigen an die KWG sind. Die KWG hat deshalb zur Beweissicherung ein selbständiges Beweisverfahren gegen Klein eingeleitet. Der Streitwert des selbständigen Beweisverfahrens ist vorläufig mit 500.000 € beziffert.

Am 12. April 2007 hat die Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH (“**NGO**”) Beschwerde gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur zur Genehmigung der Gasnetzentgelte (Kürzung um rund 27 %) eingelegt. Das Verfahren ruht zur Zeit im Hinblick auf die Entscheidung in dem anhängigen Verfahren Vattenfall, in dem eine grundsätzliche Klärung, von Fragen zur Kalkulation der Entgelte für den Netzzugang nach § 23a Energiewirtschaftsgesetz zu erwarten ist.

Am 31. August 2006 hat die EnBW Transportnetze AG (“**TNG**”) Beschwerde gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur zur Genehmigung der Netznutzungsentgelte eingelegt und sich somit gegen die Kürzung der Netznutzungsentgelte der TNG um rund 8 % gewandt. Gegenstand des Verfahrens waren vorrangig Fragen der Auslegung der Stromnetzentgeltverordnung. Das Verfahren wurde vor dem OLG Düsseldorf durchgeführt. Zwischenzeitlich wurde eine Einigung mit der Bundesnetzagentur erzielt und die Klage zurückgenommen.

Am 4. Oktober 2006 hat die EnBW Regional AG (“**REG**”) Beschwerde gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur (Kürzung um rd. 14 %) eingelegt. Das Verfahren ruht zur Zeit im Hinblick auf die abzuwartende Entscheidung im vorgenannten TNG-Verfahren. In gleicher Weise ist die EnBW Ostwürttemberg Donau Ries AG vorgegangen. Weitere Netzbetreiber des EnBW Konzerns – auch im Gasbereich – verhalten sich entsprechend. Diese Verfahren wurden ebenfalls zum Ruhen gebracht, mit Ausnahme des Verfahrens der EW Aach eG gegen die Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg. Die Beschwerde der EW Aach eG gegen den Bescheid der Landesregulierungsbehörde wurde vom OLG Stuttgart zurückgewiesen. Gegen die Entscheidung des OLG Stuttgart wurde Rechtsbeschwerde zum BGH eingelegt. Der wirtschaftliche Hintergrund des Rechtsstreits ist vernachlässigbar, jedoch geht es um die Klärung wichtiger Grundsatzfragen (z.B. rückwirkende Genehmigung).

Am 4. Dezember 2003 hat die REG Klage gegen ein Stadtwerk wegen verkürzter Netznutzungsentgelte erhoben. Das Volumen beträgt rund 780.000 €. Nach ersten mündlichen Verhandlungen im Jahr 2004 wurde ein Gutachter bestellt. Weitere Ergebnisse liegen bisher nicht vor.

Eine Betreibergesellschaft hat per Mahnbescheid gegen die REG im Januar 2007 diverse Ansprüche im Zusammenhang mit dem 2003 hergestellten EEG-Netzanschluss ihrer Biomasse-Anlage rechtshängig gemacht. Sie verlangt einen Neuanschluss der Anlage an das Hochspannungsnetz der REG und Schadensersatz für bestimmte Aufwendungen. Der Streitwert beträgt rund 800.000 €.

Ein Stromhändler hat Klagen gegen nahezu alle Netzbetreiber des EnBW Konzerns wegen angeblich unangemessener Netznutzungsentgelte im Zeitraum vor Inkrafttreten regulierter Netznutzungsentgelte eingereicht. Der Stromhändler begeht Feststellung, dass die Netznutzungsentgelte in den genannten Zeiträumen mindestens in dem Umfange überhöht waren, wie im Rahmen der späteren Entgeltgenehmigungsverfahren Kürzungen vorgenommen wurden. Entsprechend dem jeweiligen Volumen der Netznutzungsentgelte schwanken die Forderungen entsprechend. Bei REG als hauptsächlich betroffener Gesellschaft erreichen sie einen einstelligen Millionenbetrag. Der Stromhändler hat zunächst Klagen in den Fällen erhoben, in welchen Verjährung drohte. Klagen zu jüngeren Zeiträumen (2005/2006) hat sich der Stromhändler vorbehalten.

Die REG hat Ende November 2007 Beschwerde gegen die Festlegung der Preisindizes nach § 6 Abs. 3 StromNEV der Bundesnetzagentur eingelegt. Entsprechend haben andere Netzbetreiber des Konzerns reagiert. Das REG-Verfahren wird als Musterverfahren geführt.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG hat am 16. November 2006 Beschwerde gegen den Beschluss der Netzentgeltgenehmigung Gas der Bundesnetzagentur (Kürzung um rund 16 %) sowie am 22. Dezember 2006 gegen den Beschluss der Netzentgeltgenehmigung Strom der Bundesnetzagentur (Kürzung um rund 12 %) eingelegt. Die Verfahren ruhen zur Zeit im Hinblick auf die Entscheidung in dem anhän-

gigen Verfahren Vattenfall, in dem eine grundsätzliche Klärung von Fragen zur Kalkulation der Entgelte für den Netzzugang nach § 23a Energiewirtschaftsgesetz zu erwarten ist.

Die Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH hat am 23. November 2007 Beschwerde gegen die Festlegung der Preisindizes nach § 6 Abs. 3 StromNEV/GasNEV der Bundesnetzagentur beim OLG Düsseldorf eingelegt. Die Verfahren sollen in Abstimmung mit der EnBW AG im Hinblick auf das von ihr aktiv geführte Verfahren ruhend gestellt werden.

Auf der Grundlage von im Dezember 2004 eingeleiteten Mahnbescheidsverfahren werden Ansprüche der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH ("**VSG**") auf Erstattung der Belastungen aus EEG und KWKG aus Altverträgen im Gesamtumfang von ca. 760.000 € gerichtlich verfolgt.

Aus der Problematik der Weiterwälzung der EEG- und KWKG-Zusatzkosten an Endkunden der VSG aus den Jahren 2000 bis 2002 sind noch drei Rechtsstreitigkeiten vor verschiedenen Gerichten anhängig. Der Streitwert beträgt insgesamt rund 800.000 €. Der größte Teil davon entfällt auf ein Stadtwerk im Zusammenhang mit der so genannten KWK-Regionalkomponente der Neckarwerke Stuttgart AG.

Die Gesamthöhe der in der Beitreibung befindlichen Forderungen (inkl. Yello-Forderungen sowie ehem. NWS) beträgt rd. 82 Mio. €. Die Forderungen umfassen auch Kosten und Zinsen.

Das Landgericht Köln hat die Yello Strom GmbH ("**Yello**") auf eine Stufenklage des Rechtsanwalts Grigoleit, die dieser im 4. Quartal 2004 gegen Yello erhoben hatte, zur Zahlung von ca. 500.000,00 € verurteilt. Herr Grigoleit hat hiergegen zwischenzeitlich Berufung einlegt. Die aus diesem Komplex möglicherweise resultierenden Ansprüche von Herrn Grigoleit können nach dem jetzigen Verfahrensstand auf bis zu 700.000 € beziffert werden.

Am 15. Juni 2005 hat die Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH beim Landgericht München I Klage gegen die GoYellow GmbH, die Varetis AG und eine Mitarbeiterin der Varetis AG erhoben. Die GoYellow GmbH bietet im Internet ein Branchensuchverzeichnis unter dem Namen "GoYellow" an und hat Markenschutz für die Marke "GoYellow". Die Varetis AG (im Mai 2006 umfirmiert in GoYellow Media AG) ist die Muttergesellschaft der GoYellow GmbH. Alle drei Beklagten haben Domains mit den Wortbestandteilen "GoYellow" registriert. Die Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH macht Rechte aus der Verletzung Ihrer "Yello" Marken durch die Verwendung des Begriffs "GoYellow" geltend. Im Juni 2006 wurde der Klage vom Landgericht München stattgegeben. Die Berufung der Gegenseite beim OLG München war erfolgreich. Die Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH hat Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH eingelegt, um eine Zulassung der Revision zu erreichen.

Verwaltungsrechtliche Rechtsstreitigkeiten und Genehmigungsverfahren

Die Bundesnetzagentur hat die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber, darunter EnBW, mit Schreiben vom 7. März 2008 davon unterrichtet, dass sie auf Grundlage von § 31 Energiewirtschaftsgesetz ein besonderes Missbrauchsverfahren zur Überprüfung des Verhaltens der vier Übertragungsnetzbetreiber eingeleitet hat. Die Einleitung des Verfahrens wurde von dem Stromlieferanten Lichtblick und von dem Bundesverband neuer Energieanbieter beantragt. Gegenstand des Verfahrens ist die Frage, ob die Übertragungsnetzbetreiber ihre im Energiewirtschaftsgesetz geregelte Pflicht, zur Senkung des Aufwandes für Regelergie unter Beachtung ihrer jeweiligen Systemverantwortung zusammenzuarbeiten, verletzt haben.

Die Bundesnetzagentur hat den Übertragungsnetzbetreibern Gelegenheit zur Stellungnahme bis 14. April 2008 gegeben.

Am 21. Dezember 2004 hat die Kernkraftwerk Obrigheim GmbH (nunmehr EnBW Kernkraft GmbH, Standort Obrigheim) den Antrag auf Erteilung einer 1. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung gestellt. Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit ist abgeschlossen. Nach gegenwärtiger Planung wird im ersten Halbjahr 2008 die Erteilung der Genehmigung erwartet. Für die Durchführung des Rückbaus des Kernkraftwerks Obrigheim ("**KWO**"), der nach gegenwärtiger Planung in 2020 beendet sein soll, sind nach gegenwärtiger Planung insgesamt 3 Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen erforderlich. Um einen zügigen Rückbau der Anlage zu erleichtern, soll ein trockenes Zwischenlager für die bestrahlten KWO-Brennelemente am Standort errichtet und betrieben werden. Hierzu wurde beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als zuständige Behörde am 22. April 2005 ein Antrag auf Erteilung einer atomrechtlichen Genehmigung gestellt. Gegenwärtig werden die weiteren Genehmigungsunterlagen erarbeitet. Das Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren soll in 2008 erfolgen, die Genehmigungserteilung wird in 2010 erwartet. Mit Erteilung der beiden Genehmigungen sind die noch offenen und gegenwärtig ruhenden Gerichtsverfahren "KWO" – Klage einer Anwohnerin auf Stilllegung des KWO sowie Klage von Anwohnern gegen die Genehmigung des externen Brennelement-Lagerbeckens des

KWO – obsolet und werden nach einer außergerichtlichen Vereinbarung von den Klägern zur gegebenen Zeit zurückgenommen werden.

Am 22. März 2007 hat die EnBW Kernkraft GmbH (“**EnKK**”) beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (“**VGH**”) sog. Untätigkeitsklage eingereicht. Grund für die Klage ist, dass das Bundesumweltministerium (“**BMU**”) bis heute nicht über den Antrag der EnKK vom 22. Dezember 2006 auf Reststrommengenübertragung vom Kernkraftwerk Neckarwestheim II (“**GKN II**”) auf das Kernkraftwerk Neckarwestheim I (“**GKN I**”), entscheiden hat. Da ein sachlicher Grund für eine solche Verzögerung aus Sicht der EnKK nicht zu erkennen ist, soll jetzt das Gericht über den Antrag der EnKK entscheiden. Die Klage ist die einzige Möglichkeit, einer weiteren Verzögerung des Verfahrens entgegenzuwirken. Mit Beschluss vom 20. August 2007 hat sich der VGH für sachlich und örtlich zuständig erklärt und damit die Auffassung des BMU zur Zuständigkeit abgelehnt. Mit unanfechtbaren Beschluss hat der VGH am 17. Dezember 2007 entschieden, das Verfahren Strommengenübertragung von GKN I auf GKN II bis zum Ablauf des 9. Mai 2008 auszusetzen in der Erwartung der Verwaltungsentscheidung durch das BMU.

Nachdem in den Jahren 1998/1999 die Anträge der KWG auf Ermäßigung des Wasserentnahmehcents (Wasserpfennig) für ihre Kraftwerke mit Flusswasserkühlung durch die Unteren Wasserbehörden auf Veranlassung des Landes Baden-Württemberg abgelehnt wurden, hat die KWG entsprechende Klagen (Streitwert rund 29,7 Mio. €) erhoben. Gegen die Bescheide wurde für die folgenden Jahre ab 2000 ebenfalls Rechtsmittel eingelegt. Als Musterprozess wurde das Verfahren für das Kernkraftwerk Philippsburg geführt. Der VGH hat mit Urteil vom 06. Dezember 2005 entschieden, dass durch die zuständige Behörde erneut über die Ermäßigungsanträge unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts zu entscheiden ist. Mit Beschluss vom 4. Januar 2007 hat das Bundesverwaltungsgericht (“**BVerwG**”) die Beschwerde des Landes gegen die Nichtzulassung der Revision zurückgewiesen. Damit ist das Urteil des VGH rechtskräftig und die jeweils zuständigen unteren Wasserbehörden müssen nunmehr neu entscheiden. Hierzu wurden die Ermäßigungsanträge für das Kernkraftwerk Philippsburg (“**KKP**”) sowie für Marbach, Heilbronn und Rheinhafen-Dampfkraftwerk (“**RDK**”) jeweils für die Jahre 1998 bis 2003 konkretisiert. Aus Zweck- und Rechtmäßigkeitserwägungen wurde entschieden, die Konkretisierung der Anträge für die Jahre ab 2004 zurückzustellen. Die Konkretisierung der Anträge für die ehemaligen NWS-Anlagen sowie für GKN stehen noch aus. Mit Bescheiden vom 23. November 2007 wurde nunmehr erneut die Ermäßigung für KKP für die Veranlagungsjahre 1998 sowie 2000 vollständig abgelehnt. Die Ablehnung wird im Wesentlichen auf ein neues energiewirtschaftliches Gutachten des BMU gestützt. Gegen diese Bescheide wurde fristwährend erneut der Rechtsweg beschritten, für das Veranlagungsjahr 2000 wurde das ruhende Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe angerufen und für das Veranlagungsjahr 1998 Widerspruch eingelegt. Gegenwärtig erfolgt die Aufarbeitung der Sach- und Rechtslage bezogen auf die neuen ablehnenden Bescheide.

Am 17. März 2005 hat das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg auf Weisung des BMU gegen über der KWG eine nachträgliche Auflage zur Betriebsführung von KKP 1 und KKP 2 (sog. “Biblis-Auflage”) erlassen, die aus Sicht der EnBW rechtswidrig ist. In dieser Auflage wird die Beweislast über die Nachweisführung der Schadensvorsorge zu Lasten des Betreibers umgekehrt. Der VGH hat am 26. Februar 2007 der Anfechtungsklage der EnBW AG stattgegeben. Gegen das Urteil hat das Land/BMU Revision vor dem BVerwG eingelegt. Die Entscheidung steht noch aus.

Im Zusammenhang mit dem Bau der 110-kV-Leitung Tuttlingen-Fridingen sind mehrere Grundstückseigentümer gegen Enteignungs- und Besitzeinweisungsverfügungen des zuständigen Regierungspräsidiums in Freiburg vorgegangen. Nachdem die Klage im September 1999 vom VGH abgewiesen und eine Revision nicht zugelassen wurde, hat das BVerwG im Juni 2000 der eingelegten Nichtzulassungsbeschwerde stattgegeben und somit die Revision zugelassen. Die Revision wurde mit Urteil vom 11. Juli 2002 zurückgewiesen. Die Grundstückseigentümer haben Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Die EnBW AG hat im März 2004 beantragt, die Annahme der Verfassungsbeschwerde abzulehnen.

Zusätzliche Informationen

Aktienkapital

Per 31. Dezember 2007 betrug das Grundkapital der EnBW AG 640.015.872,00 € bestehend aus 250.006.200 auf den Inhaber lautenden Stückaktien ohne Nennwert mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 2,56 € je Aktie. Das Grundkapital der EnBW AG ist voll eingezahlt. Jede Aktie gewährt auf der Hauptversammlung der EnBW AG eine Stimme.

Die dem Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 23. April 2002 für fünf Jahre erteilte und am 4. Juni 2002 in das Handelsregister eingetragene Ermächtigung, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlage bzw. Bar- oder Sacheinlage jeweils um maximal 10 % zu erhöhen (Genehmigte Kapitalia I und II), ist am 4. Juni 2007 ausgelaufen. Diese Ermächtigungen waren in § 5 Abs. 2 bzw. Abs. 3 der Satzung niedergelegt.

Satzung

Gemäß § 2 der Satzung hat die EnBW AG den folgenden Unternehmensgegenstand:

- Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere in den Wirtschaftszweigen Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung tätig sind, und zwar einschließlich Erzeugung bzw. Gewinnung oder Beschaffung, Übertragung und Verteilung bzw. Transport, Vertrieb und Handel sowie der Erbringung von Dienstleistungen in diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann auch in anderen Wirtschaftszweigen industrielle und andere Beteiligungen erwerben und verwalten, insbesondere in den Bereichen Informationsverarbeitung, Kommunikationstechnik, Verkehr und Immobilienwirtschaft.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats zeitlich begrenzt auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder sich an ihnen zu beteiligen. Sie kann solche Unternehmen ganz oder teilweise unter einheitlicher Leitung zusammenfassen. Sie kann ihre Geschäftstätigkeit auch durch Tochter-, Beteiligungs- und Gemeinschaftsunternehmen ausüben oder ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen und sich selbst auf die Leitung und Verwaltung ihrer verbundenen Unternehmen beschränken.

ALLGEMEINE ANGABEN ZUR ENBW INTERNATIONAL FINANCE B.V.

Allgemeine Informationen über EnBW International Finance B.V.

Die EnBW International Finance B.V. wurde am 3. April 2001 nach niederländischem Recht als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid*) durch die EnBW AG gegründet. Die EnBW Finance hat ihren eingetragenen Sitz in Schouwburgplein 30 – 34, 3012 CL Rotterdam; PO Box 21153, 3001 AD Rotterdam, Telefon +31 (010) 2245333, Niederlande, und ist beim Handelsregister der Industrie- und Handelskammer von Rotterdam unter der Nummer 32085302 eingetragen.

Die EnBW Finance wurde für einen unbegrenzten Zeitraum gegründet. EnBW Finance ist unter der Rechtsordnung der Niederlande tätig. Der vollständige Name der EnBW Finance ist "EnBW International Finance B.V."

Gemäß Artikel 3 ihrer Satzung umfasst der Unternehmensgegenstand der EnBW Finance Finanzierungs- und Beteiligungsaktivitäten. Die ausschließliche Aufgabe der EnBW Finance besteht darin, die Finanzierungsbedürfnisse der EnBW zu unterstützen.

Unternehmensstruktur

EnBW Finance ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der EnBW AG und daher Teil des EnBW Konzerns. Sie hat keine eigenen Tochtergesellschaften. EnBW Finance ist die Finanzierungsgesellschaft des EnBW Konzerns.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung setzt sich aus den folgenden Mitgliedern zusammen:

- Ingo Peter Voigt, Geschäftsführer der EnBW Finance B.V., Generalbevollmächtigter Leiter Konzernfinanzen/Investor Relations EnBW AG; und
- Willem Paul Ruoff, Geschäftsführer der EnBW Finance B.V.

Die Mitglieder der Geschäftsführung können über die Geschäftssadresse der EnBW Finance kontaktiert werden: Schouwburgplein 30 – 34, 3012 CL Rotterdam; PO Box 21153, 3001 AD Rotterdam, Niederlande.

Bei keinem der vorgenannten Mitglieder der Geschäftsführung bestehen nach Kenntnis der Emittentin potentielle Interessenkonflikte zwischen ihren Pflichten gegenüber der EnBW Finance und ihren privaten Interessen oder sonstigen Pflichten.

Praktiken der Geschäftsführung

EnBW Finance hat keinen separaten Prüfungsausschuss eingesetzt.

EnBW Finance ist ein Unternehmen in Privatbesitz und unterliegt daher keinen öffentlichen Unternehmensführungsstandards.

Hauptaktionäre

EnBW Finance ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der EnBW AG und hat keine eigenen Tochtergesellschaften.

Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der EnBW Finance

Historische Finanzinformationen

Im Geschäftsjahr 2003 wurde der Jahresabschluss der EnBW Finance erstmals in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, die vom International Accounting Standard Board (IASB) festgelegt wurden.

Seit Gründung der EnBW Finance ist KPMG Accountants N.V. deren Abschlussprüfer. KPMG ist Mitglied des Royal NIVRA (*Koninklijk Nederlands Instituut van Registeraccountants*).

Die geprüften Jahresabschlüsse der EnBW Finance für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr und der Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer werden durch Bezugnahme Bestandteil dieses Prospektes.

Die geprüften Jahresabschlüsse der EnBW Finance für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr und der Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer werden durch Bezugnahme Bestandteil dieses Prospektes.

Die KPMG Accountants N.V. hat ohne Ablehnung, Einschränkung oder einen Vorbehalt die Jahresabschlüsse der EnBW Finance für die am 31. Dezember 2006 und am 31. Dezember 2007 endenden Geschäftsjahre geprüft.

Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Es gibt keine staatlichen Verfahren bzw. Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich solcher Verfahren, die nach Kenntnis der EnBW Finance noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), noch hat es derartige Verfahren in den letzten zwölf Monaten vor der Veröffentlichung dieses Prospekts gegeben, die sich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der EnBW Finance erheblich auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Wesentliche Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition der EnBW Finance

Es haben sich seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres (31. Dezember 2007) keine wesentlichen Veränderungen der Handelsposition der EnBW Finance ergeben.

Im Hinblick auf die am 25. Februar 2008 emittierte Anleihe der EnBW Finance in Höhe von 300 Mio. Schweizer Franken wird auf die Darstellung der wesentlichen Veränderung der Finanzlage der EnBW AG in diesem Prospekt verwiesen. Ferner hat die Hauptversammlung der EnBW Finance im Januar 2008 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 657.018 beschlossen. Darüber hinaus gehend haben sich keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage ergeben.

Trendinformationen

Es haben sich seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres (31. Dezember 2007) keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen in den Aussichten der EnBW Finance ergeben.

Abschlussprüfer

Seit Gründung der EnBW Finance ist deren Abschlussprüfer die KPMG Accountants N.V. mit Sitz in Utrecht, Niederlande. Der Sitz von KPMG Accountants N.V. befindet sich am Rijnzathe 14, 3454 PV De Meern, Niederlande. Sie ist Mitglied des Royal NIVRA (Koninklijk Nederlands Instituut van Registeraccountants).

Ausgewählte Finanzinformationen

Am 31. Dezember 2007 und 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahre.

Bilanz zum 31. Dezember 2007

	31. Dezember 2007 EUR	31. Dezember 2006 EUR
Anlagevermögen		
sonst. Investitionen		
Darlehen EnBW AG	2,377,592,229	3,132,577,518
Umlaufvermögen		
Forderungen		
Investitionen	172,670,000	0
laufendes Konto der Unternehmensgruppe	113,502,893	119,095,930
Umsatzsteuer	1,313	2,857
	<hr/> 286,174,206	<hr/> 119,098,787
Liquide Mittel	63,816	946
	<hr/> 2,663,830,251	<hr/> 3,251,677,251
Eigenkapital der Aktionäre		
ausgegebenes u. eingezahltes Aktienkapital	50,000	50,000
Aktienemissionsrückstellungen	1,950,000	1,950,000
sonst. Rückstellungen	0,00	2,103,360
nicht-ausgeschüttetes Ergebnis	657,018	-1,167,994
	<hr/> 2,657,018	<hr/> 2,935,366
Langfristiges Fremdkapital		
Zinstragende Verbindlichkeiten	2,377,592,229	3,132,577,518
kurzfristige Verbindlichkeiten		
Zinstragende Verbindlichkeiten	199,507,121	0
Körperschaftssteuer	375,123	279,958
anfallender Aufwand u. aufgeschobener Gewinn	83,698,760	115,884,409
	<hr/> 283,581,004	<hr/> 116,164,367
	<hr/> 2,663,830,251	<hr/> 3,251,677,251

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2007

	2007 EUR	EUR	2006 EUR	EUR
Umsatz				
Abgaben von EnBW AG	836,689		1,247,117	
Aufwand				
allg. Aufwand	129,952		96,912	
Verrrechneter Aufwand 2007 (2006) an EnBW AG	(135,058)		(121,233)	
Erträge aus Operations		841,795		1,271,438
Zinsen und ähnliche Erträge	152,590,871	140,455,902		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	152,610,954	142,285,370		
Netto Finanzierungsaufwand		(20,083)		(1,829,468)
Ergebnis vor Ertragssteuern		821,712		(558,030)
Körperschaftssteuer		(164,694)		(609,946)
Netto-Ergebnis		657,018		(1,167,994)

Cashflow-Rechnung 2007

	2007 € 1.000	2006 € 1.000
Operativer Bereich		
erhaltene Zahlungen der Unternehmensgruppe	394	511
Lieferzahlungen	(148)	(143)
Erträge aus Operations	246	368
gezahlte Zinsen	(182,862)	(139,540)
gezahlte Steuern	(52)	(393)
Operating Cashflow	(182,668)	(139,565)
Investitionsbereich		
erhaltene Zinsen	182,856	139,524
Kauf/Verkauf sonstiger Investitionen	550,368	(428,930)
Cashflow aus Investitionstätigkeiten	733,224	(289,406)
Finanzierungsbereich		
Einkünfte (nicht-)laufender Fremdmittel	8,183,145	493,930
Tilgung Finanzverbindlichkeiten	(8,733,638)	(65,000)
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	(550,493)	428,930
Netto Zunahme (Verminderung) der Liquiden Mittel	63	(41)
Liquide Mittel zum 1. Januar	1	42
Liquide Mittel zum 31 Dezember	64	1

KPMG Accountants N.V. hat den Vorstandsmitgliedern und Aktionären der EnBW Finance gegenüber folgende Erklärung abgegeben:

“Bericht des Wirtschaftsprüfers

Wir haben die ausgewählten Finanzinformationen für die am 31. Dezember 2007 und am 31. Dezember 2006 endenden Geschäftsjahre geprüft. Diese ausgewählten Finanzinformationen sind den geprüften Jahresabschlüssen der EnBW Finance für die am 31. Dezember 2007 und am 31. Dezember 2006 endenden Geschäftsjahre entnommen worden, die in den Geschäftsberichten 2007 und 2006 enthalten sind, und durch Bezugnahme hiermit Gegenstand dieses Prospektes werden. KPMG Accountants N.V. hat für diese Jahresabschlüsse jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die ausgewählten Finanzinformationen liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der EnBW Finance. Unsere Verantwortung liegt darin, eine Stellungnahme zu den ausgewählten Finanzinformationen abzugeben.

Unserer Ansicht nach stimmen die in diesem Debt Issuance Programme Prospekt auf S. 147 und 148 enthaltenen ausgewählten Finanzinformationen der EnBW Finance für die am 31. Dezember 2007 und am 31. Dezember 2006 endenden Geschäftsjahre in jeder wesentlichen Hinsicht mit den Jahresabschlüssen dieser Geschäftsjahre überein, aus denen sie entnommen worden sind.

Für ein besseres Verständnis der Finanzlage der EnBW Finance und das Ergebnis sowie den Umfang unserer Prüfung, sollten die ausgewählten Finanzinformationen gemeinsam mit den Jahresabschlüssen, denen sie entnommen wurden, und unseren für die Jahresabschlüsse am 29. Januar 2008 für das Geschäftsjahr 2007 und am 17. Januar 2007 für das Geschäftsjahr 2006 erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerken gelesen werden.

Utrecht, 16 April 2008

KPMG ACCOUNTANTS N.V.

C.P. van Echtelt RA”

Zusätzliche Informationen

Aktienkapital

Das Grundkapital der EnBW Finance beträgt 50.000 € das in 500 Aktien mit jeweils einem Nennwert von 100 € aufgeteilt ist. Alle Aktien wurden ausgegeben und sind voll eingezahlt. Die Aktien sind Namensaktien; jede Aktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung der EnBW Finance. Es werden keine Urkunden für die Aktien ausgegeben. Alle von der EnBW Finance ausgegebenen Aktien sind im Besitz der EnBW AG, und neue Aktien können nur durch einen Beschluss der Hauptversammlung ausgegeben werden. Für eine Übertragung von Aktien ist die Zustimmung der Hauptversammlung der EnBW Finance erforderlich.

Satzung

Gemäß Artikel 3 der Satzung hat die EnBW Finance folgenden Unternehmensgegenstand:

- Gründung, Beteiligung jeder Art an, Führung, Überwachung, Betreiben und Förderung von Geschäften, Unternehmen und Gesellschaften;
- Finanzierung von Unternehmen und Gesellschaften;
- Aufnahme, Gewährung und Aufbringung von Finanzmitteln, einschließlich der Emission von Schuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, “Promissory Notes” und anderen Wertpapieren oder Schuldscheinen sowie Abschluss von Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vorgenannten;
- Beratung und Dienstleistungen für Unternehmen und Gesellschaften, mit denen die Gesellschaft einen Konzern bildet und für Dritte;
- Ausstellung von Garantien, Verpflichtung der Gesellschaft und Verpfändung ihrer Vermögenswerte für Verpflichtungen der Gesellschaften und Unternehmen, mit denen die Gesellschaft einen Konzern bildet und im Auftrag Dritter;
- Beschaffung, Veräußerung, Verwaltung und Verwertung eingetragener Vermögensgegenstände und von Vermögensgegenständen im Allgemeinen;
- Handel mit Devisen, Wertpapieren und Vermögensgegenständen im Allgemeinen;

- Entwicklung von und Handel mit Patenten, Marken, Lizenzen, Know-how und anderen gewerblichen Schutzrechten;
- Durchführung sämtlicher Tätigkeiten industrieller, finanzieller oder wirtschaftlicher Art; sowie aller mit dem Vorgenannten zusammen hängenden, darauf bezogenen oder förderlichen Aktivitäten im weitesten Sinne.

GENERAL INFORMATION ABOUT ENBW ENERGIE BADEN-WÜRTTEMBERG AG

General Information about EnBW AG

In January 1997, EnBW AG was founded as a joint stock company in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany as part of a merger between the two Baden-Württemberg associated companies Energie-Versorgung Schwaben AG and Badenwerk AG. Badenwerk AG's predecessor was Badische Elektrizitätsversorgungs AG, founded in 1921. Energie-Versorgung Schwaben was founded in 1939, as a public utility company for the Württemberg region. In 1973, private shareholders participated in Badenwerk AG by way of a capital increase and the company was listed on the Stock Exchange. Listing on the Stock Exchange continued after the merger of Badenwerk AG and Energie-Versorgung Schwaben AG. EnBW AG is listed both on the Frankfurt Stock Exchange (regulated market, general standard) and on the Stuttgart Stock Exchange.

EnBW AG has its registered office at Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Germany (telephone +49 (0)721 6300). It is registered with the Commercial Register of the local court of Mannheim, under the registration number HRB 107956.

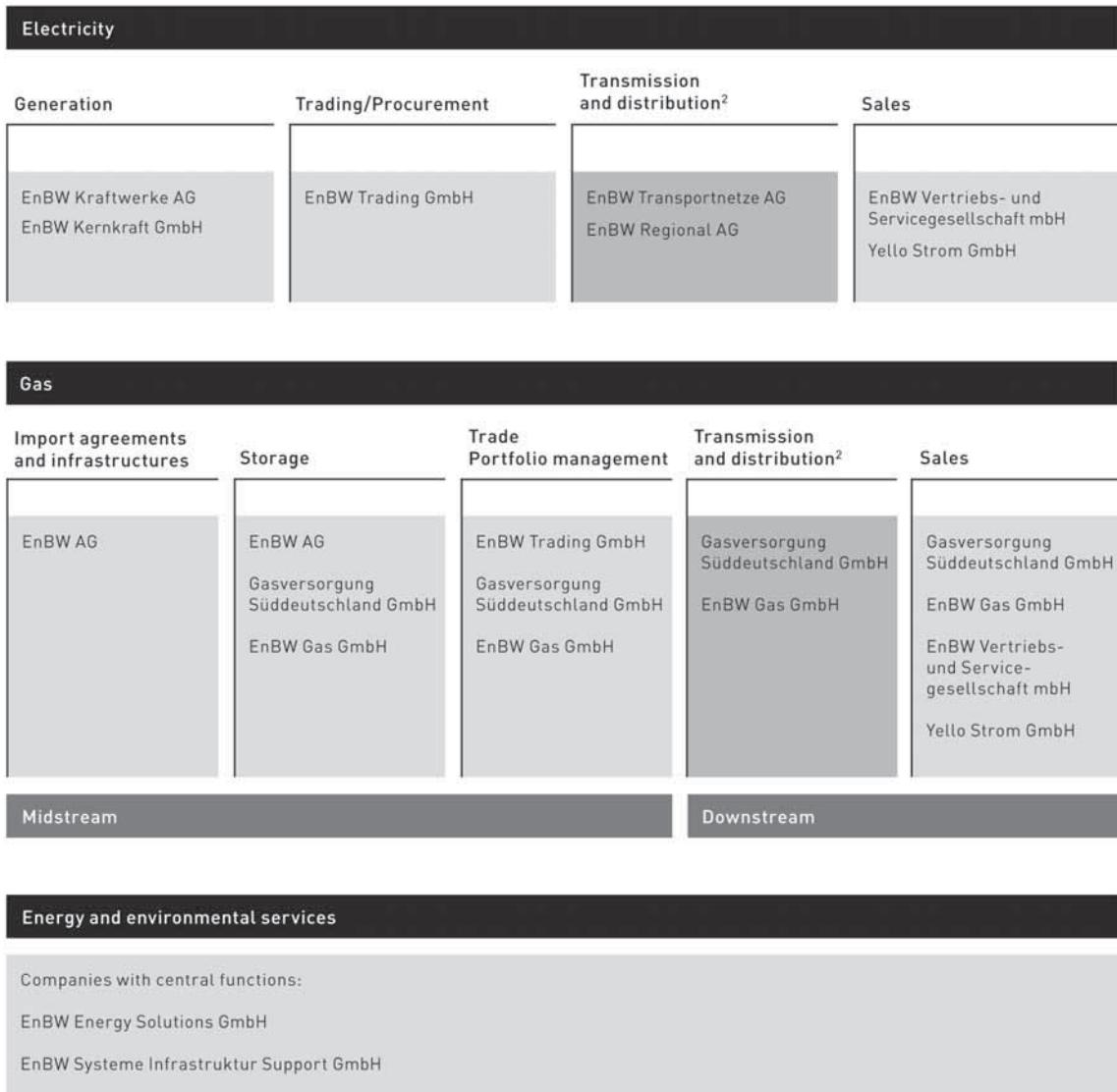
The legal name of EnBW AG is "EnBW Energie Baden-Württemberg AG". It also operates under the commercial name "EnBW".

Business Overview – Principal Fields of Activity and Main Markets

The EnBW Group is one of the large German vertically integrated energy companies operating internationally and it is one of four companies operating the energy transmission network in Germany. The EnBW Group's activities are carried out by an operating holding company and they are divided into three business segments: Electricity, Gas as well as Energy and Environmental Services. Throughout the entire value added chain, the core segment Electricity is subdivided into Generation, Trading, Transmission, Distribution, and Sales. The EnBW Group's most important markets are: Baden-Württemberg, Germany, the German-speaking region, as well as central, eastern and south-east Europe.

Organisational Structure

EnBW AG is the holding company of the EnBW Group. Besides managing the Group, as the operating holding company, EnBW AG also performs central business functions for the EnBW Group, including financing, control tasks, and general corporate tasks. The EnBW Group's basic activities are combined into direct subsidiaries, whose business activities are supported and controlled by EnBW AG through strategic planning and guidelines. EnBW AG's management board formulates group strategies and is responsible for the management and administration of the entire EnBW Group. The segments are organised by functions and the enterprise is vertically integrated.



¹ The diagram shows EnBW's core companies.

² The companies operating the grids are independent network operators in accordance with the unbundling provisions of the German Energy Industry Act.

Business Segment – Electricity

Throughout the entire value added chain, the Electricity business segment is divided into the sectors Electricity Generation, Trading, Transmission, Distribution, and Sales. EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, located in Stuttgart, markets energy products and services, and moreover, is also responsible for energy supply, logistics, metering, invoicing, as well as Customer-Care activities. Yello Strom GmbH ("Yello") in Cologne markets electricity to private and industrial customers throughout the Federal Republic of Germany. Both sales companies are mainly supplied by the EnBW Group's trading company, EnBW Trading GmbH. Besides looking after customer requirements, this company is responsible for the deployment and marketing of in-house production capacity, mainly concentrated at EnBW Kraftwerke AG, the procurement of fuels including CO₂ for power-stations, and active management of the EnBW Group's volume risks and price risks in the core business of energy. Besides its own power-stations, the production capacity of EnBW Kraftwerke AG also includes part-owned power-stations, as well as long-term power-station related purchase contracts. The EnBW Group operates first-line nuclear, coal, hydroelectric, and gas-fired power-stations. EnBW Transportnetze AG runs the EnBW Group's high-voltage networks (220 kV and 380

kV). EnBW Regional AG runs the distribution network for the voltage ranges 0.4 kV, 20 kV, and 110 kV. The network operators guarantee transparent and uniform access to the market for all market subscribers.

In the 2007 business year, the EnBW Group's sales of electricity amounted to a total of 139.5 billion kWh (+16.8% compared with the previous year). The increase in sales results in particular from the sectors Commercial Customers and Industrial Customers. To fulfil these electricity sales, the EnBW Group has a generation portfolio of about 14,950 MW of installed, electrical output. Therefore, the EnBW Group is one of the most important energy generators in Germany.

Electricity generation – EnBW Kraftwerke AG – The in-house generation of electricity is an important requirement for the EnBW Group, enabling it to offer its customers a reliable supply at marketable prices. Most of the EnBW Group's electricity generation capacity, power-station investment, and power-station-related electricity purchase-contracts are combined in EnBW Kraftwerke AG. The company is responsible for planning, construction, operation, maintenance, and technical optimisation of the EnBW Group's power-station capacity. Besides supplying electricity, the company also produces district-heating, which is obtained from thermal waste-treatment at the waste-fired power-station in Stuttgart-Münster.

Energy trading – EnBW Trading GmbH – The EnBW Group had recognised early the importance of risk management and consequently the importance of having commercial electricity trading companies in a liberalised energy market and, as a result, at the end of 1997 they formed their own commercial electricity company, known today as EnBW Trading GmbH, which commenced business in 1998. EnBW Trading GmbH performs the following functions:

- Actively managing the EnBW Group's volume risks and price risks in the electricity business sector
- Marketing the energy generated by EnBW Kraftwerke AG and providing European cover for customer demand
- Purchasing fuels, including CO₂ for power-stations

In order to achieve these tasks and obtain additional profit for the Group by trading "in-house", EnBW Trading GmbH deals with partners in Germany and Europe, as well as on national and international electricity markets.

Electricity marketing – Differentiated marketing as part of a multi-brand strategy has put the EnBW Group's marketing in a good position in relation to the competition. Each Group brand has a clearly defined role and an original approach. Consequently, brand strategies are aligned with each other.

EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH supplies and looks after all the customers in the EnBW Group's network area, as well as industrial customers throughout Germany. The success of the marketing and service company is based on one hand on consequential customer-information, as well as on a customer-oriented marketing strategy on the other hand. From both points of view, energy products and development processes were continually developed further in past years. Medium-sized companies and branch customers throughout Germany are catered to under the "Watt" brand.

Yello markets electricity and the telecommunications service "YelloTel" to private and industrial customers throughout Germany and offers the "Trade customer-card". Since September 2007, Yello has also been offering electricity in Sweden and, as a result, has become international. According to the long-term study "Customer Monitor Germany" by the market-research company Servicebarometer AG from 2007, Yello was test-winner in the field of customer-satisfaction in the electricity sector. Regarding customer numbers, customer satisfaction, and market awareness, Yello is still a top German energy supplier. In 2007, the number of Yello customers increased almost 200,000.

Outside its home area of Baden-Württemberg, the EnBW Group also operates in the Electricity business sector via its subsidiary companies ENSO Strom AG in East Germany and Stadtwerke Düsseldorf AG in North-Rhine Westphalia.

Electricity transmission and distribution – The EnBW Group's share of the German transmission network is about 10 %, measured according to length of piping. The EnBW Group operates its network business in Baden-Württemberg in two companies, divided according to voltage level. The distribution network with voltage levels of 0.4 kV, 20 kV, and 110 kV is operated by EnBW Regional AG. The high-voltage network with voltage ranges of 220 kV and 380 kV is operated by EnBW Transportnetze AG. Both companies have their headquarters in Stuttgart. Piping (open-air pipes and

cables) is generally constructed on property belonging to third-parties, where use is guaranteed on the grounds of serviceability and/or concession contracts (particularly for distribution networks on communal land).

Business Segment – Gas

Due to the expected combined growth of the electricity and gas economy, gas is the second leg of the EnBW Group. The EnBW Group's gas segment is divided into the areas Midstream and Downstream.

Midstream Area

The Midstream Area includes the functions of import, storage, trading, and portfolio control. It is mainly EnBW AG, Gasversorgung Süddeutschland GmbH, and EnBW Trading GmbH who are active in the EnBW Group in the area of midstream business.

Last year, EnBW AG started to deliberately build-up gas business in the midstream area. The conclusion of import contracts and the construction of storage capacity are at the centre of our endeavours. As a result, in May 2007 EnBW AG signed an agreement giving the EnBW Group long-term rights to use salt-caves in the Etzel region (Lower Saxony) for the underground storage of gas. One month later, EnBW AG and 4Gas signed a Memorandum of Understanding for the formation of a strategic partnership in the LNG-Terminal Project "Lion Gas" in Rotterdam. This involves capacity rights and capital investment.

Gasversorgung Süddeutschland GmbH ("**GVS**") is a 50/50 Joint Venture of EnBW AG and the Italian company Eni S.p.A. ("**Eni**"). In terms of turnover, Eni is estimated to be one of the world's largest oil and gas exploration companies and gas importers. The combination of the EnBW Group's strengths in the field of marketing and its regional presence together with Eni's special expertise in gas-production culminates in a strong alliance. Under the roof of the EnBW/Eni. consortium, GVS participates in the gas market as an original integrated company – from procurement, to transport and on to delivery to industrial customers and city works departments – in the home area of Baden-Württemberg and beyond.

GVS is estimated to be one of the largest German companies in the area of midstream gas business and supplies about 750 cities and communities in Baden-Württemberg, as well as customers as far away as Vorarlberg (Austria), Liechtenstein, and in eastern Switzerland, through their approximately 1,900 km long high-pressure network. During the 2007 business year, GVS achieved a total turnover of about 1.7 billion €, with sales of about 61 million kWh.

Downstream Area

Besides transport and distribution, this area also includes the marketing and selling of natural gas.

In its home market of Baden-Württemberg, the EnBW Group covers this field mainly via EnBW Gas GmbH, which also serves as an indirect holding company for investments in the regional operating companies Südwest GmbH, Gasversorgung Pforzheim Land GmbH, Gasversorgung Dornstadt GmbH, and EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG ("**ODR**"). According to their own estimates, EnBW Gas GmbH and ODR supply a total of about 300,000 customers through a network of more than 7,600 kilometres.

EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH acts as a service-provider for EnBW Gas GmbH, mainly carrying out marketing activities for private, industrial, and forward-suppliers.

In October 2007, Yello started up in the gas market and offered the pilot markets of Essen and Nürnberg a totally innovative and unique product: favourably-priced gas, combined with an online cost-saving gas-meter.

Outside the home area of Baden-Württemberg, the EnBW Group operates in the gas segment via its subsidiaries ENSO Erdgas GmbH in East Germany and Stadtwerke Düsseldorf AG in North-Rhine Westphalia.

According to its own estimates, ENSO Erdgas GmbH procures and markets natural gas for supply to about 99,000 customers in East Saxony and supplies them through its own distribution network with a length of over 5,000 km.

Stadtwerke Düsseldorf AG supplies natural gas to about 120,000 private customers as well as over 600 large customers, through its approximately 1,464 km long gas distribution network. Therefore, this company is one of the largest municipal gas-supply companies in North-Rhine Westphalia.

Business Segment – Energy Services and Environmental Services

The business segment of Energy Services and Environmental Services includes the fields of thermal and non-thermal waste-management, water, as well as energy-related services and other services. Changes compared with the previous year were caused by the sale of the U-plus Group.

With the purchase of the Collection, Transportation, and Sorting business of the U-plus Group and the closure of both of the mechanical/biological waste-treatment plants ("MBA") in Heilbronn and Buchen in 2007, the EnBW Group is focussing even more clearly on the business sectors of Electricity and Gas. Within the Waste-Management sector, the EnBW Group is now concentrating on the treatment and plant-intensive disposal of waste in thermal waste-treatment plants. On the one hand, these plants are used for the disposal of household waste, particularly from municipal customers, and on the other hand they are used for the generation of electricity and heat.

Until the middle of 2007, T-plus GmbH used their own mechanical/biological plant, as well as making year-round use of the Group's own plant and external thermal plants, inside and outside Baden-Württemberg, to dispose of the household and residual waste of about 3 million inhabitants of Baden-Württemberg; this represents a market share of about 30 % of the tonnage of municipal waste to be removed. In the future, T-plus GmbH will mainly be concerned with the management and thermal disposal of their contracted volumes of waste, as well as acquiring new waste-business sectors for thermal disposal, as part of their contractually binding disposal contingencies.

Management and Supervisory Bodies

Management Board

The members of the management board are:

Title, name, and job position in the company, as well as (1) membership in other supervisory bodies to be legally formed or (2) membership of similar domestic and overseas controlling committees of commercial companies

Hans-Peter Villis

(Member and Chairman of the management board since 1 October 2007, Chief Executive Officer, on the mandate list since assuming office)

- (1) EVN AG (since 17 January 2008)
Stadtwerke Düsseldorf AG (since 16 November 2007, Chairman since 12 December 2007)

Pierre Lederer

(Member and since 1 October 2007 Deputy Chairman of the management board, Chief Operating Officer)

- (1) Deutsche Steinkohle AG (until 30 November 2007)
EnBW Kernkraft GmbH (from 14 March until 16 November 2007)
EnBW Kraftwerke AG (Chairman from 7 March until 25 November 2007)
EnBW Regional AG (Chairman)
EnBW Transportnetze AG (Chairman)
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (until 31 May 2007)
Energiedienst AG
- (2) EnBW Energy Solutions GmbH
EnBW Gas GmbH (Chairman)
EnBW Trading GmbH (Chairman)
Energiedienst Holding AG
Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Chairman)

Dr. Bernhard Beck LL.M.

(Member of the management board and Director of Labour, Chief Human Resources and Information Officer)

- (1) DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH
EnBW Beteiligungen AG (Chairman since 16 November 2007)
EnBW Kraftwerke AG
EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (Chairman)
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
Energiedienst AG
ENSO Strom AG
GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG
SOMENTEC Software AG (Chairman)
Stadtwerke Düsseldorf AG
- (2) BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Chairman)
EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH (Chairman)
EnBW Trading GmbH (since 28 February 2007)
Energiedienst Holding AG
ENSO Energie Sachsen Ost GmbH
Gasversorgung Süddeutschland GmbH
TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH (Chairman)
Teweratio GmbH (Chairman)

Dr. Christian Holzherr*

(Member of the management board, Chief Financial Officer)*

- (1) EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH

(2) EnBW Trading GmbH

Dr. h. c. Detlef Schmidt

(Member of the management board, Chief Marketing and Sales Officer)

(1) EnBW Regional AG

EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (Chairman)

ENSO Strom AG (Chairman)

GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Chairman)

Stadtwerke Düsseldorf AG

(2) EnBW Energy Solutions GmbH

EnBW Trading GmbH

ENSO Energie Sachsen Ost GmbH (Chairman)

ENSO Erdgas GmbH

SüdBest GmbH (Chairman)

VfB Stuttgart 1893 e. V.

Dr. Hans-Josef Zimmer

(Member of the management board and Chief Technical Officer since 1 October 2007, on the mandate list since assuming office)

(1) EnBW Kernkraft GmbH (since 16 October 2007, Chairman since 17 November 2007)

EnBW Kraftwerke AG (since 21 November 2007, Chairman since 26 November 2007)

(2) Easy Toll Systems SA (until 19 November 2007)

Gesellschaft für Nuklear-Service mbH

* EnBW AG has published on 10 March 2008 an ad hoc notice in accordance with Section 15 of the German Securities Trading Act (*Wertpapierhandelsgesetz*) that Dr. Christian Holzherr will be leaving the company as of 30 April 2008. The finance department will be temporarily assumed by Mr. Villis upon Dr. Holzherr's leave.

EnBW AG is not aware of any conflicts of interest of the aforementioned members of the management board between their obligations to EnBW AG and their private interests or other commitments.

The members of the management board can be contacted at EnBW AG's business address: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Supervisory Board

The members of the supervisory board are:

Title and name as well as (1) membership in other supervisory bodies to be legally formed or (2) membership of similar domestic and overseas controlling committees of commercial companies:

Dr. Claus Dieter Hoffmann

(Chairman)

(1) Bauerfeind AG

Jowat AG (until 30 June 2007)

(2) De Boer Holding NV

ING Group NV

Dietrich Herd*

(Deputy Chairman)

(1) EnBW Kernkraft GmbH

EnBW Kraftwerke AG

(2) BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Prof. Joachim Bitterlich

(2) DEKRA e.V.

Veolia Propreté SA

Veolia Transport SA

Marc Boudier

(2) Aar et Tessin SA d'Electricité

Atel Holding AG, formerly Motor-Columbus AG

EDF Belgium SA (Chairman)

EDF International SA

		EDF Peninsula Ibérica SLU (Chairman) Edison spa Transalpina di Energia SRL
Dr. Daniel Camus	(1)	Morphosys AG
	(2)	Dalkia Holding SA EDF Energy plc (Chairman) EDF International SA (Chairman) Edison spa Transalpina di Energia SRL Valeo SA
Dirk Gaerte	(1)	Hohenzollerische Landesbahn AG
	(2)	Flugplatz Mengen-Hohentengen GmbH (Chairman) Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Anstalt des öffentlichen Rechts (Chairman) Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH (Chairman) Regionales Technologie- und Innovationszentrum Pfullendorf GmbH Verkehrsverbund Neckar-Donau (Naldo) GmbH Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal
Josef Götz*	(1)	EnBW Regional AG
	(2)	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung
Reiner Koch*	(1)	Stadtwerke Düsseldorf AG (since 19 July 2007)
Marianne Kugler-Wendt*	(1)	Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG (since 5 September 2007) EnBW Kernkraft GmbH EnBW Kraftwerke AG SLK-Kliniken Heilbronn GmbH
	(2)	Heilbronner Versorgungs GmbH Kreissparkasse Heilbronn, Anstalt des öffentlichen Rechts (Deputy member) Stadtwerke Heilbronn GmbH
Wolfgang Lang*	(1)	EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
	(2)	EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH TDL Gesellschaft für anlagentechnische Dienste und kaufmännische Leistungen mbH Teweratio GmbH
Gérard Roth	(2)	Elektrownia Rybnik SA (since 19 March 2007)
Klaus Schörnich*	(1)	AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH (until 5 December 2007) Stadtwerke Düsseldorf AG
Heinz Seiffert	(1)	EnBW Regional AG (until 26 April 2007) Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis (Chairman) Sparkasse Ulm, Anstalt des öffentlichen Rechts (Chairman)
	(2)	ADK GmbH für Gesundheit und Soziales (Chairman, since 26 November 2007) Donau-Iller-Nahverkehrs-GmbH (Chairman until 13 November 2007) Fernwärme Ulm GmbH Genossenschaft für Wohnungsbau Oberland eG Kreisbau GmbH Alb-Donau (Chairman) Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (Chairman)

		Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (Chairman until 31 December 2007)
Gerhard Stratthaus	(1)	Badische Staatsbrauerei Rothaus AG (Chairman)
	(2)	Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Anstalt des öffentlichen Rechts (Chairman) Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Chairman)
Werner Vorderwülbecke*	(1)	EnBW Kraftwerke AG (since 31 August 2007) EnBW Regional AG EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH LBBW Immobilien GmbH
Christoph Walther*	(1)	ENSO Strom AG
	(2)	ENSO Energie Sachsen Ost GmbH
Dietmar Weber*	(1)	EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
	(2)	EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH
Kurt Widmaier	(2)	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (Chairman until 31 December 2007) Kreissparkasse Ravensburg, Anstalt des öffentlichen Rechts (Chairman) Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts Oberschwaben Klinik gGmbH (Chairman) Ravensburger Entsorgungsanlagen GmbH (Chairman) WIR-Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg GmbH (Chairman) Zentrum für Psychiatrie Weissenau, Anstalt des öffentlichen Rechts Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (Chairman) Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
Dr.-Ing. Gérard Wolf	(2)	Dalkia International SA Dalkia SA (since 25 May 2007) EDF International SA (since 9 January 2007) EDF Trading Limited (since 4 July 2007) Edison spa Transalpina di Energia SRL
Dr. Bernd-Michael Zinow*	(1)	EnBW Transportnetze AG (since 16 January 2008)

* Employee representative

EnBW AG is not aware of any conflicts of interest of the aforementioned members of the supervisory board between their obligations to EnBW AG and their private interests or other commitments.

The members of the supervisory board can be contacted at EnBW AG's business address: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Germany.

Management and Supervisory Bodies,

Compliance Declaration in connection with the German Corporate Governance Code

In accordance with the legal systematics of the German stock corporation law, the management board is the management body and the supervisory board is the controlling body of EnBW AG. The

members of both bodies can be contacted at the business address of EnBW AG: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, Germany.

The supervisory board has set up six committees. In addition to the conciliation committee according to Section 27 paragraph 3 German Co-Determination Act (*Mitbestimmungsgesetz*), there is a committee for management board matters, a finance and investment committee, an audit committee, a nomination committee, and an ad-hoc committee for the review of board liability claims against former members of the management board.

The supervisory board has delegated questions on accounting, risk-management and compliance as well as the required independence of the auditor to the audit committee. Instead of the supervisory board, the audit committee is responsible for making decisions regarding the issuing of an audit assignment to the auditor, for determining crucial auditing points, and for deciding on the auditor's fees. In addition, the audit committee also prepares the supervisory board's meeting on the unconsolidated and consolidated financial statements. However, in this connection, the audit committee has no competence to make decisions. The chairman of the audit committee has special knowledge and experience in the application of accounting principles and internal control procedures.

The members of the audit committee are:

- 1) Dr. Daniel Camus (Chairman)
- 2) Marc Boudier
- 3) Marianne Kugler-Wendt
- 4) Wolfgang Lang
- 5) Heinz Seiffert
- 6) Christoph Walther
- 7) Dietmar Weber
- 8) Kurt Widmaier

After obligatory examination at its Meeting on 6 December 2007, the supervisory board adopted the compliance declaration for the German Corporate Governance Code in accordance with Section 161 German Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*). At its meeting on 20 November 2007, the management board had previously issued a similarly worded declaration.

In accordance with Section 161 German Stock Corporation Act, the management board and supervisory board of EnBW Energie Baden-Württemberg AG declare:

Since its last Compliance Declaration on 8 December 2006, made in the then required version, EnBW Energie Baden-Württemberg AG has absolutely complied with the recommendations of the Government Commission for the German Corporate Governance Code, as published in the electronic German Federal Gazette (*elektronischer Bundesanzeiger*), and will also comply with them in the future without limitation, in the version dated 14 July 2007.

Share Structure

To the knowledge of EnBW AG, EnBW AG had the following shareholders as on 31 December 2007:

	Dezember 2007
Electricité de France International S.A. ("EDF International")	45.01 %
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke ("OEW")	45.01 %
Badische Energieaktionärs-Vereinigung ("BEV")	2.59 %
EnBW Energie-Baden-Württemberg AG	2.30 %
Diversified holdings	1.79 %
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau ("G.S.D.")	1.28 %
Landeselektrizitätsverband Württemberg ("LEVW")	0.54 %
Neckarelektrizitäts-Verband ("NEV")	0.48 %
Other municipal shareholders	1.00 %

On 19 April 2007, Electricité de France S.A. ("EDF"), who has invested directly in EnBW via its investment company EDF International, published the 2006 reference document for the French

Financial Market Committee, informing the financial markets of agreements made between EDF and OEW. Accordingly, both main shareholders of EnBW, EDF and OEW, concluded a shareholders' agreement dated 26 July 2000 on the internal handling and co-ordination of how to exercise their rights and influence as shareholders, thereby creating a so-called "Pool Agreement". This agreement comprehensively governs the relationship between the two parties as major shareholders in EnBW AG. Accordingly, EDF and OEW will exercise their voting rights from their shares uniformly, following prior consultation in a shareholders committee set up by them.

This joint exercising of share rights by EDF and OEW means that common control is exercised over EnBW AG. As a result, under German Stock Corporation Law, EnBW AG is a company under control of the EDF/OEW Consortium as the controlling company.

Financial information about the Net Assets, Financial Position and Results of Operations of EnBW AG

Historical Financial Information

The consolidated financial statements of EnBW AG for the business year ending on 31 December 2006 and 31 December 2007 were prepared in accordance with the International Financial Reporting Standards (IFRS), as adopted by the EU, and the additional requirements of German commercial law pursuant to Section 315a (1) of the HGB (*Handelsgesetzbuch*; German Commercial Code) and audited in accordance with Section 317 of the HGB and German generally accepted standards for auditing as well as the International Standards on Auditing (ISA).

The consolidated financial statements of EnBW AG for the business year ending on 31 December 2007 and the audit opinion thereon, contained on pages 125–200 of EnBW's Annual Report 2007, are incorporated by reference into this Debt Issuance Programme Prospectus.

The consolidated financial statements of EnBW AG for the business year ending on 31 December 2006 and the audit opinion thereon, contained on pages 109–176 of EnBW's Annual Report 2006 (Financial Report), are incorporated by reference into this Debt Issuance Programme Prospectus.

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, has audited the consolidated financial statements of EnBW AG including the combined management reports of the EnBW Group and EnBW AG for the business years ending on 31 December 2006 and 31 December 2007 and has issued an unqualified audit opinion thereon, respectively.

Investments/Divestments

In the 2007 business year, the EnBW Group spent 816.1 million € (previous year: 630.1 million €) on investments in intangible assets and property, plant and equipment for continuing operations.

About 69.7 % of these investments were made in the Electricity business segment. The focus for investments in this segment was the upgrading of power-stations and distribution plants. The following was allocated to exemplary large-scale projects: 58.8 million € for the new construction of a River Power-Station in Rheinfelden, 34.3 million € for the new construction of an "RDK8" coal-fired Power-Station in Karlsruhe, 19.4 million € for the new construction of a Waste-Incineration Boiler in Stuttgart-Münster, 18.4 million € for restructuring the high-voltage networks, and 55.2 million € for the new construction of EnBW City in Stuttgart

In 2007, EnBW AG acquired shares in Erdgas Südwest GmbH ("ESW"), ENSO Energie Sachsen Ost GmbH ("ENSO"), and GSW Gasversorgung Sachsen Ost Wärmeservice GmbH & Co. KG ("GSWK") from Thüga AG. With these acquired shares, EnBW AG's direct shareholding in ESW increased from 51 % to 79 %, its shareholding in ENSO increased from 50.4 % to 64.8 %, and its shareholding in GSWK increased from 23.5 % to 100 %. By increasing its shareholdings, the EnBW Group strengthened its position in its important markets of Baden-Württemberg and East Saxony. The share acquisitions were financed from Free Cashflow.

In 2007, EnBW AG sold its shares in the U-plus Group to the Berlin based waste management enterprise ALBA AG.

As part of its planning, the EnBW Group intends to make medium-term investments amounting to 7.6 billion €. A large part of this sum is intended to be spent on growth investments. About 4.6 billion € shall be invested in fixed assets and 3 billion € shall be spent on financial investments.

Financial targets and future conditions require increased investments, particularly in the Electricity-Generation segment. By building up new power-generation capacity, the amount of electricity additionally purchased on the market should be reduced and so the EnBW Group's trading position should be considerably improved. To a great extent, the discontinuation of nuclear energy capacity

will force the EnBW Group to replace it with fossil-fuel power-stations. In order to minimise specific CO₂ emissions the EnBW Group is planning to increase the proportion of renewable energy. The construction of new generating capacity will take place in Baden-Württemberg, as well as in other German regions, and in Europe, including southern and central Europe, as for example in Turkey.

EnBW and Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Werk Stade intend to collaborate in the development of an integrated energy concept for Stade. The collaboration shall include the development, construction and operation of an integrated energy supply consisting of a state-of-the-art hard coal power station and a gas combined with a steam turbine power station with a total output of 1,000 MW.

Investment to strengthen the gas business is of considerable strategic importance to the EnBW Group. Here, the EnBW Group is spending on the construction and reinforcement of midstream business. A Memorandum of Understanding was entered into with 4GAS via a capital shareholding, as well as rights to use the LionGas LNG Terminal in the harbor of Rotterdam.

Furthermore, the EnBW Group will continue to be able to meet its responsibility for guaranteeing the continuation of supply by continually investing in electricity networks.

Significant changes in EnBW AG's Financial or Trading Position

There has been no significant change in EnBW AG's trading position since the end of the last business year (31 December 2007).

EnBW International Finance B.V. ("EnBW Finance") has issued 3.125 % bonds in the amount of 300 million Swiss Francs with a fixed maturity of five years and which is collateralized by an irrevocable guarantee of the EnBW AG. The date of issue was 25 February 2008. On 25 February 2008, bonds of a nominal 400 million Swiss Francs became mature.

Otherwise, there have been no significant changes to the financial position.

Trend Information

There has been no material adverse change in the prospects of EnBW AG since 31 December 2007.

Auditor

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, ("Ernst & Young") have been EnBW AG's auditor since the 2004 business year. The address of the Stuttgart branch is: Mittlerer Pfad 15, 70499 Stuttgart, Germany. Ernst & Young is member of the Chamber of Public Accountants (Wirtschaftsprüferkammer), Rauchstrasse 26, 10787 Berlin, Germany.

Selected Financial Information

Business years ending on 31 December 2007 and 31 December 2006:

Balance sheet of the EnBW Group as of 31 December 2007

€ millions ¹	31.12.2007	31.12.2006
Assets		
Non-current assets		
Intangible assets	1,636.4	1,661.2
Property, plant and equipment	11,416.2	11,336.1
Investment properties	87.7	115.1
Entities accounted for using the equity method	1,856.5	1,758.6
Other financial assets	5,734.4	6,031.7
Trade receivables	372.6	334.3
Income tax refund claims	253.8	256.6
Other non-current assets	179.8	148.5
Deferred taxes	6.0	38.9
	21,543.4	21,681.0
Current assets		
Inventories	732.7	612.3
Financial assets	727.6	274.0
Trade receivables	2,108.7	2,245.7
Income tax refund claims	255.1	186.0
Other current assets	1,725.6	1,178.5
Cash and cash equivalents	1,317.8	1,932.3
	6,867.5	6,428.8
Non-current assets held for sale and assets of discontinued operations	3.4	38.5
	6,870.9	6,467.3
	28,414.3	28,148.3
Equity and liabilities		
Equity		
Group shares		
Subscribed capital	640.0	640.0
Capital reserve	22.2	22.2
Revenue reserves	3,787.7	2,702.1
Revaluation reserve in accordance with IFRS 3	49.6	7.3
Treasury shares	-204.1	-204.1
Total net income recognised in equity	756.0	395.4
	5,051.4	3,562.9
Minority interests	950.3	929.5
	6,001.7	4,492.4
Non-current liabilities		
Provisions ²	8,989.1	8,865.8
Deferred taxes	1,616.8	2,000.0
Financial liabilities	3,364.2	3,883.8
Other liabilities and subsidies	2,127.0	2,126.0
	16,097.1	16,875.6
Current liabilities		
Provisions ²	1,131.3	1,306.3
Financial liabilities	588.3	1,226.3
Trade payables	2,323.3	2,164.6
Income tax liabilities	6.3	126.8
Other liabilities and subsidies	2,258.4	1,853.3
	6,307.6	6,677.3
Liabilities of discontinued operations	7.9	103.0
	6,315.5	6,780.3
	28,414.3	28,148.3

1 Prior-year figures adjusted

2 Of which total current and non-current provisions for income tax: €229.9 million (prior year: €339.4 million)

Income Statement of the EnBW Group from 1 January until 31 December 2007

€ millions ¹	2007	2006
Revenue including electricity and natural gas tax	15,740.7	14,054.8
Electricity and natural gas tax	-1,028.5	-1,195.3
Revenue	14,712.2	12,859.5
Changes in inventories	1.5	10.1
Own work capitalised	51.9	41.8
Other operating income	987.9	836.5
Cost of materials	-10,943.9	-9,045.3
Personnel expenses	-1,476.2	-1,367.7
Amortisation and depreciation	-777.2	-822.6
Other operating expenses	-997.0	-1,061.1
Result from operating activities	1,559.2	1,451.2
Share of profit of entities accounted for using the equity method	158.9	161.5
Other income from investments	113.3	49.6
Finance revenue	397.9	374.8
Finance costs	-856.4	-847.0
Earnings before tax	1,372.9	1,190.1
Income tax	43.2	-75.4
Result of continuing operations²	1,416.1	1,114.7
Result from discontinued operations	97.9	6.0
Group net profit	1,514.0	1,120.7
of which profit shares attributable to minority interests	(149.9)	(118.9)
of which profit shares attributable to equity holder of EnBW AG	(1,364.1)	(1,001.8)
Shares outstanding (million), weighted average	244,257	244,232
Earnings per share from continuing operations (€)³	5.18	4.07
Earnings per share from group net profit (€)³	5.58	4.10

1 Prior-year figures adjusted

2 Of which profit shares attributable to the equity holders of EnBW AG: € 1,266.2 million (prior year: € 995.0 million)

3 Basic and diluted; in relation to the profit shares attributable to the equity holders of EnBW AG.

Cash flow statement of the EnBW-Group for the year 2007

€ millions ¹	2007	2006
1. Operating activities		
EBITDA	2,336.4	2,273.8
EBITDA of discontinued operations	131.5	25.1
Change in non-current provisions	-256.1	-303.5
Gain/loss on disposal of non-current assets	-24.0	-27.3
Other non-cash expenses/income	-69.4	-69.1
Funds from operations (FFO) before tax and financing	2,118.4	1,899.0
Change in working capital and current provisions	131.8	-245.4
Income tax paid	-691.5	-187.0
Cash flow from operating activities	1,558.7	1,466.6
of which discontinued operations	(-33.8)	(11.9)
2. Investing activities		
Capital expenditures on intangible assets and property, plant and equipment	-816.9	-630.1
Cash received from disposals of intangible assets and property, plant and equipment	30.2	105.2
Cash received from construction cost and investment subsidies	81.2	85.4
Cash paid for the acquisition of fully and proportionately consolidated entities and entities accounted for using the equity method	-190.5	-387.0
Cash received from the sale of fully and proportionately consolidated entities and entities accounted for using the equity method	74.1	50.5
Cash paid for investments in other financial assets	-588.1	-594.1
Cash received from the sale of other financial assets	551.4	458.1
Cash received/paid for investments in connection with short-term finance planning	27.9	-30.4
Interest received	311.6	254.8
Dividends received	137.5	127.2
Cash flow from investing activities	-381.6	-560.4
of which discontinued operations	(72.4)	(46.2)
3. Financing activities		
Interest paid	-403.2	-291.0
Dividends paid	-359.0	-285.9
Cash received from the sale of treasury shares	0.0	14.4
Borrowing	303.6	604.4
Repayment of financial liabilities	-1,322.9	-435.8
Capital reduction for minority interests	-5.1	-5.1
Cash flow from financing activities	-1,786.6	-399.0
of which discontinued operations	(2.6)	(2.9)
Change in cash and cash equivalents	-609.5	507.2
Net foreign exchange difference	-5.0	-1.3
Change in cash and cash equivalents	-614.5	505.9
Cash and cash equivalents at the beginning of the period	1,932.3	1,426.4
Cash and cash equivalents at the end of the period	1,317.8	1,932.3

1 Prior-year figures adjusted

Consolidated key data of EnBW for the year 2007

EnBW group ¹		2007	2006	Variance in %
Revenue				
Electricity	€ millions	11,539.7	9,509.0	+21.4
Gas	€ millions	2,479.3	2,757.9	-10.1
Energy and environmental services	€ millions	693.2	592.6	+17.0
External revenue, total	€ millions	14,712.2	12,859.5	+14.4
EBITDA (Result from operating activities before amortisation and depreciation)	€ millions	2,336.4	2,273.8	+2.8
EBIT (Result from operating activities)	€ millions	1,559.2	1,451.2	+7.4
Result of continuing operations	€ millions	1,416.1	1,114.7	+27.0
Group net profit ²	€ millions	1,364.1	1,001.8	+36.2
Earnings per share from group net profit ²	€	5.58	4.10	+36.1
Cash Flow from operating activities	€ millions	1,558.7	1,466.6	+6.3
Net financial debt ³	€ millions	2,972.3	3,592.8	-17.3
Capital expenditures, on intangible assets and property, plant and equipment ⁴	€ millions	816.1	630.1	+29.5
 Energy sales of the EnBW group				
Electricity	billions of kWh	139.5	119.4	+16.8
Gas	billions of kWh	75.2	83.5	-9.9
 Employees of the EnBW Group⁵				
Employees (annual average)		20,499	20,259	+1.2

1 Prior-year figures adjusted.

2 In relation to the profit shares attributable to the equity holder of EnBW AG

3 See other notes in the notes to the consolidated financial statements for the business year ending on 31 December 2007 (EnBW's Annual Report 2007, page 195)

4 From continuing operations

5 Number of employees without apprentices/trainees and without inactive employees

The term Employee includes male and female employees.

Legal Proceedings

Unless otherwise set forth in this Debt Issuance Programme Prospectus, there are no governmental, legal, or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which EnBW Finance is aware) nor have there been such proceedings in the last twelve months prior to the publication of this Debt Issuance Programme Prospectus, which may have, or have had, most recently, significant effects on the financial position or the profitability of EnBW Finance or the EnBW Group.

Naturally, EnBW AG and their Group companies have taken part in numerous legal and arbitration proceedings. The most important are listed below.

Civil Law-suits

Following the merger of the former Badenwerk AG and Energie-Versorgung Schwaben AG in 1997, a shareholder suit was initiated at the Regional Court in Mannheim by several shareholders of Badenwerk AG in order to examine the conversion conditions established for the merger and improve them by means of an additional cash payment. In its ruling dated 2 March 2006, the competent Chamber for Commercial Matters voted to totally reject the applications made to improve the conversion conditions, after the court appointed expert had come to the same conclusion. In the meantime, some of the applicants at that time appealed against this ruling and have given their reasons. EnBW AG rebutted at the end of November 2006, but a date for a hearing or for an announcement has still not been determined.

After the Squeeze-out order was registered with the Commercial Register of Neckarwerke Stuttgart AG ("NWS"), several shareholders initiated a shareholder suit at the Regional Court in Stuttgart in June 2003, to examine the suitability of the cash settlement. If the Court were to find in favor of a higher cash settlement, it would only benefit the former diversified holding in NWS (about 0.45 % of NWS shares). The expert appointed by the Court submitted his report to the Court in December 2007. At the middle of January 2008, it was forwarded to the involved parties for their comments to be submitted by the middle of April 2008.

After the Squeeze-out order was registered in the Commercial Register of Salamander AG (today known as EnBW Beteiligungen AG), in February 2003, several former shareholders initiated a shareholder suit at the Regional Court in Stuttgart to examine the sufficiency of the cash settlement. If the Court were to find in favor of a higher cash settlement, this would only benefit the former diversified holding in Salamander AG (about 4.5 % of Salamander AG shares). The expert appointed by the Court drew up his report in July 2007. The expert found that according to previous investigations, there were no findings to justify adjusting the value. However, the expert pointed out that if necessary, the APCOA Parking AG ("APCOA") Judgement Proceedings – which are still pending and for which he has also been appointed as legal expert – could have repercussions on these proceedings. An expert will give his further comments after he has concluded his expert testimony in the APCOA case.

When the Profit Transfer Agreement between Salamander AG (today known as EnBW Beteiligungen AG) and APCOA was entered into the Commercial Register of APCOA on 24 October 2002, it came into force retroactively to 1 January 2001. In this agreement, Salamander AG undertook to acquire APCOA shares from outstanding shareholders in return for a cash payment. Several former shareholders initiated a shareholder suit at the Regional Court in Stuttgart to examine the suitability of the cash settlement. If the Court were to find in favor of a higher cash settlement, it would only benefit the former diversified holding in APCOA (about 1.8 % of APCOA shares). An expert appointed by the Court has looked at the APCOA documents. When the expert will finish drawing up his evaluation report, cannot be reliably predicted.

After the Squeeze-out order was registered in the Commercial Register of Energiedienst AG, several former shareholders have started a shareholder suit at the Regional Court in Mannheim to examine the suitability of the cash settlement since February 2003. If the Court were to find in favor of a higher cash settlement, it would only benefit the remaining diversified holding in Energiedienst AG (about 2.61 % of Energiedienst AG shares). An expert was appointed by the Court on 28 April 2004. We have no information about how this matter is proceeding. The amount under dispute, the length, and outcome of the proceedings are not known.

In June 2006, EnBW AG, represented by the supervisory board, in connection with the abuse of the supervisory board's decision to purchase Stadtwerke Düsseldorf AG, filed an action for a declaratory judgement against a former member of the management board of EnBW AG on the grounds of

directors' and officers' liability claims; the complainant and the defendant replied to these claims reciprocally several times. An initial hearing has not produced any new information.

On 25 May 2005, EnBW AG lodged a payment claim against a co-shareholder of AGIV Real Estate Aktiengesellschaft ("AGIV") for a sum of almost 9 million €, on the grounds that the co-shareholder was obligated to exercise an option to purchase EnBW AG shares for AGIV. The defendant appealed the ruling, but his appeal was rejected by a decision dated 22 November 2007. The co-shareholder filed a complaint against the appeal being disallowed.

At the beginning of May 2004, in the "Ansbach Project", Thermoselect S.A., started proceedings against TAE Thermische Abfallentsorgung Ansbach GmbH (100 % shareholding EnBW AG) ("TAE"). Thermoselect S.A. is demanding payment of the remainder of the workers' wages amounting to 34.3 million € and bases this claim on the termination of the working contract, which was declared on 31 July 2003. Furthermore, Thermoselect S.A. is claiming compensation for additional costs amounting to 8.7 million €. TAE alleges that the termination and the claim for compensation for additional costs are unfounded and in April 2004, the expiration of the period set in May 2003 for building the plant, TAE declared its withdrawal from the working contract. Based on the contract cancellation declared in April, TAE filed a counter-claim against Thermoselect S.A. TAE demand that Thermoselect S.A. should pay 29 million € (repayment of workers' wages and contractual penalties), should vacate the property, and should return a surety of over 31.5 million €. The Regional Court in Ansbach dismissed Thermoselect S.A.'s complaint in a ruling dated 13 April 2007 and upheld TAE's counter-claim in full. Thermoselect S.A. appealed and increased the claim to a total of 48.3 million €.

In May 2004, Thermoselect S.A. filed for a declaratory judgment in the Regional Court in Karlsruhe. Thermoselect S.A. sought to obtain the finding that EnBW AG is, on merit, obliged to pay compensation. Thermoselect S.A. bases their compensation claim on alleged breaches of duty by EnBW AG in their various legal dealings with Thermoselect S.A., which had ruined the complainant's business prospects. EnBW opposed the complaint. On 23 February 2006 Thermoselect S.A. amended their claim and demanded the payment of 209.9 million €. EnBW AG also opposed the modified claim. The Regional Court in Karlsruhe dismissed Thermoselect S.A.'s claim on 30 June 2006. The opposing party appealed on 3 August 2006 and raised their claim to 580.9 million €. In the ruling at the Higher Regional Court in Karlsruhe on 27 November 2007, the opposing party's appeal was dismissed. Legal action is currently still pending at the German Federal Supreme Court (complaint against the denial of leave to appeal by Thermoselect S.A.).

On 29 October 2004, EnBW AG commenced proceedings against Thermoselect S.A. for the rescission of the working contract by the Thermoselect plant in Karlsruhe. EnBW AG demanded the repayment of workers wages plus interest (about 145 million €) and the rebuilding of the plant. The Regional Court in Karlsruhe dismissed EnBW AG's claim on 24 February 2006. The Higher Regional Court in Karlsruhe rejected EnBW AG's appeal in its ruling on 5 June 2007, on the grounds that an ordinary court is not competent to rule on the case, because the parties have decided to go to arbitration regarding the claim that has been lodged. EnBW AG has already started the arbitration procedure required for this.

On 29 July 2005, EnBW AG commenced proceedings against Mr Günter Kiss at the Regional Court in Zürich, for the payment of 25.5 million €. In 1995, Badenwerk AG paid a purchase price – amounting to the sum claimed – for shares that they had purchased from Mr Kiss. The payment had to be returned after EnBW AG declared that they were withdrawing from the share purchase agreement in March 2005. EnBW AG sought the finding that a report drawn up in July 2004 on how the company value of Thermoselect AG was determined cannot be used. On 14 December 2005, G. Kiss started a counterclaim. In his counterclaim, G. Kiss demanded that the Court should determine the purchase price (the payment of a purchase price amounting to 131.6 million €).

In July 2001, ARGE Holzmann-Hochtief commenced proceedings against EnBW AG for the payment of workers wages. The complaint related to building work that ARGE had done for the Thermoselect project in Karlsruhe. EnBW AG rejected the claim for workers' wages, being of the opinion that the building work had serious defects. The financial risk amounts to about 7.2 million €.

The Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen ("BADV") (*Federal Office for Central Services and Public Assets*) has ruled against EnBW Beteiligungen AG stating that it intends to uphold the application by the Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc. (JCC) and will pass a ruling, whereby half of the proceeds obtained from disposal of the former property owned by Salamander AG in Leipzig, at Peterstraße 16, will be awarded to the JCC. The value of the

proceeds to be awarded is about 2.3 million €. EnBW Beteiligungen AG has initiated proceedings against that decision at the Administrative Court.

At Energiedienst AG ("ED"), there are about 3500 debt-collection cases, owing a combined sum of 3.5 million €. In twenty cases legal action is pending. The average value is 1.000 €.

On 19 October 2005, 166 regular, separate customers started proceedings against ENSO Erdgas GmbH at the Regional Court in Dresden (amount under dispute: 50,000.00 €).

In their action, the plaintiffs demanded a finding that gas-supply contracts existing at that time between the plaintiffs and ENSO Erdgas GmbH should continue unchanged beyond 1 October 2004, at the prices applicable from 1 October 2004.

In its ruling (10 O 3613/05) dated 30 June 2006, the Regional Court in Dresden upheld the complaint on the grounds of the lack of transparency of the contractual price adjustment clause (Section 307 paragraph 1 German Civil Code).

ENSO Erdgas GmbH appealed within time limits against the ruling of the Regional Court. The Higher Regional Court in Dresden rejected the appeal in its ruling (U 1426/06Kart) on 11 December 2006. The Supreme Regional Court in Dresden pointed out that the price adjustment clause cannot be opposed under German law regarding general business conditions, since in view of the gas-supply company's leading position in the market, it would not be possible to make such great demands for transparency concerning the price adjustment clause. However, the Higher Regional Court demanded the retrieval of the transparency missing from the clause in the material/legal formation document, namely the price increase letter of the time. In the opinion of the Higher Regional Court, ENSO Erdgas GmbH's correspondence concerning the price-increase at that time was insufficient.

ENSO Erdgas GmbH lodged an appeal at the German Federal Supreme Court (KZR 2/07) against the ruling of the Supreme Regional Court (amount under dispute: 30,000.00 €). Verbal arguments took place before the Anti-Trust Section of the German Federal Supreme Court on 4 March 2008. We assume that the pending decision by the German Federal Supreme Court on the question of the merits and extent of the legality of the price-adjustment will be of interest to the gas industry throughout Germany – this type of price-adjustment clause was used throughout Germany.

On 5 July 2006, statt-werk GmbH started proceedings against ENSO Strom AG at the Regional Court in Dresden. The writ was served to ENSO Strom AG on 19 July 2006.

The subject of the complaint is, for one thing, the enforcement of a demand for the return of a alleged over-payment of network usage charges amounting to 765,954.98 €, which the plaintiff justified by comparing the payments that had to be paid to ENSO Strom AG according to the contract and the amounts that were actually paid to ENSO Strom AG.

In a further claim (about 1.1 million €), the plaintiff sought the finding that the network-usage charges set and charged to Energie-direkt GmbH by ENSO Strom AG during the period under dispute are not fair. The plaintiff sought to get a judgment against ENSO Strom AG to pay this remaining unfair amount and get fair charges established for network-usage for the period of October 2000 to December 2002.

The plaintiff estimated the preliminary amount under dispute at 1,830,671.48 €. The reply to the claim was submitted to the Regional Court in Dresden on 13 October 2006. The 2nd hearing is expected to take place in the middle of April 2008.

On 4 December 2006, EnBW Gas GmbH lodged an appeal against the decision of the German Federal Network Agency (*Bundesnetzagentur*) (charges for access to the network to be cut by about 16 %). The proceedings are currently suspended awaiting a judgment in the pending Vattenfall case, where a fundamental clarification of questions on how to calculate the charges for access to the network according to Section 23a of the German Energy Economy Act (*Energiewirtschaftsgesetz*) is expected.

On 4 December 2006, Gasversorgung Süddeutschland GmbH lodged an appeal against the ruling of the German Federal Network Agency (charges for access to the network to be cut by about 15 %). These proceedings are currently suspended awaiting a decision in the pending Vattenfall case, where a fundamental clarification of questions on how to calculate the charges for access to the network in accordance with Section 23a of the German Energy Economy Act is expected.

In a work contract dated 4 February 2005/15 February 2005, the company Fa. Klein Abwasser- und Schlammtchnik GmbH i.l. ("Klein") in Niederfischbach undertook the planning, supply, and assembly of a Sludge- Treatment Drying Plant for EnBW Kraftwerke's ("KWG's") Thermal Power-

station at Heilbronn. When Klein did not remedy existing defects and was unable to make any acceptable improvement to the state of the plant, KWG informed Klein that the plant would have to be completed by a third-party and demanded costs by way of compensation. KWG's compensation claims are covered by insolvency-proof sureties. At the same time, KWG demanded that Klein should acknowledge the existing defects and pay an advance fee to cover the cost of remedying the defects. Klein did not comply. In order to avoid any further consequential losses through non-operation of the Sludge-Treatment Drying Plant, KWG now plans to have it brought up to the contractually agreed upon condition by an outside company. This may cause evidence to be destroyed, which in turn is required as proof for the guarantors' payments to KWG. Therefore, KWG has started an independent evidence-proceeding against Klein in order to secure evidence. The amount in dispute in the independent evidence-proceeding has been provisionally estimated to be 500,000 €.

On 12 April 2007, Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH ("NGO") lodged an appeal against the decision by the German Federal Network Agency approving reduced gas-network charges (cut by about 27 %). These proceedings are currently suspended awaiting a decision in the pending Vattenfall case, where a fundamental clarification of questions on how to calculate charges for access to the network in accordance with Section 23a of the German Energy Economy Act is expected.

On 31 August 2006, EnBW Transportnetze AG ("TNG") lodged an appeal against the decision of the German Federal Network Agency to approve charges for network usage and thereby opposing the cut of approximately 8 % in TNG's network-usage charges. The proceedings primarily covered questions on interpretation of the Decree on Electricity Network Charges. The proceedings were held before the Supreme Regional Court in Düsseldorf, an agreement was reached with the German Federal Network Agency and the case was withdrawn.

On 4 October 2006, EnBW Regional AG ("REG") lodged an appeal against the decision of the German Federal Network Agency (cut of about 14 %). These proceedings are currently suspended awaiting a decision in the aforementioned TNG case. A similar incident took place with EnBW Ostwürttemberg Donau Ries AG. Other network operators of the EnBW Group – also in the gas sector – are conducting themselves in this way. These proceedings have also come to a standstill, except for the EW Aach eG case against the Regional Regulating Authority (*Landesregulierungsbehörde*) of Baden-Württemberg. EW Aach AG's complaint against the decision of the Regional Regulating Authority was rejected by the Higher Regional Court in Stuttgart. Legal action was brought in the German Federal Supreme Court against the decision of the Higher Regional Court in Stuttgart. The financial background to the law-suit can be disregarded, but it does clarify important fundamental questions (e.g. retroactive approval).

On 4 December 2003, REG started proceedings against a Municipal Department of Works on the grounds of a cut in network-usage charges. The volume is about 780,000 €. Following initial verbal discussions in 2004, an expert was appointed. No further results are available yet.

In January 2007, an operating company used a reminder to render various claims against REG sub-judice; these related to connection of their Biomass Plant to the EEG network in 2003. They demanded that the plant should be connected to the REG high-voltage network and demanded compensation for specific expenses. The amount in dispute is about 800,000 €.

An electricity dealer initiated proceedings against nearly all the network operators in the EnBW Group on the grounds of alleged unfair network-usage charges during the time before regulated network-usage charges came into force. The electricity dealer sought a finding that the network-usage charges made during the said period were increased excessively, at least to such an extent that cuts were made as part of the subsequent charges approval procedure. Depending on the volume of network-usage charges at that particular time, the demands fluctuate accordingly. At REG, as the main company affected, they reached a single-digit million € amount. The electricity dealer then started proceedings in cases where the Statute of Limitations was about to run out. The electricity dealer reserved the right to make claims from earlier periods (2005/2006).

At the end of November 2007, REG opposed the Price Index being determined according to Section 6 paragraph 3 StromNEV of the German Federal Network Agency. Other network operators in the Group reacted accordingly. The REG case is quoted as a precedent proceeding.

On 16 November 2006, Stadtwerke Düsseldorf AG opposed the decision of the German Federal Network Agency to approve gas network charges (cut by about 16 %) as well as their decision on 22 December 2006 to approve electricity network charges (cut by about 12 %). These proceedings are currently suspended awaiting a decision in the pending Vattenfall case, where a fundamental

clarification of questions on how to calculate the charges for access to the network in accordance with Section 23a of the German Energy Economy Act is expected.

At the Higher Regional Court in Düsseldorf on 23 November 2007, Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH opposed the Price Index being determined according to Section 6 paragraph 3 StromNEV/GasNEV of the German Federal Network Agency. In agreement with EnBW AG, these proceedings should be suspended in view of the proceedings actively being undertaken by them.

Based on the reminder procedure instigated in December 2004, EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH's ("VSG") claims for a reimbursement of charges from EEG and KWKG from old contracts, amounting to a total sum of about 760,000 €, were pursued in court.

From the problems of further contemplation of EEG and KWKG additional costs for the end-customers of VSG for the years 2000 to 2002, there are still three law-suits pending before various courts. The amount under dispute is a total of about 800,000 €. Most of this relates to one Municipal Works Department, in connection with the so-called KWK regional component of Neckarwerke Stuttgart AG.

The total amount of debts for collection (incl. Yello debts as well as the former NWS) is about 82 million €. These debts also include costs and interest.

The Regional Court in Cologne has ordered Yello Strom GmbH ("Yello") to pay about 500,000.00 € for the progressive law-suit by an attorney named Grigoleit, who had brought this case against Yello in the 4th quarter of 2004. In the meantime, Mr Grigoleit has appealed. The claims by Mr Grigoleit that may possibly result from this complex situation can be estimated at up to 700,000 € according to the latest state of the proceedings.

On 15 June 2005, in the Regional Court I in Munich, Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH initiated proceedings against GoYellow GmbH, Varetis AG, and a female employee of Varetis AG. Through the Internet Yellow GmbH is offering a branch search register under the name "GoYellow" and has patented the trademark "GoYellow". Varetis AG (renamed as GoYellow Media AG in May 2006) is the parent company of GoYellow GmbH. All three defendants have registered domain names with the wording "GoYellow". Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH insists on its right against infringement of their "Yello" trademark by using the term "GoYellow". In June 2006, the complaint was upheld by the Regional Court in Munich. Opposing party's appeal to the Higher Regional Court in Munich was successful. Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH has lodged an exclusion appeal with the German Federal Supreme Court in order to get their appeal on appeal allowed.

Administrative Legal Disputes and Approval Proceedings

The German Federal Network Agency has notified the four German companies operating the power grid, including EnBW, in writing on 7 March 2008 that it commenced special abuse proceedings in accordance with Section 31 German Energy Economy Act in order to investigate the four operators' activities. The electricity supplier Lichtblick and the Federal Association of new Energy Suppliers have filed for such proceedings. The proceedings' subject is whether or not the companies operating the power grid have breached their duties under the German Energy Economy Act to cooperate in order to reduce the expenses for regular energy taking their respective system responsibility into account.

On 21 December 2004, the nuclear power-station Kernkraftwerk Obrigheim GmbH (now EnBW Kernkraft GmbH, located at Obrigheim), applied for a 1st shutdown and dismantling approval to be granted. The public information procedure has been completed. According to current planning, approval is expected to be granted in the first half of 2008. To carry out the rebuilding of the Obrigheim Nuclear Power-Station ("KWO"), which should be completed in 2020 according to current planning, a total of 3 shutdown and dismantling approvals are required, according to current plans. To facilitate the rapid rebuilding of the plant, a dry intermediate storage facility for irradiated KWO fuel elements is to be built and operated on site. For this an application was filed on 22 April 2005, with the German Federal Office for Protection against Radiation (*Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)*), as the competent authority, for the granting of a nuclear approval. Further approval documents are currently being prepared. The public information procedure should take place in 2008 and approval is expected to be granted in 2010. Upon the two approvals being granted, "KWO's" still open and currently suspended court cases – Action by a resident objecting to the shutdown of the Obrigheim Nuclear Power-Station (KWO) as well as an objection by residents to approval for KWO's external fuel-element storage-tank – will become obsolete and will be withdrawn by the plaintiffs at a set time, in accordance with an out-of-court settlement.

On 22 March 2007, EnBW Kernkraft GmbH ("EnKK") started so-called Inactivity Proceedings at the Superior Administrative Court Baden-Württemberg. The grounds for the complaint are that as of yet, the German Federal Ministry for the Environment (*Bundesumweltministerium*, "BMU") has still not decided on EnKK's application dated 22 December 2006 regarding a transfer of electricity remaining at the nuclear power-station Neckarwestheim II ("GKN II") to nuclear power-station Neckarwestheim I ("GKN I"). As EnKK cannot see any factual reason for such a delay, the court should now decide on EnKK's application. The case is the only possible means of countering a further delay in the proceedings. In its resolution on 20 August 2007, the Superior Administrative Court was declared factually and regionally competent and, as a result, overturned the BMU's competence ruling. In an incontestable decision on 17 December 2007, the Superior Administrative Court decided to suspend the proceeding for transferring quantities of electricity from GKN I to GKN II until the end of 9 May 2008, in expectation of a rendered administrative decision by the BMU.

When KWG's applications in 1998/1999 for a reduction of the water-extraction charges (water-penny) for their power-stations with river cooling were rejected by the Water Sub-authorities at the request of the State of Baden-Württemberg, KWG initiated corresponding proceedings (amount under dispute about 29.7 million € Euros). Likewise, from 2000, some means of legal redress were launched against the decision for the following years. The case for the Philippsburg Nuclear Power-Station was quoted as a precedential case. In its ruling on 6 December 2005, the Superior Administrative Court decided that the applications for a reduction/tax relief should be reconsidered by the competent authority, bearing in mind the court's conception of legality. In their ruling on 4 January 2007, the German Federal Administrative Court (*Bundesverwaltungsgericht*) rejected the Region's appeal against exclusion of the appeal. As a result, the Superior Administrative Court ruling is legally binding and the Water Sub-authorities competent at the time must now reach a new decision. Concrete applications for a reduction for Kernkraftwerk Philippsburg ("KKP") as well as for Marbach, Heilbronn, and Rheinhafen-Dampfkraftwerk ("RDK") respectively, for the years 1998 to 2003 were hereby established. For reasons of expediency and legality, it was decided to postpone establishing concrete applications for the years after 2004. Concrete applications for the former NWS Plant as well as for GKN still remain. In the decisions on 23 November 2007, the reduction for KKP for the 1988 tax year as well as 2000 was yet again rejected in full. This rejection is mainly based on a new energy report from the BMU. Again, legal steps were taken in due time against this ruling and for the tax year 2000 the suspended proceedings were reconvened before the Administrative Court in Karlsruhe and the protests were lodged for the 1998 tax year. Currently, the factual and legal situation regarding the newly rejected rulings is being worked on.

On instructions from the BMU, on 17 March 2005, the Finance Ministry of Baden-Württemberg allowed an additional charge to be made against KWG for operating KKP 1 and KKP 2 (so-called "Biblis-charge"), which in EnBW's view is illegal. With this charge, the burden of proof for proving damages reverts to the operator. On 26 February 2007, the Superior Administrative Court upheld EnBW AG's complaint. The State of Baden Württemberg/BMU appealed against the ruling before the German Federal Administrative Court. The decision is still pending.

In connection with construction of the 110-kV Tuttlingen-Fridingen pipeline, several property owners rejected the compulsory purchase and disposal orders of the competent Regional Council in Freiburg. When the complaint was rejected by the Superior Administrative Court in September 1999 and an appeal was not allowed, the German Federal Administrative Court upheld the exclusion complaint and, as a result, the appeal was allowed. The appeal was rejected in a ruling dated 11 July 2002. The property owners lodged complaints in the German Federal Constitutional Court (*Bundesverfassungsgericht*) on the grounds of infringement of the German constitution. In March 2004, EnBW AG filed to have acceptance of the complaint of infringement of the constitution rejected.

Additional Information

Subscribed Capital

As on 31 December 2007, the subscribed capital of EnBW AG amounted to 640,015,872.00 €, comprising 250,006,200 bearer shares, with no par value, with a proportional amount of the subscribed capital stock of 2.56 € per share. The subscribed capital of EnBW AG is fully paid up. Each share grants one vote at EnBW AG's General Meeting.

The authorisation granted to the management board by decision of the Annual General Meeting on 23 April 2002 for five years and entered into the Commercial Register on 4 June 2002, to increase the company's capital stock by a maximum of 10 %, with agreement of the supervisory board, by

means of a single or multiple issue of new shares for cash and/or cash or contribution in kind, (approved Kapitalia I und II), expired on 4 June 2007. These authorisations were renounced in Section 5 paragraph 2 or paragraph 3 of the Articles of association.

Articles of Association

In accordance with Section 2 of the Articles of Association, EnBW AG has the following objectives:

- The purpose of the Company is the management of a group of companies that are active, in particular, in the economic sectors of energy supply, water supply and disposal, including generation, winning or procurement, transmission and distribution or transport, sale and trading, and the provision of services in these business areas. The Company may also acquire and manage industrial and other investments in other economic sectors, in particular in the areas of information technology, telecommunications, transportation and real estate industry.
- The Company is entitled to conduct all business and to undertake such measures that are related to the purpose of the Company or that are suitable to directly or indirectly serve it. With the approval of the Supervisory Board, it may also conduct activities in the business areas specified in Para. 1 itself for limited periods of time.
- The Company is entitled to establish branches in Germany and abroad and to found, acquire or invest in other companies. It may group such companies wholly or partly under uniform management. It may also exercise its business activities through subsidiaries, investments and joint ventures or wholly or partly source out these activities to associated companies or assign these activities to associated companies and confine itself to the management and administration of its associated companies.

GENERAL INFORMATION ABOUT ENBW INTERNATIONAL FINANCE B.V.

General Information about EnBW International Finance B.V.

EnBW International Finance B.V. was founded by EnBW AG on 3 April 2001, according to Dutch law as a company with limited liability (*besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid*). EnBW Finance has its registered office at Schouwburgplein 30 – 34, 3012 CL Rotterdam; PO Box 21153, 3001 AD Rotterdam, telephone

+31 (010) 2245333, Netherlands and is registered in the Commercial Register of the Chamber of Commerce and Industry in Rotterdam, under number 32085302.

EnBW Finance was founded for an unlimited period of time. EnBW Finance operates under Dutch law.

EnBW Finance's full name is "EnBW International Finance B.V.".

In accordance with Article 3 of its Articles of Association, the purpose of EnBW Finance is financing and participation activities. The exclusive task of EnBW Finance is to support the financing requirements of EnBW.

Company Structure

EnBW Finance is a 100 % subsidiary of EnBW AG and therefore it is part of the EnBW Group. It has no subsidiaries of its own. EnBW Finance is the financing company of the EnBW Group.

Management Board

The company's management board consists of the following members:

- Ingo Peter Voigt, Managing Director of EnBW Finance B.V., Senior Vice President/Head of Finance Investor Relations EnBW AG; and
- Willem Paul Ruoff, Managing Director of EnBW Finance B.V.

Members of the management board can be contacted at the business address of EnBW Finance: Schouwburgplein 30 – 34, 3012 CL Rotterdam; PO Box 21153, 3001 AD Rotterdam, Netherlands.

According to EnBW Finance's knowledge there are no potential conflicts of interest among the aforementioned members of the company management between their obligations to EnBW Finance and their private interests or other commitments.

Corporate Governance Practices

EnBW Finance has not established a separate audit committee.

EnBW Finance is a company in private ownership and therefore is not subject to any public corporate governance standards.

Main Shareholders

EnBW Finance is a 100 % subsidiary of EnBW AG.

Financial Information on the Net Assets, Financial Situation and Results of Operations of EnBW Finance

Historical Financial Information

In the 2003 business year, the financial statements of EnBW Finance were first drawn up in accordance with the International Financial Reporting Standards (IFRS) specified by the International Accounting Standard Board (IASB).

Since EnBW Finance was founded, their auditors have been KPMG Accountants N.V. KPMG is a member of the Royal NIVRA (*Koninklijk Nederlands Instituut van Registeraccountants*).

The financial statements of EnBW Finance, audited for the business year ending on 31 December 2007 and the auditors report are incorporated by reference to this Debt Issuance Programme Prospectus.

The financial statements of EnBW Finance, audited for the business year ending on 31 December 2006 and the auditors report are incorporated by reference to this Debt Issuance Programme Prospectus.

KPMG Accountants N.V. has audited the financial statements of EnBW Finance for the business years ending on 31 December 2006 and 31 December 2007, without rejection, qualification or other caveats.

Legal Proceedings and Arbitration Board Proceedings

There are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which EnBW Finance is aware) nor have there been such proceedings in the last twelve months prior to the publication of this Debt Issuance Programme Prospectus which may have, or have had most recently significant effects on the financial position or the profitability of EnBW Finance.

Significant Changes in the Financial Situation or Commercial Position EnBW Finance

There has been no significant change in the trading position of EnBW Finance since the end of the last business year (31 December 2007).

With regard to the EnBW bonds issued on 25 February 2008 in the amount of 300 million Swiss francs, it is referred to the presentation of the significant changes of the financial situation of the EnBW AG section in this Debt Issuance Programme Prospectus. Furthermore, the General Meeting of Shareholders of EnBW Finance has decided in January 2008 to distribute a dividend in the amount of EUR 657,018. Otherwise, there have been no significant changes to the financial situation.

Trend Information

There has been no material adverse change in the prospects of EnBW Finance since 31 December 2007.

Auditor

Since EnBW Finance was founded, their auditors have been KPMG Accountants N.V. located in Utrecht, Netherlands. The office of KPMG Accountants N.V. is at Rijnzathe 14, 3454 PV De Meern, Netherlands. They are a member of the Royal NIVRA (Koninklijk Nederlands Instituut van Registeraccountants).

Selected Financial Information

Business years ending 31 December 2007 and 31 December 2006.

Balance Sheet on the 31 December 2007

	31. December 2007 EUR	31 December 2006 EUR
Non-current assets		
Other investments		
Loans EnBW AG	2,377,592,229	3,132,577,518
Current assets		
Receivables		
Investments	172,670,000	0
Current account group companies	113,502,893	119,095,930
Turnover tax	1,313	2,857
	<hr/>	<hr/>
Cash and cash equivalents	286,174,206	119,098,787
	63,816	946
	<hr/>	<hr/>
	2,663,830,251	3,251,677,251
Shareholders' equity		
Issued and paid-up share capital	50,000	50,000
Share premium reserves	1,950,000	1,950,000
Other reserves	0	2,103,360
Non-distributed results	657,018	-1,167,994
	<hr/>	<hr/>
	2,657,018	2,935,366
Long-term debts		
Interest-bearing loans and borrowings	2,377,592,229	3,132,577,518
Current liabilities		
Interest-bearing loans and borrowings	199,507,121	0
Corporation tax	375,123	279,958
Accrued expenses and deferred income	83,698,760	115,884,409
	<hr/>	<hr/>
	283,581,004	116,164,367
	<hr/>	<hr/>
	2,663,830,251	3,251,677,251

Profit and Loss Account for 2007

	2007 EUR	2006 EUR
Turnover		
Fees received from EnBW AG	836,689	1,247,117
Expenses		
General expenses	129,952	96,912
Charged expenses to EnBW AG	(135,058)	(121,233)
Profit from operations	<u>841,795</u>	<u>1,271,438</u>
Interest and similar income	152,590,871	140,455,902
Interest and similar expenses	<u>152,610,954</u>	<u>142,285,370</u>
Net financing costs	<u>(20,083)</u>	<u>(1,829,468)</u>
Result before corporate income tax	<u>821,712</u>	<u>(558,030)</u>
Corporate income tax	(164,694)	(609,946)
Net Result	<u>657,018</u>	<u>(1,167,994)</u>

Cash flow calculation 2007

	2007 € 1,000	2006 € 1,000
Operating activities		
Payments received from group companies	394	511
Payments to suppliers	(148)	(143)
Cash generated from operations	246	368
Interest paid	(182,862)	(139,540)
Taxes paid	(52)	(393)
Cash flows from operating activities	<u>(182,668)</u>	<u>(139,565)</u>
Investing activities		
Interest received	182,856	139,524
Purchase (sale) of other investments	550,368	(428,930)
Cash flows from investing activities	<u>733,224</u>	<u>(289,406)</u>
Financing activities		
Receipts from (non) current borrowings	8,183,145	493,930
Repayment of borrowings	(8,733,638)	(65,000)
Cash flows from financing activities	<u>(550,493)</u>	<u>428,930</u>
Net increase (decrease) in cash and cash equivalents	63	(41)
Cash and cash equivalents as at 1 January	1	42
Cash and cash equivalents as at 31 December	<u>64</u>	<u>1</u>

KPMG Accountants N.V. have made the following declaration to the Members of the Board and the Shareholders of EnBW Finance:

“Auditors Report

We have audited the selected financial information for the business years ending on 31 December 2007 and 31 December 2006. This selected financial information was taken from the audited financial statements of EnBW Finance for the business years ending on 31 December 2007 and 31 December 2006, which are contained in the Annual Reports for 2007 and 2006, and which are hereby the subject of this prospectus by reference. KPMG Accountants N.V. has given the auditor's unconditional approval for each of these years' financial statements. The selected financial information lies within the responsibility of the Board of Management of EnBW Finance. It is our responsibility to express an opinion on the selected financial information.

In our view, the selected financial information of EnBW Finance for the business years ending on 31 December 2007 and 31 December 2006, contained on pages 175 and 176 of this Debt Issuance Programme prospectus, conform in every significant respect to the financial statements of the business years from which they were taken.

For a better understanding of the financial situation of EnBW Finance, and the financial statements and scope of our audit, the selected financial information should be read in the context of the financial statements from which they were taken, and our unconditional approvals for the financial statements on 29 January 2008 for the 2007 business year, and on 17 January 2007 for the 2006 business year.

Utrecht, 16 April 2008

KPMG ACCOUNTANTS N.V.

C.P. van Echtelt RA”

Additional Information

Share Capital

The base capital of EnBW Finance is 50,000 €, which is divided into 500 shares each with a nominal value of 100 €. All shares have been issued and are fully paid up. The shares are named shares; each share grants one vote at the Annual General Meeting of EnBW Finance. No definite share certificates have been issued. All the shares issued by EnBW Finance are held by EnBW AG and new shares can only be issued by resolution of the Annual General Meeting. The approval of the Annual General Meeting of EnBW Finance is required for the transfer of shares.

Articles of Association

According to Article 3 of the Articles of Association, EnBW Finance has the following company objectives:

- to incorporate, to participate in any way whatsoever, to manage, to supervise, to operate and to promote enterprises, businesses and companies;
- to finance businesses and companies;
- to borrow, to lend and to raise funds, including the issue of bonds, convertible bonds, promissory notes or other securities or evidence of indebtedness as well as to enter into agreements in connection with the aforementioned;
- so supply advice and to render services to enterprises and companies with which the company forms a group and to third parties;
- to render guarantees, to bind the company and to pledge its assets for obligations of the companies and enterprises with which it forms a group and on behalf of third parties;
- to obtain, alienate, manage and exploit registered property and items of property in general;
- to trade in currencies, securities and items of property in general;
- to develop and trade in patent, trade marks, licences, know-how and other industrial property rights;
- to perform any and all activity of industrial, financial or commercial nature;

as well as everything pertaining to the foregoing, relating thereto or conducive thereto, all in the widest sense of the word.

1. Bundesrepublik Deutschland

Der folgende Abschnitt enthält eine allgemeine Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Halten von Schuldverschreibungen. Es handelt sich nicht um eine erschöpfende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte, die für die Entscheidung, Schuldverschreibungen zu kaufen, relevant sein könnten. Insbesondere berücksichtigt die Zusammenfassung nicht die besonderen Verhältnisse und Umstände, die auf den jeweiligen Käufer zutreffen könnten. Grundlage der Zusammenfassung sind die zur Zeit der Abfassung des Debt Issuance Programme Prospektes geltenden Vorschriften des deutschen Rechts, die sich kurzfristig, unter Umständen auch rückwirkend, ändern können.

POTENTIELLEN KÄUFERN VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN WIRD EMPFOHLEN, HINSICHTLICH DER STEUERLICHEN FOLGEN (EINSCHLIESSLICH DERER NACH LANDESRECHT ODER ÖRTLICHEM RECHT) DES ERWERBS, DES HALTENS UND DER VERÄUSSERUNG VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN NACH DEM RECHT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND JEDES ANDEREN LANDES, IN DEM SIE ANSÄSSIG SIND, IHRE STEUERLICHEN BERATER ZU KONSULTIEREN.

a. Steuerinländer

Personen (natürliche und juristische Personen), die in Deutschland steuerlich ansässig sind (insbesondere Personen, die ihren Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung in Deutschland haben), sind mit ihrem weltweiten Einkommen ertragsteuerpflichtig (Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer, jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag darauf und gegebenenfalls Kirchensteuer), ungeachtet der Herkunft, einschließlich Zinsen von Fremdkapitalinstrumenten (wie z.B. die Schuldverschreibungen) und in manchen Fällen auch Veräußerungsgewinne.

(1) Private Investoren (natürliche Personen)

Die Besteuerung von Schuldverschreibungsinvestoren (natürlichen Personen) ("Investoren"), die die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten ("Private Investoren") wird sich ab dem Veranlagungszeitraum 2009 ändern.

(a) Veranlagungszeitraum 2008

Im Veranlagungszeitraum 2008 sind alle Zinsen, die auf eine Schuldverschreibung gezahlt werden, steuerpflichtig. Aufgelaufene (noch nicht gezahlte) Zinsen, die als Teil des Kaufpreises gezahlt werden und gesondert in Rechnung gestellt werden ("Stückzinsen"), gelten als Zinsen und werden entsprechend besteuert. Des Weiteren, wenn eine Schuldverschreibung als Finanzinnovation qualifiziert und entsprechend in den Anwendungsbereich des § 20 Abs. 2 Nr. 4 Einkommensteuergesetz ("EStG") in der am 31. Dezember 2008 anwendbaren Fassung fällt, gilt Einkommen, das ein Privater Investor auf Grund der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibung erhält, als steuerpflichtiges Zinseinkommen ("Gedachte Zinsen"). Gedachte Zinsen werden kalkuliert als der Teil des Verkaufs- oder Rückzahlungsbetrages, soweit sie der rechnerisch auf die Besitzzeit entfallenen Emissionsrendite entsprechen, abzüglich Zinsen und Stückzinsen, die bereits der Besteuerung unterlegen haben. Haben die Schuldverschreibungen keine Emissionsrendite oder weist der Private Investor sie nicht nach, gilt der Unterschied zwischen dem Entgelt für den Erwerb und den Einnahmen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung als Gedachte Zinsen. Ist der Unterschied negativ, können daraus negative Einkünfte aus Kapitalvermögen resultieren, die mit anderen Einkünften verrechnet werden können.

Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung einer Schuldverschreibung (die nicht als Gedachte Zinsen oder als Stückzinsen qualifizieren) werden nur besteuert, wenn die Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibung durch den Privaten Investor innerhalb eines Jahres nach der Anschaffung der Schuldverschreibung erfolgt (sogenannte private Veräußerungsgeschäfte i.S. des § 23 EStG).

Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung einer Schuldverschreibung, die innerhalb der einjährigen Haltefrist erlitten werden, können nur mit Veräußerungsgewinnen aus anderen privaten Veräußerungsgeschäften verrechnet werden. Veräußerungsverluste, die nach der einjährigen Haltefrist erlitten werden, können überhaupt nicht mit anderen Einkünften verrechnet werden.

Das steuerpflichtige Einkommen aus den Schuldverschreibungen wird mit dem individuellen Steuersatz des Privaten Investors zzgl. Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer besteuert.

(b) Ab dem Veranlagungszeitraum 2009

Ab dem Veranlagungszeitraum 2009 werden alle Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung einer Schuldverschreibung steuerpflichtig sein, unabhängig davon, ob die Schuldverschreibung als Finanzinnovation qualifiziert oder Stückzinsen enthält und unabhängig von der Haltefrist (also auch, wenn die Schuldverschreibung von dem Privaten Investor länger als 1 Jahr gehalten wurde). Auf eine Schuldverschreibung erhaltene Zinsen sind ebenfalls steuerpflichtig.

Bei Einkünften aus Kapitalvermögen ist lediglich eine Pauschale in Höhe von 801 EUR als Werbungskosten abziehbar; der Abzug der tatsächlichen Werbungskosten ist ausgeschlossen.

Das steuerpflichtige Einkommen aus den Schuldverschreibungen wird grundsätzlich mit einem pauschalen Steuersatz von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer besteuert. Je nach Einzelfall gibt es Ausnahmen.

Für Schuldverschreibungen, die vor dem 1. Januar 2009 angeschafft wurden, gelten bestimmte Anwendungsvorschriften, abhängig von den jeweiligen Bedingungen der Schuldverschreibung und bestimmten weiteren Kriterien.

(2) Sonstige Investoren

Werden die Schuldverschreibungen von natürlichen Personen, Kapitalgesellschaften oder anderen Körperschaften im Betriebsvermögen gehalten, unterliegen Zinsen, Stückzinsen und Gedachte Zinsen sowie Veräußerungsgewinne der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, jeweils zzgl. Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer und ggf. Gewerbesteuer.

Abhängig von den Bedingungen der jeweiligen Schuldverschreibung, ist die jährliche Wertsteigerung der Schuldverschreibung, berechnet im Zeitpunkt der Anschaffung, zeitanteilig als Zinseinkommen zu berücksichtigen.

b. Steuerausländer

Personen, (natürliche und juristische Personen), die in Deutschland nicht steuerlich ansässig sind, unterliegen der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer (jeweils zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer und ggf. Gewerbesteuer) in Deutschland mit Zinsen, Gedachten Zinsen und Stückzinsen sowie Veräußerungsgewinnen, wenn (i) die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder eines deutschen ständigen Vertreters gehalten werden, (ii) Einkünfte aus den Schuldverschreibungen in anderer Weise in den Katalog der inländischen Einkünfte gemäß § 49 EStG fallen oder (iii) Zinsen, Stückzinsen oder Gedachte Zinsen von einem inländischen Kreditinstitut oder einem inländischen Finanzdienstleistungsinstitut, einschließlich einer inländischen Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts oder eines ausländischen Finanzdienstleistungsinstituts, nicht aber einer ausländischen Zweigstelle eines inländischen Kreditinstituts oder eines inländischen Finanzdienstleistungsinstituts, oder von einem deutschen Schuldner ("die auszahlende Stelle") gegen Aushändigung der Zinsscheine gezahlt werden.

Ab 2009 ist bei Einkünften aus Kapitalvermögen lediglich ein Pauschalbetrag in Höhe von 801 EUR als Werbungskosten abzugsfähig; der Abzug der tatsächlichen Werbungskosten ist ausgeschlossen.

c. Kapitalertragsteuer

In Deutschland wird Kapitalertragsteuer auf Einkünfte aus Kapitalvermögen erhoben. Die Vorschriften zur Kapitalertragsteuer wurden grundsätzlich mit Wirkung für alle einem Investor nach dem 31. Dezember 2008 zufließenden Kapitalerträge geändert.

Kapitalertragsteuer wird erhoben, wenn eine Schuldverschreibung von einem deutschen Schuldner oder im Depot einer auszahlenden Stelle verwahrt oder verwaltet wird. Ab dem 1. Januar 2009 gelten als auszahlende Stelle auch Wertpapierhandelsunternehmen und Wertpapierhandelsbanken.

Bei Erträgen, die vor den 1. Januar 2009 zufließen, unterliegen lediglich Zinszahlungen (einschließlich Stückzinsen und Gedachte Zinsen) der Kapitalertragsteuer. Die Kapitalertragsteuer wird grundsätzlich in Höhe von 30 % zzgl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % darauf erhoben. Werden die Erträge gegen Aushändigung der Zinsscheine gezahlt, wird die Kapitalertragsteuer in Höhe von 35 % zzgl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % darauf erhoben. Die Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) ist eine Vorauszahlung auf die Einkommen- bzw.

Körperschaftsteuer, wenn der Empfänger der Zinszahlung der deutschen Ertragsbesteuerung im Wege der Veranlagung unterliegt.

Fließen Erträge erst nach dem 31. Dezember 2008 zu, unterliegen auch Erträge aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen der Kapitalertragsteuer. Die Kapitalertragsteuer wird dann einheitlich in Höhe von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % darauf und ggf. zzgl. Kirchensteuer erhoben. Für private Investoren hat die Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) grundsätzlich abgeltende Wirkung und ersetzt die Besteuerung dieser Einkünfte im Rahmen der Veranlagung. Wurde keine Kapitalertragsteuer einbehalten, ist der Private Investor weiterhin verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben. Für sonstige Investoren ist die Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) weiterhin eine Vorauszahlung auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, wenn der Empfänger der Zahlung der deutschen Besteuerung im Wege der Veranlagung unterliegt. Für Schuldverschreibungen, die vor dem 1. Januar 2009 angeschafft wurden, gelten bestimmte Anwendungsvorschriften, abhängig von den jeweiligen Bedingungen der Schuldverschreibung und bestimmten weiteren Kriterien.

Im Fall von Zinsen und Stückzinsen wird die Kapitalertragsteuer auf den Betrag der Zinsen/Stückzinsen erhoben. Bei Gedachten Zinsen (in 2008) und Veräußerungsgewinnen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen (ab 2009) wird die Kapitalertragsteuer grundsätzlich auf den Betrag erhoben, der dem Unterschied zwischen dem Entgelt für den Erwerb und den Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung der Schuldverschreibung entspricht. Kann der Unterschiedsbetrag nicht ermittelt werden, wird die Kapitalertragsteuer auf 30 % der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung der Schuldverschreibung erhoben.

Grundsätzlich wird keine Kapitalertragsteuer erhoben, wenn der Investor ein Privater Investor ist und der auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag erteilt hat, jedoch nur soweit das Zinseinkommen und die anderen Einkünfte aus Kapitalvermögen nicht den Maximalbetrag des Freistellungsauftrags übersteigen. Entsprechend wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten, wenn der Investor der auszahlenden Stelle eine Nicht-Veranlagungsberechtigung des zuständigen Finanzamts übermittelt hat.

Personen, die in Deutschland nicht steuerlich ansässig sind, unterliegen der deutschen Kapitalertragsteuer grundsätzlich nur, wenn (a), entsprechend der deutschen Besteuerungsgesetze, die Einkünfte aus den Schuldverschreibungen in den Katalog der inländischen Einkünfte gemäß § 49 EStG fallen, wie z.B. Einkünfte, die im Zusammenhang mit einem deutschen Betrieb stehen, oder (b) die Einkünfte gegen Aushändigung der Zinsscheine gezahlt werden.

d. Besteuerung im Fall, dass die Schuldverschreibungen als Eigenkapital-Instrumente oder Eigenkapital ähnliche Instrumente qualifizieren

Wenn eine Schuldverschreibung nach deutschem Steuerrecht als Eigenkapital-Instrument oder Eigenkapital ähnliches Instrument qualifiziert, ist zusätzlich zu den oben dargestellten Regelungen zu beachten, dass Einkünfte und fiktive Einkünfte sowohl der Ertragsbesteuerung, als auch der Gewerbesteuer und auch der Kapitalertragsteuer (selbst wenn die Zinsen nicht von einer auszahlenden Stelle gezahlt werden) unterliegen können.

Darüber hinaus können von einem Privaten Investor erzielte Veräußerungsgewinne in Einkünfte aus Gewerbebetrieb umqualifiziert werden und entsprechend mit den individuellen Steuersatz des Privaten Investors besteuert werden. Veräußerungsgewinne und Dividenden können auch teilweise steuerbefreit sein nach § 8b KStG bzw. § 3 Nr. 40 EStG.

e. Erbschaft- und Schenkungsteuer

Erbschaft- und Schenkungsteuer fällt auf die Schuldverschreibungen nach deutschem Recht grundsätzlich nur an, wenn, im Fall der Erbschaftsteuer, entweder der Erblasser oder der Erbe bzw. Bedachte oder, im Fall der Schenkungsteuer, entweder der Schenker oder der Beschenkte in Deutschland ansässig ist oder die Schuldverschreibung zu einem deutschen Betriebsvermögen gehört, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist. Zudem können bestimmte ehemalige Steuerinländer der Erbschaft- und Schenkungsteuer unterliegen.

f. Andere Steuern

Im Zusammenhang mit der Emission, Ausgabe oder Ausfertigung der Schuldverschreibungen fallen in Deutschland keine Stempel-, Emissions-, Registrierungssteuern oder ähnliche Steuern oder Abgaben an. Vermögensteuer wird in Deutschland zur Zeit nicht erhoben.

2. Die Niederlande

Die folgende Übersicht von bestimmten niederländischen Steuerangelegenheiten basiert auf Gesetzen und der Praxis im Zeitpunkt dieses Debt Issuance Programme Prospekts. Sie unterliegt Gesetzesänderungen und Interpretations- und Anwendungsänderungen. Solche Änderungen können eine rückwirkende Wirkung haben. Die folgende Zusammenfassung hat nicht den Anspruch, eine umfassende Übersicht aller Steuerüberlegungen zu sein, die relevant sein könnten für die Entscheidung, die Schuldverschreibungen zu erwerben, zu halten oder über sie zu verfügen. Sie hat nicht den Anspruch, alle Steuerfolgen zu behandeln, die für alle Kategorien von Anlegern gelten. Einige solcher Anleger (z. B. Plazeure von Wertpapieren) können speziellen Regelungen unterliegen. Soweit nicht anders indiziert, behandelt diese Zusammenfassung lediglich die Stellung von Anlegern, die keine andere Bindung zu den Niederlanden haben als das Halten der Schuldverschreibungen. Weitsichtige Inhaber von Schuldverschreibungen, die im Zweifel über ihre maßgebliche steuerrechtliche Stellung sein können, sollten ihren fachkundigen Berater im Hinblick auf die steuerrechtlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Hinterlegung der Schuldverschreibungen unter dem Recht des Staates ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Wohnsitzes oder ihres Firmensitzes konsultieren.

Einbehaltene Steuer

Sämtliche Zahlungen der Emittentin von Zinsen und Kapital aus den Schuldverschreibungen können frei von Einbehalt oder Abzug von Steuern gleich welcher Art erfolgen, die von den Niederlanden oder deren Gebietskörperschaften oder Behörden mit Besteuerungsbefugnissen auferlegt, erhoben, einbehalten oder festgesetzt werden, außer wenn die Schuldverschreibungen gemäß Art. 10 Abs. 1 (d) des niederländischen Körperschaftsteuergesetzes von 1969 (*Wet op de vennootschapsbelasting 1969*) als Fremdkapital, welches tatsächlich als Eigenkapital fungiert, zu qualifizieren sind.

Steuern auf Einkünfte und Kapitalgewinne

Ein Inhaber von Schuldverschreibungen, der Einkünfte aus Schuldverschreibungen erlangt, oder eine Person, die Gewinne aus den Verkauf oder der Rückzahlung einer Schuldverschreibung realisiert, wird nicht der niederländischen Besteuerung solcher Einkünfte oder Kapitalgewinne unterliegen, soweit nicht

- (i) ein Inhaber seinen Sitz in den Niederlanden hat oder gilt, einen solchen Sitz zu haben, oder wenn der Inhaber eine natürliche Person ist und sie nach ihrer Wahl als Einwohner der Niederlande besteuert wird; oder
- (ii) solche Einkünfte oder solcher Gewinn einem Unternehmen oder dem Teil eines Unternehmens zugerechnet werden, das/der mittels einer dauerhaften Niederlassung (*vaste inrichting*) oder dauerhafter Vertretung (*vaste vertegenwoordiger*) betrieben wird; oder
- (iii) der Inhaber keine natürliche Person ist und er direkt oder indirekt einen substantiellen Anteil (*aanmerkelijk belang*) oder einen Anteil, der als substantiell gilt, an der Emittentin hat und ein solcher Anteil nicht dem Geschäftsvermögens des Inhabers zugeordnet werden kann; oder
- (iv) der Inhaber eine natürliche Person ist und er direkt oder indirekt einen substantiellen Anteil (*aanmerkelijk belang*) an der Emittentin hat und oder solche Einkünfte oder ein solcher Gewinn sonst als Einkünfte aus sonstiger Tätigkeit (*belastbaar resultaat niet overige werkzaambuiken in Nederland*) in den Niederlanden gemäß dem niederländischen Einkommenssteuergesetz von 2001 (*Wet inkomsten belasting 2001*) qualifiziert werden.

Schenkungs-, Grundstücks- und Erbschaftssteuer

Die niederländische Schenkungs-, Grundstücks- und Erbschaftssteuer wird nicht auf den Erwerb einer Schuldverschreibung oder eines Coupons im Wege einer Schenkung oder auf den Todesfall des Inhabers auferlegt, es sei denn,

- (i) der Inhaber ist oder gilt als Einwohner der Niederlande im Rahmen der maßgeblichen Regelungen; oder
- (ii) die Übertragung wird als Erbschaft oder als Schenkung einer oder im Namen einer Person ausgelegt, die im Zeitpunkt der Schenkung oder des Todes Einwohner der Niederlande ist oder als Einwohner der Niederlande im Rahmen der maßgeblichen Regelungen gilt; oder
- (iii) eine solche Schuldverschreibung einem Unternehmen oder dem Teil eines Unternehmens zugerechnet wird, das/der durch eine dauerhafte Niederlassung oder dauerhafte Vertretung in den Niederlanden betrieben wird.

Umsatzsteuer

Es gibt keine niederländische Umsatzsteuer, die durch den Inhaber einer Schuldverschreibung im Hinblick auf Zahlungen als Gegenleistung für die Schuldverschreibungen oder im Hinblick auf Zins oder Kapitalzahlung unter den Schuldverschreibungen zahlbar sind.

Andere Steuern und Abgaben

Es gibt in den Niederlanden keine Beurkundungs-, Stempel- oder andere ähnliche Steuern oder Abgaben, die durch den Inhaber einer Schuldverschreibung im Hinblick auf oder in Verbindung mit der Ausfertigung, Übergabe und/oder Vollstreckung im Wege eines gerichtlichen Verfahrens (einschließlich eines ausländischen Urteils durch die niederländischen Gerichte) der und/oder aus den Schuldverschreibungen oder der Erfüllung der Verbindlichkeiten der Emittentin unter diesen Schuldverschreibungen zahlbar sind.

Sitz

Ein Inhaber einer Schuldverschreibung wird nicht allein wegen des Haltens einer Schuldverschreibung oder der Ausfertigung, Erfüllung, Übergabe und/oder Vollstreckung der und/oder aus Schuldverschreibungen als Einwohner der Niederlande behandelt.

3. Luxemburg

Es folgt eine allgemeine Beschreibung gewisser quellensteuerrechtlicher Überlegungen bezüglich der Schuldverschreibungen, die für Luxemburg relevant sind. Es soll sich hierbei nicht um eine vollständige Analyse sämtlicher steuerrechtlicher Überlegungen bezüglich der Schuldverschreibungen handeln, die für Luxemburg oder andere Länder relevant sind. Potentiellen Käufern von Schuldverschreibungen wird empfohlen, hinsichtlich der Frage, welches Steuerrecht für den Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Schuldverschreibungen und den Erhalt von Zins-, Kapital- und/oder anderen Zahlungen aus den Schuldverschreibungen und die Folgen solcher Handlungen nach luxemburgischen Steuerrecht gegebenenfalls relevant könnte, ihre Steuerberater zu konsultieren. Dieser Zusammenfassung liegt das zum Datum der Drucklegung dieses Debt Issuance Programme Prospekts zugrunde. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen beziehen sich nur auf Quellensteuerfragen; potentielle Anleger sollten die nachstehenden Informationen nicht auf andere Bereiche übertragen, insbesondere nicht auf Fragen der Rechtmäßigkeit von Rechtsgeschäften bezüglich der Schuldverschreibungen.

Sämtliche Zahlungen der Emittentinnen von Zinsen und Kapital in Zusammenhang mit dem Halten, Verkauf oder der Rückzahlung von Schuldverschreibungen können gemäß geltendem Luxemburger Recht frei von Einbehalt oder Abzug von Steuern gleich welcher Art erfolgen, die von Luxemburg, dessen Gebietskörperschaften oder Steuerbehörden auferlegt, erhoben, eingezogen, zurückbehalten oder festgesetzt werden, vorbehaltlich jedoch

- (i) der Anwendung des Luxemburger Gesetzes vom 21. Juni 2005 zur Umsetzung der EU-Zinsrichtlinie (vgl. den nachstehenden Absatz "EU-Zinsbesteuerungs-Richtlinie"), und einiger mitbestimmten abhängigen oder assoziierten Gebieten geschlossene Verträge welche die mögliche Anwendung von Quellensteuern (15 % vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2008, 20 % vom 1. Juli 2008 bis 30. Juli 2011 und 35 % ab dem 1. Juli 2011) auf Zinsen, die an bestimmte Investoren, die nicht in Luxemburg ansässig sind (Personen und bestimmte Arten von ansässigen Gesellschaften sogenannten "niedergelassenen Einrichtungen") vorsieht, wenn die Emittentinnen eine Zahlstelle im Sinne dieser Richtlinie oder entsprechende Verträge in Luxemburg bestellen.
- (ii) der Anwendung des Luxemburger Gesetzes vom 23. Dezember 2005 auf in Luxemburg ansässige Einzelpersonen (resident individuals), das eine endgültige Quellensteuer (final withholding tax) von 10 % auf Zinseinkünfte (d. h. mit gewissen Ausnahmen Zinseinkünfte im Sinne des Luxemburger Gesetzes vom 21. Juni 2005 zur Umsetzung der EU-Zinsrichtlinie) einführt. Dieses Gesetz soll für Zinseinkünfte gelten, die ab dem 1. Juli 2005 angefallen und ab dem 1. Januar 2006 ausgezahlt worden sind.

Die Verantwortung für den Einbehalt von Steuern in Anwendung der vorstehend genannten Luxemburger Gesetze vom 21. Juni 2005 und 23. Dezember 2005 obliegt der Zahlstelle in Luxemburg im Sinne dieser Gesetze, nicht den Emittentinnen.

4. EU-Zinsbesteuerungs-Richtlinie

Am 3. Juni 2003 hat der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU eine neue Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften verabschiedet (die "EU-Zinsbesteuerungs-Richtlinie"). Die EU-Zinsbesteuerungs-Richtlinie wird grundsätzlich seit dem 1. Juli 2005 von den Mitgliedsstaaten angewandt

und ist in Luxemburg durch das Gesetz vom 21. Juni 2005 umgesetzt worden. Im Rahmen der EU-Zinsbesteuerungs-Richtlinie ist jeder Mitgliedsstaat gehalten, den Steuerbehörden eines anderen Mitgliedsstaats Angaben zu Zahlungen von Zinsen oder vergleichbaren Einkünften zur Verfügung zu stellen, die von einer Zahlstelle im Sinne der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie an eine ansässige Personen oder bestimmte Arten von in diesem anderen Mitgliedsstaat (oder bestimmten abhängigen oder assoziierten Gebieten) ansässigen Gesellschaften, sog. "niedergelassene Einrichtungen" (residual entities) im Sinne der EU-Zinsrichtlinie gezahlt werden. Während eines Übergangszeitraums ist es allerdings Österreich, Belgien und Luxemburg gestattet, ein optionales Informations- und Berichtssystem zu verwenden, bei dem, falls ein wirtschaftlicher Eigentümer von Anteilen nicht den Anforderungen von einem von zwei Informations- und Berichtsverfahren entspricht, der Mitgliedsstaat eine Quellensteuer auf Zahlungen an den wirtschaftlichen Eigentümer erhebt. Die Quellenbesteuerung gilt während eines Übergangszeitraums, wobei der Quellensteuersatz vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2008 bei 15 %, vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2011 bei 20 % und vom 1. Juli 2011 bei 35 % liegt. Der Übergangszeitraum endet am Ende des ersten vollen Steuerjahres nach Zustimmung bestimmter Nicht-EU-Mitgliedsstaaten (Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco und Andorra) zum Informationsaustausch hinsichtlich solcher Zahlungen. Vergleiche Richtlinie des Rates der Europäischen Union im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (Richtlinie 2003/48/EG des Rates).

Ebenfalls mit Wirkung ab dem 1. Juli 2005 haben eine Reihe von Nicht-EU-Mitgliedsstaaten (Schweiz, Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino) sich damit einverstanden erklärt, vergleichbare Maßnahmen (entweder Bereitstellung von Informationen oder Quellenbesteuerung während eines Übergangszeitraums) in Bezug auf Zahlungen zu ergreifen, die von einer Zahlstelle innerhalb des jeweiligen Landes an eine ansässige Person oder eine niedergelassene Einrichtung in einem Mitgliedsstaat geleistet oder für einen solchen Einwohner oder eine solche Einrichtung eingezogen werden. Außerdem hat Luxemburg Vereinbarungen über Informationsaustausch oder Quellenbesteuerung während eines Übergangszeitraums mit bestimmten dieser abhängigen oder assoziierten Gebieten (Jersey, Guernsey, Isle of Man,Montserrat, British Virgin Islands, Niederländische Antillen und Aruba) in Bezug auf Zahlungen getroffen, die von einer Zahlstelle innerhalb eines Mitgliedsstaates an eine ansässige Personen oder eine niedergelassene Einrichtung in einem dieser Gebiete geleistet oder für einen solchen Einwohner oder eine solche Einrichtung eingezogen werden.

1. Germany

The following is a general discussion of certain German tax consequences of the acquisition and ownership of Notes. This discussion does not purport to be a comprehensive description of all tax considerations which may be relevant to a decision to purchase Notes. In particular, this discussion does not consider any specific facts or circumstances that may apply to a particular purchaser. This summary is based on the laws of Germany currently in force and as applied on the date of this Debt Issuance Programme Prospectus, which are subject to change, possibly with retroactive or retrospective effect.

PROSPECTIVE PURCHASERS OF NOTES ARE ADVISED TO CONSULT THEIR OWN TAX ADVISORS AS TO THE TAX CONSEQUENCES OF THE PURCHASE, OWNERSHIP AND DISPOSITION OF NOTES, INCLUDING THE EFFECT OF ANY STATE OR LOCAL TAXES, UNDER THE TAX LAWS OF GERMANY AND EACH COUNTRY OF WHICH THEY ARE RESIDENTS.

a. Tax Residents

Persons (individuals and corporate entities) who are tax resident in Germany (in particular, persons having a residence, habitual abode, seat or place of management in Germany) are subject to income taxation (income tax or corporate income tax, as the case may be, plus solidarity surcharge thereon plus church tax, if applicable) on their worldwide income, regardless of its source, including interest from debt of any kind (such as the Notes) and, in some cases, capital gains.

(1) Private Investors (being individuals)

The taxation of investors (being individuals) in the Notes (the "**Investors**") holding the Notes as private assets (the "**Private Investors**") will change as from the assessment period 2009.

(a) Assessment period 2008

With regard to the assessment period 2008, all interest paid under a Note is taxable. Accrued (unpaid) interest paid as a part of the sales price of the Notes (the "**Accrued Interest**") is deemed to be interest and taxed accordingly. Furthermore, if a Note qualifies as a financial innovation (*Finanzinnovation*) and accordingly falls within the scope of section 20 para 2 no 4 of the German Income Tax Act ("**ITA**" - *Einkommensteuergesetz*) in the form applicable up to 31 December 2008, income received upon sale, transfer or redemption of such Note by a Private Investor is regarded as taxable interest income (the "**Deemed Interest**"). Deemed Interest will be calculated as part of sale proceeds or redemption amount which corresponds with the yield attributable to the holding period of the respective Private Investor reduced by the interest and Accrued Interest which has already been subject to income tax (*Besteuerung nach der Emissionsrendite*). If there is no yield under the Note or if the Private Investor is not able to bring evidence concerning such yield, Deemed Interest will be calculated as the difference between the proceeds from sale, assignment or redemption and the issue or purchase price (*Besteuerung nach der Marktrendite*). If such difference is negative, this may result in negative income from capital investments (*Einkünfte aus Kapitalvermögen*), which may be used to be set off against other income.

Capital gains from the sale, transfer or redemption of a Note (which do not qualify as Deemed Interest or Accrued Interest) will only be taxable if the sale, transfer or redemption of such Note by the Private Investor occurs within one year after the acquisition of the Note (so-called private disposals within the meaning of section 23 ITA).

Capital losses from the sale, transfer or redemption of a Note suffered within the one-year-holding-period are ring-fenced and, thus, can only be set off against capital gains from other private disposals. Capital losses suffered after the one-year-holding-period cannot be used at all to set them off against taxable capital gains from other assets or other taxable income.

The taxable income from the Notes will be taxed at the Private Investor's individual income tax rate plus solidarity surcharge (*Solidaritätszuschlag*) thereon plus church tax, if applicable.

(b) As from the assessment period 2009

As from the assessment period 2009, all capital gains from the sale, transfer or redemption of a Note will be taxable, irrespective of whether or not the Note qualifies as a financial innovation or carries

Accrued Interest and irrespective of the holding period (i.e. also if the Note has been held by the Private Investor for more than one year). Interest received under a Note will also be taxable.

With regard to income from capital investments (*Einkunfte aus Kapitalvermögen*), only a lump-sum of EUR 801 will deductible as income-related expenses (*Werbungskosten*); the actual income-related expenses will not be deductible.

The taxable income from the Notes will be taxed, in principle, at a flat income tax rate of 25 % plus solidarity surcharge (*Solidaritätszuschlag*) thereon plus church tax, if applicable. Certain exemptions apply.

With regard to Notes acquired before 1 January 2009, certain grandfathering rules apply, depending on the specific terms of such Note and certain other criteria.

(2) Non-Private Investors

Where the Notes are held as business assets by individuals, corporations or other entities, interest income, Accrued and Deemed Interest, and capital gains will be subject to income tax or corporate income tax, as the case may be, plus solidarity surcharge thereon plus church tax (if applicable) and trade tax (if applicable).

Depending on the specific terms of the respective Note, the annual increase in value of the Note, as calculated at the time of acquisition, must be taken into account *pro rata temporis* as interest income.

b. Nonresidents

Persons (individuals and corporate entities) who are not tax resident in Germany are subject to income tax or corporate income tax (plus solidarity surcharge thereon plus church tax, if applicable) and, if applicable, trade tax in Germany with interest, Deemed Interest and Accrued Interest and capital gains if (i) the Notes are held as business assets of a German permanent establishment or a German permanent representative, (ii) proceeds received from the Notes falls otherwise into a category of income from German sources under section 49 ITA or (iii) interest, Accrued Interest or Deemed Interest is paid upon physical presentation of the Notes at the counter of a German credit institution or financial services institution, which term includes a German branch of a foreign credit institution or financial services institution but excludes a foreign branch of a German credit institution or financial services institution, or a German Issuer (“**German Disbursing Agent**”).

As from 2009 onwards, with regard to income from capital investments (*Einkunfte aus Kapitalvermögen*), only a lump-sum of EUR 801 will deductible as income-related expenses (*Werbungskosten*); the actual income-related expenses will not be deductible.

c. Withholding tax

A withholding tax on proceeds from capital investments (*Kapitalertragsteuer*) is imposed in Germany. The withholding tax provisions have been changed effective, in principle, for all proceeds received by an Investor after 31 December 2008.

Withholding tax will be levied if a Note is kept or administered by a German debtor or in a domestic securities deposit account by a German Disbursing Agent. As from 1 January 2009, the term German Disbursing Agent will also comprise securities trading businesses (*Wertpapierhandelsunternehmen*) and securities trading banks (*Wertpapierhandelsbanken*).

With regard to proceeds received before 1 January 2009, only interest payments (including Accrued Interest and Deemed Interest) will be subject to withholding tax. Withholding tax will be levied, in principle, at a rate of 30 % plus solidarity surcharge thereon at a rate of 5.5 %. If the proceeds are paid over the counter upon presentation of Notes, withholding tax will be levied at a rate of 35 % plus solidarity surcharge thereon at a rate of 5.5 %. The withholding tax (including solidarity surcharge) is an advance payment on the income tax liability if the recipient of the interest payment is subject to German income taxation by assessment.

With regard to proceeds received after 31 December 2008, also proceeds from the sale, transfer or redemption of Notes will be subject to withholding tax. Withholding tax will be levied at a flat withholding tax rate of 25 % plus solidarity surcharge at a rate of 5.5 % thereon plus church tax, if applicable. With regard to Private Investors, the withholding tax (including solidarity surcharge and church tax) is, in principle, a final tax and shall replace the Private Investor's income taxation by assessment. If no tax is withheld, the Private Investor is still obliged to file a tax return. With regard

to Non-Private Investors, the withholding tax (including solidarity surcharge) is still an advance payment on the income tax liability if the recipient of the payment is subject to German income taxation by assessment. With regard to Notes acquired before 1 January 2009, certain grandfathering rules apply, depending on the specific terms of such Note and certain other criteria.

In the case of interest and Accrued Interest, withholding tax will be levied on the interest / Accrued Interest amount. As regards Deemed Interest (in 2008) and capital gains from the sale, transfer or redemption of Notes (as from 2009 onwards), withholding tax will be levied, in principle, on an amount equal to the difference between the issue or purchase price of the Note and the redemption amount or sales proceeds. If the difference cannot be determined, withholding tax is applied to 30 % of the amounts paid in partial or final redemption of the Note or the proceeds from the sale of the Note.

In general, no withholding tax will be levied if the Investor is a Private Investor who filed a withholding exemption certificate (*Freistellungsauftrag*) with the German Disbursing Agent, but only to the extent the interest income and other taxable income from capital investments does not exceed the maximum exemption amount shown on the withholding exemption certificate. Similarly, no withholding tax will be deducted if the Investor has submitted to the German Disbursing Agent a certificate of non-assessment (*Nichtveranlagungsbescheinigung*) issued by the relevant local tax office.

Persons who are not resident in Germany are, in principle, only subject to German withholding tax if (a), according to German income tax law, the proceeds received from the Notes falls into a category of income from German sources under section 49 ITA such as income effectively connected with a German trade or business or (b) the proceeds are paid over the counter upon presentation of Notes.

d. Taxation if Notes qualify as equity or equity-like instruments

If a Note qualifies as equity or equity-like instrument from a German tax perspective, in addition to the rules set out above, income and deemed income may be subject to income taxation, trade tax and to withholding tax (even if interest on the Note is not paid out by a German Disbursing Agent).

Further, capital gains achieved by a Private Investor might be re-qualified as business income and, thus, taxable at the Private Investor's individual income tax rate. Capital gains and dividend income might also be partly tax-exempt according to section 8b German Corporate Income Tax Act and section 3 no 40 ITA respectively.

e. Inheritance and Gift Tax

Inheritance or gift taxes with respect to any Note will, in principle, arise under German law if, in the case of inheritance tax, either the decedent or the beneficiary or, in the case of gift tax, either the donor or the donee is a resident of a Germany or if such Note is attributable to a German trade or business for which a permanent establishment is maintained or a permanent representative has been appointed. In addition, certain German expatriates will be subject to inheritance and gift tax.

f. Other Taxes

No stamp, issue, registration or similar taxes or duties will be payable in Germany in connection with the issuance, delivery or execution of the Notes. Currently, net assets tax is not levied in Germany.

2. The Netherlands

The following summary of certain Dutch taxation matters is based on the laws and practice in force as of the date of this Debt Issuance Programme Prospectus and is subject to any changes in law and the interpretation and application thereof, which changes could be made with retroactive effect. The following summary does not purport to be a comprehensive description of all the tax considerations that may be relevant to a decision to acquire, hold or dispose of the Notes, and does not purport to deal with the tax consequences applicable to all categories of investors, some of which (such as dealers in securities) may be subject to special rules. Save as otherwise indicated, this summary only addresses the position of investors who do not have any connection with The Netherlands other than the holding of the Notes. Prospective holders of Notes who may be in doubt as to their respective tax positions should consult their professional advisers on the tax consequences of their acquiring, holding and disposing of the Notes under the laws of their country of citizenship, residence, domicile or incorporation.

Withholding Tax

All payments by the Issuer of interest and principal under the Notes can be made free of withholding or deduction for any taxes of whatsoever nature imposed, levied, withheld or assessed by The Netherlands or any political subdivision or taxing authority thereof or therein, unless the Notes qualify as debt effectively functioning as equity within the meaning of article 10, paragraph 1, sub d of the Dutch Corporate Tax Act 1969 (*Wet op de vennootschapsbelasting 1969*).

Taxes on Income and Capital Gains

A holder of a Note who derives income from a Note or who realises a gain on the disposal or redemption of a Note will not be subject to Dutch taxation on such income or capital gains unless:

- (i) the holder is, or is deemed to be, resident in The Netherlands, or, where the holder is an individual, such holder has elected to be taxed as a resident of The Netherlands; or
- (ii) such income or gain is attributable to an enterprise or part thereof which is carried on through a permanent establishment (*vaste inrichting*) or permanent representative (*vaste vertegenwoordiger*) in The Netherlands; or
- (iii) the holder is not an individual and such holder has, directly or indirectly, a substantial interest (*aanmerkelijk belang*) or a deemed substantial interest in the Issuer and such interest can not be allocated to the holder's business assets; or
- (iv) the holder is an individual and such holder has, directly or indirectly, a substantial interest (*aanmerkelijk belang*) in the Issuer or such income or gain otherwise qualifies as income from miscellaneous activities (*belastbaar resultaat uit overige werkzaamheden in Nederland*) in The Netherlands as defined in the Dutch Income Tax Act 2001 (*Wet inkomstenbelasting 2001*).

Gift, Estate or Inheritance Taxes

Dutch gift, estate or inheritance taxes will not be levied with respect to an acquisition of a Note by way of gift by, or on the death of, a holder, unless:

- (i) the holder is or is deemed to be resident in The Netherlands for the purpose of the relevant provisions; or
- (ii) the transfer is construed as an inheritance or as a gift made by, or on behalf of, a person who, at the time of the gift or death, is or is deemed to be resident in The Netherlands for the purpose of the relevant provisions; or
- (iii) such Note is attributable to an enterprise or part thereof which is carried on through a permanent establishment or a permanent representative in The Netherlands.

Value Added Tax

There is no Dutch value added tax payable by a holder of a Note in respect of payments in consideration for the issue of the Notes or in respect of the payment of interest or principal under the Notes.

Other Taxes and Duties

There is no Dutch registration tax, stamp duty or any other similar tax or duty payable in The Netherlands by a holder of a Note in respect of or in connection with the execution, delivery and/or enforcement by legal proceedings (including any foreign judgement in the courts of The Netherlands) of the Notes or the performance of the Issuer's obligations under the Notes.

Residence

A holder of a Note will not be treated as a resident of The Netherlands by reason only of the holding of a Note or the execution, performance, delivery and/or enforcement of the Notes.

3. Luxembourg

The following is a general description of certain Luxembourg withholding tax considerations relating to the Notes. It does not purport to be a complete analysis of all tax considerations relating to the Notes, whether in Luxembourg or elsewhere. Prospective purchasers of the Notes should consult their own tax advisers as to which countries' tax laws could be relevant to acquiring, holding and disposing of the Notes and receiving payments of interest, principal and/or other amounts under the Notes and the consequences of such actions under the tax laws of Luxembourg. This summary is

based upon the law as in effect on the date of this Debt Issuance Programme Prospectus. The information contained within this section is limited to withholding taxation issues, and prospective investors should not apply any information set out below to other areas, including (but not limited to) the legality of transactions involving the Notes.

All payments of interest and principal by the Issuers in the context of the holding, disposal or redemption of the Notes can be made free and clear of any withholding or deduction for or on account of any taxes of whatsoever nature imposed, levied, withheld, or assessed by Luxembourg or any political subdivision or taxing authority thereof or therein, in accordance with the applicable Luxembourg law, subject however to:

- (i) the application of the Luxembourg law of 21 June 2005 implementing the European Union Savings Directive (see, paragraph "EU Savings Directive" below) and several agreements concluded with certain dependent or associated territories and providing for the possible application of a withholding tax (15 % from 1 July 2005 to 30 June 2008, 20 % from 1 July 2008 to 30 June 2011 and 35 % as, from 1 July 2011) on interest paid to certain non Luxembourg resident investors (individuals and certain types of entities called "residual entities") in the event of the Issuers appointing a paying agent in Luxembourg within the meaning of the above-mentioned directive or agreements).
- (ii) the application as regards Luxembourg resident individuals of the Luxembourg law of 23 December 2005 which has introduced a 10 % final withholding tax on savings income (i. e. with certain exemptions, savings income within the meaning of the Luxembourg law of 21 June 2005 implementing the European Union Savings Directive). This law should apply to savings income accrued as from 1 July 2005 and paid as from 1 January 2006.

Responsibility for the withholding of tax in application of the above-mentioned Luxembourg laws of 21 June 2005 and 23 December 2005 is assumed by the Luxembourg paying agent within the meaning of these laws and not by the Issuers.

4. EU Savings Directive

On 3 June 2003, the EU Council of Economic and Finance Ministers adopted a new directive regarding the taxation of savings income (the "EU Savings Directive"). The EU Savings Directive is, in principle, applied by Member States as from 1 July 2005 and has been implemented in Luxembourg by the Law of 21 June 2005. Under the EU Savings Directive, each Member State is required to provide to the tax authorities of another Member State details of payments of interest or other similar income paid by a paying agent within the meaning of the EU Savings Directive to an individual resident or certain types of entities called "residual entities" within the meaning of the EU Savings Directive established in that other Member State (or certain dependant and associated territories). For a transitional period, however, Austria, Belgium and Luxembourg are permitted to apply an optional information reporting system whereby if a beneficial owner does not comply with one of two procedures for information reporting, the Member State will levy a withholding tax on payments to such beneficial owner. The withholding tax system will apply for a transitional period during which the rate of withholding will be of 15 % from 1 July 2005 to 30 June 2008, 20 % from 1 July 2008 to 30 June 2011 and 35 % as from 1 July 2011. The transitional period is to terminate at the end of the first full fiscal year following agreement by certain non-EU countries (Switzerland, Liechtenstein, San Marino, Monaco and Andorra) to the exchange of information relating to such payments. See "European Union Directive on the Taxation of Savings Income in the Form of Interest Payments (Council Directive 2003/48/EC).

Also with effect from 1 July 2005, a number of non-EU countries (Switzerland, Andorra, Liechtenstein, Monaco and San Marino) have agreed to adopt similar measures (either provision of information or transitional withholding) in relation to payments made by a paying agent within its jurisdiction to, or collected by such a paying agent for, an individual resident or a residual entity established in a Member State. In addition, Luxembourg has entered into reciprocal provision of information or transitional withholding arrangements with certain of those dependent or associated territories (Jersey, Guernsey, Isle of Man,Montserrat, British Virgin Islands, Netherlands Antilles and Aruba) in relation to payments made by a paying agent in a Member State to, or collected by such a paying agent for, an individual resident or a residual entity established in one of those territories.

Die Plazeure haben in einem Amended and Restated Dealer Agreement (das “**Dealer Agreement**”) vom 18. April 2008 mit den Emittentinnen Bedingungen vereinbart, zu denen sie oder einer von ihnen Schuldverschreibungen kaufen können oder kann.

Verkaufsbeschränkungen

1. Allgemein

Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm ernannte Plazeur wird verpflichtet, zuzusichern und zu vereinbaren, alle gültigen anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen im Hinblick auf Wertpapiere in jedem Land, in oder von dem aus er Schuldverschreibungen erwirbt, anbietet, verkauft oder liefert oder den Debt Issuance Programme Prospekt besitzt oder versendet, zu beachten und er wird jede Zustimmung, Genehmigung oder Erlaubnis, die von ihm für den Erwerb, das Angebot, den Verkauf oder den Vertrieb von Schuldverschreibungen unter den gültigen Gesetzen und rechtlichen Bestimmungen des ihn betreffenden Landes oder des Landes, in dem er solche Käufe, Angebote, Verkäufe oder Lieferungen vornimmt, einholen und weder die Emittentin noch die Garantin (wenn EnBW Finance die Emittentin ist) noch jeder andere Plazeur übernimmt dafür irgendeine Haftung.

In Bezug auf jede Ziehung ist der betreffende Plazeur gehalten, solche zusätzlichen Beschränkungen zu beachten, wie zwischen der betreffenden Emittentin und dem betreffenden Plazeur vereinbart und die in den betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten sind.

2. Verkaufsbeschränkungen für öffentliche Angebote aufgrund der Prospektrichtlinie

In Bezug auf jeden Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes, welcher die Prospektrichtlinie umgesetzt hat (jeweils ein “**Relevanter Mitgliedsstaat**”), hat jeder Plazeur gewährleistet und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm ernannte Plazeur wird verpflichtet, zuzusichern und zu vereinbaren, dass er von dem Zeitpunkt an, an dem die Prospektrichtlinie im jeweiligen Relevanten Mitgliedsstaat umgesetzt wurde (der “**Relevante Umsetzungstag**”) im jeweiligen Relevanten Mitgliedsstaat kein öffentliches Angebot von Schuldverschreibungen, die Gegenstand eines Angebotes sind, welches der Debt Issuance Programme Prospekt, ergänzt durch die entsprechenden endgültigen Bedingungen, vor sieht ist, vorgenommen hat oder vornehmen wird, es sei denn, dass vom Relevanten Umsetzungstag (einschließlich) an im Relevanten Mitgliedsstaat ein öffentliches Angebot solcher Schuldverschreibungen erlaubt ist:

- (a) *Gebilligter Prospekt*: wenn die endgültigen Bedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen vorsehen, dass ein Angebot dieser Schuldverschreibungen im Relevanten Mitgliedsstaat auf andere Weise als nach Artikel 3 Abs. 2 der Prospektrichtlinie vorgesehenen gemacht werden kann (ein “**Nicht-Ausgenommenes Angebot**”), nachdem ein von der zuständigen Behörde des Relevanten Mitgliedsstaates gebilligter oder, wo zutreffend, in einem anderen Relevanten Mitgliedsstaat gebilligter und an die zuständige Behörde des Relevanten Mitgliedsstaates notifizierter Prospekt für solche Schuldverschreibungen, welcher später durch endgültige Bedingungen ergänzt wurde, die ein solches Nicht-Ausgenommenes Angebot in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie innerhalb des Zeitraumes vorsehen, der im entsprechenden Prospekt oder den endgültigen Bedingungen festgelegt ist;
- (b) *Authorisierte Einrichtung*: jederzeit an juristische Personen, die in Bezug auf ihre Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen sind bzw. beaufsichtigt werden oder deren einziger Geschäftszweck in der Wertpapieranlage besteht;
- (c) *Unternehmen von erheblicher Größe*: jederzeit an jede juristische Person, die laut ihres letzten Jahresabschlusses bzw. konsolidierten Abschlusses zumindest zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllen: (1) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl von mindestens 250, (2) eine Gesamtbilanzsumme von mehr als €43.000.000 und (3) einen Jahresnettoumsatz von mehr als €50.000.000
- (d) *Weniger als 100 Angebotsempfänger*: jederzeit an weniger als 100 natürliche oder juristische Personen pro Mitgliedstaat (ausgenommen qualifizierte Anleger im Sinne der Prospektrichtlinie), falls der oder die jeweilig(en) vom Emittenten bestimmte(n) Platzeur(e) seine/ihre Einwilligung zu einem solchen Angebot erteilt haben; oder

- (e) *Andere Ausnahmeangebote:* jederzeit unter allen sonstigen Umständen, die in den Anwendungsbereich von Artikel 3 Absatz 2 der Prospektrichtlinie fallen.

Diese Aussagen stehen jedoch unter dem Vorbehalt, dass für keine, der unter den Punkten (b) bis (e) genannten Schuldverschreibungen Pflichten zur Veröffentlichung eines Prospekts im Sinne des Artikel 3 der Prospektrichtlinie oder einer Ergänzung zu einem Prospekt im Sinne des Artikel 16 der Prospektrichtlinie für die Emittentin oder Plazeure bestehen.

In diesem Zusammenhang bezeichnet "öffentliches Angebot" in Bezug auf eine Schuldverschreibung und einen Relevanten Mitgliedsstaat eine Mitteilung in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Schuldverschreibungen enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf und die Zeichnung der Schuldverschreibungen zu entscheiden, unter Beachtung einer etwaigen Abänderung durch diesen Mitgliedsstaat erlassene Maßnahme zur Umsetzung der Prospektrichtlinie und "Prospektrichtlinie" bezeichnet die Richtlinie 2003/71/EG einschließlich der jeweiligen Umsetzungsmaßnahmen in jedem Relevanten Mitgliedsstaat.

3. Vereinigte Staaten von Amerika (die "Vereinigten Staaten")

- (a) Jeder Plazeur hat anerkannt, dass die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem *Securities Act* registriert wurden und werden und in den Vereinigten Staaten nicht an, für Rechnung von oder zugunsten von U.S. Personen angeboten oder verkauft werden dürfen, es sei denn aufgrund einer Ausnahme von den Registrierungserfordernissen des *Securities Act* oder durch ein Geschäft, das den Registrierungserfordernissen des *Securities Act* nicht unterliegt. Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet, dass er die Schuldverschreibungen, die Teil seiner Zuweisungen sind, innerhalb der Vereinigten Staaten weder angeboten noch verkauft hat noch anbieten oder verkaufen wird, es sei denn, in Übereinstimmung mit Rule 903 der unter dem *Securities Act* erlassenen *Regulation S*. Dementsprechend hat jeder Plazeur weiterhin versichert und sich verpflichtet, dass weder er, mit ihm verbundene Unternehmen noch in seinem oder deren Namen handelnde Dritte gezielte Verkaufsanstrengungen bezüglich der Schuldverschreibungen unternommen haben oder unternehmen werden.

Weiterhin könnte es einen Verstoß gegen die Registrierungserfordernisse des *Securities Act* darstellen, wenn binnen 40 Tagen nach Beginn des Angebots ein an dem Angebot teilnehmender oder nicht teilnehmender Plazeur Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten anbietet oder verkauft.

- (b) Ab und nach dem Zeitpunkt, an dem die Emittentin die Plazeure schriftlich benachrichtigt hat, dass sie nicht länger die Verpflichtung des Artikel 4 (1) (n) (i) des Dealer Agreement übernehmen kann, hat jeder Plazeur (i) anerkannt, dass die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem *Securities Act* registriert waren und werden und nicht in den Vereinigten Staaten oder an oder für Rechnung oder zugunsten von US Personen angeboten oder verkauft werden dürfen, es sei denn in bestimmten von den Registrierungserfordernissen des *Securities Act* ausgenommenen Transaktionen; (ii) versichert und sich verpflichtet, dass er keine Schuldverschreibungen (x) jederzeit als Teil seines Vertriebs und (y) in sonstiger Weise bis zu 40 Tage nach dem Beginn des Angebots oder des Zahltags, je nachdem, was später liegt, angeboten, verkauft oder geliefert hat und auch nicht anbieten, verkaufen oder liefern wird außer in Übereinstimmung mit Rule 903 der unter dem *Securities Act* erlassenen *Regulation S* und entsprechend (iii) weiterhin versichert und sich verpflichtet, dass weder er, noch mit ihm verbundene Unternehmen noch in seinem oder deren Namen handelnde Dritte gezielte Verkaufsanstrengungen bezüglich der Schuldverschreibungen unternommen haben oder unternehmen werden, und dass er und sie die Angebotsbeschränkungen der *Regulation S* beachtet haben und beachten werden; und jeder Plazeur hat sich auch verpflichtet, dass er während der Sperrfrist jeweils von oder bei Bestätigung eines Verkaufs von Schuldverschreibungen jedem Händler, Plazeur oder sonstigem Dritten, der Schuldverschreibungen kauft und der von ihm Verkaufsvergütungen oder ein sonstiges Entgelt erhält, eine Bestätigung oder Mitteilung mit im wesentlichen folgendem Inhalt zusenden wird:

"Die hiermit erfassten Schuldverschreibungen sind nicht gemäß dem US *Securities Act* of 1993 (in der jeweils aktuellen Fassung) (der "**Securities Act**") registriert worden und dürfen in den Vereinigten Staaten oder an, oder für Rechnung oder zugunsten von US Personen von einer in Rule 903(b)(2)(ii) der unter dem *Securities Act* erlassenen *Regulation S* genannten Person (i) nicht jederzeit als Teil ihrer Verteilung oder (ii) in sonstiger Weise bis zu 40 Tage nach dem Beginn des Angebots oder des Zahltags, je nachdem, was später liegt, angeboten oder verkauft

werden, außer jeweils in Übereinstimmung mit der unter dem *Securities Act* erlassenen *Regulation S*. Die im vorstehenden Absatz verwendeten Begriffe haben die ihnen in *Regulation S* zugewiesene Bedeutung.“

- (c) Jeder Plazeur, der Schuldverschreibungen einer Ziehung hierunter (oder im Fall des Verkaufs einer Ziehung von Schuldverschreibungen, die an oder durch mehr als einen Plazeur begeben wurden, jeder dieser Plazeure hinsichtlich der Schuldverschreibungen einer solchen Ziehung, die er erworben oder die durch ihn erworben wurde), oder im Fall einer syndizierten Emission, wird der betreffende Konsortialführer den Fiscal Agent hinsichtlich der Beendigung des Vertriebs der Schuldverschreibungen einer solchen Ziehung benachrichtigen. Aufgrund dieser Mitteilung oder diesen Mitteilungen hat sich der Fiscal Agent verpflichtet, den betreffenden Plazeur/Konsortialführer über das Ende der Sperrfrist dieser Ziehung zu benachrichtigen.

Die im vorstehenden Absatz verwendeten Begriffe haben die ihnen in *Regulation S* zugewiesene Bedeutung.

- (d) Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet, dass er keine vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich des Vertriebs oder Lieferung von Schuldverschreibungen eingegangen ist oder eingenommen wird, mit Ausnahme gegenüber ihm verbundener Unternehmen oder mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis der Emittentin.
- (e) Entsprechend den jeweiligen Endgültigen Bedingungen werden Schuldverschreibungen, bei denen es sich nicht um solche mit einer ursprünglichen Laufzeit von einem Jahr oder weniger handelt, in Übereinstimmung mit den *United States Treasury Regulation § 1.163 – 5(c) (2) (i) (C)* (die “**Tefra C-Rules**”), oder in Übereinstimmung mit den *United States Treasury Regulation § 1.163 – 5(c) (2) (i) (D)* (die “**Tefra D-Rules**”) begeben.

Darüber hinaus sind Schuldverschreibungen in Inhaberform in dem Fall, wo die entsprechenden Endgültigen Bedingungen die Anwendung der *Tefra C-Rules* auf die Ziehung von Schuldverschreibungen vorsieht, im Zusammenhang mit ihrer ursprünglichen Begebung außerhalb der Vereinigten Staaten und ihrer Besitzungen zu begeben und zu liefern. Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet, dass er Schuldverschreibungen im Zusammenhang mit ihrer ursprünglichen Begebung weder unmittelbar noch mittelbar innerhalb der Vereinigten Staaten oder ihrer Besitzungen weder angeboten, verkauft oder geliefert hat noch anbieten, verkaufen oder liefern wird. Des Weiteren hat jeder Plazeur versichert und sich verpflichtet, dass er im Zusammenhang mit der ursprünglichen Begebung von Schuldverschreibungen weder mit einem in den Vereinigten Staaten befindlichen Kaufinteressenten Verbindung aufgenommen hat oder aufnehmen wird, ob unmittelbar oder mittelbar, noch seine U.S.-Niederlassung in das Angebot oder den Verkauf von Schuldverschreibungen einbeziehen wird. In diesem Absatz verwendete Begriffe haben die ihnen im U.S. Internal Revenue-Code und den darunter erlassenen Bestimmungen, einschließlich der *Tefra C-Rules*, zugewiesene Bedeutung.

Darüber hinaus hat jeder Plazeur versichert und sich verpflichtet in Bezug auf Schuldverschreibungen, die in Übereinstimmung mit den *Tefra D-Rules* begeben werden, dass er

- (i) (x) keine Schuldverschreibungen an eine Person in den Vereinigten Staaten oder deren Besitzungen oder einer “**United States**” — Person angeboten oder verkauft hat und während der Sperrfrist nicht anbieten oder verkaufen wird und (y) keine effektiven Schuldverschreibungen in die Vereinigten Staaten oder deren Besitzungen geliefert hat oder liefern wird, (es sei denn, dies sei unter den *Tefra D-Rules* erlaubt).
- (ii) Vorkehrungen getroffen hat und während der Sperrfrist treffen wird, die gewährleisten, dass sowohl seine Angestellten, als auch seine Vertreter, die mit der Platzierung von Schuldverschreibungen direkt befasst sind, Kenntnis davon haben, dass keine Schuldverschreibungen während der Sperrfrist an eine Person in den Vereinigten Staaten oder ihren Besitzungen oder an eine “**United States**” Person angeboten oder verkauft werden dürfen, es sei denn, dieses ist unter den *Tefra D-Rules* gestattet.
- (iii) Sollte der Plazeur selbst eine “**United States**” Person sein, sichert er zu, dass die Schuldverschreibungen in Inhaberform im Zusammenhang mit der Erstplatzierung nur zum Zwecke des Weiterverkaufs von ihm erworben werden und, sollten die Schuldverschreibungen nicht weiterverkauft werden, diese nur auf eigene Rechnung in Übereinstimmung mit den Voraussetzungen der *United States Treasury Regulations § 1.163 – 5 (c)(2)(i)(D)(6)* gehalten werden; und

- (iv) im Hinblick auf jedes verbundene Unternehmen, welches von einem solchen Plazeur Schuldverschreibungen übernimmt, um diese während der Sperrfrist anzubieten oder zu verkaufen, dass jeder Plazeur entweder (x) die in Absätzen (i), (ii) und (iii) enthaltenen Verpflichtungserklärungen und Zusicherungen im Namen des verbundenen Unternehmens wiederholt und bestätigt oder (y) sich damit einverstanden erklärt, dass er von einem solchen verbundenen Unternehmen zugunsten der Emittentin die in den Absätzen (i), (ii) und (iii) enthaltenen Verpflichtungserklärungen einholen wird.

Die in dem vorherigen Absatz verwendeten Begriffe haben die ihnen im U.S. Internal Revenue Code und den darunter erlassenen Bestimmungen, einschließlich der Tefra D-Rules, zugewiesene Bedeutung.

- (f) Jede Begebung von an einen Index, an Waren oder an eine Währung gebundenen Schuldverschreibungen unterliegt solchen zusätzlichen US-Verkaufsbeschränkungen, wie sie die Emittentin und der betreffende Plazeur als Bedingung der Begebung und des Erwerbs solcher Schuldverschreibungen vereinbaren können, wobei diese zusätzlichen Verkaufsbeschränkungen in den Endgültigen Bedingungen aufgeführt sein sollen. Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet, dass er solche Schuldverschreibungen nur in Übereinstimmung mit diesen zusätzlichen US-Verkaufsbeschränkungen anbietet, verkauft oder liefert.
- (g) Die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde werden jeweils den folgenden Hinweistext enthalten:

"Any United States person who holds this obligation will be subject to limitations under the United States income tax laws, including the limitations provided in Sections 165(j) and 1287(a) of the U.S. Internal Revenue Code."

4. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland ("Vereinigtes Königreich")

Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm ernannte Plazeur wird verpflichtet, zuzusichern und zu vereinbaren, dass er

- (a) bei Ziehungen von Schuldverschreibungen, deren Tilgung vor dem ersten Jahrestag ihres Begebungstages erfolgen muss, (a) er eine Person ist, deren gewöhnliche Geschäftstätigkeit den Erwerb, den Besitz, die Verwaltung oder die Veräußerung von Vermögensanlagen (für eigene oder fremde Rechnung) für ihre Geschäftszwecke beinhaltet, und (b) diese Schuldverschreibungen nur Personen angeboten oder verkauft hat bzw. anbieten oder verkaufen wird,
 - (i) deren gewöhnliche Geschäftstätigkeit den Erwerb, den Besitz, die Verwaltung oder die Veräußerung von Vermögensanlagen (für eigene oder fremde Rechnung) für ihre Geschäftszwecke beinhaltet; oder
 - (ii) bei denen man angemessenweise davon ausgehen kann, dass sie Vermögensanlagen (für eigene oder fremde Rechnung) für ihre Geschäftszwecke erwerben, besitzen, verwalten oder veräußern, wenn die Begebung von Schuldverschreibungen ansonsten einen Verstoß gegen Paragraph 19 des FSMA durch die Emittentin darstellen würde.
- (b) eine Aufforderung oder Veranlassung zur Aufnahme einer Investitionstätigkeit (wie in Paragraph 21 des FSMA definiert), welche er in Zusammenhang mit der Emission oder dem Verkauf der Schuldverschreibungen erhalten hat, nur unter solchen Umständen weitergeleitet hat und weiterleiten wird, unter denen Paragraph 21 (1) des FSMA auf die Emittentin oder die Garantin nicht anwendbar ist (bzw. dass er dafür Sorge tragen wird, dass eine solche Aufforderung oder Veranlassung nur unter solchen Umständen weitergeleitet wird), und;
- (c) alle anwendbaren Vorschriften des FSMA bei sämtlichen Handlungen eingehalten hat und einhalten wird, die er im Hinblick auf die Schuldverschreibungen im oder vom Vereinigten Königreich aus vorgenommen hat bzw. die anderweitig das Vereinigte Königreich betreffen;

5. Japan

Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm ernannte Plazeur wird verpflichtet, zuzusichern und zu vereinbaren, dass die Schuldverschreibungen gemäß dem Financial Instrument and Exchange Law von Japan (Law No 25 of 1948 in der jeweils gültigen Fassung) nicht registriert sind oder werden. Jeder Plazeur hat versichert und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm ernannte Plazeur wird verpflichtet, zuzusichern und zu vereinbaren, Schuldverschreibungen weder direkt noch indirekt in Japan oder an einen Einwohner Japans oder zugunsten eines Einwohner Japans oder an andere zum direkten oder indirekten Weiterangebot oder Weiterverkauf in Japan oder an einen Einwohner Japans anzubieten oder zu verkaufen, es sei denn,

in Übereinstimmung mit allen anderen anwendbaren Rechtsvorschriften oder sonstigen Regelungen die von den zuständigen japanischen Behörden oder der Regierung erlassen wurden und zur fraglichen Zeit in Kraft sind. "Einwohner Japans" bezeichnet für die Zwecke dieses Absatzes jede in Japan ansässige Person, einschließlich jedes Unternehmens und jeder sonstigen nach japanischem Recht gegründeten juristischen Person.

Genehmigung

Die Auflegung und die Aufdatierung des Programms (und, in Bezug auf die Garantin, die Gewährung der Garantie) ist ordnungsgemäß durch die Beschlüsse des Vorstands der EnBW AG vom 26. November 2001 und vom 7. Juni 2006, denen der Aufsichtsrat der EnBW AG am 13. Dezember 2001 zugesimmt hat, und die Beschlüsse des Vorstands der EnBW Finance vom 25. Januar 2002 und vom 16. April 2008, genehmigt worden. Jede Begebung von Schuldverschreibungen durch EnBW AG bedarf der gesonderten Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat. Nach niederländischem Recht und gemäß der Satzung der EnBW International Finance B.V. gibt es keine Notwendigkeit für Inhaber von Schuldverschreibungen oder andere Vertragsparteien, sicherzustellen, ob Vorstandbeschlüsse von der Emittentin für jede einzelne Tranche von Schuldverschreibungen unter dem Programme gefasst wurden.

Börsenzulassung

Bestimmte, im Rahmen des Programms zu begebende Schuldverschreibungen werden am Tag der Begebung zum Handel am geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse zugelassen und in der Official List notiert werden.

Das Programm sieht vor, dass Schuldverschreibungen an anderen oder zusätzlichen Börsen notiert werden können, wie zwischen der betreffenden Emittentin und dem(n) betreffenden Plazeur(en) bezüglich einer Emission gegebenenfalls vereinbart. Im Rahmen des Programms können auch Schuldverschreibungen begeben werden, die an keiner Börse notiert werden.

Durch Bezugnahme als Bestandteil aufgenommene Dokumente

Die folgenden Dokumente gelten als durch Bezugnahme als Bestandteil in den Debt Issuance Programme Prospekt aufgenommen: (a) die veröffentlichten geprüften Konzernabschlüsse von EnBW zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006, einschließlich des jeweiligen Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers; (b) die geprüften nicht-konsolidierten Jahresabschlüsse von EnBW Finance zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006, einschließlich des jeweiligen Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers.

Jede Emittentin wird auf schriftliche oder mündliche Anfrage eine Kopie eines oder sämtlicher Dokumente zur Verfügung stellen, die durch Bezugnahme Bestandteil dieses Debt Issuance Programme Prospekts geworden sind. Anfragen sind an eine der Emittentinnen an deren am Ende dieses Debt Issuance Programme Prospekts angegebenen Sitz zu richten. Außerdem sind diese Unterlagen kostenlos am Sitz der Deutsche Bank Luxembourg S. A. in Luxemburg erhältlich (die "Zulassungsstelle").

Liste der Dokumente, die durch Bezugnahme Bestandteil des Debt Issuance Programme Prospekts geworden sind

EnBW AG

Geprüfter Konzernabschluss für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007	Auszug aus dem Geschäftsbericht 2007 des EnBW Konzerns
- Gewinn- und Verlustrechnung	- Seite 126
- Bilanz	- Seite 127
- Cashflow-Rechnung	- Seite 128 bis Seite 129
- Eigenkapitalspiegel	- Seite 130 bis Seite 131
- Anhang	- Seite 132 bis Seite 199
- Bestätigungsvermerk	- Seite 200
Geprüfter Konzernabschluss für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006	Auszug aus dem Geschäftsbericht 2006 Finanzbericht des EnBW Konzerns
- Gewinn- und Verlustrechnung	- Seite 110
- Bilanz	- Seite 111
- Cashflow-Rechnung	- Seite 112 bis Seite 113
- Eigenkapitalspiegel	- Seite 114 bis Seite 115
- Anhang	- Seite 116 bis Seite 175
- Bestätigungsvermerk	- Seite 176

EnBW Finance

Geprüfter, nicht-konsolidierter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007	Auszug aus dem Geschäftsbericht 2007 der EnBW Finance
- Gewinn- und Verlustrechnung	- Seite 7
- Bilanz	- Seite 6
- Cashflow-Rechnung	- Seite 8
- Anhang	- Seite 9 bis Seite 22
- Bestätigungsvermerk	- Seite 3 bis Seite 4
Geprüfter, nicht-konsolidierter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006	Auszug aus dem Geschäftsbericht 2006 der EnBW Finance
- Gewinn- und Verlustrechnung	- Seite 7
- Bilanz	Seite 6
- Cashflow-Rechnung	- Seite 8
- Anhang	- Seite 9 bis Seite 21
- Bestätigungsvermerk	- Seite 3 bis Seite 4

Informationen, die nicht in der Bezugnahme-Tabelle aufgeführt werden, aber auf die in den Dokumenten Bezug genommen wird, werden allein zu Informationszwecken genannt.

Verfügbare Dokumente

Solange Schuldverschreibungen im Rahmen dieses Programms ausstehen, können die folgenden Dokumente am eingetragenen Sitz der betreffenden Emittentin und bei den angegebenen Geschäftsstellen der jeweiligen Zahlstellen in Luxemburg bis auf weiteres bezogen werden:

- (a) die Gründungsdokumente (gegebenenfalls in englischer Übersetzung) jeder einzelnen Emittentin;
- (b) der geprüfte Konzernabschluss der EnBW AG für die am 31. Dezember 2007 und am 31. Dezember 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahre (einschließlich einer englischen Übersetzung) und die künftigen geprüften Konzernabschlüsse der EnBW AG;
- (c) die künftigen konsolidierten halbjährlichen Zwischenabschlüsse der EnBW AG;
- (d) die geprüften Jahresabschlüsse der EnBW Finance für das am 31. Dezember 2007 und am 31. Dezember 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die künftigen geprüften Jahresabschlüsse der EnBW Finance (einschließlich einer englischen Übersetzung). EnBW Finance erstellt keine Zwischenabschlüsse.
- (e) das Dealer Agreement, das Fiscal Agency Agreement und das Procedures Memorandum
- (f) ein Exemplar dieses Debt Issuance Programme Prospekts

- (g) künftige Debt Issuance Programme Prospekte und Ergänzungen, einschließlich der Endgültigen Bedingungen (mit der Maßgabe, dass die Endgültigen Bedingungen für eine nicht notierte Schuldverschreibung lediglich zur Einsichtnahme durch den Inhaber dieser Schuldverschreibung zur Verfügung steht und dieser Inhaber Nachweise als Inhaber dieser Schuldverschreibung und über seine Identität erbringen muss, die für die jeweilige Emittentin und die Zahlstelle zufriedenstellend sind) zu diesem Debt Issuance Programme Prospekt, sowie andere Dokumente, welche durch Bezugnahme in diesem Debt Issuance Programme Prospekt bzw. in den anderen vorstehend genannten Dokumenten als Bestandteile dieses Debt Issuance Programme Prospekts bzw. der anderen vorstehend genannten Dokumenten gelten; und
- (h) für jede Ausgabe von notierten Schuldverschreibungen, die gemäß einer Zeichnungsvereinbarung gezeichnet werden, die jeweilige Zeichnungsvereinbarung (oder ein gleichwertiges Dokument).

Dieses Debt Issuance Programme Prospekt, die Endgültigen Bedingungen für die zum Handel am geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse zugelassenen Schuldverschreibungen, sowie die Dokumente, die durch Bezugnahme Bestandteil dieses Debt Issuance Programme Prospekts geworden sind, sind bei der Zahlstelle in Luxemburg kostenlos erhältlich und können auch auf der Webseite der Luxemburger Wertpapierbörse (www.bourse.lu) eingesehen werden.

Clearingsysteme

Die Schuldverschreibungen sind von Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main ("**CBF**"), Clearstream Banking société anonyme, Luxembourg ("**CBL**") und Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-Systems ("**Euroclear**") zur Abwicklung angenommen worden. Die jeweilige Deutsche Wertpapierkennnummer ("**WKN**") (sofern zugeteilt), der Common Code und die ISIN, welche für jede Ziehung der Schuldverschreibungen von CBF, CBL und Euroclear vergeben werden, sind in den jeweils gültigen Endgültigen Bedingungen aufgeführt. Sofern die Schuldverschreibungen über ein zusätzliches oder alternatives Clearingsystem abgewickelt werden, wird dies ebenfalls in den gültigen Endgültigen Bedingungen mitgeteilt.

GENERAL INFORMATION

The Dealers have, in an amended and restated dealer agreement (the “**Dealer Agreement**”) dated 18. April agreed with the Issuers a basis upon which they or any of them may from time to time agree to purchase Notes.

Selling Restrictions

1. General

Each Dealer has represented and agreed, and each further Dealer appointed under the Programme will be required to represent and agree, that it will comply with all applicable laws and regulations in force in any jurisdiction in which it purchases, offers, sells or delivers Notes or possesses or distributes this Debt Issuance Programme Prospectus and will obtain any consent, approval or permission required by it for the purchase, offer, sale or delivery by it of Notes under the laws and regulations in force in any jurisdiction to which it is subject or in which it makes such purchases, offers, sales or deliveries and neither the Issuer nor the Guarantor (if EnBW Finance is the Issuer) nor any other Dealer shall have any responsibility therefor.

With regard to each Tranche, the relevant Dealer will be required to comply with such other additional restrictions as the relevant Issuer and the relevant Dealer shall agree and as shall be set out in the applicable Final Terms.

2. Public Offer Selling Restriction Under the Prospectus Directive

In relation to each Member State of the European Economic Area which has implemented the Prospectus Directive (each, a “**Relevant Member State**”), each Dealer has represented, warranted and agreed, and each further Dealer appointed under the Programme will be required to represent, warrant and agree, that with effect from and including the date on which the Prospectus Directive is implemented in that Relevant Member State (the “**Relevant Implementation Date**”) it has not made and will not make an offer of Notes which are the subject of the offering contemplated by the Debt Issuance Programme Prospectus as completed by the Final Terms in relation thereto to the public in that Relevant Member State except that it may, with effect from and including the Relevant Implementation Date, make an offer of such Notes to the public in that Relevant Member State:

- (a) *Approved prospectus*: if the Final Terms in relation to the Notes specify that an offer of those Notes may be made other than pursuant to Article 3(2) of the Prospectus Directive in that Relevant Member State (a “**Non-exempt Offer**”), following the date of publication of a prospectus in relation to such Notes which has been approved by the competent authority in that Relevant Member State or, where appropriate, approved in another Relevant Member State and notified to the competent authority in that Relevant Member State, provided that any such prospectus has subsequently been completed by the Final Terms contemplating such Non-exempt Offer, in accordance with the Prospectus Directive, in the period beginning and ending on the dates specified in such prospectus or final terms, as applicable;
- (b) *Authorised institutions*: at any time to legal entities which are authorised or regulated to operate in the financial markets or, if not so authorised or regulated, whose corporate purpose is solely to invest in securities;
- (c) *Significant enterprises*: at any time to any legal entity which has two or more of (1) an average of at least 250 employees during the last financial year; (2) a total balance sheet of more than €43,000,000 and (3) an annual net turnover of more than €50,000,000, all as shown in its last annual or consolidated accounts; or
- (d) *Fewer than 100 offerees*: at any time to fewer than 100 natural or legal persons per Member State (other than qualified investors as defined in the Prospectus Directive) subject to obtaining the prior consent of the relevant Dealer or Dealers nominated by the Issuer for any such offer; or
- (e) *Other exempt offers*: at any time in any other circumstances falling within Article 3(2) of the Prospectus Directive.

provided that no such offer of Notes referred to in (b) to (e) above shall require the Issuer or any Dealer to publish a prospectus pursuant to Article 3 of the Prospectus Directive or supplement a prospectus pursuant to Article 16 of the Prospectus Directive.

For the purposes of this provision, the expression an “**offer of Notes to the public**” in relation to any Notes in any Relevant Member State means the communication in any form and by any means of sufficient information on the terms of the offer and the Notes to be offered so as to enable an investor to decide to purchase or subscribe the Notes, as the same may be varied in that Member State by any measure implementing the Prospectus Directive in that Member State and the expression “**Prospectus Directive**” means Directive 2003/71/EC and includes any relevant implementing measure in each Relevant Member State.

3. United States of America (the “United States”)

- (a) Each Dealer has acknowledged that the Notes have not been and will not be registered under the Securities Act and may not be offered or sold within the United States or to, or for the account or benefit of U.S. persons except pursuant to an exemption from, or in a transaction not subject to, the registration requirements of the Securities Act. Each Dealer has represented and agreed that it has not offered or sold, and will not offer or sell, any Note constituting part of its allotment within the United States except in accordance with Rule 903 of Regulation S under the Securities Act. Accordingly, each Dealer has further represented and agreed that neither it, its affiliates nor any persons acting on its or their behalf have engaged or will engage in any directed selling efforts with respect to any Note.

In addition, until 40 days after the commencement of the offering, an offer or sale of Notes within the United States by a dealer (whether or not participating in the offering) may violate the registration requirements of the Securities Act.

- (b) From and after the time that the Issuer notifies the Dealers in writing that it is no longer able to make the representation set forth in Article 4 (1) (n) (i) of the Dealer Agreement, each Dealer has (i) acknowledged that the Notes have not been and will not be registered under the Securities Act and may not be offered or sold within the United States or to, or for the account or benefit of, U.S. persons except in certain transactions exempt from the registration requirements of the Securities Act; (ii) has represented and agreed that it has not offered, sold or delivered any Notes, and will not offer, sell or deliver any Notes, (x) as part of its distribution at any time or (y) otherwise until 40 days after the later of the commencement of the offering and closing date, except in accordance with Rule 903 of Regulation S under the Securities Act; and accordingly, (iii) has further represented and agreed that neither it, its affiliates nor any persons acting on its or their behalf have engaged or will engage in any directed selling efforts with respect to any Note, and it and they have complied and will comply with the offering restrictions requirements of Regulation S; and (iv) has also agreed that, at or prior to confirmation of any sale of Notes, it will have sent to each distributor, dealer or person receiving a selling concession, fee or other remuneration that purchases Notes from it during the distribution compliance period a confirmation or notice to substantially the following effect:

“The Notes covered hereby have not been registered under the U.S. Securities Act of 1933, as amended (the “**Securities Act**”), and may not be offered or sold within the United States or to, or for the account or benefit of, U.S. persons by any person referred to in Rule 903(b)(2)(iii) of Regulation S under the Securities Act (i) as part of their distribution at any time or (ii) otherwise until 40 days after the later of the commencement of the offering and the closing date, except in either case in accordance with Regulation S under the Securities Act. Terms used above have the meanings given to them by Regulation S under the Securities Act.”

- (c) Each Dealer who has purchased Notes of a Tranche hereunder (or in the case of a sale of a Tranche of Notes issued to or through more than one Dealer, each of such Dealers as to the Notes of such Tranche purchased by or through it or, in the case of a syndicated issue, the relevant Lead Manager) shall determine and notify to the Fiscal Agent the completion of the distribution of the Notes of such Tranche. On the basis of such notification or notifications, the Fiscal Agent agrees to notify such Dealer/Lead Manager of the end of the restricted period with respect to such Tranche.

Terms used in this paragraph have the meanings given to them by Regulation S.

- (d) Each Dealer has represented and agreed that it has not entered and will not enter into any contractual arrangement with respect to the distribution or delivery of Notes, except with its affiliates or with the prior written consent of the Issuer.

- (e) Notes, other than Notes with an initial maturity of one year or less, will be issued in accordance with the provisions of U.S. Treas. Reg. § 1.163 – 5(c) (2) (i) (C) (the “**Tefra C Rules**”), or in accordance with the provisions of U.S. Treas. Reg. § 1.163 – 5(c) (2) (i) (D) (the “**Tefra D Rules**”), as specified in the applicable Final Terms.

In addition, where the Tefra C Rules are specified in the relevant Final Terms as being applicable to any Tranche of Notes, Notes must be issued and delivered outside the United States and its possessions in connection with their original issuance. Each Dealer has represented and agreed that it has not offered, sold or delivered and will not offer, sell or deliver, directly or indirectly, Notes within the United States or its possessions in connection with their original issuance. Further, each Dealer has represented and agreed in connection with the original issuance of Notes, that it has not communicated, and will not communicate, directly or indirectly, with a prospective purchaser if either such Dealer or such purchaser is within the United States or its possessions and will not otherwise involve its U.S. office in the offer or sale of Notes. Terms used in this paragraph have the meanings given to them by the U.S. Internal Revenue Code and regulations thereunder, including the Tefra C Rules.

In addition, in respect of Notes issued in accordance with the Tefra D Rules, each Dealer has represented and agreed that:

- (i) except to the extent permitted under the Tefra D Rules, (x) it has not offered or sold, and during the restricted period will not offer or sell, Notes to a person who is within the United States or its possessions or to a United States person, and (y) such Dealer has not delivered and will not deliver within the United States or its possessions definitive Notes that are sold during the restricted period;
- (ii) it has and throughout the restricted period will have in effect procedures reasonably designed to ensure that its employees or agents who are directly engaged in selling Notes are aware that such Notes may not be offered or sold during the restricted period to a person who is within the United States or its possessions or to a United States person, except as permitted by the Tefra D Rules;
- (iii) if such Dealer is a United States person, it represents that it is acquiring the Notes for purposes of resale in connection with their original issuance and if such Dealer retains Notes for its own account, it will only do so in accordance with the requirements of U.S. Treas. Reg. § 1.163 – 5(c)(2)(i)(D)(6); and
- (iv) with respect to each affiliate that acquires from such Dealer Notes for the purposes of offering or selling such Notes during the restricted period, such Dealer either (x) repeats and confirms the representations and agreements contained in sub-clauses (i), (ii) and (iii) above on such affiliate’s behalf or (y) agrees that it will obtain from such affiliate for the benefit of the purchaser of the Notes and the Issuer the representations and agreements contained in sub-clauses (i), (ii) and (iii) above.

Terms used in this paragraph (e) have the meanings given to them by the U.S. Internal Revenue Code and regulations thereunder, including the Tefra D Rules.

- (f) Each issue of index-, commodity- or currency-linked Notes shall be subject to such additional U.S. selling restrictions as the Issuer and the relevant Dealer may agree as a term of the issue and purchase of such Notes, which additional selling restrictions shall be set out in the Final Terms. Each Dealer has represented and agreed that it shall offer, sell and deliver such Notes only in compliance with such additional U.S. selling restrictions.
- (g) The Temporary Global Note and the Permanent Global Note will each bear the following legend:
- (h) “Any United States person who holds this obligation will be subject to limitations under the United States income tax laws, including the limitations provided in Sections 165(j) and 1287(a) of the U.S. Internal Revenue Code.”

4. United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (“United Kingdom”)

Each Dealer has represented and agreed, and each further Dealer appointed under the Programme will be required to represent and agree, that:

- (a) with respect to any Tranche of Notes having a maturity of less than one year, (a) it is a person whose ordinary activities involve it in acquiring, holding, managing or disposing of investments (as principal or agent) for the purposes of its business, and (b) it has not offered or sold and will not offer or sell any such Notes other than to persons:
 - (i) whose ordinary activities involve them in acquiring, holding, managing or disposing of investments (as principal or agent) for the purposes of their business; or
 - (ii) who it is reasonable to expect will acquire, hold, manage or dispose of investments (as principal or agent) for the purposes of their business,
- where the issue of the Notes would otherwise constitute a contravention of Section 19 of the Financial Services and Markets Act 2000 (the “**FSMA**”) by the Issuer.
- (b) it has only communicated or caused to be communicated and will only communicate or cause to be communicated any invitation or inducement to engage in investment activity (within the meaning of Section 21 of the FSMA) received by it in connection with the issue or sale of any Notes in circumstances in which Section 21(1) of the FSMA does not apply to the Issuer or the Guarantor, and
 - (c) it has complied and will comply with all applicable provisions of the FSMA with respect to anything done by it in relation to any Notes in, from or otherwise involving the United Kingdom.

5. Japan

Each Dealer has represented and agreed and each further Dealer appointed under the Programme will be required to represent and agree, that the Notes have not been and will not be registered under the Financial Instruments and Exchange Law of Japan (Law No. 25 of 1948, as amended). Each Dealer has represented and agreed and each further Dealer appointed under the Programme will be required to represent and agree, that it will not offer or sell any Notes directly or indirectly, in Japan or to, or for the benefit of, any Japanese Person or to others for re-offering or resale, directly or indirectly, in Japan or to any Japanese Person except under circumstances which will result in compliance with all applicable laws, regulations and guidelines promulgated by the relevant Japanese governmental and regulatory authorities and in effect at the relevant time. For the purposes of this paragraph, “**Japanese Person**” shall mean any person resident in Japan, including any corporation or other entity organised under the laws of Japan.

Authorisation

The establishment and the update of the Programme (and in the case of the Guarantor, the giving of the guarantee) have been duly authorised by resolutions of the Management Board of EnBW AG dated 26 November 2001 and dated 7 June 2006, which has been approved by the Supervisory Board of EnBW AG on 13 December 2001, and the Management Board of EnBW Finance dated 25 January 2002 and dated 16 April 2008. Each Tranche of Notes issued by EnBW AG must be separately approved by resolutions of the Management Board and Supervisory Board of EnBW AG. Under Dutch law and the articles of association of EnBW International Finance B.V. there is no need for Noteholders or other contracting parties to ensure that or enquire whether board resolutions are adopted by the Issuer for each separate tranche of Notes (to be) issued under this Programme.

Listing and admission to trading of Notes

Certain Notes to be issued under the Programme will be admitted for trading on the date of issue on the Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange and listed on its Official List.

The Programme provides that Notes may be listed on other or further stock exchanges, as may be agreed between the relevant Issuer and the relevant Dealer(s) in relation to each issue. Notes may further be issued under the Programme which will not be listed on any stock exchange.

Documents Incorporated by Reference

The following documents shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Debt Issuance Programme Prospectus: (a) the published audited consolidated financial statements of EnBW for the business years ending 31 December 2006 and 31 December 2007, including the respective audit opinion; (b) the audited unconsolidated annual financial statements of EnBW Finance for the business years ending 31 December 2006 and 31 December 2007, including the respective auditors' report.

Each Issuer will provide, without charge, upon written or oral request, a copy of any or all of the documents incorporated herein by reference. Requests for such documents should be directed to either Issuer at their registered offices set out at the end of this Debt Issuance Programme Prospectus. In addition, such documents will be available free of charge from the principal office in Luxembourg of Deutsche Bank Luxembourg S. A. (the "**Listing Agent**").

Table of documents incorporated by reference

EnBW AG

Audited consolidated financial statements for the business year ending 31 December 2007	Extracted from the EnBW Group 2007 Annual Report
- Income Statement	- page 126
- Balance Sheet	- page 127
- Cash Flow Statement	- page 128 to page 129
- Statement of Changes in Equity	- page 130 to page 131
- Notes to the Financial Statements	- page 132 to page 199
- Audit Opinion	- page 200

Audited consolidated financial statements for the business year ending 31 December 2006	Extracted from the EnBW Group 2006 Annual Report (Financial Report)
- Income Statement	- page 110
- Balance Sheet	- page 111
- Cash Flow Statement	- page 112 to page 113
- Statement of Changes in Equity	- page 114 to page 115
- Notes to the Financial Statements	- page 116 to page 175
- Audit Opinion	- page 176

EnBW Finance

Audited unconsolidated financial statements for the business year ending 31 December 2007	Extracted from the EnBW Finance Report on the 2007 financial statements
- Profit & Loss Account	- page 7
- Balance Sheet	- page 6
- Statement of Cash Flow	- page 8
- Notes	- page 9 to page 22
- Auditors' Report	page 3 to page 4

Audited unconsolidated financial statements for the business year ending 31 December 2006	Extracted from the EnBW Finance Report on the 2006 financial statements
- Profit & Loss Account	- page 7
- Balance Sheet	- page 6
- Statement of Cash Flow	- page 8
- Notes	- page 9 to page 21
- Auditors' Report	- page 3 to page 4

Any information not listed in the cross-reference table but included in the documents incorporated by reference is given for information purposes only.

Documents available

So long as Notes issued under the Programme are outstanding, copies of the following documents will be available from the registered office of the relevant Issuer and from the specified offices of the Paying Agents for the time being in Luxembourg:

- (a) the constitutional documents (with an English translation where applicable) of each of the Issuers;
- (b) the audited consolidated financial statements of EnBW in respect of the business years ending 31 December 2007 and 31 December 2006 and the future audited consolidated financial statements of EnBW AG (with an English translation thereof);
- (c) the future unaudited consolidated semi-annual interim financial statements of EnBW AG (with an English translation thereof);
- (d) the audited annual financial statements of EnBW Finance in respect of the business years ending 31 December 2007 and 31 December 2006 and the future audited annual financial statements of EnBW Finance (with an English translation thereof). EnBW Finance does not prepare interim accounts.
- (e) the Dealer Agreement, the Fiscal Agency Agreement, the Procedures Memorandum;
- (f) a copy of this Debt Issuance Programme Prospectus;
- (g) any future information memoranda and supplements including Final Terms (save that a Final Terms relating to an unlisted Note will only be available for inspection by a holder of such Note and such holder must produce evidence satisfactory to the relevant Issuer and the Paying Agent as to its holding of Notes and identity) to this Debt Issuance Programme Prospectus and any other documents incorporated herein or therein by reference; and
- (h) in the case of each issue of listed Notes subscribed pursuant to a subscription agreement, the subscription agreement (or equivalent document).

This Debt Issuance Programme Prospectus, each Final Terms relating to those Notes admitted to trading on the Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange as well as the documents incorporated by reference in this Debt Issuance Programme Prospectus may be obtained from the Paying Agent in Luxembourg free of charge and are also available on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu).

Clearing Systems

The Notes have been accepted for clearance through Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main ("CBF"), Clearstream Banking société anonyme, Luxembourg ("CBL") and Euroclear Bank S.A./N.V. as operator of the Euroclear system ("Euroclear"). The appropriate German securities number ("WKN") (if any), Common Code and ISIN for each Tranche of Notes allocated by CBF, CBL and Euroclear will be specified in the applicable Final Terms. If the Notes are to clear through an additional or alternative clearing system the appropriate information will be specified in the applicable Final Terms.

DIE EMITTENTINNEN/THE ISSUERS

EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
Germany

EnBW International Finance B.V.
Schouwburgplein 30-34
3012 CL Rotterdam
The Netherlands

FISCAL AGENT UND HAUPTZAHLSTELLE/FISCAL AND PRINCIPAL PAYING AGENT

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Grosse Gallusstrasse 10 – 14
60272 Frankfurt am Main
Germany

ZAHLSTELLE/PAYING AGENT

Deutsche Bank Luxembourg S.A.
2 Boulevard Konrad Adenauer
1115 Luxembourg
The Grand Duchy of Luxembourg

ZULASSUNGSSTELLE/LISTING AGENT

Deutsche Bank Luxembourg S.A.
2 Boulevard Konrad Adenauer
1115 Luxembourg
The Grand Duchy of Luxembourg

RECHTSBERATER/LEGAL ADVISERS

Der Emittentinnen zum deutschen Recht/To the Issuers as to German law

Freshfields Bruckhaus Deringer
Bockenheimer Anlage 44
60322 Frankfurt am Main
Germany

Der Plazeure zum deutschen Recht/To the Dealers as to German law

Clifford Chance
Partnerschaftsgesellschaft
Mainzer Landstraße 46
60325 Frankfurt am Main
Germany

Der Plazeure zum Niederländischen Recht/To the Dealers as to Dutch law

Clifford Chance LLP
Droogbak 1a
1013 GE Amsterdam
The Netherlands

WIRTSCHAFTSPRÜFER DER EMITTENTINNEN/AUDITORS TO THE ISSUERS

Für/For *EnBW Energie Baden-Württemberg AG*
Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Mittlerer Pfad 15
70499 Stuttgart
Germany

Für/For *EnBW International Finance B.V.*
KPMG Accountants N.V.
Rijnzathe 14
3454 PV De Meem
The Netherlands

PLAZEURE/DEALERS

Barclays Bank PLC
5 The North Colonnade
Canary Wharf
London E14 4BB
England

J.P. Morgan Securities Ltd.
125 London Wall
London EC2Y 5AJ
England

Société Générale
29 boulevard Haussmann
75009 Paris
France

BNP PARIBAS
10 Harewood Avenue
London NW1 6AA
England

Landesbank Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Germany

The Royal Bank of Scotland plc
135 Bishopsgate
London EC2M 3UR
England

